G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Angelika Felsko
Die Erweiterung der EWG und die Westeuropa-Konzeptionen Großbritanniens, Frankreichs und der BRD

Detlev Albers und Kurt Wand
Der „Stamokap"-Streit bei den Jungsozialisten und die Ergebnisse ihres Bundeskongresses

Josef Schleifstein
Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Martin Hall
Die Lage in den USA nach Vietnam

Sabine Gensior und Beate Krais
Zur Vergesellschaftung von Erziehung und Ausbildung in der bürgerlichen Gesellschaft

Cathal Goulding
Entwicklung und Ziele der Irish Republican Army (IRA)

4'73

April 1973 Einzelheft 4,00 DM Im Abonnement 3,00 DM, für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

April 1973

CHRONIK DES MONATS MÄRZ 1973 337

KOMMENTARE UND BERICHTE

Entleerter Pluralismus . . . . . *Karl D. Bredthauer* 340

Zu den Wahlen in Chile . . . . . *Dieter Boris* 342

Krieg und Frieden in Vietnam . . . . . *François Rigaux* 346

Bericht über die Vorbereitung eines internationalen Kongresses in Moskau . . . . . *Wilfried v. Bredow* 348

HAUPTAUFSÄTZE

Die Erweiterung der EWG und die Westeuropa-Konzeptionen Großbritanniens, Frankreichs und der BRD . . . . . *Angelika Felsko* 350

Der „Stamokap"-Streit bei den Jungsozialisten und die Ergebnisse ihres Bundeskongresses . . . . . *Detlev Albers und Kurt Wand* 364

Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus . . *Josef Schleifstein* 378

Die Lage in den USA nach dem Truppenrückzug aus Vietnam *Martin Hall* 394

Zur Vergesellschaftung von Erziehung und Ausbildung in der bürgerlichen Gesellschaft . . . . . *Sabine Gensior und Beate Krais* 402

Entwicklung und Ziele der Irish Republican Army (IRA) *Cathal Goulding* 415

FERNSEH-SPALTE

Elf Jahre Holzamer . . . . . *E. H. Wahl* 428

BÜCHER

Helmut Müller, Die Zentralbank — eine Nebenregierung *Wolfgang Ruge* 429

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Verteidigung + Entspannung = Sicherheit . . . . . *Ulf Stuberger* 431

Emil Obermann (Hrsg.), Verteidigung: Idee, Gesellschaft, Weltstrategie, Bundeswehr . . . . . *Manfred Bosch* 433

Kurzrezensionen: Bücher von SIPRI (Hrsg.), Carstens/Mende/Rajewsky/ Wagner (Hrsg.), Ernst Deuerlein, Werner Pöls (Hrsg.), Rainer Waterkamp 435

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 438

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Schlußakte der Internationalen Vietnam-Konferenz vom 2. März 1973 in Paris (Wortlaut) 440

Kommuniqué des Internationalen Konsultativtreffens zur Vorbereitung eines Weltkongresses der Friedenskräfte vom 16. bis 18. März 1973 in Moskau (Wortlaut) 442

Appell zur Einberufung eines Weltkongresses der Friedenskräfte (Wortlaut) 443

Gegenüberstellung der Thesen der „Stamokap"-Kontroverse bei den Jungsozialisten (Zusammenfassungen) 444

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift • Achtzehnter Jahrgang • Heft 4/1973

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KUHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats März 1973

1. 3. — Vietnam. Die Teilnehmer der Internationalen Vietnamkonferenz, die seit dem 26. 2. in Paris tagt, einigen sich auf eine gemeinsame „Schlußakte" (Final Act). Das Dokument, das aus einer Präambel und neun Artikeln besteht und in englischer, französischer, russischer, vietnamesischer und chinesischer Sprache abgefaßt ist, wird zum Abschluß der Konferenz am 2. 3. unterzeichnet (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen"). — Am 19. 3. beginnen in der Nähe von Paris formelle Gespräche zwischen Vertretern der Regierung Südvietnams und der Provisorischen Revolutionsregierung über die politische Zukunft des Landes. Bei den zweiseitigen Verhandlungen geht es um die Verwirklichung des Artikel 12 des „Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" vom 27. Januar 1973 (Text in „Blätter", Heft 2/1973, S. 204 ff.), der die Bildung eines „Nationalrates der Nationalen Aussöhnung und Eintracht" in Südvietnam vorsieht. — Am 29. 3. gibt Präsident Nixon in einer Fernsehansprache den Abzug der letzten amerikanischen Militärkontingente aus Südvietnam bekannt. In einer in Hanoi veröffentlichten Erklärung heißt es, in Südvietnam seien noch 17 000 als Zivilisten getarnte US-Soldaten stationiert. Das State Department in Washington dementiert diese Zahl und beziffert die amerikanischen Zivilisten in Südvietnam auf 8500. Davon seien 5000 bei Firmen im Auftrag des Verteidigungsministeriums tätig. Außerdem verfüge die US-Botschaft in Saigon über 224 Militärs.

4. 3. — Chile. Aus den Wahlen zur Abgeordnetenkammer und den Teilwahlen für den Senat (50 % der Mandate stehen zur Wahl) geht die Volksfront (Unidad

Popular) mit gestärkter Position hervor. Die in der Demokratischen Konföderation vereinigten Oppositionsparteien unter Führung der Christdemokraten erreichen ihr Wahlziel, die Zweidrittelmehrheit nicht, können aber die Mehrheit in beiden Kammern behaupten. Bei einer Wahlbeteiligung von 81,2 % ergibt sich folgende Sitzverteilung in der Abgeordnetenkammer: Unidad Popular 63 (bisher 57), Demokratische Konföderation 87 (bisher 93) Sitze. Zusammensetzung des Senats: Unidad Popular 20 (bisher 18), Demokratische Konföderation 30 (32) Sitze. — Am 6. 3. erklärt Präsident Allende, seine Regierung werde die Arbeit „in Richtung auf den Sozialismus, im Rahmen von Gesetz, Pluralismus, Demokratie und Freiheit fortsetzen". — Am 27. 3. bildet Allende ein neues Kabinett, in dem die Militärs, die bisher die Ressorts Inneres, Bergbau und Öffentliche Dienste besetzt hatten, nicht mehr vertreten sind.

5. 3. — CSSR/Vatikan. Der für die Außenbeziehungen des Vatikans zuständige Erzbischof Agostino Casaroli wird in Prag von dem stellvertretenden Ministerpräsident der CSSR Dr. Matej Lucan und dem Leiter des Sekretariates für Kirchenangelegenheiten beim Ministerrat Karel Hruza zu einem Gespräch empfangen. Casaroli hält sich anläßlich der Investitur der vom Vatikan neu besetzten Bischofsämter in der Tschechoslowakei auf. Eine Vereinbarung über die Neubesetzung war im Februar 1973 nach längeren Verhandlungen zwischen der Regierung in Prag und dem Vatikan erreicht worden.

6. 3. — USA/Ungarn. Außenminister William Rogers und der ungarische Stellvertretende Ministerpräsident Peter Valyi unterzeichnen in Washington ein Abkommen, das gegenseitige finanzielle Ansprüche regelt. Ungarn verpflichtet sich darin zur Entschädigung von Ansprüchen amerikanischer Bürger aus Enteignungen nach dem 2. Weltkrieg in Höhe von 18,9 Mill. Dollar; dieser Betrag ist in 20 gleichen Jahresraten zu zahlen. Die amerikanische Regierung hebt ihrerseits 30 Tage nach Inkrafttreten des Abkommens die Kontrolle über alle eingefrorenen ungarischen Konten auf und beantragt beim Kongreß die Meistbegünstigungsklausel für den Handel mit Ungarn.

— UdSSR/Japan. Der japanische Botschafter in Moskau überreicht Generalsekretär Leonid Breschnew ein Schreiben von Ministerpräsident Tanaka. Darin wird vorgeschlagen, die Verhandlungen über den Abschluß eines formellen Friedensvertrages zwischen Japan und der UdSSR Ende 1973 wiederaufzunehmen.

11. 3. — Frankreich. Im zweiten Wahlgang (erster Wahlgang am 4. 3.) fällt die endgültige Entscheidung über die Zusammensetzung der neuen Nationalversammlung. Während die Regierungsparteien eine große Zahl von Mandaten verlieren, kann die Union der Linken die Anzahl ihrer Sitze beträchtlich erhöhen. Von den 489 Sitzen (ohne Korsika) entfallen auf die Regierungsparteien 275 Mandate, auf die Union der Linken 176 Mandate. Außerdem gehören dem Parlament 32 Vertreter der Reformatoren und 6 Unabhängige an. Die wichtigsten Fraktionen setzen sich wie folgt zusammen: Gaullisten 185 (1968: 273), Unabhängige Republikaner 54 (61), Demokratisches Zentrum 23 (26), Sozialisten 89 (41), Kommunisten 73 (34), Reformatoren 32 (15).

12. 3. — SALT. In Genf wird eine neue Runde der „Strategic Arms Limitation Talks" eröffnet. Die sowjetische Delegation steht wiederum unter Leitung des Stellvertretenden Außenministers Wladimir Semjonow, neuer Leiter der US-Delegation ist Sonderbotschafter Alexis Johnson, der Botschafter Gerard Smith ablöst.

13. 3. — RGW. Am Sitz des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau paraphieren der Generalsekretär des RGW Nikolai Fadejew und der finnische Außenhandelsminister Jussi Linnamo ein Rahmenabkommen über gegenseitige Zusammenarbeit. Das Abkommen unterliegt der Ratifikation durch das finnische Parlament.

14.—15. 3. — DGB/FDGB. In Düsseldorf treffen sich die Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes der Bundesrepublik und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR, Heinz Oskar Vetter und Herbert Warnke, zu ihrem zweiten Spitzengespräch. Eine erste Zusammenkunft hatte am 18.—19. Oktober 1972 in Berlin stattgefunden.

15. 3. — CSSR/BRD. Der tschechoslowakische Außenminister Bohuslaw Chnoupek erklärt auf einer Parteikonferenz, die Zeit sei herangereift, offizielle Verhandlungen zwischen den Regierungen der CSSR und der BRD einzuleiten: „Zu ihrer Eröffnung sind wir jederzeit bereit,

und wir sind der Ansicht, daß man bei beiderseitigem guten Willen zu einem Abkommen gelangen und einen gegenseitig annehmbaren Standpunkt finden kann, der dazu führen würde, daß die Frage des Münchener Diktats, dieses gesetzwidrigen Aktes, der zum Symbol des Beginns des 2. Weltkrieges geworden ist, ein für allemal und definitiv liquidiert wird."

— *UdSSR / Jugoslawien.* Die „Prawda" berichtet über einen Brief des Vorsitzenden des sowjetischen Friedenskomitees Nikolai Tichonow an das Friedensnobelpreis-Komitee in Oslo. Tichonow habe darin den jugoslawischen Staatspräsidenten Marschall Josip Broz-Tito wegen seines „konsequenten Eintretens auf der Seite der friedensliebenden Kräfte, die für Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit kämpfen" als Kandidaten für den Friedensnobelpreis nominiert.

15.—21. 3. — *UNO.* Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen tagt auf Einladung der Regierung in Panama. Einziger Punkt der Tagesordnung ist die „Aufrechterhaltung und Stärkung des Friedens in Lateinamerika". Ein von acht blockfreien Mitgliedsstaaten vorgelegter Resolutionsentwurf, der die Forderungen Panamas auf Souveränität über die von den USA verwaltete Panama-Kanal-Zone unterstützt, scheitert am Veto des amerikanischen Chefdelegierten. Die Abstimmung ergibt 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme (USA) bei Stimmenthaltung Großbritanniens. UN-Generalsekretär Dr. Waldheim benutzt die Ratssitzung in Panama-City zu vertraulichen Gesprächen in Brasilien (11. — 13. 3.), Kolumbien (17.—19. 3.) und Ecuador (21.—24. 3.).

20. 3. — *Großbritannien.* In einem seit langem erwarteten „Weißbuch" legt die Regierung „Verfassungsvorschläge für Nordirland" vor. Das Dokument, das von der weiteren Zugehörigkeit Nordirlands zum Vereinigten Königreich ausgeht, befaßt sich vor allem mit der inneren Autonomie der Provinz. Die auswärtigen Beziehungen, die militärische Verteidigung sowie gewisse andere „national besonders wichtige" Kompetenzen sollen der Regierung in London vorbehalten bleiben.

23. 3. — *UdSSR/DDR.* Nach einem Aufenthalt in der Demokratischen Republik Vietnam (15.—19. 3.) und in Indien (19. bis 20. 3.) macht DDR-Ministerpräsident Willi Stoph auf der Rückreise in Moskau Station und trifft mit Generalsekretär Breschnew und Ministerpräsident Kossygin zusammen. In einem Kommunique heißt es: „Während des Gesprächs, das in einer Atmosphäre der Herzlichkeit und des völligen gegenseitigen Einvernehmens verlief, wurden Meinungen über eine Reihe von Fragen ausgetauscht, die beide Parteien und Länder interessieren, darunter über aktuelle Probleme der Zusammenarbeit der DDR und der UdSSR auf dem Schauplatz des internationalen Geschehens."

22. 3. — *CSSR.* Die beiden Kammern des Parlaments wählen in geheimer Abstimmung Armeegeneral Ludvik Svoboda zum Staatspräsidenten für weitere fünf Jahre. Svoboda übt das Amt seit März 1968 aus.

23. 3. — *DDR.* Als 76. Staat nimmt Kolumbien diplomatische Beziehungen mit der DDR auf. Seit dem 1. Januar 1973 (vgl. die Übersicht in „Blätter", Heft 1/1973, S. 2) hatten folgende Staaten die DDR anerkannt und die Herstellung diplomatischer Beziehungen vereinbart: Niederlande, Luxemburg und Uganda (5. 1.), Costa Rica (9. 1.), Spanien (11. 1.), Dänemark und Island (12. 1.), Gambia (15. 1.), Norwegen und Afghanistan (17. 1.), Italien (18. 1.), Mauretanien (22. 1.), Äthiopien (1. 2.), Malta (5. 2.), Großbritannien und Frankreich (9. 2.), Nigeria (10. 2.), Rwanda (14. 2.), Sambia (21. 2.) und Burma (23. 2.).

26. 3. — *Ägypten.* Staatspräsident Sadat übernimmt zusätzlich auch das Amt des Ministerpräsidenten. Auf einer gemeinsamen Sitzung des Parlamentes und des Zentralkomitees der Arabischen Sozialistischen Union begründet Sadat diesen Schritt mit der Notwendigkeit, in einer kritischen politischen Phase alle Kräfte zu konzentrieren. Der bisherige Ministerpräsident Sidki hatte nur 14 Monate amtiert.

30. 3. — *Argentinien.* Fast drei Wochen nach den Präsidentschaftswahlen vom 11. 3. wird der Kandidat der peronistischen „Frente Justicialista de Liberación" (Frejuli) Héctor J. Cámpora offiziell zum neuen Staatspräsidenten proklamiert (Amtsantritt 25. Mai 1973). Cámpora hatte zwar die vorgeschriebene absolute Mehrheit mit 49,6 % knapp verfehlt, der Bewerber der Radikalen Partei Ricardo Balbin (21,3 %) verzichtete jedoch auf einen zweiten Wahlgang.

Kommentare und Berichte

Entleerter Pluralismus

Während die Kritik an den Ministerpräsidentenbeschlüssen vom 28. Januar 1972 (Berufsverbote) immer breitere Kreise zieht, während das Verwaltungsgericht Neustadt (Urteil vom 22. Februar 1973) in der Sache der Lehrerin Anne Lenhart urteilt, die Nichteinstellung gemäß den Ministerpräsidentenbeschlüssen sei verfassungswidrig, erklärt Bundeskanzler Brandt auf die Frage des „Vorwärts", ob diese Beschlüsse nicht besser aufgehoben werden sollten: „Davon würde ich abraten" („Vorwärts" vom 29. März 1973, Interview mit Bundeskanzler Brandt).

Befragt wurde Brandt vor dem Hintergrund wachsender Kritik auch in seiner eigenen Partei. Mehrere Landesparteitage, zahlreiche Untergliederungen und eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten haben die Ministerpräsidentenbeschlüsse bereits kritisiert; dem bevorstehenden Bundesparteitag in Hannover werden entsprechende Anträge vorliegen. „Zunehmend zum Kristallisationskern solidarischer Ablehnung" seien die Januarbeschlüsse des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten geworden, klagte die „Süddeutsche Zeitung" bereits am 6. Februar. Und Bundeskanzler Brandt bestätigte dem „Vorwärts": „Es ist richtig, daß die Erwartungen, die man in Bund und Ländern an den Beschluß geknüpft hat, nicht voll erfüllt worden sind" (a.a.O.).

Statt der Aufhebung der verfassungswidrigen Beschlüsse wird nun aber deren „Verbesserung" angekündigt. Wer gehofft haben mag, daß die Entscheidung vom 28. Januar 1972 im Grunde ein Fehltritt, eine Panikhandlung angesichts einer damals übermächtig erscheinenden CDU/CSU-Opposition gewesen sei, wird sich von Brandt dupiert fühlen.

Ist die SPD/FDP-Regierung auf die Januarbeschlüsse angewiesen? Es scheint, als gebe es auch in der Frage der Berufsverbote in Bund und Ländern im Grunde die gleiche Art „Allparteienregierung für die innere Sicherheit" (Genscher), die sich 1972 bei der Erweiterung der Kompetenzen des Bundesgrenzschutzes und der Tätigkeit des Verfassungsschutzes, der Verschärfung des Haftrechts, den Ausländer-Ausweisungen usw. zur „Aufrüstung des Staates gegen den inneren Feind" (vgl. Theo Schiller in „Blätter" 7/72) zusammenfand.

Hat man die Berufsverbote als die Konkretion einer sozialliberalen Strategie aufzufassen, deren Vorsatz breite Integration ist, die aber Abgrenzung impliziert? Wobei, nach den Erfahrungen seit dem 28. Januar 1972, die Grenzlinie bald dort anfängt, wo der Glaube aufhört, in dieser Bundesrepublik sei — bei allen noch zu behebenden Mängeln — doch im Grundsatz eine demokratische und pluralistische, kurz die „offene Gesellschaft" verwirklicht. Der Spielraum dieser „offenen Gesellschaft" scheint demnach, hält man sich an ihre Praxis, bei weitem nicht so unbegrenzt, wie ihre Theorie es versprechen möchte. Die Postulate Offenheit und Pluralismus, bereits in Frage gestellt und im Grunde dementiert, wo Schattenzonen der Diskriminierung entstehen, scheinen für die ganze Gesellschaft in dem Maße ihre Substanz zu verlieren, in dem diese grauen Zonen sich ausbreiten. Für eine Politik, die vom kleinen, aber behüteten „Pluralismus" einer eingefriedeten „neuen Mitte" träumt, gerät die Tatsache, daß systemkritische Nachdenklichkeit und Bestrebungen zu prinzipieller Gesellschaftsveränderung bis weit in die Mitgliedschaft der Regierungsparteien hinein um sich greifen, augenscheinlich zum Dilemma.

Die staatlichen Organe setzten sich dem Vorwurf aus, „durch berufliche Benachteiligung Druck auszuüben mit dem Ziel, den Pluralismus politischer Meinungen und Parteien auf die im Bundestag vertretenen Parteien CSU, CDU, FDP und SPD zu beschränken", konstatiert der Bundestagsabgeordnete Walkhoff (in der „Münsterschen Zeitung" vom 14. März 1973). Ein schmalbrüstiger Pluralismus, in der Tat. Ist er so unsicher, so eng, daß es schon über seine Begriffe geht, wenn Marxisten lehren, wenn Marxismus gelehrt wird? Lohnt es sich, von Pluralismus zu sprechen, wenn alternatives Denken verbannt wird, wenn der Plural sich nur auf die Mehrzahl der Spielarten einer Einheitsmeinung bezieht?

Kann Brandt Walkhoff widersprechen, wenn dieser durch die Praxis der Ministerpräsidentenbeschlüsse unmittelbar „die Demokratie in Frage gestellt" sieht? Zumal die „Druckausübung" offenbar ihre eigenen Gesetze entwikkelt und damit zwangsläufig über den Aspekt Berufsverbote weit hinauswächst. Schon heute gibt es Anzeichen einer geradezu krebsartigen Wucherung.

Bundeskanzler Brandt sieht — in dem bereits zitierten „Vorwärts"-Gespräch — eine Konkretisierung und Präzisierung der Ministerpräsidentenbeschlüsse darin, künftig jeden einzelnen Bewerber für den öffentlichen Dienst daraufhin zu überprüfen, ob „aufgrund seines konkreten Verhaltens in gerichtlich nachprüfbarer Weise festgestellt werden kann, daß er für seine Verfassungstreue keine Gewähr bietet." Eine Verbesserung? Sicherlich eine Präzisierung, aber wahrlich keine optimistisch stimmende: Es wird deutlicher, daß die Ministerpräsidentenbeschlüsse, zu Ende gedacht, einen gewaltigen Ausforschungs- und Bespitzelungsapparat fördern müssen, der an die Wurzeln jeder demokratischen Aktivität zu greifen und eine Atmosphäre des Mißtrauens und Denunziantentums zu erzeugen droht. In welchen Dimensionen hier bereits gedacht wird, demonstrieren die neuen Richtlinien über die Einstellung in den öffentlichen Dienst von Baden-Württemberg, wo — die Gemeindeebene nicht eingerechnet — mit etwa 10 000 „karteimäßigen" politischen Überprüfungen im Jahr gerechnet wird und bereits ein entsprechender Ausbau des „Verfassungsschutzes" beschlossen wurde.

In einem solchen Klima kann schon zum Gegenstand inquisitorischer „Überprüfung" werden, warum jemand Mitglieder der DKP gegrüßt habe (so geschehen an der Bochumer Abteilung der evangelischen Fachhochschule für Sozialwesen, vgl. „Kritischer Katholizismus" 3/1973). Und es erregt kaum mehr Erstaunen, wenn der Verband katholischer Männer der Diözese Hildesheim seine Mitglieder per Fragebogen aufruft, in Betrieben, Dienststellen und Schulen alle „roten Aktivisten" namhaft zu machen (ppa-Meldung vom 13. März 1973).

Genug der Symptome. Die Kette der Berufsverbote reißt, auch nach den Bundestagswahlen, nicht ab. Die Autoren der Januarbeschlüsse verwickeln sich offenbar immer tiefer in die von ihnen geschaffenen Komplikationen. Wenn etwa die Beschlüsse von der Mitgliedschaft in „verfassungsfeindlichen" Parteien sprechen, um mit diesem Kunstgriff die Rechtslage zu unterlaufen, daß allein das Bundesverfassungsgericht eine Partei für „verfassungswidrig" erklären kann, so gehört es offenbar zu den Implikationen der geschaffenen Unsicherheit, wenn Regierung und Bundestagsparteien es für richtig halten, etwa die Legalität der DKP ins Zwielicht zu rücken (wie jüngst Staatssekretär Baum vor dem Bundestag).

Aber auch den Begriff der „Verfassungsfeindlichkeit" glaubt der Bundeskanzler nach dem Schema „Nicht abschaffen, sondern verbessern" grundsätzlicher Kritik entziehen zu können,

indem er ihn für „konkretisierungsbedürftig" erklärt: „Er darf nicht etwa so ausgelegt werden, als sei eine theoretische Diskussion über eine Fortentwicklung des Grundgesetzes verboten". In dieser Frage geht es aber gegenwärtig wohl weniger um eine theoretische Diskussion, es geht ganz einfach um die Verwirklichung des Grundgesetzes. Bereits im vergangenen Februar und März hat diese Zeitschrift Stellungnahmen namhafter Juristen und Politologen über die Verfassungswidrigkeit der Januarbeschlüsse vorgelegt (Buchausgabe: Wortlaut und Kritik der verfassungswidrigen Januarbeschlüsse, Köln 1972). Wir meinen auch heute, verfassungswidrige Maßnahmen können nicht „verbessert", sie müssen aufgehoben werden.

Karl D. Bredthauer

Zu den Wahlen in Chile

Als kurz vor Mitternacht des chilenischen Wahlsonntags vom 4. März — nach der überraschenden Genehmigung von Demonstrationen — sich innerhalb von zwanzig Minuten über 50 000 Unidad-Popular-Anhänger aus Santiago in der Avenida Bulnes tanzend und singend versammelten, um den Wahlerfolg der UP zu feiern, hörte man häufig den ironischen Rhythmus: „Dos tercios, ha, ha, ha!" Damit spielten sie auf ein ursprüngliches Wahlziel der zur „Confederación Demócrata" vereinigten Rechten, bestehend vor allem aus der Christdemokratischen und der Nationalen Partei, an: mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Senat oder im Abgeordnetenhaus den Präsidenten Allende des verfassungswidrigen Regierens anzuklagen und auf diese Weise die Regierung der Volkseinheit „legal" zu stürzen. Wenn auch diese Prognose kurz vor den Wahlen nur noch von kleinen Kreisen der Rechten aufrechterhalten wurde, so war doch die Erwartung allgemein, daß in dieser — von der Rechten als das Plebiszit des Jahrhunderts hochstilisierten — Parlamentswahl die oppositionelle Rechte die mit verschiedenen Schwierigkeiten kämpfende Unidad Popular um 20 bis 25 % der Stimmen schlagen würde. Auch die Repräsentanten der UP waren nicht sehr zuversichtlich in diese Wahlschlacht gegangen. Noch am Freitag vor der Wahl erklärte Allende, daß bislang alle Regierungen in Chile in den zwischen den Präsidentschaftswahlen liegenden Parlaments- und Munizipalwahlen Verluste hätten hinnehmen müssen und es daher für die UP völlig ausreiche, einen ebenso hohen Prozentsatz von Stimmen zu erreichen, mit dem sie ihre Regierung angetreten hat, d. h. ca. 36 %.

So ist es verständlich, daß der Jubel auf seiten der UP eine weit höhere Berechtigung hat (und auch einen ganz anderen Charakter trägt) als die gequält siegesbewußte Feststellung der Rechten, sie habe die Mehrheit des Landes, die gegen den Sozialismus sei, hinter sich gebracht. Von welcher Seite man den Wahlausgang auch betrachtet, es ist nicht zu bestreiten, daß er der Unidad Popular einen kaum erwarteten, großen Erfolg brachte. Mit ca. 44 % der Stimmen konnte sie ihre Repräsentanz im Abgeordnetenhaus gegenüber 1969 um sechs Sitze erhöhen (von 57 auf 63); in der gleichzeitigen Wahl zur Erneuerung der Hälfte des Senats konnte die UP ihre Mandate von 18 auf 20 erhöhen. Um jedoch die Bedeutung des Wahlerfolgs der Unidad Popular genauer einschätzen zu können, muß dieses Ergebnis zu den vorangegangenen Wahlen und der gegenwärtigen Situation in Chile in Beziehung gesetzt werden.

Selbst in bezug auf die Kommunalwahlen vom April 1971, bei denen die Parteien der Unidad Popular knapp 50 %

der Stimmen erhielten, kann von einer bedeutenden Verschlechterung der Position der UP keine Rede sein. Die Rechte, die diese Wahlen mit Vorliebe als Vergleichsbasis für die Parlamentswahlen von 1973 anführt, übersieht, daß in diesen Wahlen besondere Umstände eine große Rolle spielten: Die geringe Wahlbeteiligung, die typische Tendenz der überproportional hohen Stimmabgabe für einen erst vor kurzem gewählten Präsidenten (eine Tendenz, die sich mit der Länge der Amtszeit eines Präsidenten bisher immer in die entgegengesetzte Tendenz umkehrte) und schließlich die glatten Anfangserfolge der Allende-Regierung, die noch nicht mit einem koordinierten und systematischen Widerstand der Bourgeoisie zu rechnen hatte. Bezieht man die für die Unidad Popular abgegebenen Stimmen auf die gesamten Wahlberechtigten — was insofern richtiger ist, als hierdurch die reale Unterstützung, die durch wechselnd hohe Wahlbeteiligungen verdeckt wird, klar zu Tage tritt —, so ist festzustellen, daß die UP nur knapp ein Prozent einbüßte [1]). Zwar begünstigte die — für Parlamentswahlen vergleichsweise hohe — Wahlbeteiligung von 81 % wieder die Rechte, aber diesmal nicht im vollen Umfang. Die absoluten Zahlen scheinen darauf hinzudeuten, daß die Rechte eher traditionelle Rechtswähler *remobilisieren* konnte, während die Unidad Popular ihren Wählerstamm im großen und ganzen halten konnte und sogar — insbesondere bei den neuerdings wahlberechtigten Analphabeten, Blinden und Jungwählern ab 18 Jahre — größere Zugänge verbuchen konnte als die Rechte. Dort, wo die Zahl der Erstwähler seit 1971 am größten war, blieb die UP-Position gegenüber 1971 am stabilsten oder verbesserte sich sogar noch. Rückgänge gegenüber 1971 sind vor allem in Santiago und Valparaiso zu verzeichnen, während in den Bergbau- und einigen Agrarprovinzen sogar Gewinne zu verbuchen waren. Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß dort die Zahl der Neuwähler (und damit zum großen Teil von Unterprivilegierten) am geringsten war, sondern wahrscheinlich auch damit, daß in Groß-Santiago die Konzentration der sogenannten Mittelschichten am größten ist und diese — mehr als noch 1971 — sich für die von rechts angebotene „Ruhe und Ordnung" bzw. „Rekonstruktion Chiles" (Hauptparole der PDC) entschieden.

Im Vergleich zu den Präsidentschaftswahlen von 1970 sieht das Ergebnis für die Unidad Popular noch günstiger aus: Gaben damals für Allende etwas mehr als eine Million Chilenen ihre Stimme ab, so votierten für Alessandri und Tomic — die zwar sehr verschiedene Programme vertraten, jetzt aber Parteien der Rechten repräsentieren — etwa 1,85 Mio. Während jetzt knapp 1,6 Mio. Wähler für die UP stimmten (ein Anstieg von fast 50 %!), wählten fast genau zwei Millionen die Oppositionsparteien (eine Steigerung von 7 %). Dieses Resultat durchbricht die für die politische Geschichte Chiles „eherne" Tendenz, daß in allen Wahlen nach mehr als einem Jahr Regierungszeit eines neuen Präsidenten und einer neuen Regierung ein beträchtlicher Teil der Präsidentenwähler sich der Opposition zuwendet. Trotz der zahlreichen objektiven Schwierigkeiten, mit denen die UP-Regierung zu kämpfen hat, unterstützt jetzt eine weit größere Anzahl von Chilenen die Linkskoalition als zur Zeit ihres Regierungsbeginns!

Auch gegenüber den Parlamentswahlen von 1969 haben die UP-Parteien ihre Position verbessern können: sowohl in bezug auf die Stimmenanteile (von 42 auf 44 %), wie auch hinsichtlich der Abgeordnetensitze. Die vergleichsweise starke Erhöhung der Parlaments-

1) Es ist eine Konstante der chilenischen Wahlgeschichte, daß die Wahlbeteiligung bei den Präsidentenwahlen wesentlich höher liegt als bei Parlaments- und Munizipalwahlen. So lag sie 1970 bei den Präsidentschaftswahlen bei 85 %, bei den Gemeindewahlen von 1971 und den Parlamentswahlen von 1969 bei 75 %. Weiter zeigt sich regelmäßig, daß von einer höheren Wahlbeteiligung die rechten Parteien profitieren.

mandate der UP-Parteien von 57 auf 63 (entsprechend bei der Opposition ein Abfallen von 93 auf 87) ist vor allem darauf zurückzuführen, daß durch die Aufstellung von gemeinsamen UP-Listen ein besseres Abschneiden von normalerweise dritt- und viertplazierten Abgeordneten ermöglicht wurde [2]). Vergleicht man die Stimmanteile bzw. die Abgeordnetenverteilung der Parlamentswahlen vom März 1973 mit denen von 1969 und den Gemeindewahlen von 1971, so lassen sich drei Haupttendenzen leicht feststellen: 1) Das Gewicht der marxistischen Parteien innerhalb der Unidad Popular hat weiter stark zugenommen. 2) Die Radikale Partei, die innerhalb der Unidad Popular geblieben ist, schrumpfte fast ebenso stark (von 13 % 1969 auf 3,6 % 1973) wie ihre verschiedenen Rechtsabspaltungen, die sich jetzt in die CODE integriert hatten (PADENA, DR, PIR). 3) Die Parteien der Ultrarechten und gemäßigten Rechten (PN, PDC) konnten gegenüber 1969 ihre Position stabilisieren bzw. besonders gegenüber den Wahlen von 1971 Zuwachs verzeichnen, was auch bei ihnen eine Erhöhung der Abgeordnetenmandate bewirkte — allerdings auf Kosten der kleinen rechten Parteien.

Auf der Rechten konnte die Partido National ihren Prozentanteil leicht steigern, während die PDC gegenüber 1969 ein Prozent verlor und etwa auf den Stimmenanteil kam, den Tomic in der Präsidentenwahl für die PDC errang. Da die PN bei weitem nicht den Stimmanteil des rechten Präsidentenkandidaten Alessandri erreichte, andererseits die PDC — nun mit eindeutig rechtem Kurs — sich stabilisierte, kann angenommen werden, daß ein Teil der Tomic-Wähler sich UP-Parteien anschloß. D. h., daß das rechte Wahlreservoir erschöpft scheint, andererseits nicht auszuschließen ist, daß weitere Teile der PDC-Basis — bei stärkerem Heranrücken der PDC an die PN und entsprechender UP-Politik — gewonnen oder neutralisiert werden können. Das Faktum, daß in einer Zeit ständiger Polarisierung der sozialen Kräfte die gemäßigte Rechte bzw. zentristische Partei an Boden verliert, wenn sie sich mit einer ultrarechten Gruppierung liiert, deutet sich im Stimmenverhältnis von PN und PDC an, wird jedoch noch durch die Tatsache abgeschwächt, daß die PDC aufgrund ihres populistischen Charakters und ihres reformerischen Anstrichs noch Teile des Proletariats und vor allem der städtisch-industriellen Lohnabhängigen (u. a. der Angestellten) zu binden vermag. Während der Stimmenzuwachs der PDC vorwiegend in den Großstädten und einigen industriell ausgerichteten Provinzen zu verzeichnen war, profitierte vor allem auf dem Lande die PN von der Rechtspolarisierung.

Die Verluste der Partido Radical (unter anderem durch Abspaltung eines Teils der Partei, der PIR, die sich der CODE anschloß) von sieben Abgeordnetenmandaten (von 12 1969 auf 5 1973) und das Absinken der Kandidaten der Izquierda Cristiana (IC), der zweiten Linksabspaltung von der PDC, von 9 Abgeordneten (die sie der Unidad Popular einbrachte — während die PIR ebenso viele Abgeordnetensitze der Opposition zutrug) auf 2 wurde überkompensiert durch das Ansteigen der sozialistischen und kommunistischen Abgeordnetensitze (PS von 14 auf 28, PC von 22 auf 25). Damit bestätigte sich die Tendenz, die sich bereits in den Wahlen von 1971 gezeigt hatte: die Sozialistische Partei hat ihr rapides Wachsen seit dem Machtantritt der Unidad Popular (nun auch ohne MAPU-Unterstützung, die jetzt als selbständige Partei auftrat und 2,6 % der Stimmen gewann) über zwei Jahre hinweg aufrechterhalten können, während die Kommunistische Partei nur leichten Zuwachs zu verzeichnen hatte. Wenn man auch diese Tendenz nicht überinterpretieren

[2]) Im chilenischen Wahlsystem für Abgeordnete wurden bisher kleinere und mittlere Parteien — vor allem in kleineren Wahlkreisen — systematisch benachteiligt, da je nach Größe des Wahlkreises die jeweils stimmenstärksten (zwei, vier oder sechs) Abgeordneten gewählt sind.

sollte, da durch die gemeinsame Listenaufstellung die PC in einigen Provinzen die Kandidaten kleinerer Parteien der Unidad Popular unterstützte (was den offiziellen gesamtnationalen Anteil der PC von 16 % gegenüber 18,4 % der PS am stärksten verkleinerte), so kann doch nicht übersehen werden, daß innerhalb der UP-Anhängerschaft im industrieproletarischen Bereich die marxistischen Parteien mit den offensiveren Parolen im Wahlkampf und mit dem nationaleren Image mehr Sympathisanten auf sich ziehen konnten als die PC, die sich in ihrer Wahlkampagne hauptsächlich auf die Vermeidung des Bürgerkriegs bezog, die vollkommene Angleichung der Löhne an das Inflationsniveau durch Besteuerung der Reichen forderte und größere Produktionsanstrengungen in den Vordergrund stellte. Es ist auch möglich, daß die kurz vor den Wahlen angedeutete (aber nicht verwirklichte) vorsichtige Politik der PC in bezug auf die Abgrenzung des gesellschaftlichen, gemischten und privaten Produktionsbereichs — gerade nach den Ereignissen im chilenischen Oktober 1972 [3]) — Arbeiterstimmen gekostet hat. Dies gilt zumindest für die Industriedistrikte von Santiago und Concepción, wo die PC nicht nur beträchtliche Stimmanteile, sondern auch absolut Wähler verloren hat. Während hier die PS und die MAPU ihre Position halten bzw. ausbauen konnten, verhielt es sich tendenziell umgekehrt in den agrarischen Provinzen. Am erstaunlichsten an diesen Wahlen waren die Erfolge der Unidad Popular in traditionell rechten Agrarprovinzen des Südens und des Zentrums. Bei dem sogar gegenüber 1971 verbesserten Abschneiden der UP in diesen Provinzen konnten vor allem die kommunistischen Abgeordneten große Fortschritte erzielen. In fast rein agrarischen Provinzen wie Malleco, Valdivia, Llanquihue und Chiloe z. B. konnte die PC ihre Stimmen um 78 % steigern. Die fast durchgängig — in verschieden starkem Ausmaß — zu verzeichnenden Fortschritte auf dem Lande sind wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß die Versorgungsprobleme hier nicht so stark ins Gewicht fielen und die durch die Regierung begonnene Umverteilungspolitik der Einkommen — vor allem auf den zurückgebliebensten Sektoren des ländlichen Bereichs — wesentlich größere reale Effekte gehabt hat als in den städtischen Agglomerationen. Speziell die Gewinne der PC innerhalb der Unidad Popular gingen z. T. auf Kosten der PR, die hier besonders stark abnahm. Im übrigen dürften sich die besonderen Anstrengungen der PC um kontinuierliche, auf Verbesserung des technischen Niveaus abstellende und die Agrarreform konsolidierende Politik ausgezahlt haben.

Sehr bemerkenswert ist schließlich die Tatsache, daß die Unidad Popular ihren Anteil an den Frauenstimmen besonders stark steigern konnte. Waren es noch 1970, bei den Präsidentschaftswahlen, nur knapp 30 %, die die Unidad Popular bei den Frauen erreichte (bei Männern über 40 %), so sind diesmal 39 % aller Frauenstimmen den Parteien des Gobierno Popular zugute gekommen. Besonders an diesem Detail der letzten Wahlen zeigt sich ein allgemeines und zum Teil die UP-Verantwortlichen überraschendes Phänomen: trotz der gewaltigen Propagandaschlachten der Rechten, trotz der stärksten Inflation, die Chile bisher erlebt hat (180 %), trotz akuter Knappheit verschiedener Waren (vor allem in den Städten), trotz ausgedehnten Schwarzmarkts, blühender Hamsterei und der bürokratischen Langsamkeit des Beamtenapparats und von Teilen der UP-Regierungsfunktionäre — trotz allem: die soziale Basis der Unidad Popular hat sich erweitert, und ihr politisches Bewußtsein, ihre Kampfbereitschaft hat sich — vor allem durch den „Streik der Bourgeoisie" während des ganzen Oktobers — gewaltig entwickelt. Die augenblicklichen und kommenden Schwierigkeiten werden nicht vornehmlich den Mängeln der

[3]) Vgl. hierzu „Blätter", 1/1973.

Regierung zugeschrieben, sondern den Sabotageakten und aufrührerischen Aktivitäten des Klassenfeindes. Der Ausgang der chilenischen Parlamentswahlen ist Ausdruck der Entschlossenheit des werktätigen chilenischen Volkes, durch die kombinierte Aktion von Regierung und den Basisorganisationen der Arbeiter selbst die ganze politische Macht zu erringen, die Kontrolle über zentrale Bereiche der Produktion und Distribution zu gewinnen und die Unabhängigkeit und endgültige Befreiung vom Imperialismus zu sichern.

Dieter Boris, z. Z. Santiago de Chile

Krieg und Frieden in Vietnam

Auch nach dem Abzug des amerikanischen Militärs verlangt die Entwicklung in Vietnam die entschiedene Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit. Nach dem Abschluß des Pariser Abkommens [1]) und seiner Bekräftigung durch die Schlußakte der internationalen Vietnam-Konferenz [2]) wird darum gerungen, die Bestimmungen des Pariser Abkommens voll zu verwirklichen.

Der Vertrag bekräftigt feierlich das Recht des vietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung. „Die Vereinigten Staaten und alle anderen Länder", heißt es im ersten Artikel wörtlich, „respektieren die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Unverletzlichkeit Vietnams." Der Abschnitt IV des Abkommens von 1973 regelt ausdrücklich die Ausführungsbedingungen des Rechts auf Selbstbestimmung der vietnamesischen Bevölkerung. Abschnitt V bezieht sich auf die Wiedervereinigung Vietnams, die in Etappen, mit friedlichen Mitteln (Art. 15) stattfinden wird, wobei die militärische Demarkationslinie am 17. Breitengrad nur provisorischen Charakter hat und keine politische oder territoriale Grenze konstituiert. Schließlich haben sich die Vereinigten Staaten verpflichtet, jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams einzustellen (Art. 4), alle ihre Truppen und das gesamte Militärpersonal innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen zurückzuziehen (Art. 5) und während des gleichen Zeitraums ihre Militärbasen in Südvietnam sämtlich aufzulösen.

Trotz des verzuckerten Stils mancher diplomatischen Formeln endet ein schrecklicher Krieg mit der totalen Niederlage derjenigen von den beiden kriegführenden Seiten, die nicht nur allem Anschein nach der anderen überlegen sein mußte, sondern auch, abgesehen vom Einsatz atomarer Waffen, vor keinem Mißbrauch ihrer Macht zurückgeschreckt ist, um den Sieg zu erringen, und die heute noch immer die erste wirtschaftliche und militärische Macht der Welt bleibt. Das Bild vom Kampf Davids mit Goliath reicht nicht hin, um das Mißverhältnis der materiellen Kräfte beider Kombattanten auszudrücken.

Die Unterzeichnung des Pariser Abkommens vom 27. Januar 1973 und der dazugehörigen Protokolle läßt hoffen, daß die amerikanische Regierung die aufgrund ihrer Politik erlittene Niederlage anerkannt hat. Eine doppelte Niederlage sogar: die der militärischen Stärke, aber auch derjenigen Idee, von der die gesamte amerikanische Politik seit 1945 inspiriert war. Während dieser Periode wurde das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker zum Rückzug gezwungen vor der ideologischen Überzeugung, gewisse Völker hätten nicht die Freiheit, ein nichtkapitalistisches politisches System zu wählen.

Gegenwärtig ist es allerdings angebracht, im Pariser Abkommen zwei Bestimmungen näher zu untersuchen, deren Formulierung nicht im Einklang

[1]) Wortlaut in „Blätter", 2/1973, S. 204—211.
[2]) Wortlaut im Dokumentarteil des vorliegenden Heftes.

mit bestimmten grundlegenden Forderungen des Völkerrechts zu stehen scheint.

Die erste liegt in Artikel 21 vor, der folgenden Wortlaut hat: „Die Vereinigten Staaten erwarten, daß dieses Abkommen den Auftakt bilden wird für ein Zeitalter der Versöhnung mit der Demokratischen Republik Vietnam wie auch mit den anderen Völkern Indochinas. In Verfolgung ihrer traditionellen Politik werden die Vereinigten Staaten zur Heilung der Kriegswunden und zum Wiederaufbau nach dem Kriege in der Demokratischen Republik Vietnam und ganz Indochina beitragen."

Der zweite Satz dieser Bestimmung ist juristisch einer der am wenigsten befriedigenden des ganzen Abkommens. Der patriarchalische Akzent, mit dem dort auf das Problem der Reparationen angespielt wird, ist geradezu schockierend, wenn man die Brutalität der Kriegführung und insbesondere der Bombenangriffe gegen die Zivilbevölkerung Nordvietnams noch am Vorabend der Unterzeichnung des Abkommens bedenkt. In Wirklichkeit enthält die gesamte Konvention und vor allem der bereits zitierte erste Artikel seitens der amerikanischen Regierung die implizite Anerkennung des aggressiven Charakters ihrer bewaffneten Intervention in Vietnam. Nun gehört seit der 4. Haager Konvention von 1907 das Prinzip von der Verantwortlichkeit des Staates bei einer Verletzung der Haager Landkriegsordnung zum Völkerrecht. Dieser Grundsatz der vom Aggressor zu leistenden Reparationen ist jeweils bei der Beendigung der beiden Weltkriege bestätigt worden, in Artikel 231 des Versailler Vertrages ebenso wie 1945 auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam. Der einzige neue Umstand besteht darin, daß die besiegte Macht finanziell in der Lage ist, die zum Ausgleich für die der anderen Seite zugefügten sehr beträchtlichen Schäden geforderte Entschädigung zu zahlen.

Die andere Bestimmung, die Aufmerksamkeit verdient, ist der Artikel 8 (c), der „die Frage der Rückführung derjenigen vietnamesischen Zivilisten, die in Südvietnam gefangengenommen und festgehalten wurden", betrifft. Dieses Problem ist außerdem noch Gegenstand des Protokolls über die Auslieferung des gefangengenommenen Militärpersonals, der gefangengenommenen ausländischen Zivilisten und der gefangengenommenen und inhaftierten vietnamesischen Zivilpersonen, insbesondere seines Artikels 7. Es ist bedauerlich, daß das Abkommen nur eine bilaterale Verfahrensregelung für die Regierung Thieu und die PRR fixiert hat, ohne die Verpflichtung zu bekräftigen, die politischen Gefangenen freizulassen, und ohne eine Amnestie derjenigen zu bestimmen, deren Verurteilung nach gemeinem Recht für sie das Risiko beinhaltet, im Gefängnis zu bleiben. Wenn man jetzt bestimmte Zeugenaussagen hört, die von der westlichen Presse verdienterweise aufgenommen worden sind, dann ist die Zahl der politischen Gefangenen sehr hoch, die in Südvietnam ohne Urteil in Haft gehalten werden, und die Bedingungen ihrer Gefangenschaft sind absolut unmenschlich. Viele dieser Gefangenen gehören der „Dritten Kraft" an, aber unter ihnen gibt es auch zahlreiche Kinder.

Die systematische Vernichtung der „Dritten Kraft" bedeutet ein Hindernis für eine Verwirklichung des Artikels 12 des Abkommens vom 27. Januar 1973. In der Tat ist festgelegt, daß die beiden südvietnamesischen Seiten (das heißt die Regierung Thieu und die PRR) Konsultationen „in einem Geist nationaler Aussöhnung und Eintracht" beginnen mit dem Ziel, „einen Nationalrat der Nationalen Aussöhnung und Eintracht aus drei gleichberechtigten Gruppen" zu bilden. Wie es vor kurzem in einer Veröffentlichung hieß, „spiegelt der Wortlaut dieses Artikels vor allem eine Forderung der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) wider, die seit Juli 1971 durch Madame Binh in

den Pariser Verhandlungen die Schaffung einer Regierung dreier Komponenten verlangt" [3]). Die „Dritte Kraft" besteht aus den nichtkommunistischen Gegnern der Regierung Thieu; man findet hier Buddhisten, Oppositionelle der ersten Stunde (seit 1963, der Epoche des Regimes Diem), denen sich in jüngerer Zeit Katholiken, vor allem Mitglieder der Katholischen Arbeiterjugend, angeschlossen haben.

Die weitere Inhaftierung der politischen Gefangenen ist auf jeden Fall unvereinbar mit einer elementaren Achtung der demokratischen Freiheiten, aber eine Verlängerung des Ausnahmezustandes über den Waffenstillstand hinaus scheint ohnehin ganz und gar unzulässig zu sein. Was die Folterungen und die entwürdigenden Behandlungsmethoden anbetrifft, deren Schrekken zwei französische Mitarbeiter — Jean-Pierre Debris und André Menras, zweieinhalb Jahre hindurch Häftlinge in den Gefängnissen der Regierung Thieu — gerade geschildert haben [4]), so sind sie sogar in Kriegszeiten scharf zu verurteilen. Es ist übrigens symptomatisch, daß die öffentliche Meinung im Westen viel empfindlicher auf Foltern reagiert, deren Opfer und Zeugen Europäer waren.

Sehr leicht gibt sich eine derartige Einstellung mit dem Gedanken zufrieden, daß die demokratischen Freiheiten, so wie sie sie versteht, zweifellos auch in Nordvietnam nicht alle respektiert werden. Dieser Hintergedanke hat von Anfang an unsere Haltung zum Vietnamkrieg verdorben. Man muß scharf unterscheiden zwischen dem Recht der Völker, über sich selbst zu verfügen, und den individuellen Garantien der allgemeinen Menschenrechte und Grundfreiheiten. Das erste Prinzip muß die Haltung der Regierungen und der Völker untereinander leiten. Das Prinzip der Selbstbestimmung schließt für jede Gemeinschaft das Recht ein, sein politisches System zu wählen. Danach muß mit friedlichen Mitteln die allgemeine Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten verbessert werden. Was unsere Unruhe und unsere Sorge angesichts der von der gegenwärtigen Regierung der Republik Vietnam begangenen Verletzungen dieser Rechte legitimiert, ist die Tatsache, daß sie vorgibt, in Südostasien das demokratische Ideal im westlichen Sinne des Wortes zu verkörpern, und daß die Stützung dieser Regierung und ihrer Vorgängerinnen innerhalb von zehn Jahren die Allüren eines Kreuzzuges für Freiheit und Demokratie angenommen hat.

François Rigaux, Löwen

[3]) Robert Williame, „Mort ou survie de la troisième force?", „La Revue Nouvelle" (Brüssel), März 1973, S. 301—302.

[4]) Nach einer Pressekonferenz am 2. 1. 1973 in Paris haben die Betroffenen ihre Aussagen vor allem vor der Internationalen Indochinakonferenz (Brüssel, 10./11. 2. 1973) gemacht.

Bericht über die Vorbereitung eines internationalen Kongresses in Moskau

Vom 16. bis 18. März fand in Moskau ein internationales Konsultativtreffen zur Vorbereitung des für Anfang Oktober 1973 ebenfalls in Moskau geplanten Weltfriedens-Kongresses statt. Aufgabe dieses Treffens war es, die bereits laufenden Vorbereitungen für den Kongreß zu koordinieren und die Basis der ihn tragenden nationalen und internationalen Organisationen so weit wie möglich zu verbreitern. In der Tat kann man bereits jetzt behaupten, daß die internationale Beteiligung an dem Kongreß im Oktober so breit ist, daß fast alle wichtigen Fragen der internationalen Sicherheit und Abrüstung, der internationalen Zusammenarbeit und des Kampfes für nationale Unabhängigkeit von den betroffenen und kompetenten Persönlichkeiten und Organisationen behandelt und diskutiert werden. Die

Hoffnung, daß von den Resolutionen und Lösungsvorschlägen des Kongresses nachhaltige Impulse auf die Entwicklung der internationalen Politik ausgehen werden, ist deshalb wohl kaum übertrieben.

Im einzelnen wurde beschlossen, daß zur direkten Vorbereitung des Kongresses eine Reihe von Dokumenten erstellt werden soll, damit die Diskussionen im Oktober bereits auf der Grundlage möglichst umfassender Informationen geführt werden können. Als ein sinnvolles Verfahren zur Zusammenstellung dieser Dokumentationen erwies sich der Vorschlag, daß einige Organisationen sich gemeinsam um bestimmte Problemkomplexe bemühen sollen, so daß auch sichergestellt bleibt, daß möglichst viele Meldungen und Anschauungen zur Geltung gebracht werden können. Die wichtigsten Arbeitsgruppen werden sich mit folgenden Themen beschäftigen: Indochina, Mittlerer Osten, Abrüstung und Sicherheit, Entkolonisierung und Rassendiskriminierung, ökonomische und soziale Entwicklung, Kooperation.

Weil das Interesse an diesen Themen außerordentlich groß ist, wurde der Vorschlag gemacht und akzeptiert, zu möglichst jedem dieser Themen einen Vor-Kongreß zu veranstalten. Als Tagungsorte sind Reykjavik, Basel, Dacca, Tananarive, Dar Es Salam und Brüssel im Gespräch. (Dieser Punkt macht übrigens besonders deutlich, in welcher Größenordnung sich die gesamte Kongreß-Planung bewegt.)

Um einen kleinen Überblick über die beteiligten Organisationen zu vermitteln, seien einige der Teilnehmer des Konsultativtreffens aufgezählt: Vertreten waren das Sekretariat von Dr. Kurt Waldheim, mehrere Komitees der Vereinten Nationen, die UNCTAD, das Internationale Komitee für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und zahlreiche andere internationale Organisationen. Die Initiative zu dem Kongreß ging aus vom Weltfriedensrat; da jedoch bewußt eine offene Organisationsform für den Kongreß gewählt wurde, haben sich inzwischen auch viele andere Organisationen das Unternehmen zu eigen gemacht.

Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang auch die Kooperationsbereitschaft eines großen Teils der Friedensforscher selbst, die mit einigen Instituten (PRIO-Institut Oslo, Internationales Institut für den Frieden Wien) und der International Peace Research Association (IPRA) auf dem Konsultativtreffen vertreten waren. In einem Gespräch untereinander und mit anderen Organisationen wurde beschlossen, daß ein Thema des Kongresses im Oktober Aufgaben und Möglichkeiten der Friedensforschung betreffen soll.

Man kann natürlich einem solchen Mammut-Projekt skeptisch gegenüberstehen und dabei z. B. das Argument anführen, daß auf so großen und öffentlichkeitsbezogenen Veranstaltungen das „Eigentliche" doch nicht passiere. Wer so denkt, muß sich allerdings fragen lassen, ob er es für unangebracht hält, wenn u. a. mit Hilfe solcher Kongresse eine möglichst große Zahl von Menschen überall in der Welt einen Anstoß erhält, ihr Interesse für Frieden und friedliche Entwicklung besser zu artikulieren. Für die Lösungen der drängendsten Fragen der Menschheit sind nicht nur eine Handvoll „Spezialisten" verantwortlich; aus diesem Grunde erscheint es mehr als gerechtfertigt, einen Kongreß über diese Fragen zusammenzurufen, der von möglichst vielen Organisationen, d. h. von Repräsentanten möglichst vieler Menschen, gemeinsam ausgerichtet und getragen wird. Am letzten Tag des Konsultativtreffens wurde von den Teilnehmern ein Appell verabschiedet (vgl. Dokumente dieses Heftes), der zur Mitarbeit bei den weiteren Kongreß-Vorbereitungen einlädt.

Wilfried v. Bredow

Die Erweiterung der EWG und die Westeuropa-Konzeptionen Großbritanniens, Frankreichs und der BRD

Von Angelika Felsko

Als nach der in diesem eindeutigen Ergebnis nicht vorhergesehenen Abstimmung im Unterhaus das Ringen um den Beitritt Englands zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft am 22. Januar 1972 sein Ende gefunden hatte und es feststand, daß Großbritannien ab 1. Januar 1973 vollwertiges Mitglied der EWG ist, wurde dieses Ereignis von der bundesdeutschen Presse mit überschwenglichen Kommentaren gefeiert. Presse und Politiker der Bundestagsparteien waren sich einig, daß dies ein Ereignis von „welthistorischem Rang" sei, das die Maßstäbe der Weltpolitik „neu setzen" werde, weil hiermit ein Großraum entstanden sei, nur vergleichbar dem „Reich Karls des Großen und Napoleons" [1]). Der Frieden sei endlich sicherer, ein Gleichgewicht des Friedens — was immer das auch sein mag — hergestellt worden, und Premierminister Heath frohlockte, daß es jetzt ein „größeres Britannien in einem größeren Europa" [2]) geben werde und Großbritannien sich der Welt „vertrauensvoll, stolz und stark" [3]) repräsentieren wolle.

In diesem Freudentaumel wurde beiläufig und mit Unverständnis vermerkt, daß die britische Bevölkerung diese Freude offensichtlich nicht teile, sondern man dort „kaum etwas anderes als Skepsis und Widerwillen" [4]) höre.

Warum die Ansichten über den Beitritt Englands so unterschiedlich waren, darüber erfuhr man wenig oder gar nichts. Stattdessen wurde noch lange Zeit vor dem Beitritt immer wieder auf den politischen Charakter der Entscheidung hingewiesen. So erklärte „Die Welt", daß „nicht primär wirtschaftliche Fragen für den Beitritt entscheidend (gewesen seien), sondern politische" [5]); der ehemalige Europaminister Rippon wünschte sich den Beitritt „hauptsächlich aus politischen Gründen" [6]), und auch Edward Heath betonte während der Verhandlungen immer wieder, daß er die gemeinsame Wirtschaftspolitik „nur als Basis für eine engere politische Zusammenarbeit . . ." sehe [7]).

Da die Hinweise auf den vorwiegend politischen Charakter des Beitritts fast stets verbunden waren mit programmatischen Aussagen über die Ziele dieser Politik — sowohl von britischer Seite als auch von den übrigen Ländern der EWG her —, soll im folgenden versucht werden, diese Programmatik und ihre Hintergründe zu erhellen. Dabei ist es von Bedeutung, sich vorweg kurz das erbitterte Ringen Großbritanniens um den zweiten Platz auf der Weltrangliste und die dabei erlittenen Niederlagen vor Augen zu führen.

---

1) „Vorwärts", 27. 1. 1972.
2) „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ), 17. 7. 1971.
3) „Die Welt", 29. 10. 1971.
4) D. Spanier, England — zielstrebig ohne Begeisterung, in „plus vier", Bonn 1972, S. 16.
5) „Die Welt", 29. 10. 1972.
6) NZZ, 10. 2. 1970.
7) Erklärung Heath' vor dem Unterhaus am 24. 5. 1971, im Wortlaut in: „Europa-Archiv", 12/1971, D. 278.

I

Um sein Ziel zu erreichen, baute sich Großbritannien, auch nachdem seine Wirtschaftskraft dazu nicht mehr ausreichte, bewußt als große Kolonialmacht auf und wünschte mit der Politik „östlich von Suez" (Macmillan) und der „Konzeption der drei Kreise" (Macmillan) seine Vormachtstellung vor der Bundesrepublik, bzw. vor Japan zu wahren. Gerade die Konzeption der drei Kreise, in der sich England als Mittelpunkt und Vermittler zwischen den USA, Europa und den Entwicklungsländern, insbesondere dem Commonwealth, verstand, scheiterte aufgrund der katastrophalen Wirtschaftslage völlig. Die Kräfte reichten in keiner Weise mehr aus, die ehemalige Weltmacht zu erhalten, und so mußte Wilson auch die Politik „östlich von Suez" revidieren. Allerdings traten die alten Ziele abgeschwächt unter seinem Nachfolger Heath wieder deutlicher in Erscheinung. Die Niederlage als britische Großmacht ging einher mit einer eindeutigen Schwerpunktverlagerung auf das westliche Europa und die USA, wobei die beiden Kontinente in der britischen Politik auf das engste verknüpft wurden. In dieser Weise versuchte Großbritannien, sich eine Vorzugsstellung als Brückenkopf der USA in Europa zu erwerben, und ging dabei so weit, zeitweilig in der NATO freiwillig größere Verpflichtungen zu übernehmen, um diese Rolle zu rechtfertigen. Die damals begründeten „besonderen Beziehungen" (special relationship) zwischen England und den USA waren dann allerdings auch der Grund für das französische Veto, das 1963 die ersten Beitrittsverhandlungen abbrach. Eine besondere Bedeutung hatte gerade in diesem Zusammenhang ein Abkommen Großbritanniens mit den USA zur engeren Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet, das kurz zuvor abgeschlossen worden war und das somit als eine besonders krasse Abfuhr für den Tage zuvor unterbreiteten französischen Vorschlag zu nuklearer Zusammenarbeit mit Frankreich gewertet wurde. General de Gaulles Bemerkung, er habe keine Lust, sich das „trojanische Pferd Amerikas" in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu holen, beendete 1963 diese erste Phase der Bemühungen und leitete zugleich eine überaus intensive Hinwendung Großbritanniens zur NATO mit dem Ziel ein, einen europäischen Stützpfeiler der NATO herauszubilden und England als Kernwaffenland die führende Rolle in diesem Bündnis zu verschaffen. Neben der Intention, sich als die wesentliche Kraft eines europäischen Verteidigungsbündnisses zu profilieren, verfolgte England den Zweck, nunmehr die NATO als Sprungbrett in die EWG zu benutzen.

Die besonderen Beziehungen zu den USA und die Ablehnung durch das zu dieser Zeit über eine Position relativer Stärke verfügende Frankreich führten wiederum zur zweiten französischen Weigerung 1967, noch ehe die zweiten Beitrittsverhandlungen richtig begonnen hatten. Dieses Jahr ist auch insofern wichtig, als England 1967 zum erstenmal seine Stellung als das Land mit den größten Investitionen der USA an die BRD abtreten mußte [8]). Damit schwanden auch die Hoffnungen in Großbritannien, gestützt auf die USA wieder die einstige Weltmachtrolle spielen zu können. Der Verlust wesentlicher kolonialer Positionen, die Überforderung der Kräfte durch das lange Festhalten an der Großmachtpolitik und eine verspätete Anpassung an die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution vor allem ließen Großbritannien zurückfallen und stießen das Land in immer neue Schwierigkeiten, die dann im Juni 1970 zum dritten EWG-Aufnahmegespräch führten. Begründet wurde die neue Runde unter anderem damit, daß der „gesunde Peitschenhieb der Konkurrenz" die englische Wirtschaft gewaltsam zur Anpassung zwingen werde. Den Antrag auf Aufnahme in die EWG stellte Großbritannien gemeinsam mit Irland, Dänemark und Norwegen, wobei Irland unter

[8]) „Deutsche Volkszeitung", 15. 7. 1971.

den Mitgliedern und Kandidaten das einzige Land ist, das nicht der NATO angehört.

Die in der Folgezeit, d. h. hauptsächlich 1971, geführten Verhandlungen gingen von zum Teil erheblich veränderten Positionen der Partner aus. England hatte inzwischen seine „besonderen Beziehungen" zu den USA in „natürliche Beziehungen" umgewandelt, Frankreich und die Bundesrepublik hatten einen Regierungswechsel hinter sich, der sich auch in anderen Gewichtungen der nächsten Ziele der Gemeinschaft auswirkte. Ein innerhalb der EWG geschwächtes Frankreich, auf dessen inneres Kräfteverhältnis vor allem die Auseinandersetzungen vom Mai 1968 ein neues Licht geworfen hatten, sah sich einer ökonomisch und schließlich auch politisch immer mächtiger werdenden Bundesrepublik gegenüber, die längst die ökonomisch stärkste Macht der EWG darstellte und sich anschickte, diese Stärke durch eine Politik fortschreitender Integration auch in politische Macht umzumünzen. Die schwerwiegenden Unterschiede in den Europa-Konzeptionen Frankreichs und der Bundesrepublik, auf die später noch einzugehen sein wird, waren ein gewichtiger Grund für Pompidou, durch bilaterale Gespräche mit Premierminister Heath im Mai 1971 die grundsätzlichen Hindernisse zu beseitigen, die Frankreich bisher dem britischen EWG-Beitritt in den Weg gelegt hatte. Daß dieses Gespräch drei Tage nach der Freigabe des DM-Wechselkurses durch die Bundesregierung, die Frankreich als offenen Affront und Gefährdung der Währungsunion wertete, aufgenommen wurde, ist sicher mehr als ein zufälliges Zusammentreffen. Es charakterisiert die abrupte und weitgehende Hinwendung Frankreichs zu Großbritannien als Bündnispartner gegen die westdeutsche Übermacht.

Detailfragen wurden erst in späteren Verhandlungen geklärt; so heißt es in der Presseerklärung Pompidous nach Abschluß der Gespräche am 21. Mai 1971: „Doch das Wesentliche unserer Gespräche betraf die allgemeine Konzeption von Europa, seine Organisation, sein Funktionieren, seine Perspektiven, und zwar im Rahmen aller großen Probleme, die sich in der Welt stellen, zwischen den europäischen Ländern und den anderen und innerhalb der europäischen Länder" [9]). Und im gemeinsamen britisch-französischen Kommuniqué vom gleichen Tage heißt es neben dem Hinweis, daß beide Staaten ein herzliches Verhältnis zueinander haben: „Über das Funktionieren der Gemeinschaft und ihre künftige Entwicklung haben die Gespräche eine völlige Übereinstimmung der Standpunkte ergeben" [10]).

Die Hoffnungen, die an die erweiterte EWG geknüpft wurden, die nunmehr als „der stärkste Handelsblock der Welt" vorgestellt wird (G. Rippon), spiegelt wohl am besten — weil am offensten — eine Bemerkung des Präsidenten der EWG-Kommission, Sicco Mansholt, wider: „Wenn Europa keine klare Politik führt, sondern den Ereignissen nachhinkt und darauf verzichtet, die Initiative zu ergreifen, halte ich die Sache für verloren, denn nach meiner Ansicht haben die Vereinigten Staaten nicht die notwendige politische Kraft, um die Welt zur Lösung dieses großen Problems zu führen. Die Vereinigten Staaten sind auf dem Wege des Abstiegs, und es wird für uns äußerst schwer sein, sie vor einem totalen Zusammenbruch zu bewahren" [11]).

Ist diese Beurteilung der USA für die Briten auch sicher zu negativ, so entspricht die dem künftigen Europa zugeschriebene Rolle doch ihren Erwartungen. So erläuterte Premierminister Heath in einem Interview mit der „Welt" vom 3. Okto-

9) Im Wortlaut in: „Europa-Archiv", 12/1971, D. 275.
10) Ebd., D. 276.
11) Brief von S. Mansholt, im Wortlaut in: „Frankfurter Rundschau", 26. 4. 1972.

ber 1972: „Europa hat als Kontinent so verschiedenartige Einflußmöglichkeiten in den verschiedenen Teilen der Welt, daß es offensichtlich ist, daß jeweils einige Länder in bestimmten Sphären den europäischen Einfluß wahrnehmen können, während andere die Führung in anderen übernehmen." Und mit einer Sicherheit, die in ihrer Formulierung geradezu erschreckende Erinnerungen weckt, betonte er auf dem Gipfeltreffen im Herbst 1972: „In dieser neuen Partnerschaft haben wir die Chance, ... als eine bedeutende Nation, als ein Gestalter und Former der modernen Welt wieder in Aktion zu treten und eine Rolle zu übernehmen, die zu erfüllen wir, so glaube ich, auf einzigartige Weise befähigt sind" [12]).

Hier sind nun allerdings im Klartext alle Vermutungen weiter Teile der Presse, daß Großbritannien seit geraumer Zeit seinen Großmachtanspruch aufgegeben habe, aus berufenem Munde widerlegt. Die alten Ansprüche feiern fröhliche Urständ, als seien sie nie vergessen gewesen — und sie waren es wohl auch nie, denn Heath macht zugleich das Konzept in frappierender Weise deutlich: Nicht nur Europa soll zur Großmacht in der Welt werden — hier befindet er sich in herzlicher Übereinstimmung mit den Europastrategen der Bundesregierung wie auch der CDU —, England soll in dieser Großmacht eine eigene Großmacht sein, der westeuropäische Block soll für Englands Interessen dienstbar gemacht werden. Das alte Ringen um die Vormachtstellung im kapitalistischen Lager wird hier auf neuer Ebene fortgeführt, unter Nutzung des Blocks und unter Nutzung der anderen Partnerstaaten, wobei die EWG bessere Möglichkeiten beitragen soll, um die Widerstände im eigenen Lande zu unterdrücken; so hofft man wenigstens.

So war die britische Argumentation vor und während des Beitritts mitsamt ihren programmatischen Äußerungen von folgenden Schwerpunkten bestimmt: Verteidigungspolitik, Zusammenarbeit mit dem Osten, Entwicklungshilfe, Funktion des Beitritts für die Gewerkschaften — und dies stets im Zusammenhang mit dem Bild eines geeinten großen Europa als künftiger Weltmacht zwischen den jetzigen Weltmächten, aber als starker selbständiger Partner Amerikas.

Einen guten Einblick in diese Europa-Konzeption Großbritanniens bietet das Londoner Institut für Strategische Studien, das sich in umfangreichen Analysen mit den Konzeptionen der anderen EWG-Staaten auseinandergesetzt hat und versucht, ein adäquates Mittel für die Ziele des britischen Hegemonialismus zu formulieren. Da diese Studien sich durchaus auf gleichem Boden bewegen wie sowohl die verbalen Aussagen als auch die Praxis Londons, können sie als eine der wesentlichen theoretischen Grundlagen herangezogen werden [13]). Daß diese Versuche mit allen anderen, in verschiedenen EWG-Mitgliedsländern angestellten Versuchen gemeinsam die Grundvoraussetzung haben, daß Frieden und Sicherheit nur durch erhöhte Rüstungsanstrengungen zu gewährleisten seien, daß sie ein Modell sind, den Sozialismus in irgendeiner Weise zurückzudrängen, kann und will diese Studie nicht verbergen.

II

So spielen offensichtlich supranationale Elemente im Konzept Großbritanniens eine wichtige Rolle. Die Begründung für dieses „offenere" Konzept liefert das Institut für Strategische Studien: eine solche Gemeinschaft sei offen „für diejenigen Staaten Osteuropas, die trotz ihrer unveränderten Zugehörigkeit zum strategischen und politischen Herrschaftsbereich der Sowjetunion möglicherweise

12) Im Wortlaut in: „Die Zeit", 20. 10. 1972.
13) Im folgenden: Europas Zukunft — Europas Alternativen, Opladen 1969.

mehr Spielraum für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen in Anspruch nehmen können [14]); darauf hofft der Westen, „weil gerade die Elastizität seiner Institutionen die Anpassung an mögliche Veränderungen im Verhältnis zwischen den Staaten Osteuropas und der Sowjetunion gestattet" [15]).

Daß die „Verantwortung" für die sozialistischen Staaten ein feinerer Ausdruck für den Versuch ist, die sozialistische Staatengemeinschaft aufzulösen, ist bislang von allen Mitgliedsländern der EWG mit mehr oder weniger Offenheit proklamiert worden. Das gemeinsame Ziel vor Augen, sind doch die Mittel, es zu verwirklichen, häufig unterschiedlich: Alle Mitgliedsländer einschließlich Englands und der Vereinigten Staaten als Protektor sind der Auffassung, daß mit dem Instrument EWG dieses Ziel besser oder überhaupt nur zu erreichen sei. Um die Rolle der englischen Strategie zu erläutern, sei hier nur ein Beispiel aus der englischen Politik gegenüber den sozialistischen Staaten angeführt (das wesentliche Element, das relative „Offenhalten der EWG", wurde bereits angesprochen): Die britische Regierung war nach Abschluß des „Grundvertrages" eine der ersten, die die DDR anerkennen wollte. Die Anerkennung der DDR wird nämlich seit längerer Zeit in Großbritannien, vor allem auch in Industriekreisen, als überfällig bezeichnet. So schrieb die „Times" am 10. Juni 1971: „Die Anerkennung muß und wird zu gegebener Zeit kommen, Ostdeutschland ist ein wirklicher und bedeutender Staat in Europa, nicht merklich schlimmer als viele andere, und sollte in die Gemeinschaft der anderen aufgenommen werden. Sein gegenwärtiger Ausschluß ist eine Abnormität und ein Hindernis auf dem Wege zu besseren Ost-West-Beziehungen" [16]). Gerade in dieser Frage war man in Großbritannien schon früher bereit, die Realitäten anzuerkennen — und sie um so besser den eigenen antisozialistischen Zielsetzungen einzuordnen. So stellte sich Prinz Philip die Frage, ob ein Aussperren der DDR innerhalb des „östlichen diplomatischen Systems" den Stellenwert der DDR nicht weiter wachsen lassen werde [17]).

Über das Medium einer stark aufgewerteten EWG versucht England jetzt, sich die bundesdeutsche Entspannungspolitik zunutze zu machen und in der „Verantwortung" den sozialistischen Staaten gegenüber flexibel zu taktieren. So hofft man, daß einer „Liberalisierung" des Ost-West-Handels eine politische „Liberalisierung" in den sozialistischen Ländern nachfolgen werde, und meint, daß eine offene pluralistische EWG mit steigendem Wirtschaftswachstum besser auf die sozialistischen Staaten wirken werde als das nach Meinung der englischen Europa-Strategen zu starre Konzept des von der Bundesrepublik vorgeschlagenen Bundesstaates, den die SPD geradezu als Modell aufbauen will. Klar wird jedenfalls an der Zielsetzung Großbritanniens, daß es über die EWG die sozialistischen Staaten besser auseinanderzudividieren und zu beeinflussen hofft.

Die Zurückdrängung und Beeinflussung der sozialistischen Staaten ist auch das Ziel Frankreichs, jedoch gehen die Mittel, mit denen dies erreicht werden soll, ziemlich bald auseinander. Denn das eindeutige Anliegen Großbritanniens für den Beitritt war es, die EWG zu einer „dritten" oder „vierten" Großmacht zu gestalten, um so besser die englischen Großmachtforderungen durchsetzen zu können und England in der EWG die führende Rolle zu verschaffen. Westeuropa als künftige Großmacht ist zwar gleichermaßen das Ziel der BRD, steht aber den Wünschen Frankreichs diametral entgegen.

14) Ebd., S. 157.
15) Ebd., S. 159.
16) Zit. nach Kleithe, Strategie und Politik Großbritanniens gegenüber den europäischen sozialistischen Staaten, in „Dokumente der Zeit" (im folgenden zit. ddz), 4/1972, S. 14.
17) Ebd.

Auch Pompidou redet davon, Europa müsse „seinen Platz in der Welt erringen", aber er tut dies nie ohne den Zusatz, „zwischen den Supermächten". Auch sein Programm der „Europäisierung Europas" ist ein Programm zur weitgehenden Lösung Europas von den USA. Das Europa Frankreichs sollte ein „Großeuropa" sein, vorläufig nicht als „dritte Kraft" oder gar selbst als Großmacht auftreten. Es soll die Funktion der Vermittlung zwischen den Großmächten erhalten, dies natürlich nicht ohne den Hintergedanken, Auflösungstendenzen in den sozialistischen Staaten hervorzurufen und sich selbst in einem solchen Europa die führende Rolle zuzuschanzen.

Der Weg zu einer Großmacht EWG scheint für Frankreich zu lang zu sein und für seine Zwecke auch nicht akzeptabel, solange sein außenpolitisches Konzept von den anderen Mitgliedsländern nicht vertreten wird. Das Europa Frankreichs soll zur „Auflösung der Blöcke" beitragen (Pompidou), eine Forderung, die im Konzert der Europastrategen einzigartig ist. „In der Welt von heute wird nur ein Platz für Europa sein, wenn dieses Europa eine andere geistige und politische Sprache spricht als die amerikanische, die russische, die chinesische . . ." [18]).

So wird in der Londoner Konzeption neben der Europa-Konzeption der BRD auch die Frankreichs abgelehnt. Das französische Konzept, ein „Europa der Vaterländer", sieht in ihren Auffassungen übereinstimmende unabhängige und souveräne Nationalstaaten und ein Zurückdrängen des supranationalen Charakters der EWG vor. Daher sind die heftigen Angriffe Frankreichs auf den Vorschlag zur Herausbildung der „Vereinigten Staaten von Europa" zu verstehen, wie er beispielsweise am stärksten von der BRD vertreten wird, die zu diesem Zwecke heute bereits die EWG-Institutionen stärker zentralisieren will. Diese Vorstellungen widersprechen der Auffassung Frankreichs, einen Staatenbund, der ganz Europa umfassen soll, herauszubilden und darin als Vermittler die politische Führung auszuüben. Ein solches „Europa der Vaterländer", das im Augenblick nach Meinung Frankreichs eher eine Vermittlerfunktion zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten haben sollte, wird von den Londoner Strategen abgelehnt, „weil es zur Beeinträchtigung der bisher zwischen den imperialistischen Mächten Westeuropas erreichten ökonomischen, politischen und militärischen Integrationsstufen führen könnte" [19]).

Schon hier wird deutlich, daß die Übereinstimmung zwischen Heath und Pompidou sich lediglich auf die nächsten Schritte bezog, die man in der EWG gehen will, nicht jedoch auf eine insgesamt gemeinsame Europa-Konzeption. Dennoch gibt es Gemeinsamkeiten. So fließen durchaus Teile des französischen Konzepts in das britische mit ein. Auch Großbritannien wehrt sich gegen eine Bindung Westeuropas als Bundesstaat, weil dies für die Zukunft ein zu geschlossenes, ein zu starres System wäre, um ein Hauptanliegen dieser Modelle, die Auflösung des sozialistischen Staatensystems, durchzusetzen. So soll nach Meinung Großbritanniens der „Kern der Souveränität" nicht berührt werden; man ist der Ansicht, daß eine verstärkte zwischenstaatliche Zusammenarbeit zunächst ausreichend sei. So ist zu verstehen, daß mit Frankreich in diesem Willen, einen Staatenbund zu schaffen, Einigkeit besteht, daß aber bereits in der Frage der Institutionen dieses Staatenbundes die Meinungen voneinander abweichen. Wenn die Unterschiede in der letzten Zeit vor dem Beitritt nicht zum Tragen gekommen sind, so lag das an der Furcht, das herzliche Verhältnis zwischen Frankreich und England könnte in einer für beide Länder sehr ungünstigen Zeit getrübt werden.

[18]) Michel Debré in der Europa-Beilage der „Welt", 23. 2. 1972.
[19]) M. Winter, Die Westeuropa-Modelle des Londoner Instituts für Strategische Studien, in: ddz, 3/1970, S. 8.

Die britischen Politiker haben die Frage der Institutionen nur sehr zurückhaltend angesprochen und sich hier in keiner Weise festgelegt. Frankreichs Bestreben, die Stärkung der supranationalen Organe abzuschwächen, wurde auf der letzten EWG-Gipfelkonferenz im Herbst 1972 von England insofern unterstützt, als sich Heath gegen Direktwahlen für das „Europäische Parlament" in naher Zukunft aussprach — dies war eine der größten Sorgen Frankreichs gewesen — und hinzufügte, dies sei im Augenblick ohnehin nicht die Hauptsache. Gerade die Stärkung des „Europäischen Parlaments" wurde von der Bundesrepublik mit Nachdruck immer wieder gefordert. Dies diene der notwendigen Demokratisierung der EWG, wurde argumentiert. Jedoch scheint sich Großbritannien hier in keiner Weise festlegen zu wollen, denn etwa zu gleicher Zeit forderte Heath: „Unsere gemeinsamen demokratischen Prinzipien verlangen eine stufenweise Entwicklung der Rolle des Europäischen Parlaments" [20]). Man wird dieser Taktik entnehmen können, daß sich die britische Regierung in den strittigen Fragen alle Möglichkeiten offenhalten will, zugleich aber auf den breiten Widerstand im eigenen Land und den Vorwurf linker Teile der Labour-Partei, die EWG sei ein undemokratischer „Club von Trusts", Rücksicht nehmen muß. So verstehen sich auch die häufigen Hinweise auf die notwendige Demokratisierung. Wie schwer die Vorstellungen Großbritanniens auf dem Gebiet der Institutionen der EWG zu fassen sind, zeigt sich z. B. darin, daß Heath 1971 noch vorschlug, für eine so neuartige Gemeinschaft auch neuartige Institutionen zu schaffen [21]), während gleichzeitig sein Außenminister Douglas-Home sich in einem Interview gegen diesen Vorschlag wandte und betonte, wenn die „Europäische Kommission" und der Ministerrat „effizienter" gestaltet würden, brauchte man keine neuen Institutionen [22]). Da Frankreich im Ministerrat gegenüber dem „Europäischen Parlament" das entscheidende Forum sieht, unterstützt auch Großbritannien diese Institution, und Heath konnte in seinem Bericht von dem Zusammentreffen mit Pompidou vor dem Unterhaus erklären: „Wir stimmen insbesondere damit überein, daß die Identität der Nationalstaaten im Rahmen der wachsenden Gemeinschaft erhalten bleiben sollte. Das bedeutet natürlich auch, daß, wenngleich die Europäische Kommission einen wertvollen Beitrag geleistet hat und weiterhin leisten wird, der Ministerrat auch künftig das Forum bleiben sollte, in dem wichtige Entscheidungen getroffen werden und der Prozeß der Harmonisierung nicht den Vorrang vor entscheidenden nationalen Instanzen erhält" [23]).

Eine allzu deutliche Unterscheidung von den USA ist für England noch nicht mitvollziehhar. Zwar hahen sich auf vielen Gebieten Englands Beziehungen zu den USA von „besonderen" zu „natürlichen" entwickelt, aber auf nuklearem Gebiet und auch in vielen Ansätzen der Außenpolitik ist die Zusammenarbeit sehr stark und für die Aufrechterhaltung der britischen Politik auch lebensnotwendig. So hat die britische Regierung in den Auseinandersetzungen um den Beitritt in den USA einen sehr starken Bündnispartner gehabt, der freilich damit auch ähnliche Ziele wie England verknüpfte: „Wenn Großbritannien sich Europa anschließt, wird es ein neues Europa geben. Die Vereinigten Staaten sind gegenwärtig dabei, ein wirklich neues Amerika zu schaffen, und wir leben in einer Zeit, da wir aufgrund der sich rasch wandelnden Ereignisse in der Welt in einer neuen Welt leben. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß das neue Europa und das neue Amerika gemeinsam mit den anderen Nationen der Welt ... zusammenarbeiten" [24]). Das gute Verhältnis zu den USA wird von Großbritannien weit-

20) „Die Welt", 20. 10. 1972.
21) „Europa-Archiv", 6/1972, S. 137.
22) „Handelsblatt", 28. 7. 1971.
23) Im Wortlaut in: „Europa-Archiv", 12/1971, D. 278.
24) Erklärung Nixons nach seinem Zusammentreffen mit Premierminister Heath auf den Bermudas am 21. 12. 1971.

gehend benutzt, um die eigene Rolle in der EWG zu stärken. So tut sich England zusammen mit der Bundesrepublik darin hervor, vor einer weiteren Abkühlung des Verhältnisses der Gemeinschaft zu den Vereinigten Staaten, das wegen des Präferenzsystems der EWG im Mittelmeerraum und in den Entwicklungsländern stark gelitten hatte, zu warnen, „Das Verhältnis der Gemeinschaft zu den Vereinigten Staaten ist die Achse, um die sich alles dreht...", stellt nachdrücklich der Redakteur der Londoner „Times" D. Spanier fest [25]). Hier werden die Unterschiede in den Absichten Großbritanniens und Frankreichs besonders deutlich, zugleich aber auch die Gemeinsamkeiten, die Englands Ziele mit denen der BRD verbinden.

III

Daß Großbritannien in der Zeit vor und nach dem Beitritt auch ein überaus gutes Verhältnis zur Bundesrepublik hatte und hat, verdeutlicht, daß es sich nicht allein von Frankreich als Bündnispartner einspannen lassen will. Vielmehr zeigt das Programm von Edward Heath vom „größeren Britannien in einem größeren Europa", daß Britannien handfeste eigene Interessen und Ziele mit dem Beitritt verbindet, die es auch mit Hilfe der BRD durchsetzen zu können hofft. Und umgekehrt scheint der Beitritt Englands auch den Zielen der BRD zu entsprechen, sieht man sich die Heftigkeit an, mit der in der BRD von CDU und SPD der Beitritt Englands gefordert wurde. Brandt und Strauß setzten sich gleichermaßen für die Aufnahme Englands ein, um der Wirtschaftsgemeinschaft eine politische Willensbildung zu ermöglichen: „Und ich sage: Westeuropa braucht Großbritannien!" [26]) betonte Willy Brandt und meinte weiter: „Dabei sollte nicht übersehen werden, daß dieser in der Geschichte der Staaten neuartige Verband auf die Formung des politischen Willens orientiert ist" [27]).

Die Konzeption des „offeneren Europa" des Londoner Instituts für Strategische Studien findet nicht den ungeteilten Beifall der Europastrategen der BRD. Das liegt nicht nur daran, daß hier starke Differenzen zum Konzept des einheitlichen Bundesstaats auftreten, wie er von SPD und CDU mit soviel Vehemenz gefordert wird. Die eindringlichen Überzeugungsversuche Willy Brandts, die „nationalen Interessen" zugunsten der „großen Idee" zurückzustellen, Souveränitätsverluste zugunsten der gemeinsamen Stärke hinzunehmen, ist verbunden mit der Tröstung, die „Eigenständigkeit" der Staaten (nicht die Souveränität) zu erhalten. Sie stoßen weder in Frankreich noch in England auf eine positive Antwort, denn ein Souveränitätsverzicht in naher Zukunft als ein Schritt zum Bundestaat hin würde bedeuten, daß die ökonomische Stärke der BRD voll zum Tragen käme, so daß die BRD in einer solchen Gemeinschaft auf lange Sicht die eindeutig stärkste Position innehätte. So wird auch weder von Frankreich noch insbesondere von England die Idee des Bundesstaates in toto abgelehnt, vielmehr wird sie in die fernere Zukunft verlegt, weil es bis dahin, wie man hofft, gelungen sein wird, der Bundesrepublik den Rang abzulaufen.

Aber es entspricht sowohl dem Konzept der BRD wie dem Großbritanniens, der EWG als gleichberechtigtem Partner Amerikas ein größeres eigenständiges Auftreten zu ermöglichen. Dies Eigengewicht der EWG wird verstärkt durch die politische Konkurrenz zu den USA. Gleichzeitig aber möchten die USA das stärkere Eigengewicht der EWG besser kontrollieren, und Großbritannien bietet für diese Funktion die besten Voraussetzungen. Es entspricht auch weitgehend

[25]) D. Spanier in der Europa-Beilage der „Welt", a.a.O.
[26]) „Europa-Archiv", 12/1971, D. 287.
[27]) Ebd.

den Vorstellungen der Bundesrepublik, über Großbritannien als EWG-Mitglied die Kontakte zu den USA zu intensivieren, da London ja seine Rolle nicht mehr völlig eigenständig außerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft spielen kann. So wird vorgeschlagen, daß England „wegen der starken angelsächsischen Gemeinsamkeiten" den politischen Dolmetsch zwischen der EWG und den USA spielen solle. Es scheint fast so, als ob sich hier zwischen England und der BRD eine Art Aufgabenteilung ergeben könnte, eine Aufteilung der führenden Rolle in der Außenpolitik und der führenden Rolle in der Militärpolitik. Mit dem Hintergedanken an die Kernwaffenstreitmacht England stellt man nämlich fest: „Aber sollte das Europa der Zehn später seine eigene Verteidigungspolitik im Rahmen der westlichen Allianz entwickeln können, wird England dabei zweifellos eine maßgebende Rolle zu spielen haben" [28]).

Zunächst einmal muß gerade auf dem Gebiet der Außenpolitik und der sonstigen Schwerpunktsetzung Großbritanniens festgestellt werden, daß das „natürliche Verhältnis" zu Amerika offensichtlich bedeutet, daß Großbritannien jetzt der NATO gegenüber ein „besonderes Verhältnis" zeigt. Auf verteidigungspolitischem Gebiet wurde das Sonderverhältnis offensichtlich nie abgebrochen oder eingeschränkt. So fordert der britische Außenminister Douglas-Home: „Auf dem Gebiet der Außen- und Verteidigungspolitik sollte die Fähigkeit der Europäer, zum Schutz ihrer gemeinsamen Interessen innerhalb und außerhalb der NATO wirksam zusammenzuarbeiten, augenscheinlicher sein" [29]). Und im britischen Verteidigungsweißbuch heißt es entsprechend: „Die europäischen Staaten sollten im Rahmen des westlichen Bündnisses bemüht sein, in Verteidigungsfragen enger zusammenzuarbeiten und zu größerer Gemeinsamkeit in ihren Standpunkten zu kommen. Entsprechend seinem Potential muß Europa sowohl mehr Einfluß auf die Grundformen der Sicherheit des Westens nehmen als auch verstärkt die Verantwortung für seine eigene Verteidigung übernehmen" [30]). Und der ehemalige Europa-Minister Rippon pflichtet nachdrücklich der Auffassung bei, daß „die Frage des britischen Beitritts zu den europäischen Gemeinschaften ... eine überragende Bedeutung für das atlantische Bündnis (habe)" [31]).

In etwas veränderter Sprache bedeutet dies, daß die Rüstungslasten in den EWG-Staaten (die Mitglieder der NATO sind) weiter erhöht werden müssen (Heath: „Ein größerer gemeinsamer Markt wird auch zugunsten der USA mehr Rüstungslasten auf sich nehmen" [32]), wobei die „Angst" vor längst widerrufenen Andeutungen, Amerika würde sich aus Europa zurückziehen, immer noch als antreibendes Element herhalten muß, um die Bevölkerung des eigenen Landes zu überzeugen und die militärische Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten zu intensivieren, um so das britische Ziel eines europäischen „Stützpfeilers der NATO" über die EWG zu erreichen. In einer solchen Position hofft das Kernwaffenland Großbritannien, seine Position auf militärischem Gebiet weiter ausbauen zu können. In manchen Stellungnahmen zeigt sich, daß die gegenwärtige Bundesregierung einer solchen Entwicklung nicht abgeneigt ist: „Ein Ansatz für die Verteidigungsorganisation dieser Einheit (gemeint ist die EWG, d. Verf.) findet sich in der europäischen Gruppe des Bündnisses" [33]).

Die Hamburger „Zeit" fragt ängstlich: „Wie läßt sich die europäische Verteidigung im Rahmen der NATO rationalisieren? Was soll aus den Nuklearstreit-

28) G. Albert, England — Dolmetsch zwischen Europa und USA, in: „Außenpolitik", 10/1972, S. 588.
29) Douglas-Home, Partner Amerikas mit einer Stimme, in: Europa-Beilage der „Welt", a.a.O.
30) Zit. nach „Vorwärts", 13. 7. 1972.
31) G. Rippon, Großbritannien in der erweiterten Gemeinschaft, in: „Europa-Archiv", 22/1971, S. 775 ff.
32) Zit. nach „Unsere Zeit", 3. 7. 1971.
33) „Vorwärts", 13. 7. 1972.

mächten England und Frankreich werden, ein westeuropäisches Abschreckungsarsenal oder zwei Schrotthaufen?" [34]), und führt damit das alte strategische Konzept eines Franz Joseph Strauß fort, der im Bündnis mit Frankreich und vor allem England die einzige Möglichkeit für die BRD sah, noch an die erwünschten Atomwaffen zu kommen.

Diese Militärpolitik muß dem besonderen Verhältnis Englands zu den USA Rechnung tragen, d. h. zwar selbständig auftreten, aber zumindest längerfristig in einem engen Bündnis zu den USA stehen. Solchermaßen versucht die alte britische Großmacht den ersten ihrer „drei Kreise", das enge Verhältnis zu den USA, über die Verbindungsfunktion zu Europa zurückzuerlangen. Es will vorläufig der „Brückenkopf der USA" in Europa sein, um so erst einmal seine Position mit Hilfe der USA stärken zu können.

Wenn vorher die Rede von einer Art Aufgabenteilung zwischen England und der Bundesrepublik war, so deshalb, weil die vorläufige Vormachtstellung Englands auf dem Gebiet der Rüstung von der BRD nicht zu bestreiten ist. Vielmehr versucht man hierzulande, sich dieses Potential selbst zunutze zu machen. Ein ähnliches Phänomen in umgekehrter Richtung gibt es hinsichtlich der Bonner Ostpolitik. War z. B. zunächst die Haltung Großbritanniens zu den Verträgen von Moskau und Warschau eher negativ als positiv, so hat sich dies im letzten Jahr sehr gewandelt. Auch in der Diskussion um den EWG-Beitritt wurde von England immer wieder betont, wie wichtig die Ostpolitik der BRD für die EWG sei. So betonte der britische Lordsiegelbewahrer Lord Jellicoe auf einem Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung „Für ein größeres Europa" in Leverkusen am 13. April 1972, daß die Bundesregierung aufgrund der Schlüsselposition, die sie im Verhältnis zu den sozialistischen Staaten habe, in der Ostpolitik „zwangsläufig eine führende Rolle" einnehmen werde. Auf anderen Wegen versucht man hier zu beweisen, daß eine Entspannungspolitik — und von Entspannung war viel die Rede in den Beitrittsverhandlungen — nur möglich sei auf der Grundlage eines starken atlantischen Bündnisses und einer starken EWG, daß Frieden nur sicherer werden könne auf der Grundlage des „Gleichgewichts des Schreckens". Unter diesen Voraussetzungen durchaus logisch betont G. Rippon, daß die Ostpolitik der BRD durch Englands Beitritt den „festen Rahmen" bekommen habe [35]). Hier wird auch erkennbar, weshalb die Unterstützung der Ostpolitik der Bundesregierung durch England zunächst so zögernd kam, warum Großbritannien so spät und dann so plötzlich anfing, die Entspannung als eine der wesentlichen Aufgaben zu bezeichnen. Die englische Regierung glaubte dies erst in dem Moment vertreten zu können, als sie sicher war, daß mit ihrem Eintritt in die EWG durch ihr Kernwaffenpotential die Gemeinschaft nun endgültig zum „Stützpfeiler des atlantischen Bündnisses", zur „ökonomischen Basis der NATO" werden würde.

Ein weiterer Grund, Englands Beitritt zu fordern und zu begrüßen, lag in der Hoffnung der Bundesregierung begründet, die sie auf Englands alte parlamentarische Tradition setzte. So wollte man dem „Europa-Parlament" zu einem größeren Gewicht verhelfen und die Rolle der BRD auch politisch wachsen lassen. Auch spielte das Argument eine wichtige Rolle, daß England eine starke Arbeiterbewegung in die Gemeinschaft einbringe. Dies ist um so wichtiger, als es von der Bundesregierung in letzter Zeit häufig als Entgegnung auf die Bemerkung der Gewerkschaften, die EWG sei ein „Club der Konzerne", verwendet wird. So begeistert sich der „Vorwärts" („Vier neue Urdemokraten!") für eine „urdemo-

34) „Die Zeit", 29. 10. 1971.
35) G. Rippon, Großbritannien in der erweiterten Gemeinschaft, in: „Europa-Archiv", 22/1971, S. 780.

kratische" Vision des künftigen Europa (noch in der Illusion befangen, Norwegen werde auf jeden Fall mit von der Partie sein) [36]), und England kursierte hier unter der Definition „Industriemacht und gewissermaßen ... Hüter liberaler und demokratischer Werte" [37]). Im Hintergrund steht hier die Absicht vor allem der bundesdeutschen Sozialdemokraten, dem Unwillen der Arbeiter und ihrer Organisationen dadurch vorzubeugen, daß man mit dem Hinweis auf eine starke Arbeiterbewegung in England für die Stärkung der Gewerkschaften in der EWG eintritt, mehr noch aber, durch eine solche tatsächliche Eingliederung sich als „sozial fortschrittlichster Großraum der Erde" (W. Brandt) zu profilieren und somit modellartig auf die sozialistischen Länder „sozialdemokratisierend" einzuwirken.

IV

Die drei Staaten Frankreich, BRD und — wie noch zu zeigen sein wird — England sind sich insoweit einig, daß die Erweiterung der EWG und ihre stärkere Orientierung auf eine gemeinsame Politik und eine gemeinsame Außenpolitik vordringliches Ziel ist. Die Gründe, denen diese Einigkeit entspringt, sind allerdings sehr unterschiedlicher Natur und z. T. gegeneinander gerichtet, ebenso wie die Ziele und Inhalte der Politik, die alle drei Staaten mit dem Mittel EWG verfolgen. Die drei Staaten versuchen, ihre jeweiligen spezifischen Interessen mit dem gleichen Instrument zu erreichen.

Wird schon die Beeinflussung der sozialistischen Staaten mit „Verantwortung" umschrieben, so trifft dies insbesondere und unter gleichem Vorzeichen auch auf die Entwicklungsländer zu. Ihnen gilt in der englischen Beurteilung ein Schwergewicht der EWG-„Verantwortung". Gerade die Traditionen und Verbindungen zum alten Kolonialreich werden hier oft beschworen, wenn es darum geht, an die alten Gemeinsamkeiten zu erinnern und zu beweisen, daß man den „armen" Partner doch nicht vergessen habe. „Die Zahl der Vorteile für die Gemeinschaft wird wachsen, nicht zuletzt durch den Beitritt von Großbritannien, dessen vielschichtige Verbindungen zum Commonwealth beitragen werden, daß Europa einem seiner wesentlichen Merkmale gerecht wird, nämlich mehr als jeder andere Teil der entwickelten Welt mit der übrigen Menschheit verbunden zu sein" [39]). Und Heath sagte in seiner Rede bei der Unterzeichnung der Beitrittsverträge: „Großbritannien mit seinen Commonwealth-Bindungen kann auch einen großen Beitrag zur Erfüllung der weltweiten Verantwortung Europas leisten" [40]).

Diese „weltweite Aufgabe Europas" wird auch von den anderen Mitgliedsstaaten Europas in der EWG sehr hoch eingeschätzt, und bei der Beantwortung der Frage nach ihrem Stellenwert und ihrer Bedeutung kann man ruhig an die Traditionen anknüpfen; es geht hier offensichtlich darum, den USA als größter neokolonialistischer Macht den Rang abzulaufen, bzw. die Gebiete zu übernehmen, die die USA nicht mehr halten können. Die Assoziierungsabkommen, die zur Zeit mit fast allen ehemaligen Kolonien abgeschlossen worden sind, halten diese Länder weiter in Abhängigkeit und sind das geeignete Mittel — und das wird immer wieder betont —, politischen und wirtschaftlichen Einfluß auf die innere und äußere Entwicklung auszuüben. Der ehemalige Europa-Minister Rippon nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn er sagt, daß das erweiterte Europa „eine entscheidende Rolle bei der Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts

36) „Vorwärts", 27. 1. 1972.
37) „plus vier", a.a.O., S. 15.
39) Douglas-Home, a.a.O.
40) Veröffentlicht in: „Britische Nachrichten", 2/1972, S. 2.

und der politischen Stabilität bei den zwei Dritteln der Menschheit zu spielen (habe), die im Schatten der Not leben." Und er fährt fort: „Europa kann hier eine Rolle spielen, eine führende und vor allem eine wirksame Rolle" [41]).

So muß man wohl die Einschätzung der „Neuen Zürcher Zeitung": „Die Vorstellung, daß Großbritannien durch das Mittel des Commonwealth auch nach der Auflösung seines Kolonialreiches fortfahren könne, wenigstens in einem Teil der Welt eine Großmachtrolle zu spielen, hat sich als nicht haltbar erwiesen" [42]), etwas revidieren. Denn nach empfindlichen Rückschlägen will Großbritannien nun das Machtinstrument EWG für seine alten Ziele präparieren, um so wirksamer gegen die nationalen Befreiungsbewegungen vorgehen und koloniale und neokoloniale Abhängigkeiten aufrecht erhalten zu können; denn etwas anderes wird man sich unter der „politischen Stabilität" wohl nicht vorstellen dürfen.

Der „zweite Kreis" also, den Großbritannien ehemals verloren glaubte, soll — so wenigstens das Ziel — über die EWG zurückerobert werden und sich mit dem „ersten" zusammenfinden, um Großbritannien seine alte Vormachtstellung in veränderter Form zurückzubringen.

Unter den besonderen Begriff der „Verantwortung" fällt auch die Mittelmeerpolitik, die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft jetzt forcieren will. Hier hat sich offensichtlich noch kein festes Konzept durchgesetzt, da die Interessen der einzelnen Staaten zu verschieden gelagert sind. Allerdings, die Absicht allein, verbunden mit den Präferenzabkommen in diesem Gebiet, hat schon den scharfen Widerstand der USA hervorgerufen, die dort nicht nur um ihre Absatzmärkte fürchten — obwohl die Präferenzabkommen schwere Folgen für die USA haben —, sondern vor allen Dingen um den politischen Einfluß. Frankreichs Ambitionen im Mittelmeerraum sind seit längerer Zeit scharf hervorgetreten und gipfelten in seinen Vorwürfen gegen die BRD und die USA wegen deren einseitiger Unterstützung Isreals, die — so Frankreichs Befürchtung — die arabischen Staaten in die Arme der Sowjetunion treiben würde. Frankreichs Konzept, diese Gebiete aus dem „Kampf der beiden Supermächte" heraushalten zu wollen, hat offensichtlich bei Großbritannien keine besondere Gegenliebe gefunden. Auf jeden Fall scheint es sich hier um ein Gebiet zu handeln, das in Zukunft auf Betreiben Frankreichs wohl noch einiges Gewicht im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erhalten wird.

Bemerkenswert gerade in diesem Zusammenhang ist die Reaktion Chinas auf den EWG-Beitritt Englands und auch auf dessen Streben, die führende Rolle innerhalb der Gemeinschaft zu übernehmen. Schon seit längerer Zeit hat China unzweideutig erklärt, daß es ein großes Interesse an einer Stärkung der EWG zur neuen Großmacht habe, von der es sich eine Bindung beider „Supermächte" in Europa und somit freie Hand für die chinesische Politik erhofft. War bislang in der Argumentation Chinas bezüglich der EWG mehr oder weniger ausschlaggebend, daß Europa sich von dem US-Imperialismus durch ein eigenständiges Auftreten lösen müsse, so ist dies in der Frage des britischen EWG-Beitritts faktisch weitgehend zurückgetreten. Auch hier wird zwar noch die Zurückdrängung des US-Imperialismus erwähnt, ist aber, berücksichtigt man die enge militärische Zusammenarbeit gerade Englands mit den USA, weitgehend ohne Bedeutung. Die Argumentation wird vollends zur Pflichtübung, wenn Tschou En-lai, Chinas Ministerpräsident, anläßlich des China-Besuchs von Douglas-Home erklärt, Chinas Wunsch sei es, daß England die führende Rolle innerhalb der EWG

41) G. Rippon, Chancen und Aufgaben der erweiterten Gemeinschaft, in: „Britische Nachrichten", 14/1972, S. 4.
42) NZZ, 12. 1. 1969.

übernehme. China begrüßte auch die „relative Prinzipienfestigkeit" von Heath, der seine strikte Haltung gegen die sozialistischen Staaten mehrfach unter Beweis gestellt hatte. Insofern sieht China — und das wird ziemlich offen ausgesprochen — in Großbritannien den idealen Bündnispartner für die BRD, um Frankreichs Politik, die gegenüber der Sowjetunion als zu positiv erscheint, zurückzudrängen.

V

Die Integrationsfunktion, die man allgemein bei den Regierungen der Mitgliedländer der EWG den Gewerkschaften zuschreibt, ist ein letzter, aber um so wichtigerer Aspekt des britischen Beitritts zur Gemeinschaft. Die Integrationsfunktion wird dabei recht offen angesprochen, wenn man dem erfreuten Ausruf „die mächtigste Gewerkschaft der Welt" die Worte folgen läßt: „Der Internationale Bund freier Gewerkschaften wird eine massive Mehrheit haben. Auf dem europäischen Feld sind die Gewerkschaften, die den Klassenkampf fordern, eine kleine Minderheit", und dann warnend fortfährt: „Allerdings finden sich solche Arbeitnehmer nicht länger nur in Gewerkschaften mit marxistischem Etikett" [44]).

Aber nicht nur als ein Instrument zur Disziplinierung der Gewerkschaften in den übrigen Mitgliedsländern soll die EWG funktionieren, mehr noch als ein Machtmittel gegen die britischen Gewerkschaften selbst. Es ist ganz erstaunlich, mit welch inniger Anteilnahme sich hier die Presse um das Verhältnis Regierung—Gewerkschaften in Großbritannien gekümmert hat. Halb schadenfroh, halb drohend versäumte es kaum ein Blatt, darauf hinzuweisen, daß nach dem Eintritt die britischen Gewerkschaften „Vernunft annehmen" („Handelsblatt") müßten. Und die „Neue Zürcher Zeitung" stellt bedauernd fest, daß Heath es nicht vermocht habe, der um sich greifenden gewerkschaftlichen Willkür „Einhalt zu gebieten", da er für diese Kraftprobe nicht die Unterstützung der Bevölkerung gewonnen habe [45]). „Die Welt" fordert angesichts des von Heath verhängten Lohn- und Preisstopps kategorisch: „Die Gewerkschaften sollen aus ihrer Isolierung, aus ihrem klassenkämpferischen Denken herausgeführt werden" [46]), und informiert ihre Leser kurzerhand, daß sowohl die Inflation wie auch die augenblickliche Krise nur auf die Aktivitäten der Gewerkschaften zurückzuführen seien [47]).

Das Mittel EWG soll so den Gewerkschaften gegenüber zwei widersprüchliche Zwecke erfüllen: einmal sollen — so verlautet es vor allem von westdeutschen Sozialdemokraten — die britischen kampferprobten Gewerkschaften die bisherigen EWG-Gewerkschaften auffrischen, um so modellhaft und fortschrittlich auf die sozialistichen Länder wirken zu können, zum anderen — und dies ist einhellige Meinung aller Mitgliedsländer — soll die EWG eben diese Kampfkraft der britischen Gewerkschaften nach bestem Vermögen mildern, bzw. ableiten.

Wurde vorher bereits deutlich, daß Großbritannien sich über die EWG bessere Möglichkeiten sowohl gegen das sozialistische Lager als auch gegen die nationalen Befreiungsbewegungen erhofft, so kommt nun noch der Kampf gegen die Arbeiterklasse im eigenen Lande hinzu.

Man braucht sich so nicht zu wundern, daß man in der bundesdeutschen Presse vom Widerstand der englischen Bevölkerung und der Gewerkschaften (großer

44) J. Roy in der Europa-Beilage der „Welt", a.a.O.
45) NZZ, 31. 10. 1972.
46) „Die Welt", 6. 11. 1972.
47) „Die Welt", 8. 11. 1972.

Teile von ihnen) nicht erfuhr. Obwohl im letzten Jahr vor der entscheidenden Abstimmung von der Regierung eine Europa-Werbekampagne ohne Beispiel gestartet wurde, mit Weißbüchern, Informationsschriften etc., deren Kosten im wesentlichen vom Konto der Großindustrie abgebucht wurden [49]), gelang es offensichtlich nicht, in der Öffentlichkeit eine Mehrheit für den Anschluß an die EWG zu mobilisieren. Der Beitritt erschien der Mehrzahl der Briten wie ein „Marsch in eine dunkle Höhle" [50]). Wie anders sollte es auch sein, wo der Beitritt mit einer erneuten schweren Wirtschaftskrise zusammenfiel und von der Regierung ein Lohn- und Preisstopp verhängt wurde, der die Löhne vollkommen stoppte, aber für die Preise vor allem der Nahrungsmittel sehr viele Hintertüren offenhielt; wo zu den üblichen Preissteigerungen von etwa 7 % weitere Steigerungen durch den Beitritt hinzukommen und wo zusätzlich kurzerhand erklärt wird, daß der EWG-Beitritt auch eine höhere Belastung der Bevölkerung zwecks zu erhöhender Rüstung erfordern würde.

Und der spektakuläre Wandel, den die Mehrheit der Labour-Partei in Fragen des Beitritts durchmachte — von ursprünglicher mehrheitlicher Befürwortung über Stillhalten zur Ablehnung —, kann nicht aus den ihrer Meinung nach schlecht ausgehandelten Vertragsbedingungen, wie es die Presse vielfach dargestellt und Oppositionsführer Wilson betont hat, erklärt werden, sondern vollzog sich nach dem Willen der Bevölkerung, die den Beitritt aus ganz handfesten Gründen ablehnte. So war es nicht nur die unmittelbar anstehende, die britische Bevölkerung schwer treffende Preissteigerung allein, die die Ablehnung hervorrief, sondern: „Es scheint, daß die Kommission der Gemeinschaft die Stimme der ‚big men', der Industriellen, der Bankleute und der großen Trusts sei", meint der britische Labourabgeordnete A. Jons [51]).

Es erweist sich, daß die Konzeptionen, die sowohl in Großbritannien als auch in den anderen Zentren des westeuropäischen Kapitalismus von den Befürwortern der erweiterten EWG mit dieser Erweiterung bisher verbunden werden, der antisozialistischen Strategie der 50er und 60er Jahre verhaftet sind, sie lediglich modifizieren, statt den neuen Möglichkeiten gesamteuropäischer Entspannung und Kooperation, die in Helsinki zur Erörterung stehen, Rechnung zu tragen.

49) „plus vier", a.a.O., S. 15.
50) „Die Zeit", 10. 11. 1972.
51) „Das Parlament", Nr. 26, 24. 6. 1972.

Bogdan Suchodolski
Einführung in die marxistische Erziehungstheorie
Aus dem Polnischen von M. Kunze, 568 Seiten, Paperback, DM 9,80
Der polnische Pädagoge Suchodolski hat eines der Standardwerke über die pädagogischen Vorstellungen von Marx vorgelegt. Wenn Erziehung die historische Aufgabe erfüllen soll, bewußt und verantwortlich an der Neugestaltung der menschlichen Gesellschaft mitzuwirken, muß sie exakt und wissenschaftlich den Bedürfnissen der realen Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft gehorchen.
Pahl-Rugenstein

Der „Stamokap"-Streit bei den Jungsozialisten und die Ergebnisse ihres Bundeskongresses

Von Detlev Albers und Kurt Wand

I. Zur Rolle der Jungsozialisten in der beginnenden Grundsatz-Diskussion der SPD

Seit dem Ende der sechziger Jahre ist in fast allen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Westeuropas eine von teilweise heftigen inneren Krisen begleitete Wiederbelebung der Grundsatz-Diskussionen um den gesellschaftlichen Standort und die langfristige Orientierung dieser Parteien zu verzeichnen. Das gilt für die Labour-Party, deren vom Parteitag im Herbst vergangenen Jahres verabschiedete Grundsatzbeschlüsse inzwischen längst nicht mehr als bloß taktische Anpassung an die parlamentarische Oppositionsrolle oder den verbreiteten Widerstand der britischen Lohnabhängigen gegen die Bedrohung ihrer sozialen Lage im Zeichen der kapitalistischen Integration Westeuropas zu erklären sind. Das gilt für die italienischen Sozialisten, die seit der erneuten Trennung von den rechten Sozialdemokraten (1969) mit wachsender Konsequenz für die gemeinsamen Klasseninteressen der arbeitenden Bevölkerung Italiens eintreten, ebenso wie für die französische Sozialistische Partei, die in der Diskussion um die Ausarbeitung eines eigenen neuen Parteiprogramms, durch die anschließende Unterzeichnung des gemeinsamen Regierungsprogramms mit den französischen Kommunisten und seine massenhafte Verbreitung und Umsetzung in der jüngsten Wahlkampagne eine seit Jahrzehnten unbekannte Stärkung der eigenen Organisation, aber auch und vor allem eine wesentlich verbesserte Position für die gesamte französische Linke erreichte. Mit einer zeitlichen Verzögerung und ohne daß in der besonderen Situation der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik, die nach wie vor vom geringen Einfluß der klassenbewußten Kräfte gekennzeichnet ist, bereits ähnlich weitgehende Neuorientierungen erkennbar oder zu erwarten wären, läßt sich auch in der SPD das Einsetzen einer verstärkten Grundsatzdiskussion feststellen. Sie bezieht ihren äußeren Rahmen aus dem im Juni 1972 veröffentlichten Entwurf eines sozialdemokratischen Langzeitprogramms, geht aber in großen Teilen der Partei erheblich über die Vorlage der Parteiführung hinaus [1]).

In letzter Instanz ist die wichtigste Ursache dieser bei aller Unterschiedlichkeit doch parallelen Entwicklungen in der erhöhten Krisenhaftigkeit des ökonomischen Systems in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern zu finden, die seit der Mitte der sechziger Jahre in verschlechterten Wachstumsbedingungen, Infrastrukturkrisen, zunehmenden Preissteigerungsraten, immer stärker aufbrechenden Währungskrisen und dergleichen zum Ausdruck kommt. Die Versuche der monopolistischen Großkonzerne, die Krisenerscheinungen und die hinter ihnen stehenden Schwierigkeiten des Kapitalverwertungsprozesses auf Kosten der Lohnabhängigen zu lösen, führten in den verschiedenen westeuropäischen Ländern zu einem erhöhten Druck auf die Reallöhne, zur weiteren Intensivierung der Arbeit und zu einer zunehmenden Gefährdung der Arbeits- und Lebens-

[1]) Zur Kritik an der Vorlage der Parteiführung vgl. „Langzeitprogramm — kritische Stellungnahme zum Problem einer gesellschaftlichen Langzeitplanung"; in: Juso Nr. 11/12, 1972, und Heinz-Gerd Hofschen/Erich Ott, Zur Einschätzung des Langzeitprogramm-Entwurfs der SPD, in: „Blätter", 3/1973.

bedingungen der arbeitenden Bevölkerung. Die Arbeiterbewegungen und ihre Organisationen setzten sich hiergegen mit im einzelnen unterschiedlichen Maßnahmen und Aktionen zur Wehr. Dabei bedeuten die Massenstreiks in Frankreich (Mai 1968), Italien („heißer Herbst 1969" und die folgenden Generalstreiks für die Strukturreformen) und Großbritannien (Kampf gegen das Anti-Gewerkschaftsgesetz der Konservativen 1971/72) jeweils nur einen Höhepunkt in der langfristigen Tendenz zur Verschärfung der Klassenkämpfe in diesen Ländern [2]). In der BRD ist seit der Rezession 1966/67 eine gleiche Tendenz bemerkbar, die allerdings angesichts des noch immer vorhandenen partiellen Konkurrenzvorteils der westdeutschen Monopole auf dem Weltmarkt (Möglichkeiten größerer ökonomischer Zugeständnisse an die Lohnabhängigen) und der besonderen Traditionen der Arbeiterorganisationen auf erheblich abweichende Ausgangsbedingungen trifft. Die Septemberstreiks 1969 und die Tarifbewegungen der folgenden Jahre im Bereich der Metall- und der Chemie-Industrie hatten in erster Linie eine steigende Kampfbereitschaft der Lohnabhängigen bei der Vertretung ihrer unmittelbaren ökonomischen Interessen unter Beweis gestellt. Dagegen haben die reaktionären Angriffe auf die Ostverträge und das Mißtrauensvotum der CDU/CSU 1972 zu einer zunehmenden Politisierung der Klassenauseinandersetzungen in der BRD geführt. Bei den Bundestagswahlen vom November 1972 erreichte die Mobilisierung in den industriellen Zentren einen vorläufigen Höhepunkt. Ausdruck dessen ist die klare Wahlniederlage der CDU/CSU.

In unserem Zusammenhang ist nun die Feststellung wichtig, daß sich die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien als Repräsentanten des traditionell reformistisch orientierten Teiles der Arbeiterbewegung in diesem Prozeß verschärfter Klassenauseinandersetzungen selbst verändern und daß in ihnen die linken, klassenbewußten Kräfte Auftrieb erhalten. Diesen Kräften kann es, wie das Beispiel Chiles und der französischen Linken zeigt, auf längere Sicht gelingen, ihre Parteien zu einem unverzichtbaren Bestandteil und entscheidenden Faktor im Kampf für reale Demokratie und die sozialistische Veränderung des bestehenden staatsmonopolistischen Gesellschaftssystems werden zu lassen. Dabei ist einschränkend gleich hinzuzufügen, daß die Aussichten einer derartigen grundlegenden Neuorientierung der sozialdemokratischen Parteien in jedem Land besonders bestimmt werden müssen. Rückschläge sind in den innerparteilichen Auseinandersetzungen hierum ebensowenig ausgeschlossen wie Scheinerfolge, die beispielsweise in einer bloß verbalen Übernahme konsequent sozialistischer Zielsetzungen bei unverändert systemstabilisierender politischer Praxis bestehen können. Aber so vielfältig die Erscheinungsformen und so unterschiedlich die kurzfristigen Erfolgschancen tiefgreifender innerparteilicher Veränderungen sind, so bemerkenswert bleibt die Tatsache, daß sich selbst die SPD trotz des besonders starken Einflusses offen prokapitalistischer Kräfte, die in der Parteiführung wie in der Mehrheit der Parteigliederungen nach wie vor tonangebend sind, der Notwendigkeit einer Grundsatzdiskussion und den damit eingeräumten neuen Entfaltungsmöglichkeiten für die Parteilinke insgesamt nicht entziehen kann.

Die Jungsozialisten können unter den spezifischen Bedingungen der Klassenauseinandersetzungen in der Bundesrepublik das Verdienst für sich beanspruchen, diesen für die Position der westdeutschen Arbeiterbewegung äußerst wichtigen Vorgang wesentlich mit herbeigeführt zu haben. Ihre seit dem Münchner Kongreß von 1969 herausgearbeitenden Begriffe der Basismobilisierung, der Doppelstrategie und der Systemüberwindung haben erstmals seit langem die Fixierung der

[2]) Vgl. Detlev Albers/Werner Goldschmidt/Paul Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa, Reinbek 1971.

Partei auf rein parlamentarische Auseinandersetzungen in Frage gestellt. Stattdessen haben sie wieder den engen Zusammenhang zwischen dem aktiven Kampf von Sozialdemokraten für die Interessen der Lohnabhängigen in Tarifbewegungen, Bürgerinitiativen und allgemein politischen Auseinandersetzungen und den aus solchen Konflikten entstehenden Möglichkeiten zu dann auch parlamentarisch durchsetzbaren Gesellschaftsveränderungen deutlich gemacht. Das hieß: nicht mehr Verzicht auf Klassenkampf durch Preisgabe von Interessen der Arbeiter und Angestellten, sondern gerade im Kampf für diese Interessen die Mehrheit der Bevölkerung für sozialistische Veränderungen zu gewinnen. Die schon in München formulierte antikapitalistische Zielsetzung der Jungsozialisten ließ marxistische Positionen zum Zuge kommen, die seit dem Strategie-Kongreß in Hannover (Dezember 1971) von allen gegenwärtig bei den Jungsozialisten maßgebenden Gruppierungen als gemeinsame Grundlage ihrer politischen Arbeit bezeichnet werden. Schließlich sorgten innerparteiliche Erfolge der Jungsozialisten und mit ihnen verbündeter Parteilinker in München, Frankfurt, Bremen oder auch in Nordrhein-Westfalen dafür, daß die inhaltlichen Vorstellungen der Jungsozialisten, wie sie beispielsweise auf der kommunalpolitischen Bundeskonferenz in Mannheim (April 1971), ansatzweise in den Beschlüssen des Steuerreformparteitags und zuletzt in der Kritik am Langzeitprogramm zum Ausdruck kamen, nicht mehr länger ignoriert werden konnten.

II. Die Entwicklung der Juso-internen Diskussion bis zum Godesberger Kongreß

Gerade die teilweise überraschend schnellen innerparteilichen Erfolge der Jungsozialisten machten die inhaltliche Weiterentwicklung und Konkretisierung der programmatischen Beschlüsse des Münchner Kongresses vordringlich. Diese Beschlüsse waren noch weitgehend durch das unverbundene Nebeneinander von umfassender Kampfansage an das gegenwärtige Gesellschaftssystem und offenkundig nur sehr vagen, reformistisch eingefärbten Vorstellungen über den Weg zu seiner Überwindung gekennzeichnet. Die Kampfansage an das Gesellschaftssystem wurde jedoch erst fundiert, wenn sie auf einer wissenschaftlichen Analyse der wichtigsten ökonomischen, politischen und sozialen Tendenzen im gegenwärtigen Kapitalismus beruhte; das Eintreten für den Sozialismus erhielt erst dann gesellschaftsverändernde Bedeutung, wenn man die strategisch wichtigen Zwischenziele auf dem Weg zum Sozialismus genau herausarbeitete und hierauf die politische Praxis in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu orientieren verstand. Wenn es den Jungsozialisten nicht gelang, die eigenen theoretischen und strategischen Vorstellungen in beiden Richtungen voranzutreiben, war das Auseinanderklaffen von abstraktem sozialistischem Fernziel und politischer Tagesarbeit unvermeidlich, das auch Parteifunktionäre und Mandatsträger aus den Reihen der Jungsozialisten den Gefahren eines Abgleitens in reformistische und integrationistische Positionen aussetzen mußte.

Dennoch kam es gerade in dieser für die politische Perspektive der Jungsozialisten entscheidenden Frage zu internen Differenzen, die in den Angriffen des gegenwärtigen Bundesvorstands auf die von ihm so genannte „Stamokap"-Gruppe und der anschließenden Auseinandersetzung ihren bisherigen Höhepunkt fand. Der Bundesvorstand hatte schon auf dem Bremer Bundeskongreß im Dezember 1970 die Durchführung eines außerordentlichen Strategiekongresses in Hannover zu verhindern gesucht. Auf dem Kongreß selbst (Hannover, Dezember 1971) ging es ihm nach eigenen Aussagen darum, den Begriff der Monopole, sowie ihre Rolle und Funktion als Ausgangspunkt jeder marxistischen Analyse des gegenwärtigen

Kapitalismus aus den verabschiedeten Thesen herauszuhalten, „weil man befürchtete, mit der Übernahme dieses Begriffs sich der ‚Stamokap'-Theorie auszuliefern" [3]). Auch später ersetzten taktische Überlegungen weitgehend die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Position der Juso-Linken. Während 1972 das ganze Jahr über „die notwendige Konzentration ... auf den Kampf gegen rechts" angeblich jeden sachlichen Beitrag zu den strittigen theoretischen Fragen unmöglich machte [4]), überraschte man Anfang 1973 den eigenen Verband und die Öffentlichkeit mit einer Stellungnahme, die in ihrer Fixierung auf die angebliche DKP-Hörigkeit der Juso-Linken zum Mißbrauch von rechts und zur Entfesselung einer antikommunistischen Abgrenzungskampagne in den eigenen Reihen geradezu herausfordern mußte. An die Stelle sachlicher Beiträge des Bundesvorstands zur politökonomischen Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus und zu darauf aufbauenden strategischen Konsequenzen für die Jusos trat mehr und mehr eine negative Fixierung, die sich in der Bekämpfung abweichender Positionen erschöpfte.

Dagegen gingen die Hamburger Jungsozialisten ebenso wie die Delegierten aus Berlin und Nord-Niedersachsen in ihrer Vorlage zum Strategiekongreß [5]) davon aus, daß die Herausbildung der Monopole, ihre umfassende ökonomische und politische Macht und ihre immer engere Verflechtung mit dem Staatsapparat die grundlegenden Merkmale des bestehenden ökonomischen Systems in der Bundesrepublik bilden. Als strategische Konsequenz dieser ökonomischen Analyse entwickelten sie die Vordringlichkeit der Forderung des Kampfes gegen die Monopole, zu realisieren durch eine Ausweitung der demokratischen Rechte in allen gesellschaftlichen Bereichen, die „die Macht der Monopole zum eigentlichen Gegner haben" (Hamburger Strategiepapier). Als zentrale Ziele des Kampfes für mehr Demokratie bestimmten sie in Übereinstimmung mit seit Jahrzehnten von der deutschen Gewerkschaftsbewegung erhobenen Forderungen die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen, die Verwirklichung einer gesamtgesellschaftlichen demokratischen Planung und umfassender Mitbestimmungsrechte in den Betrieben wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Mit diesen Vorstellungen stellte sich die Juso-Linke bewußt in die Tradition marxistischer Positionen in der westdeutschen und internationalen sozialdemokratischen Bewegung, wie etwa des „Programmentwurfs 1959" (Alternativ-Entwurf zum Godesberger Programm der SPD) von Wolfgang Abendroth [6]). Eine bedeutende Rolle in den Diskussionen um die Formulierung des Hamburger Strategiepapiers spielte auch die „erste Bilanz" der französischen Sozialisten und Kommunisten über die Ausarbeitung eines gemeinsamen Regierungsprogramms vom Dezember 1970 [7]).

Auf dem Strategie-Kongreß fanden die Vorstellungen der Juso-Linken nur in wenigen, wenngleich grundlegenden Punkten (Rolle der Monopole, Einfluß auf den Staat, Bedrohung demokratischer Rechte) Eingang in die verabschiedeten Thesen. Der Oberhausener Bundeskongreß (Februar 1972) machte erneut deutlich, daß sich zu den Positionen der Juso-Linken zwar ausdrücklich nur eine Minderheit der Delegierten bekannte, daß es ihren Vertretern aber gleichwohl gelang, in

---

3) Johano Strasser, Zur Theorie und Praxis der „Stamokap"-Gruppe bei Jungsozialisten, in: Jungsozialisten Informationsdienst, Nr. 1, 1973, S. 2.
4) So Wolfgang Roth im Rechenschaftsbericht auf dem Godesberger Kongreß.
5) Das sogenannte Hamburger Strategiepapier, das bisher im Eigendruck bei den Jungsozialisten verbreitet wurde, wird in Kürze zusammen mit den Vorlagen des Bundesvorstandes, dem „Strasser-Papier" und der Gegendarstellung als Taschenbuch im Rowohlt-Verlag erscheinen.
6) Wolfgang Abendroth, Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie — Programmentwurf 1959, in: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied 1967, S. 407 ff.
7) Deutsche Übersetzung: SK-EXTRA, Nr. 1/1971.

wichtigen Anträgen wie dem Grundsatzbeschluß „Solidarität mit Chile" und zur Wahlkampfkonzeption der Jungsozialisten Mehrheiten für diese Auffassungen zu erreichen [8]).

III. Die Strategiedebatte auf dem Godesberger Bundeskongreß

Die Strategiediskussion schloß sich gleich an den Rechenschaftsbericht Wolfgang Roths an und wurde am zweiten Tag nach einem Strategie-Referat Johano Strassers fortgesetzt. Sie stand wesentlich im Zeichen der „Stamokap"-Kontroverse bei den Jungsozialisten. Aus der Vielzahl der Beiträge sollen hier nur einige zentrale Problemkreise behandelt werden.

1) Die Stellungnahme zur Regierungserklärung Willy Brandts

Im „Jungsozialisten-Informationsdienst" vom Februar 1973 hatte sich der Juso-Bundesvorstand mit der Regierungserklärung Willy Brandts auseinandergesetzt. Diese Stellungnahme wurde von einer Reihe von Delegierten einer heftigen Kritik unterzogen. Die in Opposition zum Bundesvorstand stehenden Gruppen sahen in ihr die Tendenz zur „halblinken Stabilisierung" der Jungsozialisten angelegt. Bereits der methodische Ausgangspunkt der Bundesvorstandserklärung mußte fragwürdig erscheinen. Er erklärte großzügig: „Selbstverständlich kann man die Regierungserklärung von einer konsequent sozialistischen Position der Jungsozialisten her scharf kritisieren. Wenn man aber einen Ansatzpunkt der Kritik gewinnen will, der für die SPD als Regierungspartei unmittelbare Relevanz hat, müssen zum Maßstab unserer Kritik sowohl das Dortmunder Wahlprogramm der SPD wie das Godesberger Programm auf der einen und die Erwartungen insbesondere der jungen Wähler an diese Regierung auf der anderen Seite gewonnen werden" [9]).

Hieran mußte bereits die Leichtigkeit erstaunen, mit der durch eine künstliche Gegenüberstellung die Ansatzpunkte der Kritik von den Grundsatzpositionen der Jungsozialisten aus als nicht unmittelbar relevant beiseite gelegt wurden. Um so mehr noch mußte dann aber befremden, wie der an sich legitime Versuch, die Regierungserklärung auch einmal „immanent" zu kritisieren, ausgeführt wurde. Statt daß der auch im Rahmen einer immanenten Kritik notwendige Versuch unternommen wurde, die eigentlichen Ursachen der aufgezeigten Widersprüche zumindest anzudeuten, verblieb alles auf der Ebene naiv bis schwammig formulierter Fragen.

So sprach man vom Demokratisierungsanspruch der 1969er Regierungserklärung, der in der praktischen Politik der vergangenen Legislaturperiode „scheiterte", ohne die geringste Ursache für das Scheitern anzugeben. So wurden die „irrationalen Strukturen des kapitalistischen Systems" als Hindernis für den effektiveren Einsatz der Mittel bezeichnet, ohne ein Wort über ihre ökonomischen und klassenmäßigen Grundlagen zu verlieren. So wurde eine Antwort auf die Frage, weshalb das Problem der „ökonomischen Machtzusammenballung und (ihrer) politischen Folgen nicht zum Gegenstand der Regierungserklärung wurde, nachdem beide Partner (SPD und FDP, d. Verf.) dieses Problem in ihrer Programmatik formulierten", ängstlich vermieden. Den Gipfel dieser schwammigen Aussagen,

8) Einzelheiten über die Entwicklung der Juso-internen Differenzen vgl. die Gegendarstellung zu Johano Strasser, a. a. O., teilweise abgedruckt im Dokumentarteil dieser „Blätter"-Ausgabe.
9) Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, Zur Regierungserklärung, in: Jungsozialisten Informationsdienst, Nr. 2/73, Bonn 1973, S. 1.
10) Ebenda, S. 1 ff., S. 4.

deren Zitierung man beinahe beliebig fortsetzen könnte, bildete dann die Behauptung von der „Klassenneutralität der Regierungserklärung", die die Jungsozialisten nicht hinzunehmen bereit seien [10]).

Der methodisch falsche Ausgangspunkt, auf die Grundsatzkritik völlig zu verzichten, schlug an dieser Stelle von der objektiv verschleiernden Beschreibung in die grundsätzliche inhaltliche Fehleinschätzung um. Die Frage muß von daher wiederholt werden, warum in der Stellungnahme des Juso-Bundesvorstandes nicht ein einziges Mal explizit auf die „Prüfsteine" des DGB zur Bundestagswahl 1972 eingegangen wurde. Angesichts der positiven Äußerungen Willy Brandts zu diesen Prüfsteinen *vor* der Wahl hätte doch niemand ihre „unmittelbare Relevanz" als Ansatzpunkt zur Kritik in Zweifel ziehen können. Die Antwort liegt nahe: Für den Bundesvorstand der Jungsozialisten steht die „konsequent sozialistische" Analyse im Zweifelsfall nicht vor dem parteitaktischen Kalkül.

2) Versachlichung der „Stamokap"-Kontroverse

In der Strategiediskussion überwog zunächst die Kritik am Strasser-Papier, dessen Erscheinungszeitpunkt und teilweise diffamierender Stil in der Mehrzahl der Diskussionsbeiträge angegriffen wurde.

In der nachfolgenden inhaltlich strukturierten Diskussion trat dann eine erhebliche Versachlichung der Auseinandersetzung ein, in der sowohl vom Bundesvorstand wie von den oppositionellen Gruppierungen der Jungsozialisten Präzisierungen der Standpunkte vorgenommen wurden, die die gemeinsame inhaltliche Basis vergrößerten.

Deutlich wurde dies auch an Strassers Strategiereferat, in dem er einführend unter anderem erklärte: „Bei aller notwendigen und berechtigten Kritik an der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus darf man aber nicht so weit gehen, auch die fraglos richtigen Teile dieser Theorie zu verwerfen. Dies gilt insbesondere für den zu Recht betonten bestimmenden wirtschaftlichen und politischen Einfluß der großen nationalen und multinationalen Konzerne. Aber: Das war bei den Jungsozialisten von Anfang an unstrittig. Wer sich ernsthaft die Machtfrage sozialistischer Politik stellt, muß vordringlich auf den Abbau dieser ungeheuren Machtzusammenballung in wenigen Händen hinarbeiten. Insofern ist die Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und des Finanzsektors eine zentrale Forderung sozialistischer Politik" [11]).

War diese Versachlichung der Diskussion zu begrüßen, so blieb doch festzuhalten, daß Strassers erneute Vermeidung des Monopolbegriffs im Grunde schon andeutete, daß diese zentrale marxistische Kategorie bei den Jungsozialisten eben nicht von Anfang an unstrittig war. In der Diskussion der Jungsozialisten hat erst das Hamburger Strategiepapier die strukturbestimmende Bedeutung der Monopole (auf dem Hannoveraner Strategiekongreß 1971) in den Mittelpunkt der ökonomischen Analyse gerückt, wobei nach wie vor aussteht, aus der ökonomischen Analyse auch die konkreten strategischen Schlußfolgerungen zu ziehen. Immer noch ist es eine Schwäche der Juso-Doppelstrategie, aus dem abstrakt-antikapitalistischen „Alles oder Nichts" beispielsweise zu einer Liste der zwanzig oder dreißig zuerst zu vergesellschaftenden nationalen und multinationalen Konzerne in der Bundesrepublik zu kommen und damit das Konzept der antikapitalistischen Strukturreformen mit inhaltlichen Zwischenschritten aufzufüllen.

11) Johano Strasser, Strategiediskussion, Referat gehalten auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten 1973 in Bad Godesberg, vervielfältigtes Manuskript, S. 7 ff.

3) Das Problem des „breiten antimonopolistischen Bündnisses"

Strassers Strategiereferat ging hauptsächlich darum, den Nachweis zu führen, daß die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus „in einigen Kernpunkten der Doppelstrategie der Jungsozialisten widerspricht" [12]). Zur Untermauerung dieser These bezog sich Strasser auf „einen zentralen Punkt" dieser Theorie, das „sogenannte breite antimonopolistische Bündnis", das seiner Auffassung nach davon ausgeht, „daß zwischen der Arbeiterklasse und den anderen nichtmonopolistischen Schichten bis hin zu den Klein- und Mittelkapitalisten eine objektive Interessengleichheit vorliege" [13]).

Strasser stellt seine weitere Argumentation dann ausschließlich auf das Bündnis mit Klein- und Mittelunternehmern ab und schlußfolgerte, daß unter dieser Zielsetzung konsequenterweise die Jungsozialisten-Arbeit in Klein- und Mittelbetrieben — z. B. Mobilisierungsaktionen für die Interessen der Lehrlinge — eingestellt werden müßte, da man sonst in Widerspruch zu den Interessen der Bündnispartner geraten würde.

Zu dieser Argumentation ist zu sagen, daß die von Strasser angegriffenen Jungsozialisten bereits auf dem Strategiekongreß die Auffassung vertreten hatten, daß sie zwar „Bündnisse mit der Bauernschaft und dem Kleinhandwerk für möglich und notwendig (halten)", daß sie es sich „aber schlechterdings nicht vorstellen (könnten), wie zusammen mit irgendwelchen von den Monopolen abhängigen Kapitalisten für demokratische Reformen gekämpft werden kann" [14/15]).

Indem Strasser auf diese wesentliche Präzisierung nicht einging, übersah er praktisch, daß aus der ökonomischen Analyse (der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus) nicht mechanisch „die" Strategie der Arbeiterbewegung abgeleitet werden kann. Zur Strategieentwicklung gehört notwendig nicht nur die ökonomische Analyse und Wertung der Geschichte der Arbeiterbewegung, national wie international [16]). Hier unterscheiden sich Kommunisten und marxistische Linke in der Sozialdemokratie in wesentlichen Punkten [17]).
Strasser argumentierte insofern nur gegen eine denkbare Variante einer auf der

Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus aufbauenden Strategie, nicht aber gegen die konkret von Teilen der Jungsozialisten — etwa im Hamburger Strategiepapier — entwickelte Konzeption. Er kämpfte damit einmal mehr bravourös gegen einen selbsterbauten Popanz, führte aber keinesfalls den Nachweis, daß die strategischen Positionen des Hamburger Strategiepapiers beispielsweise den Hannoveraner Thesen „in einigen Kernpunkten" widersprächen.

Nach der erneuten Absage dieser Gruppierung auf dem Godesberger Bundeskongreß an eine „Politik des breiten antimonopolistischen Bündnisses", durch

12) Ebenda, S. 4.
13) Ebenda, S. 4 f.
14) Benneter/Krause/Neumann/Voigt, Bericht vom außerordentlichen Bundeskongreß der Jungsozialisten, Steglitzer Info 5/6, Januar/Februar 1972, S. 15; im gleichen Sinne Detlev Albers, Die Jungsozialisten zwischen den Kongressen. Rückblick und Konsequenzen, in: JuSo Hamburg, Nr. 1/72, Januar 1972, S. 7 f.
15) Das Hamburger Strategiepapier geht in seiner Klassenanalyse nicht von der „Klasse des Monopolkapitals" aus. Es sieht die Monopolbourgeoisie (trotz zweier möglicherweise mißverständlicher Formulierungen an anderen Stellen) vielmehr als „eine neue Gruppierung innerhalb der Kapitalklasse, die in dem beschriebenen Monopolisierungsrozeß des Kapitals ihren ökonomischen Existenzgrund hat". Vgl. Hamburger Strategiepapier, S. 12.
16) Hiermit soll keine Trennung in „wissenschaftliche" ökonomische Analyse und „wertende" Geschichtswissenschaft o. ä. vorgenommen werden. Trotz der dialektischen Einheit von Ökonomie und Politik muß unserer Auffassung nach aber davon ausgegangen werden, daß die teilweise verhängnisvollen Fehler der Organisationen der Arbeiterbewegung aufzeigen, daß die Reichweite und wissenschaftliche Verbindlichkeit marxistischer Analysen politischer Entwicklungen nicht an die von Analysen ökonomischer Entwicklungen im engeren Sinne heranreichen.
17) Vgl. hierzu Detlev Albers/Kurt Neumann/Kurt Wand, Anmerkungen zur Theorie und Praxis des Juso-Bundesvorstandes, Bonn 1973, S. 6, S. 10; Kurt Neumann, Diskussionsbeitrag in INFO, Berlin, Nr. 2/1973, S. 11.

die Aktionen für die Interessen von Arbeitern und Lehrlingen in Klein- und Mittelbetrieben unmöglich gemacht würden, und nach der in Godesberg erreichten Versachlichung der Auseinandersetzungen kann jetzt davon ausgegangen werden, daß die Jungsozialisten ihre Strategiediskussion in solidarischer Form erfolgreich weiterentwickeln werden.

4) Taktisches Zurückweichen der „Stamokap-Gruppe"?

Widersprochen werden muß der verschiedentlich aufgestellten Behauptung, die „Stamokap-Gruppe" bei den Jungsozialisten sei in wesentlichen Punkten „taktisch zurückgewichen".

Einerseits haben die betroffenen Jungsozialisten selbst die Etikettierung als „Stamokap-Gruppe", die in offensichtlich diffamierender Absicht in Umlauf gesetzt wurde, mehrfach als haltlose Fiktion zurückgewiesen. Andererseits haben diese Jungsozialisten weder vor noch auf dem Kongreß das vertreten, was ihnen von einigen Seiten immer wieder gern untergeschoben wird — die „Kader- und Massenlinie", die „Führungsrolle der DKP", die „Abschaffung der Demokratie im Sozialismus" u. a. m. Die Notwendigkeit, nie eingenommene Positionen zu verteidigen, sahen diese Delegierten nicht ein.

Was andere Angriffspunkte anbetraf — z. B. die Rolle des Staats —, so wurden die grundsätzlichen Positionen, wie sie im Hamburger Strategiepapier niedergelegt sind, ohne Abstriche aufrechterhalten.

Was den bürgerlichen Staat angeht, ist die Juso-Linke nach wie vor der Auffassung, daß man hier klar von einem Herrschaftsinstrument der herrschenden Klasse sprechen muß, will man nicht den Boden marxistischer Gesellschaftsanalyse verlassen. Das heißt natürlich nicht, daß der Staat ein mechanisches Werkzeug der Monopole ist, mit dem sie alle Widersprüche niederbügeln können.

Der Staat ist heute in der Bundesrepublik die Gesamtheit von staatlichen Bürokratien auf den verschiedenen Ebenen, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Verfassungsschutz, Polizei, Klassenjustiz, Staatsfinanzen, Wirtschaftsplanungsinstrumentarium u. a. m. Dies alles zusammen funktioniert als Mechanismus der Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnabhängigen — auch unter einer SPD/FDP-Regierung, die mit ihrer Regierungsprogrammatik erklärtermaßen keine antikapitalistische, sondern eine integrationistische, systemerhaltende Politik verfolgt.

Gewährleistet und effektiviert wird dieser Mechanismus durch die weitreichende personelle und institutionelle Verflechtung von Großwirtschaft und Staatsbürokratie. Das ist der bürgerliche Staat konkret. Alle anderen Einschätzungen „führen zu einer klaren Unterschätzung des Ausmaßes, in dem der Staat heute ökonomisch (Konzentrationsförderung, Profitsubventionierung usw.), politisch (Notstandsgesetze, Berufsverbote u. a. m.) und ideologisch (Sachzwangideologien, Antikommunismuskampagnen usw.) im Interesse des Monopolkapitals handelt"[18]).

Die „Juso-Linke" — die keinen Ausschließlichkeitsanspruch auf marxistische Positionen gegenüber anderen Jungsozialisten vertritt — hat in dieser zentralen Frage auf dem Kongreß genauso wenig eine gegenüber früheren Positionen abweichende Auffassung vertreten wie in anderen Kernfragen, beispielsweise bezüglich der entscheidenden Bedeutung des Kampfes gegen die Monopole bei der

18) Detlev Albers/Kurt Neumann/Kurt Wand, a. a. O., S. 7.

Überwindung des kapitalistischen Systems. Sie hat allerdings versucht, einige Mißverständnisse auszuräumen, die die Diskussion bisher erheblich belasteten. Mit welchem Erfolg, wird die Zukunft zeigen müssen.

5) Solidarität der Jungsozialisten gegenüber der Parteirechten

Die Strategiediskussion auf dem Godesberger Kongreß wurde nicht mit konkreten inhaltlichen Ergebnissen in Form von neuen Beschlüssen beendet. Hierfür war die Diskussion zu abstrakt, zu sehr über die Interessen vieler Delegierter hinweg und zu wenig mit der konkreten Praxis „an der Basis" vermittelt. Ursache hierfür war aber auch die mangelnde politische Vorbereitung des Kongresses durch den Bundesvorstand und den (weitgehend bundesvorstandskonformen) Bundesausschuß der Jungsozialisten.

Bemerkenswert war allerdings die Einstimmigkeit, mit der sich die Jungsozialisten in einem beschlossenen Initiativantrag aus Nordrhein-Westfalen dagegen verwahrten, daß ihre Strategiediskussion von seiten der Parteirechten zu administrativen Maßnahmen mißbraucht werden könnte. In dem Beschluß bekräftigten die Jungsozialisten: „Der Bundeskongreß ist der Auffassung, daß der Diskussion über die Analyse der gegenwärtigen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und über eine sozialistische Strategie der Jungsozialisten und der SPD eine zentrale Bedeutung zukommt. Im Mittelpunkt dieser Diskussion steht vor allem die Rolle des Staates und der SPD im monopolbestimmten Kapitalismus ... Die Jungsozialisten werden sich entschieden dagegen wehren, daß die theoretischen Diskussionen innerhalb des Juso-Verbandes von Parteivorständen dazu benutzt werden, Minderheitspositionen bei den Jungsozialisten durch Ordnungsverfahren zu disziplinieren."

IV. Weitere Schwerpunkte der Kongreßdiskussion

Neben der Fortsetzung der Grundsatzdebatte hatte sich der Kongreß zum Ziel gesetzt, die Jungsozialisten-Arbeit vor allem im Betriebs- und Gewerkschaftsbereich und im Bildungsbereich voranzubringen. Weitere Schwerpunkte sollten die Fragen der Organisation, das Langzeitprogramm der SPD und die Strategie im internationalen Bereich bilden.

Zu allen diesen Schwerpunktthemen richtete der Kongreß Arbeitskreise ein. Diese erfüllten ihre Funktion aber nicht und verwandelten das Plenum weitgehend in eine Abstimmungsmaschinerie, in der sich die Delegierten kaum noch auf ihr eigenes, in der Diskussion gebildetes Urteil verlassen konnten.

1) Die Kandidatur Wolfgang Roths für den Bundesvorstand der Partei

Noch im Rahmen des Rechenschaftsberichtes von Wolfgang Roth wurden Anträge vorgelegt, die sich mit der Kandidatur von Roth für den Parteivorstand bzw. allgemein mit Kandidaturen für Bundestagsmandate usw. beschäftigten. Während der Antrag aus dem Bezirk Hannover forderte, „in der gegenwärtigen politischen Situation sollte der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten nicht für ein Amt im Bundesvorstand der Partei kandidieren", und dies mit der Gefahr von Loyalitätskonflikten, Juso-Stabilisierung „halblinks" und dem innerparteilichen Kräfteverhältnis begründete, deutete ein anderer Antrag, den jedoch niemand in der Diskussion unterstützte, „die Übernahme von Bundes- und Landtagsmandaten durch Mitglieder des Bundesvorstandes ... mit ihrer Signalwirkung (als) eine offensichtliche Abkehr von der Aufgabe der Jungsozialisten, wirksam zur Mobilisierung der Massen beizutragen".

In der Behandlung des Antrages aus Hannover zeigte sich, daß die Parteivorstands-Kandidatur von Roth aus den unterschiedlichsten Begründungen abgelehnt wurde. So stellte ein Delegierter aus Berlin klar, daß es nicht darum gehe, die Kandidatur von Wolfgang Roth grundsätzlich abzulehnen. Vielmehr müßten die Jungsozialisten auch weiterhin um Positionen innerhalb der Parteiorganisation kämpfen. Dabei müsse allerdings die Kontrollmöglichkeit der Juso-Funktionsträger gegeben sein. Und hier wies der Berliner Delegierte darauf hin, wie wenig der Berliner Jungsozialist Roth in seinen Basisorganisationen verankert sei. Als Beispiel erwähnte er die von Roth selbstherrlich in der bürgerlichen Presse verkündete Kandidatur als Berliner Bundestagsabgeordneter und den ebenfalls ohne Information der Basis selbstverkündeten Rückzug von dieser Kandidatur. Wenn der Genosse Roth noch Zeit für Parteiämter habe, dann solle er sich in Berlin darum bemühen und die Jungsozialisten dort in ihrer schwierigen Situation gegenüber der Partei-Rechten unterstützen, schloß der Berliner Delegierte.

Die Antragsteller aus Hannover versuchten in ihren Beiträgen deutlich zu machen, daß es in dieser Frage nicht um die Person Roth gehe. Vielmehr sei es für die Jungsozialisten gegenwärtig nicht sinnvoll, ein derartiges Amt anzustreben, da dadurch die Konsolidierung innerhalb der Jungsozialisten gefährdet sei.

Die überwiegende Mehrheit der Jungsozialisten schwieg zu dieser Frage und stimmte — die zwar unsachliche, zum Teil entgleisende, aber mit viel Emotion und Pathos vorgetragene Rede des Altvaters Jochen Steffen vom Vortag noch im Ohr — gegen die Anträge.

2) Betriebsstrategie der Jungsozialisten

Im Bereich der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit konnte die erhoffte und angestrebte konzeptionelle Weiterentwicklung der Theorie und Praxis der Jungsozialisten nicht erreicht werden. Da schon die Diskussion im Arbeitskreis mangels Vorbereitung und praktischer Erfahrungen „chaotisch" verlaufen war und ein Konsens nicht erzielt wurde, verwies man die Kongreßvorlagen „an die Basis" zurück. Die Lösung dieses Strukturproblems der Juso-Arbeit wurde auf eine Bundestagung zur Betriebsarbeit im Herbst 1973 verschoben.

3) Strategie im Bildungsbereich

Ähnlich endete die Diskussion über die bildungspolitische Arbeit der Jungsozialisten. Obwohl dieser Arbeitskreis im Gegensatz zu den anderen Arbeitskreisen einen inhaltlichen Forderungskatalog zur Beschlußfassung im Plenum vorgelegt hatte, kam einmal mehr die beliebteste Erledigungsart des Kongresses zum Tragen: Nichtbefassung (nachdem schon eine Reihe von Forderungen angenommen worden war) und Verweisung der vorgelegten Papiere mit dem Ziel, im Herbst 1973 eine bildungspolitische Bundeskonferenz zu veranstalten.

Hervorzuheben ist aus diesem Bereich neben der mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung zur Wiederfinanzierung des VDS der Beschluß des Kongresses zum SHB, in dem er den Parteivorstand der SPD aufforderte, „den Entzug des Namens ‚sozialdemokratisch' rückgängig zu machen und die Förderung des SHB wieder aufzunehmen".

Einmal mehr bedenklich war in diesem Zusammenhang, daß die Bundesorganisation der Jungsozialisten immer noch nicht die erfolgreiche konkrete Hochschul-

politik des SHB — das Konzept der „gewerkschaftlichen Orientierung" — in die Diskussion einzubeziehen bereit und in der Lage ist und daß statt der intensiven Mitarbeit im SHB aus taktischen Gründen auch mit eigenen Juso-Hochschulgruppen experimentiert werden soll.

4) Organisation der Juso-Arbeit

Eine andere Variante des Vor-sich-Hinschiebens schwieriger Probleme wurde im Bereich der Organisationsprobleme praktiziert: die Bildung einer neukonzipierten Kommission auf Bundesebene.

5) Die internationale Arbeit der Jungsozialisten

Im Bereich der internationalen Fragen wurden die wichtigsten Ergebnisse dieses Kongresses erzielt. Die Jungsozialisten verabschiedeten hier eine Reihe von Anträgen, die ihre Solidarität und Unterstützung für den Kampf der unterdrückten Völker in der Dritten Welt zum Ausdruck brachten. Sie unterstützten darin die Politik der Volkseinheitsregierung in Chile, den berechtigten Kampf des palästinensischen Volkes [19]), den Sieg des vietnamesischen Befreiungskampfes gegen die USA, den Kampf für demokratische Verhältnisse in der Türkei; sie protestierten gegen die undemokratischen und faschistischen Regime in Griechenland, Spanien und Portugal sowie gegen Verfolgung, Folterung und Ermordung demokratischer Oppositioneller im Iran.

Hervorgehoben werden sollen aus diesem Bereich noch einmal die Beschlüsse zur Europäischen Sicherheit und zum Gemeinsamen Regierungsprogramm von Kommunisten und Sozialisten in Frankreich.

Fast allen Beschlüssen in diesem Bereich lagen Initiativen der „Juso-Linken" zugrunde (vor allem Hamburg und Berlin). Der Juso-Bundesvorstand pfropfte auf diese Initiativen eigene, meist nur wenige Veränderungen bzw. Verwässerungen enthaltende „Alternativ"-Anträge auf. So hatte die Landesorganisation Hamburg einen Antrag zur Europäischen Sicherheits- und Friedenspolitik eingebracht, in dem u. a. festgestellt wurde, daß „die Integration in das NATO-Bündnis nicht dazu beiträgt, die Sicherheit in Mitteleuropa zu erhöhen". Im Gegenteil: „es verhindert die Möglichkeit, z. B. die verbrecherische US-Kriegsführung in Vietnam scharf zu kritisieren". Der Bundesvorstand brachte dazu einen „eigenen" Antrag zur Sicherheitspolitik ein, indem er den vierseitigen Hamburger Antrag wörtlich übernahm und lediglich an vier Stellen nicht besonders gekennzeichnete Ergänzungen in „seinen" Antrag einfließen ließ. Die eingangs zitierte Feststellung im Hamburger Antrag las sich im Antrag des Bundesvorstands so: „Die Integration der Staaten Mitteleuropas in das NATO-Bündnis bzw. den Warschauer Pakt kann die Sicherheit in Mitteleuropa nicht garantieren. Sie behindert bzw. verhindert die Möglichkeit, die Außenpolitik und die Gesellschaftspolitik der jeweils führenden Macht des Bündnisses zu kritisieren. Dies trifft für die BRD z. B. für die Verurteilung der verbrecherischen Kriegsführung der USA in Vietnam, für die Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes und deren Bevölkerung z. B. für eine kritische Haltung zum Einmarsch ihrer Truppen in die CSSR zu".

Mit dieser an einer vermeintlichen Ausgewogenheit orientierten Antrags-Änderungstaktik versuchte der Bundesvorstand einerseits, unter den Augen der Öffent-

19) Obwohl dieser Beschluß ausdrücklich die Forderung nach „Anerkennung der Existenz und Souveränität aller Staaten des Nahen Ostens einschließlich des Staates Israel" enthielt, nahm ihn die israelische Juso-Delegation zum Anlaß für ihre in der bürgerlichen Presse spektakulär hervorgehobene Abreise.

lichkeit und Parteiführung „Realitätssinn" zu beweisen. Andererseits wollte er damit gleichzeitig unterschwellig darauf hinweisen, daß es die Hamburger in ihrem Antrag vermieden hätten, auf Entwicklungen in den Warschauer-Pakt-Staaten einzugehen.

Die Hamburger Antragsteller ließen den Bundesvorstand bei dieser — einmal mehr — vordergründigen Taktiererei ins Leere laufen und quittierten dieses — unter der Gürtellinie angesetzte — Vorgehen mit der Übernahme des Bundesvorstands-Antrages. Sie zogen ihren Antrag zurück.

Das Dogma von der „Ausgewogenheit des Truppenabzugs aus Mitteleuropa", das vom Bundesvorstand der Jungsozialisten auch noch an anderer Stelle als Mittel billiger Effekthascherei benutzt wurde, wurde dadurch in seiner eigentlichen Funktion als Vorwand für beide Seiten, gar nichts zu tun, nicht mehr kritisch hinterfragt.

Ein weiteres Beispiel für seine zum Teil positionslose, vordergründig-taktische Diskussionsweise bot der Bundesvorstand in der Diskussion um das Gemeinsame Regierungsprogramm der französischen Sozialisten und Kommunisten. Hierzu lag einerseits ein Antrag der Hamburger Jungsozialisten vor, andererseits ein Initiativantrag süddeutscher Delegierter, der gönnerhaft ausführte:

„Die Jungsozialisten betrachten das gemeinsam beschlossene Regierungsprogramm im Falle einer Verwirklichung als einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung Frankreichs ... Gleichzeitig warnen die Jungsozialisten aber vor politisch-organisatorischen Illusionen, ... als könne der Sozialismus durch einen Kompromiß der Führung zweier miteinander konkurrierender sozialistischer Parteien ‚beschlossen' werden ... Die historischen Klassenauseinandersetzungen ... haben gezeigt, daß die Arbeiterklasse nur dort reale Verbesserungen ihrer Lage erreichen und rechtlich absichern kann, wo sie diese selbst erkämpft und damit Druck auf die Organisation ausübt".

Der Antrag aus Hamburg ging dagegen davon aus, daß „die Jungsozialisten das gemeinsame Regierungsprogramm als eine entscheidende Voraussetzung (betrachten), um zu einer grundlegenden Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zugunsten der arbeitenden Bevölkerung in Frankreich und darüber hinaus zu einer wesentlichen Verbesserung der Kampfbedingungen für die westeuropäische Arbeiterbewegung zu gelangen. Die Jungsozialisten begrüßen, daß es den beiden französischen Arbeiterparteien gelungen ist, weite Teile der Bevölkerung von der Notwendigkeit umfassender Reformen zur Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und zur Entmachtung der französischen und der internationalen Monopole auf französischem Boden zu überzeugen".

Während der Kongreß-Arbeitskreis dem Plenum ernsthaft (gegen die Stimmen der Juso-Linken) den hochgradig bornierten Initiativantrag zur Annahme empfahl, bewirkten einige heftige Diskussionsbeiträge der Minderheit im Plenum und ein offensichtlicher Lern- oder Erkenntnisprozeß einiger Bundesvorstandsmitglieder, daß das Plenum den Hamburger Antrag zur Grundlage der weiteren Abstimmung machte. Vor der endgültigen Abstimmung schwang sich der Bezirk Hessen-Süd allerdings noch zu dem theoretischen Kraftakt auf, den ursprünglichen Antrag um 80 % zu kürzen, was die Mehrheit der Delegierten dann auch akzeptierte.

Kritisch angemerkt werden muß in jedem Falle, daß die Aufarbeitung der für jeden Sozialisten eminent wichtigen Entwicklungen und Erfahrungen der Arbeiterbewegungen Chiles und Frankreichs, die die politische Spaltung der Arbeiter-

organisationen unter Wahrung der ideologischen Eigenständigkeit erfolgreich überwunden haben, bisher fast ausschließlich von den Gruppen der Juso-Linken erfolgt ist.

6) Langzeitprogramm

Abschließend sei noch auf die Langzeitprogramm-Diskussion eingegangen. Hier profilierten sich vor allem Delegierte der Bezirke Hannover und Ostwestfalen, die wesentlich dazu beitrugen, daß die Langzeitprogramm-Diskussion der Jungsozialisten zukünftig frei von parteitaktischer Rücksichtnahme auf Mehrheiten geführt werden kann. In der weiteren Arbeit an den hier zur Debatte stehenden Problemen ist die Möglichkeit angelegt, die Positionen der Jungsozialisten weiter zu konkretisieren, sie Partei, Gewerkschaften und Bevölkerung verständlich zu machen und zu einem in der Organisation breit diskutierten konkreten Aktionsprogramm zu kommen. Die Jungsozialisten werden diese Möglichkeit in gemeinsamer solidarischer Auseinandersetzung nutzen.

V. Zusammenfassung

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Godesberger Kongreß der Jungsozialisten in seinen Grundsatzdiskussionen und Beschlüssen zu einer Versachlichung der Meinungsverschiedenheiten und zumindest partiell auch zu einer Annäherung der verschiedenen Standpunkte geführt hat (Präzisierung der Bündnisperspektive mit nicht zur Arbeiterklasse gehörigen Schichten durch die Juso-Linke, die Hervorhebung der Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien als strategisches Zwischenziel durch den Bundesvorstand). Trotz der unverändert fortbestehenden Differenzen, beispielsweise zur Einschätzung des Staates und seiner Abhängigkeit von den Monopolen, hat die große Mehrheit der Delegierten deutlich gemacht, daß sie für die Fortführung und Intensivierung der theoretischen Diskussion bei den Jungsozialisten eintritt und jeden von außen kommenden Versuch zur administrativen Unterdrückung bestimmter Positionen der Juso-Linken geschlossen zurückweisen wird. Dies ist um so wichtiger, als die teilweise denunziatorischen Angriffe des Strasser-Papiers in Kreisen der Parteiführung und in zahlreichen Untergliederungen zu offenen Ausschlußdrohungen gegenüber Teilen der Jungsozialisten und zu verschärften Abgrenzungsforderungen gegenüber der DKP an die Adresse der gesamten Parteilinken benutzt worden sind und vermutlich weiter benutzt werden. Die Jungsozialisten haben damit der Parteirechten nicht den Gefallen getan, sich gerade in dem Augenblick die Einbeziehung bedeutsamer marxistischer Positionen verbieten zu lassen, in dem sich die SPD in ihrer Gesamtheit zur Aufnahme der von allen Jungsozialisten und den Parteilinken gemeinsam geforderten Grundsatzdiskussion genötigt sieht.

Zudem hat der Beschluß, eine eigene, vom Verlauf des Parteitags unabhängige Langzeitprogramm-Kommission der Jungsozialisten einzusetzen, eine Möglichkeit geschaffen, die besonders von der Juso-Linken an der Theorie und Praxis des Bundesvorstands kritisierte Gefahr eines Auseinanderfallens antikapitalistischer Zielsetzung und reformistischer, auf systemimmanente Forderungen beschränkter politischer Praxis zu überwinden, indem sich die Jungsozialisten auf die Herausarbeitung klarer, die Macht der Monopole beseitigender Zwischenziele und die Ausrichtung ihres täglichen politischen Kampfes auf diese Ziele (etwa im Sinne konkreter Aktionsprogramme) verständigen.

Auf diese Weise haben sich die Jungsozialisten in Godesberg zumindest wesentliche Voraussetzungen erhalten, um ihre vorwärtstreibende Rolle in den innerparteilichen Diskussionen um die sozialistische Neuorientierung der SPD nicht durch Anpassung aufs Spiel zu setzen.

Neuerscheinung

Kleine Bibliothek Bd. 30, 125 Seiten, kart., DM 9,80

Die gegenwärtige Sozialdemokratie
Neue sowjetische Analysen

Inhalt:

Vitali Wassin
Die Sozialdemokratie und die Wurzeln ihres Masseneinflusses

Grigori Sogomonjan
Die Sozialdemokratie in den siebziger Jahren

Sergej Gribanow
Die Reform des Reformismus

Wladimir Granow
Die Krise der Ideologie des Sozialreformismus

Iskander Undasynow
Die verstärkte Differenzierung in der sozialdemokratischen Bewegung

Seit etwa Mitte der sechziger Jahre ist in nahezu allen Ländern Westeuropas die Sozialdemokratie gegenüber den konservativen politischen Parteien mehr und mehr in den Vordergrund getreten. Sie bestimmt in zunehmendem Maße die Zukunft Westeuropas und die Entwicklung des Verhältnisses von kapitalistischen und sozialistischen Staaten in Europa mit. Gerade für die Entwicklung dieses letzteren Verhältnisses ist zweifellos von Bedeutung, wie sich Sozialdemokraten und Kommunisten heute gegenseitig beurteilen. Die in den sozialdemokratischen Parteien gegenwärtig vorherrschenden Auffassungen über die kommunistischen Parteien sind in den westeuropäischen Ländern im großen und ganzen bekannt. Für den Fortgang der europäischen Entwicklung mindestens ebenso wichtig, weit weniger bekannt jedoch ist die kommunistische Auffassung über die heutige Sozialdemokratie.

Diese Auffassung ist am deutlichsten in der Sowjetunion formuliert worden. Die hier veröffentlichten fünf Beiträge sowjetischer Wissenschaftler vermitteln einen repräsentativen Einblick in die gegenwärtige sowjetische Beurteilung der Sozialdemokratie.

Pahl-Rugenstein

Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Von Josef Schleifstein

Die Auseinandersetzungen um die sogenannte „Stamokap-Gruppe" bei den Jungsozialisten (vgl. dazu den vorstehenden Aufsatz von Detlev Albers und Kurt Wand sowie die Gegenüberstellung der Thesen der Kontroverse im Dokumentarteil dieses Heftes) sind seit einigen Wochen, im Hinblick auf den Godesberger Bundeskongreß der Jungsozialisten und den bevorstehenden SPD-Parteitag in Hannover, Gegenstand beträchtlicher Aufmerksamkeit der Presse. Dabei wird jedoch in der Regel auf eine inhaltliche Information über die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus verzichtet. Wir haben deshalb den Leiter des Instituts für marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt/Main, Prof. Dr. Josef Schleifstein, gebeten, für die „Blätter" eine kurzgefaßte Darstellung der marxistischen Theorie vom Verhältnis zwischen Monopolen und Staat und der Rolle des letzteren im gegenwärtigen Kapitalismus zu geben. D. Red.

Die Diskussion in den Reihen der Jungsozialisten, begleitet von kaum noch verhüllten Ausschlußdrohungen von seiten zentraler und bezirklicher sozialdemokratischer Parteiinstanzen, hat plötzlich die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu einem Gegenstand öffentlichen Interesses weit über die Reihen derer hinaus gemacht, die sich mit marxistischer ökonomischer Theorie befassen. Dabei ist es sowohl für das Niveau wie für die eigentliche Funktion der sich „seriös" gebärdenden großen bürgerlichen Presseorgane charakteristisch, daß, soweit es zu übersehen war, keine einzige Zeitung auch nur den schüchternen Versuch gewagt hat, ihren Lesern eine objektive Darstellung dieser Theorie anhand der Quellen zu geben. Nicht anders steht es um die Stellungnahmen offizieller sozialdemokratischer Instanzen, deren Verdikte eine kaum noch zu überbietende Ignoranz in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus verraten, eine Ahnungslosigkeit, die sie aber nicht hinderte, das Kürzel des „Stamokap" im Sinne der Diffamierung theoretischer Auffassungen und zur Begründung von Parteimaßnahmen gegen eine Gruppe von Jungsozialisten zu verwenden. Was aber mehr verwundern muß, ist die Tatsache, daß auch der Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD mit der Herausgabe des Papiers von Johano Strasser „Zur Theorie und Praxis der ‚Stamokap'-Gruppe bei Jungsozialisten" [1]) die Beschäftigung mancher Jungsozialisten mit der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (STMK) zum Anlaß genommen hat, eine Art Anklageschrift zu publizieren, die davon zeugt, daß der Autor die Theorie des STMK entweder gar nicht kennt oder sie nicht verstanden hat oder, was noch schlimmer wäre, sie willkürlich entstellt. Das aber hintert auch ihn nicht, den Begriff als diffamierend gemeinte Reizkategorie gegen andere Jungsozialisten zu verwenden. Der allzu deutliche Zweck dieser Übung ist es, den von ihm selbst verfertigten Popanz desto leichter niederboxen zu können. Schon aus diesem Grunde benutze ich die von der Redaktion der „Blätter" gebotene Gelegenheit gern, um, soweit dies in einem Aufsatz möglich ist, einige wichtige Gesichtspunkte der Theorie des STMK darzulegen.

[1]) Jungsozialisten-Informationsdienst, Bonn 1/1973.

I

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bildet seit vielen Jahren die Grundlage der ökonomischen Analyse des heutigen Kapitalismus durch die kommunistische Weltbewegung. In konzentrierter Form hat sie Eingang gefunden in alle wesentlichen programmatischen Dokumente der kommunistischen Parteien, besonders in die Erklärungen der internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1960 und 1969. Darüber hinaus basieren die Analysen der kommunistischen Parteien in den entwickelten kapitalistischen Ländern, so die programmatischen Dokumente der DKP, auf dieser Theorie. In den letzten Jahren sind auch in der Bundesrepublik umfangreiche wissenschaftliche Arbeiten zur Theorie des STMK erschienen, und zwar Kollektivarbeiten marxistischer Ökonomen aus der Sowjetunion, aus der DDR, aus Frankreich sowie die bedeutende Studie des sowjetischen Ökonomen S. L. Wygodski über den gegenwärtigen Kapitalismus [2]). Daneben existieren zahlreiche Einzelarbeiten zu den verschiedenen Aspekten des STMK. Wer sich mit dieser Theorie also ernsthaft auseinandersetzen will, kann über Mangel an Quellenmaterial nicht klagen.

Die Theorie des STMK war und ist bestrebt, die Marxsche ökonomische Analyse des Kapitalismus und ihre Fortführung durch die Leninsche Untersuchung des Monopolkapitalismus (Imperialismus) in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts auf die Erscheinungen und Entwicklungsprozesse der heutigen kapitalistischen Gesellschaft anzuwenden. Ein erstes verbreitetes Mißverständnis dieser Theorie berührt bereits ihre auf Marx beruhenden Ursprünge und Grundlagen. Es wird behauptet, und in dem Papier des Juso-Vorstandes klingt es ebenfalls an, die Theorie des STMK zerreisse den Zusammenhang zu den von Marx entdeckten ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus und schreibe dem heutigen Staat eine übermäßige Macht zu. In Wahrheit geht die Theorie des monopolistischen wie des staatsmonopolistischen Kapitalismus unmittelbar von Entwicklungstendenzen aus, die Karl Marx bereits im 3. Band des „Kapital" untersucht hat und die Friedrich Engels bei der Herausgabe dieses Bandes und in seiner eigenen polemischen Schrift gegen Eugen Dühring hervorgehoben hat.

Marx hatte gezeigt, daß die im Kapitalismus in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts zu beobachtende gewaltige Ausdehnung der Produktion und der kapitalistischen Unternehmungen zwangsläufig zu den Aktiengesellschaften führte, weil Einzelkapitale eine Produktion auf solcher Stufenleiter gar nicht bewältigen konnten. So mußte das Einzelkapital sich in die Form von Gesellschaftskapital wandeln, und die Unternehmen mußten zu Gesellschaftsunternehmen werden. Marx hatte ferner die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß der fungierende Kapitalist sich in einen bloßen Geldkapitalisten verwandle. Kapitalfunktion und Kapitaleigentum fielen also mehr und mehr auseinander.

Marx betonte im Zusammenhang mit dieser Entwicklung, daß im Aktienwesen schon der Gegensatz gegen die alte Form existiere, worin gesellschaftliche, also nur durch viele anzuwendende Produktionsmittel, als individuelles Eigentum

[2]) Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Autorenkollektiv des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1972;
Der Imperialismus der BRD, Autorenkollektiv der DDR, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1971;
Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Autorenkollektiv der Französischen Kommunistischen Partei und der Zeitschrift Économie et Politique, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1972;
S. L. Wygodski, Der gegenwärtige Kapitalismus — Versuch einer theoretischen Analyse, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1972;
Eine vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M., herausgegebene Einführung in die ersten drei Analysen ist im Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1972, erschienen.

erscheinen, daß aber die Umwandlung in die Aktie selbst noch in kapitalistischen Schranken befangen bleibe. Statt also den Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise, den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, zu beseitigen, bilde sie ihn nur in neuer Gestalt aus. Daraus zog Marx den Schluß, daß die Aktienunternehmungen „als Übergangsformen aus der kapitalistischen in die assoziierte" Produktionsweise zu betrachten seien. „Es ist dies", schrieb er, „die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst, und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der prima facie als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform sich darstellt ... Er stellt in gewissen Sphären das Monopol her und fordert daher die Staatseinmischung heraus" [3]).

Friedrich Engels konnte diese Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft weiter verfolgen, und er schreibt 1894, also 11 Jahre nach dem Tode von Marx, daß die gewaltig anwachsenden Produktivkräfte die Kapitalisten dazu gezwungen hätten, die gesellschaftliche Natur der Produktivkräfte, soweit dies innerhalb des Kapitalverhältnisses überhaupt möglich sei, anzuerkennen durch Bildung immer größerer Aktiengesellschaften und Trusts, und selbst durch die Verwandlung in Staatseigentum (z. B. bei den Eisenbahnen und bei der Post). Aber er unterstreicht zugleich, daß weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften noch die in Staatseigentum die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte aufhebe, solange der Staat ein Staat der Kapitalisten, also der ideelle Gesamtkapitalist sei [4]).

Marx hatte ferner gezeigt, daß die kurz skizzierten Entwicklungstendenzen aus den immanenten Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise, aus der Entfaltung ihrer Widersprüche selbst hervorgegangen waren und sich zunehmend verstärken würden: Aus der wachsenden Vergesellschaftung der Produktion, der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, dem Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate und der mit ihm verbundenen Überakkumulation von Kapital. Im 3. Band des „Kapital" hatte Marx vor allem nachgewiesen, daß die Vergesellschaftung der Produktion beständig auf die Schranken des kapitalistischen Eigentums stößt, was seinen Ausdruck findet in der Tendenz zum graduellen Sinken der allgemeinen Profitrate und in der Entwertung (Brachlegung, Vergeudung, Vernichtung) vorhandenen Kapitals. Da aber die Profitrate, wie Marx sagte, „die treibende Macht in der kapitalistischen Produktion ist, da nur produziert wird, was und soweit es mit Profit produziert werden kann" [5]), bringt diese Tendenz mehr und mehr die historischen Schranken der gesamten kapitalistischen Produktionsweise zum Ausdruck. Es ist der unheilbare Ziel-Mittel-Konflikt des Kapitalismus: Motiv und Zweck des Kapitals ist Profit, aber die Mittel, die es zur Erlangung einer hohen Profitrate anwenden muß — die Entwicklung der Produktivkräfte, die Steigerung der Produktivität der Arbeit — geraten in ständigen Widerspruch zu dem Zweck, dem Profit. Marx sagt, der Widerspruch bestehe darin, daß der Kapitalismus eine Tendenz einschließe zu absoluter Entwicklung der Produktivkräfte, während er andererseits stets die Erhaltung des existierenden Kapitalwerts und dessen maximale Verwertung zum Ziel habe. „Das Mittel", schreibt Marx, „— unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte — gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals. Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der bestän-

[3]) K. Marx, Das Kapital, 3. Band, MEW Bd. 25, S. 452—456.
[4]) F. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, MEW Bd. 20, S. 258—260.
[5]) K. Marx, Das Kapital, 3. Band, MEW Bd. 25, S. 269.

dige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen" [6]).

Unmittelbar an diese Erkenntnisse von Marx und Engels knüpfte Lenin in seiner Untersuchung des monopolistischen Kapitalismus, des Imperialismus, an, wie er sich etwa seit der Jahrhundertwende im Weltmaßstabe entwickelt hatte. Er ging aus von der Konzentration der Produktion und des Kapitals, von der zunehmenden Ausbreitung und entscheidenden ökonomischen Macht der kapitalistischen Monopole, von denen einige wenige ganze Industriezweige beherrschten. Lenin zeigte, daß die von Marx vorhergesagte Entwicklung, die freie Konkurrenz werde infolge der Konzentration und Zentralisation des Kapitals zum Monopol führen, zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den wichtigsten kapitalistischen Ländern zur beherrschenden ökonomischen Tatsache geworden war. Die Folge dessen sei ein ungeheurer Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion, aber die gesellschaftlich betriebenen Produktionsmittel blieben Privateigentum einer kleinen Anzahl von Personen. Aus der Bildung der allmächtigen wirtschaftlichen Monopole sei unvermeidlich ein Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt hervorgegangen. Lenin unterstrich, daß der monopolistische Kapitalismus die Tendenz zu politischer Reaktion und Expansion, zu kriegerischer Gewalt außerordentlich verstärkt hatte. Die wichtigsten Merkmale des monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus) faßte er 1916 wie folgt zusammen: „1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses ‚Finanzkapitals'; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet" [7]).

Damals, während des Ersten Weltkrieges, machte Lenin auch zum ersten Male auf Erscheinungen aufmerksam, die auf eine Umwandlung des monopolistischen in den staatsmonopolistischen Kapitalismus hindeuteten und die in einigen Ländern, besonders im damaligen Deutschen Reich, zur staatlichen Regulierung und Lenkung wirtschaftlicher Prozesse geführt hatten. Dabei verwies er auf die zwei widersprüchlichen Seiten dieser Entwicklung: Da die ökonomische Intervention des Staates bei Aufrechterhaltung des monopolkapitalistischen und privatkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln erfolge, führe es zu einer größeren Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung, zum Erstarken der Reaktion und des Militärdespotismus, zugleich aber beschleunige der staatsmonopolistische Kapitalismus die Herausbildung aller materiell-ökonomischen und organisatorischen Voraussetzungen für den Sozialismus, er sei „die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe" [8]).

II

Die in den Reihen der Jungsozialisten geführte Debatte zeigt, daß jede Strategiediskussion, die von antikapitalistischen Positionen auszugehen sucht, unvermeidlich auf die Notwendigkeit stößt, sich eine fundierte und geschlossene wissenschaftliche Analyse des heutigen Kapitalismus, insbesondere seiner ökonomischen Grundlage, zu erarbeiten. Eine solche Analyse aber muß von vornherein ihr Ziel

[6]) Ebenda, S. 259/260.
[7]) Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW Bd. 22, S. 270/271.
[8]) Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, LW Bd. 25, S. 369/370.

verfehlen, wenn sie nicht versucht, sich über die ökonomische und politische Rolle der Monopole und ihr Verhältnis zum heutigen Staat klar zu werden. Wer, wie es in der Strategiedebatte der Jungsozialisten geschehen ist, schon der Kategorie des Monopols auszuweichen sucht, weil er fürchtet, dadurch in der SPD anrüchig zu werden und in eine verdächtige Nähe zur DKP zu geraten, der kann aber nicht einmal die erste theoretische Voraussetzung einer ökonomischen Analyse des heutigen Kapitalismus erfüllen [9]). Nur am Rande sei vermerkt, daß damit auch weit hinter den Rudolf Hilferding des „Finanzkapitals" aus dem Jahre 1909 zurückgegangen wird, für den die Monopole und die Monopolisierung der kapitalistischen Wirtschaft zentrale Kategorien waren, was ja wohl für die kapitalistische Wirklichkeit unserer Tage in sehr viel höherem Grade gilt.
Lenin wies bereits darauf hin, daß die Monopole — damals die Kartelle, Syndikate, Trusts, heute vor allem die Konzerne in der Industrie, die Großbanken, die großen Versicherungsgesellschaften, die Handelskonzerne — im „Milieu" der kapitalistischen Warenproduktion sich herausbilden und existieren, daß sie den alten Kapitalismus der freien Konkurrenz nicht völlig verdrängen und ersetzen, daß sie aber zur entscheidenden, zur beherrschenden ökonomischen Macht in der Industrie und in der gesamten Wirtschaft geworden waren. Bis heute sind die meisten bürgerlichen Ökonomen bestrebt, indem sie dem Begriff Monopol eine ausschließlich auf den Marktanteil bezogene Deutung geben, die Dinge so hinzustellen, als gäbe es gar keine Monopole in der kapitalistischen Wirtschaft, sondern allenfalls Oligopole. Sie reduzieren den Monopolbegriff auf die absolute Marktherrschaft in einem ganzen Industriezweig oder in einem bestimmten Gebiet. Aber das beweist nur, daß sie den ökonomischen Inhalt des Monopols im heutigen Kapitalismus nicht verstehen können oder nicht verstehen wollen.

Der Marxismus hat übrigens nie Monopol und Konkurrenz mechanisch einander entgegengesetzt, er hat vielmehr die widersprüchliche, dialektische Beziehung von Konkurrenz und Monopol untersucht und gezeigt, wie aus der Konkurrenz das Monopol erwächst und wie dieses neue Formen der Konkurrenz hervorbringt. Marx hat diesen Zusammenhang schon in einem frühen Stadium seiner ökonomischen Arbeiten (1847) wie folgt dargelegt: „In der Praxis des Lebens findet man nicht nur Konkurrenz, Monopol und ihren Widerstreit, sondern auch ihre Synthese, die nicht eine Formel, sondern eine Bewegung ist. Das Monopol erzeugt die Konkurrenz, die Konkurrenz erzeugt das Monopol. Die Monopolisten machen sich Konkurrenz, die Konkurrenten werden Monopolisten" [10]).

Das heutige, für den monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus charakteristische Monopol ist erwachsen auf der Grundlage einer neuen Entwicklungsstufe der Produktivkräfte. Es ist ein Produkt der modernen Großindustrie, der Massenproduktion und der für ihre Realisierung notwendigen Konzentration des Kapitals. Die Überlegenheit der Großproduktion, ihre höhere wirtschaftliche Effektivität infolge günstigerer Bedingungen für die Nutzung der Technik, für neue Erfindungen und ihre Anwendung und für die Herstellung von Massenerzeugnissen war eine mächtige Triebkraft bei der Herausbildung und Ausbreitung, bei der Machtentfaltung der kapitalistischen Monopole.

Das moderne Monopol beruht also vor allem auf der Konzentration der Produktion und des Kapitals in allen Wirtschaftssphären; auf der Verflechtung der Industrie-, Handels-, Bank-, Versicherungs- und Verkehrsmonopole zum Finanzkapital; auf der Ausschaltung der Konkurrenz, um hohe Monopolprofite zu er-

[9]) Johano Strasser, Zur Theorie und Praxis der „Stamokap"-Gruppe bei Jungsozialisten, Jungsozialisten-Informationsdienst, 1/1973, S. 2.
[10]) K. Marx, Das Elend der Philosophie, MEW Bd. 4, S. 163.

halten und der Wiederherstellung der Konkurrenz in neuer Form. Der Monopolprofit ist das entscheidende ökonomische Merkmal des heutigen kapitalistischen Monopols. Ferner bedeutet monopolistischer Kapitalismus das Streben nach der Monopolisierung der Rohstoffquellen und des Bodens, nach Ausplünderung von Kolonien bzw. wirtschaftlich schwachen und abhängigen Entwicklungsländern; er führt zur Herausbildung von nationalen Riesenkonzernen mit gewaltiger internationaler Ausdehnung sowie zur internationalen Verflechtung der Konzerne und zur Entstehung multinationaler Konzerne. Die kapitalistischen Monopole sind, wie Lenin gezeigt hat, im historischen Sinne Ausdruck der Stagnation und der Fäulnis des Kapitalismus, Ausdruck seines Niedergangs [11]). Schon Marx hatte vorausgesagt, daß das Kapital, wenn es anfange, sich als Schranke der Entwicklung zu fühlen, zu Formen Zuflucht nehmen werde, die, „indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Zügelung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind" [12]).

Es muß in diesem Rahmen genügen, die ungeheure Macht der heutigen kapitalistischen Monopole an einigen wenigen Beispielen zu illustrieren. Der US-Ökonom J. Bain führt eine Klassifizierung von 417 Industriezweigen an, die 1963 von der Industriezählung der USA erfaßt wurden. Danach entfiel auf jeweils vier Firmen der folgende Anteil am Umsatz: In 32 Zweigen 76—100 %; in 81 Zweigen 51—75 %; in 161 Zweigen 26—50 % und in 143 Zweigen bis zu 25 % [13]). Nun sagen diese Zahlen aber bei weitem nicht alles aus, da aus ihnen nicht erkennbar ist, daß es gerade die im ökonomischen Leben der großen kapitalistischen Länder bedeutendsten Industriezweige sind, in denen der Anteil einiger weniger riesiger Konzerne an der Gesamtproduktion und am Gesamtumsatz besonders hoch ist. Betrug 1947 der Anteil der 100 größten Industriekonzerne der USA an der gesamten Industrieproduktion des Landes 23 %, so war er 1963 bereits auf 33 % angewachsen und hat heute wahrscheinlich bereits 40 % erreicht [14]).

In der Bundesrepublik ist die monopolistische Konzentration in den wichtigsten Industriezweigen — Stahlindustrie, Chemie-, Automobil-, Erdölindustrie, Elektrotechnik, Elektronik — keineswegs geringer. Wenige Konzerne beherrschen die wichtigsten Industriezweige und üben eine unvorstellbare wirtschaftliche und in deren Gefolge auch politische Macht aus. In der Bundesrepublik verfügten die größten Aktiengesellschaften mit mehr als 100 Mio DM Aktienkapital im Jahre 1954 noch über 37,3 % des gesamten Aktienkapitals, im Jahre 1970 aber bereits über 64,3 %. Die Umsätze der 50 größten Industriekonzerne der Bundesrepublik betrugen 1954 noch 25,4 % des Gesamtumsatzes aller Industrieunternehmen, 1969 aber bereits 44,8 %. Da die Konzentration ständig fortschreitet, die Fusionen zunehmen, Umfang und Macht gerade der größten Konzerne sich ausdehnen, wird diese Zahl wahrscheinlich inzwischen auf die Hälfte des Gesamtumsatzes angestiegen sein [15]).

Es wurde bereits gesagt, daß das wesentliche ökonomische Merkmal des modernen Monopols der Monopolprofit sei. Die Tatsachen zeigen, daß die größten Konzerne in allen Wirtschaftsbereichen die Möglichkeit besitzen, eine Profitrate zu erzielen, die über dem Durchschnitt der entsprechenden Zweige und der ge-

11) F. Oelßner, Zur geschichtlichen Rolle und zum Begriff des Monopols, „Marxismus Digest", Heft 3/1971, S. 21/22.
12) K. Marx, Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), S. 544/545.
13) J. Bain, Industrial Organization, S. 134/135, New York 1968, zitiert in: Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, S. 134.
14) US Bureau of Census. Concentration Ratios in Manufacturing Industry 1963, Teil 1, Washington 1966, zitiert a. a. O., S. 135.
15) Imperialismus der BRD, S. 131, S. 133.

samten Industrie liegen. So betrug in den USA die Profitrate von General Motors, bezogen auf das investierte Kapital, in den Jahren 1948 bis 1955 durchschnittlich mehr als 25 %, im Jahre 1955 fast 31 %. Die Profitrate der gesamten verarbeitenden Industrie der USA betrug zur gleichen Zeit nur etwa 12 %, die der Gesellschaften mit einem Kapital von mehr als 100 Millionen Dollar jedoch 25 % [16]). Von den Profiten der 100 größten Aktiengesellschaften der Bundesrepublik erreichten 1968 die zu den Konzerngruppen der drei großen Chemie-Trusts, Thyssen, Siemens, Flick, AEG und Hoesch sowie zu den USA-Monopolen gehörenden 37 Großunternehmen 58,3 % des Nettoprofits der Gesamtgruppe, obwohl ihr Anteil am Umsatz nur 51,7 % und an der Beschäftigtenzahl nur 53,7 % betrug [17]).

Der hohe Grad der Marktbeherrschung, die technische Überlegenheit, die stillschweigende, einem Kartell gleichkommende Übereinkunft, jeweils dem „Preisführer" zu folgen, gestatten es den großen Konzernen, einen Monopolpreis und Monopolprofite zu erzielen. Selbst bürgerliche amerikanische Ökonomen haben konstatieren müssen, daß in den Industriezweigen mit starker Monopolisierung keine Konkurrenzpreise, sondern von den Monopolen gelenkte Preise gelten [18]). Die monopolistische Konzentration und die enge Verflechtung und Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital, das zunehmende Gewicht der Großbanken hat zur Herausbildung einer Finanzoligarchie einiger weniger Finanzgruppen geführt, die den größten Teil der Wirtschaft der kapitalistischen Länder direkt oder indirekt kontrollieren. In den USA haben sich solche Gruppen vielfach um bekannte Milliadärsfamilien gebildet — die Morgans, Rockefellers, Duponts. Für die Bundesrepublik wurde berechnet, daß — nach dem Stand von 1971 — die entscheidenden Positionen in den 170 Kapitalgesellschaften mit einem Grundkapital von 100 Millionen DM und darüber, also die Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitze, von 269 Personen eingenommen wurden, die man als den harten Kern der Monopolbourgeoisie ansehen kann. Es ist dies eine Gruppe von Milliardärs- und Multimillionärsfamilien, der Spitzenmanager des Bank-, Industrie-, Versicherungs- und Handelskapitals, Repräsentanten ausländischer Großkonzerne und von der staatlichen Exekutive delegierter Führungskräfte. Die marxistische Analyse berücksichtigt dabei, daß die Struktur der Monopolbourgeoisie sich nicht auf privaten Reichtum und persönlichen Aktienbesitz allein beschränkt, sondern daß der Platz in der Organisation des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesses, die Funktion bei der Realisierung des Monopols usw. beachtet und als bestimmend die Teilnahme am und die Kommandogewalt über den heutigen monopolkapitalistischen Aneignungsprozeß angesehen werden muß [19]).

Die Theorie des monopolistischen und des staatsmonopolistischen Kapitalismus geht davon aus, daß die grundlegenden von Marx entdeckten ökonomischen Gesetze (das Wertgesetz, das Mehrwertgesetz, das Gesetz der Durchschnittsprofitrate, das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate) nach wie vor wirken, denn der Kapitalismus hat nicht aufgehört, Kapitalismus zu sein. Nach einem bekannten Wort ist er, je mehr er sich änderte, desto mehr derselbe geblieben. Geändert haben sich die Bedingungen, unter denen die ökonomischen Gesetze wirken. Der sowjetische Ökonom S. L. Wygodski belegt in seinem Buch „Der gegenwärtige Kapitalismus — Versuch einer Analyse" auf der Grundlage eines reichen statistischen Materials, in erster Linie aus den USA, daß der Monopolpreis keine Abweichung vom Wertgesetz darstellt, sondern ein Ergebnis der Veränderung

16) Economics in Action, Readings in Current Economic Issues, Belmont (Cal.), 1962, S. 175/176, zitiert in: Politiche Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus.
17) Der Imperialismus der BRD, S. 145.
18) Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, S. 156 f.
19) Der Imperialismus der BRD, S. 175—176.

des Wertes ist, eine spezifische Erscheinungsform des Wertgesetzes unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus. „Monopolpreis und Monopolprofit", schreibt er, „wurden von uns nicht als zeitweilige Erscheinungen untersucht, nicht als Abweichung von den allgemeinen Gesetzen des Kapitalismus, sondern als Resultat der Wirkung dieser Gesetze unter neuen Umständen, unter den Bedingungen der gegenwärtigen Monopolherrschaft, die das Grundgesetz des gegenwärtigen Kapitalismus darstellt" [20]).

III

Wie der monopolistische Kapitalismus aus den immanenten Gesetzen des Kapitalismus hervorwuchs und sich entwickelte, so auch der staatsmonopolistische Kapitalismus, der sich in mehreren — hier nicht näher zu erläuternden — geschichtlichen Entwicklungsetappen herausgebildet hat und heute für die kapitalistischen Länder charakteristisch ist. Der monopolistische Kapitalismus hatte ein weiteres Anwachsen der Produktivkräfte herbeigeführt. Die Veränderungen in Wissenschaft und Technik hatten revolutionäre Formen angenommen, d. h. die Produktionsgrundlagen hatten sich in einer Weise gewandelt, die die kapitalistische Anwendung, selbst auf der Stufenleiter der kapitalistischen Monopole, überstieg. Zugleich waren die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals außerordentlich gewachsen und drängten mehr und mehr zu einer direkten ökonomischen Intervention des Staates, zur unmittelbaren staatlichen Teilnahme am kapitalistischen Reproduktionsprozeß.

Zu diesen inneren, seinen eigenen Gesetzen entspringenden Schwierigkeiten kamen die äußeren, die Sprengung des imperialistischen Systems als Weltbeherrscher durch die sozialistische Oktoberrevolution 1917 in Rußland und durch die Herausbildung eines sozialistischen Weltsystems nach dem Zweiten Weltkrieg. Heute ist auch keines der inneren Probleme der kapitalistischen Länder mehr verständlich, wenn man die Bedeutung dieser weltgeschichtlichen Entwicklung vergißt oder verringert. Das System des Monopolkapitalismus ist nicht mehr das allein agierende, es muß, soweit es dazu in der Lage ist, durch subjektive Entscheidungen mehr und mehr auf den Sozialismus reagieren — in ökonomischer, wissenschaftlich-technischer, politischer und ideologischer Beziehung. Bei allen seinen Maßnahmen muß es nicht nur die Existenz, sondern das raschere Wirtschaftswachstum der sozialistischen Länder, ihre Freiheit von Krisen, Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit und ihre gewaltigen Entwicklungspotenzen einkalkulieren, insbesondere in den kapitalistischen Ländern mit einer gut organisierten Arbeiterklasse und einer starken gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung.

Die ökonomischen Ursachen für den Übergang zum STMK hat ein führender Ökonom der DDR, Peter Hess, wie folgt erläutert: „Die Produktivkräfte können schon nicht mehr mit dem dem Kapitalismus seinem Begriff nach gemäßen Profitmechanismus adäquat bewältigt werden durch die freie Wirkung der Einzelkapitale aufeinander, sie verlangen gesellschaftliche Anwendung, aber ihre Entwicklung hängt nach wie vor vom Profit ab. Der Maßstab der Produktion erfordert jetzt zunehmend langfristige Dispositionen, größere Kontinuität, Planmäßigkeit, systematische und regional weitgreifende Organisation von Beschaffung, Produktion und Absatz, eine gewisse Sicherheit des Marktes als Voraussetzung der Kapitalanlage, eine Sicherung der gemachten Kapitalanlage durch Einschränkung der Konkurrenz. Der Maßstab der Produktion, der Umfang der Kapital-

[20]) S. L. Wygodski, Der gegenwärtige Kapitalismus — Versuch einer Analyse, S. 206 ff.

anlage erfordert, die Produktion und Realisierung von Profit langfristig zu sichern. Das bedeutet zweifellos eine qualitative Entwicklung des Profitzieles. Das Monopol entspricht den von den Produktivkräften gesetzten neuen Bedingungen für die Profitproduktion in einem bestimmten, durch seine eigene Kapitalmacht begrenzten Rahmen. Auch dieser wird aber bald zu eng ... Der Widerspruch besteht darin, daß die Produktivkräfte, längst entwickelt genug, um den eigentlich-menschlichen Zweck der Produktion zu verwirklichen, nach wie vor in die Schranken des Profits gebannt sind. Eine kapitalistische Lösung dieses Widerspruchs kann nur in einer höheren Stufe der Monopolisierung liegen ... Diese höhere Stufe der Monopolisierung kann nur der Staat verwirklichen. Der Staat, das politische Instrument der herrschenden Klasse, muß notwendig mit dem ihm zur Verfügung stehenden Mittel der staatlichen Gewalt in die gesellschaftlichen Prozesse eingreifen, um von dieser Höhe die Bedingungen der Profitproduktion und das weitere Funktionieren des längst für seine Ablösung reifen kapitalistischen Systems zu sichern" [21]).

Mit anderen Worten, das System des privatmonopolistischen Kapitalismus versagt in allen kapitalistischen Ländern, es kann aus der „normalen" Ausbeutung der Ware Arbeitskraft allein nicht mehr leben, sondern benötigt zu seiner Existenz zusätzlich den Staat, die öffentlichen Ressourcen und Mittel, die es nunmehr in den vielfältigsten Formen ausplündert. Die von der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Entwicklung erzeugten Bedürfnisse für die weitere Entfaltung der Produktivkräfte und für die Reproduktion der Arbeitskraft — Atomtechnik, EDV, Kybernetik, physikalische Großforschung, Luftfahrt- und Raketentechnik, Bereitstellung einer immer umfangreicher und kostspieliger werdenden Infrastruktur, Übernahme des Risikos und der Sanierung rückläufiger bzw. veralteter Industriezweige — dies und vieles andere übernimmt der Staat, weil so gewaltige Finanzmittel notwendig wären, daß sie selbst die großen Privatmonopole nicht aufzubringen in der Lage sind, und weil es mit der profitablen Verwertung ihres Kapitals nicht zu vereinbaren wäre. Doch der Staat erfüllt diese Aufgaben nicht im Interesse der Gesellschaft, sondern im Interesse des Profits und der Macht der Monopole.

Darin liegt der Kern der Sache. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist die gegenseitige Durchdringung und Vereinigung von Monopolen und Staat. Das Wesentliche und Neue an ihm ist die unmittelbare ökonomische Rolle des Staates bei der Sicherung der Verwertungsbedingungen für die großen kapitalistischen Konzerne. Der Staat als politische Gewalt greift mit ökonomischen und außerökonomischen Mitteln in den kapitalistischen Wirtschaftsprozeß ein, der ohne ihn, allein durch den Marktmechanismus, nicht mehr funktionieren kann. Der Staat ist nicht mehr — wie in früheren Stadien des Kapitalismus — nur allgemein Staat der herrschenden kapitalistischen Klasse. Er ist unmittelbar Teilhaber, Exekutor bei der Kapitalverwertung der Monopole, Garant und Eintreiber des Monopolprofits — auf Kosten in erster Linie der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten, aber auch der kleinen und mittleren Bourgeoisie, die sich vielfach mit einem unter der Durchschnittsprofitrate liegenden Profit begnügen muß.

Was die ökonomische Tätigkeit des Staates gegenüber früheren Stufen kapitalistischer Entwicklung unterscheidet, ist zunächst, daß sie alle Phasen des Reproduktionsprozesses, von der Produktion bis zur Konsumtion, von der Finanzierung der Forschung und des Produktionsprozesses bis zur Realisierung des

21) Peter Hess, Monopol, Rationalität und gleichgewichtiges Wachstum, „Marxismus Digest", Heft 3/1971, S. 58/59.

Mehrwerts für die Monopolkapitalisten umfaßt. Außerdem greift der Staat jetzt nicht mehr nur gelegentlich und in Einzelfällen in die Wirtschaft ein, sondern seine ökonomische Tätigkeit ist permanent geworden, sie ist nicht mehr allein auf die kurzfristigen, sondern mehr und mehr auf die mittelfristigen und langfristigen Interessen des Großkapitals gerichtet [22]).

Die verschiedenen Monopole und Monopolgruppen konkurrieren jetzt um ihren Anteil an der staatlichen Umverteilung des Nationaleinkommens, um den Einfluß auf die staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik, auf Staatsaufträge und Rüstung, auf staatliche Forschungs- und Wissenschaftsgremien, auf die gesamte politische Strategie des Staates, um ihren unmittelbaren und mittelbaren Anteil an der Staatsmacht. Dabei nutzen sie alle ihre Verbindungen zur staatlichen Exekutive, entsenden führende Vertrauensleute der Konzerne in die staatliche Exekutive und Legislative, betreiben weitverzweigte und nach eigenem Zeugnis höchst erfolgreiche Lobbies der Unternehmerverbände sowohl auf zentraler wie auf Branchenebene. Die Maßnahmen des Staates wiederum reflektieren das Kräfteverhältnis unter den Monopolen und Finanzgruppen, deren Widersprüche und Interessenunterschiede, den Einfluß der unmittelbar politisch wirkenden Kräfte im Sinne der Gewährleistung der Reproduktionsbedingungen für das gesamte Monopolkapital, der Bewahrung und Sicherung des kapitalistischen Gesamtsystems. In der Hauptsache ist die ökonomische Tätigkeit des Staates darauf gerichtet, den monopolistischen Konzernen zu helfen, der Tendenz zum graduellen Sinken der Profitrate entgegenzuwirken, ihnen also eine über dem Durchschnitt liegende Profitrate, einen Monopolprofit, zu sichern. Das geschieht durch eine Vielzahl von Maßnahmen, die sich in den einzelnen kapitalistischen Ländern entsprechend den spezifischen Bedingungen, dem Gesamtniveau der ökonomischen Entwicklung, dem Monopolisierungsgrad, dem Kräfteverhältnis gegenüber ausländischen Konkurrenten usw. unterscheiden. Ihren gemeinsamen Nenner bildet ein weitverzweigtes Netz der öffentlichen Finanzierung, die direkte oder indirekte Formen annehmen kann.

Marx hat gezeigt, daß ein der kapitalistischen Produktionsweise immanentes Mittel, das dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirkt und die Akkumulation von Kapitalwert durch Bildung von neuem Kapital beschleunigt, die periodische Entwertung des vorhandenen Kapitals ist. Früher geschah dies im wesentlichen im Verlaufe der eruptionsartigen zyklischen Krisen, die durch Vernichtung und Brachlegung von Kapital diese Aufgabe lösten. Heute, da der Kapitalismus in der allgemeinen Systemkrise steckt, genügt dieser gewaltsame periodische Selbstreinigungsprozeß nicht mehr. Daher muß der Staat direkt oder indirekt die Sorge um einen Teil der Produktionsmittel übernehmen. Das in diesen Produktionsmitteln verkörperte Kapital wird „entwertet", d. h. es erfordert nicht mehr den Profit, den das private Kapital verlangt. Viele Formen der staatlichen Investitionen und Investitionshilfen sind in diesem Sinne „entwertetes" oder „vergeudetes" Kapital, weil der Staat auf den üblichen Profit oder ganz auf den Profit verzichtet. Aber gerade diese Entwertung eines Teils des staatlichen Kapitals ermöglicht unter den heutigen Bedingungen erst das Funktionieren der privatmonopolistischen Kapitale, sichert ihren Monopolprofit und die Existenz des Kapitalismus überhaupt.

Eine der Formen dieser ökonomischen Tätigkeit des Staates sind die staatlichen Unternehmen. Sie haben in den verschiedenen Ländern des Kapitalismus unterschiedliches Gewicht, sind stärker verbreitet in Ländern wie Frankreich und Italien, weniger in den USA oder der Bundesrepublik, was mit der Kapitalkraft der

22) Der Imperialismus der BRD, S. 253.

Monopole und dem technisch-ökonomischen Gesamtniveau zusammenhängt. Die Staatsunternehmen werden zum Anlaß genommen — besonders von sozialdemokratischen Politikern und Ideologen —, um von einem „gemischtwirtschaftlichen" System zu sprechen, das angeblich den Kapitalismus abgelöst habe. Aber die staatlichen Unternehmen haben im Gesamtsystem des STMK keine allgemeingesellschaftliche Funktion, sondern dienen den privatkapitalistischen Monopolen und dem Profitsystem.

Die Verstaatlichung erfolgt vor allem in den Industriezweigen, Transport- und Nachrichtenunternehmen und Dienstleistungsbereichen, wo das große Kapital keinen oder nur geringen Profit zu erwarten hätte, wo ein extrem hoher Kapitalaufwand nötig ist, der keinen raschen Profit verspricht. Meist dienen diese Verstaatlichungen dazu, Kapital aus mit Verlust arbeitenden und unrentablen Industrien und Unternehmen frei zu machen, um die Kapitalwanderung in rentable, profitable Zweige zu ermöglichen. Dennoch sind die Verstaatlichungen, selbst in ihrer staatsmonopolistischen Form, für das Kapital eine zwieschlächtige Sache, denn sie beweisen im Grunde, daß die Kapitalisten überflüssig sind. Daher die in fast allen kapitalistischen Ländern zu beobachtende Tendenz, eine Reprivatisierung staatlicher Unternehmen zu erreichen, sobald der Staat sie durch Modernisierung der technischen Ausrüstung saniert hat und sie wieder Profit abzuwerfen versprechen. Ökonomisch ausgedrückt geht hier folgender Prozeß vor sich: „Im staatsmonopolistischen Kapitalismus verliert das private Kapital im Laufe seiner Reproduktion in einem Stadium des Kreislaufs zum Teil seine individualistische Hülle, wird für kurze Zeit scheinbar zum gesamtnationalen Vermögen, um dann erneut seine ursprüngliche Form anzunehmen. Regelmäßig vollzieht sich in großem Umfang eine Verstaatlichung privater Kapitale, der mit gleicher Regelmäßigkeit eine Reprivatisierung folgt. Lediglich in dieser irrationalen Form behalten das private Unternehmertum und das Privateigentum an den Produktionsmitteln in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft ihre Rechte" [23]). Die stützende ökonomische Funktion der Staatsunternehmen und der vom Staat bereitgestellten und betriebenen Infrastruktur besteht vor allem darin, den Konzernen billige Energie- und Transporttarife, Forschungsergebnisse, Rohstoffe usw. zu bieten. Die öffentlichen Unternehmen sind, solange das Monopolkapital die Gesellschaft beherrscht, nicht Diener der Öffentlichkeit, sondern Finanzierungsinstrumente kapitalistischer Tätigkeiten, Werkzeug der Kapitalakkumulation der Monopole.

In der Bundesrepublik besitzt insbesondere die staatsmonopolistische Förderung der Investitionen unter den unmittelbaren ökonomischen Funktionen des Staates eine große Bedeutung. Sie wird vorgenommen in der Form direkter oder indirekter Investitionsfinanzierung, und zwar in erster Linie durch die heute in fast allen kapitalistischen Ländern üblichen Abschreibungsvergünstigungen [24]). Die Konzerne können so meist weit über dem tatsächlichen physischen und moralischen Verschleiß ihrer Anlagen und technischen Ausrüstungen liegende Abschreibungen als Kosten ausweisen und in die Preise einkalkulieren. Dieses Abschreibungssystem ermöglicht es den Unternehmern, bis zu 75 % der aufgewendeten Investitionssumme in nur zwei bis drei Jahren abzuschreiben. Hier ist eines der Geheimnisse der enorm hohen Kapital-Selbstfinanzierung der großen westdeutschen Konzerne. Da die Abschreibungen und die aus ihnen resultierenden Steuergewinne in direktem Verhältnis zum Umfang der Investitionen ansteigen, begünstigen sie die großen Konzernunternehmen, die infolge ihrer starken Marktposition und anderer Vorteile auch in der Lage sind, die Abschreibungen voll in die

[23]) Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, S. 434.
[24]) Der Imperialismus der BRD, S. 257 f.

Kostenkalkulation aufzunehmen und in die Preise eingehen zu lassen. So gelingt es ihnen, einen großen Teil ihrer Investitionen aus den gesetzlich zulässigen Amortisationen zu finanzieren. Zugleich vermindern die hohen Abschreibungen das Risiko bei Neuanlagen außerordentlich. Hinzu kommen viele andere Sondervergünstigungen für Investitionen, z. T. in der Form direkter Subventionen. So wurden z. B. die Subventionen an Unternehmer bei Errichtung von Industrien in schwach entwickelten Regionen bereits vor mehreren Jahren auf vier Mrd. Mark beziffert — übrigens ein reines Geschenk.

Ein weites Feld der direkten Subventionierung vor allem der großen Konzerne ist die staatliche Finanzierung und Organisierung der Forschung und Entwicklung, besonders auf allen Gebieten der militärtechnischen Forschung, der Kerntechnik, der EDV usw. Der staatliche Anteil an den Forschungsaufgaben der Bundesrepublik betrug schon 1968 fast 60 %. So übernahm der Bundeshaushalt bei Flugzeugprojekten wie dem Airbus und der VFW 614 zwischen 60 % und 90 % der Entwicklungskosten. Die SPD-FDP-Regierung beschloß 1970 eine Investitionszulage für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen, die im wesentlichen den Konzernen zugutekommt, da nur sie über entsprechende Kapazitäten verfügen. Insgesamt erhalten die Monopole durch ihnen zur Verfügung gestellte oder für sie finanzierte Forschungs- und Entwicklungsergebnisse Milliardengeschenke. Im Zusammenhang mit einer Neuentwicklung bei Kernkraftwerken — dem Natriumbrüter — mußte kürzlich sogar die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", die zunächst eine Vervierfachung der geplanten Kosten für das Projekt auf 2 Mrd. DM registrierte, folgende Schlußfolgerung ziehen: „Das sind schätzungsweise 300 Millionen DM, die den Privatunternehmen ohne Gegenleistung zur Nutzung überlassen werden ..." [25]).

Einen besonders wichtigen Platz in der öffentlichen Finanzierung der monopolistischen Kapitalverwertung nimmt die Umverteilung des Nationaleinkommen über die Staatshaushalte ein. Sieht man ab von Rüstungs- und Staatsaufträgen aller Art, von der Bereitstellung der Infrastruktur, von den durch den Staat getragenen Kosten für die Bildung und Ausbildung der Arbeitskräfte, so kommt auch das gesamte Steuersystem, das eine zunehmende Belastung der Arbeitenden und eine sinkende Besteuerung des Kapitals beinhaltet, vor allem den großen Unternehmen zugute. Diese Erscheinungen können wir in fast allen kapitalistischen Ländern beobachten. Der Anteil der Kapitalsteuern an allen direkten Steuern ist zwischen 1953 und 1965 wie folgt zurückgegangen: in den USA von 37 % auf 33 %; in Großbritannien von 46 % auf 19 %; in Frankreich von 38 % auf 32 %; in der Bundesrepublik schließlich von 31 % auf 24 % [26]). Die Tendenz wird inzwischen zu einem weiteren Rückgang des Anteils geführt haben.

Im Gegensatz dazu steigen die Einkünfte des Staates aus der Lohnsteuer ständig, und ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen wird von Jahr zu Jahr größer. Absolut wuchs z. B. die Lohnsteuersumme 1968 um 13 %; 1969 um 23 %; 1970 um 33 %. Ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen, der im Jahre 1959 noch 10,2 % betragen hatte, machte 1969 bereits 18,4 % aus, war also um 80 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum sank dagegen der Anteil der Körperschaftsteuer am Gesamtsteueraufkommen von 8,6 % auf 7,4 %. Nimmt man die indirekten Steuern hinzu, die von den Verbrauchern — und das sind in der übergroßen Mehrheit Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bauern, Handwerker, Rentner — getragen werden müssen

[25]) K. Rudzinski, Das Milliardenspiel, „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 7. 2. 1973.
[26]) Berechnet nach UN Yearbook of National Accounts Statistics, 1966, zitiert in: Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, S. 440.

und die 1970 etwa 54,2 % des Steueraufkommens ausmachten, so wird ersichtlich, daß mehr als zwei Drittel der Steuern, die in der Bundesrepublik erhoben werden, von den Werktätigen aufgebracht werden müssen [27]).

Das System der öffentlichen Finanzierung umfaßt viele andere Methoden, die hier nicht einmal genannt werden können: Subventionen, Kredit- und Steuervergünstigungen für bestimmte Industriezweige, für den Export, Regionalzuschüsse, Erleichterungen des Kapitalexports und kapitalistischer Investitionen in den sogenannten Entwicklungsländern usw.

Charakteristisch für das System des STMK ist ferner die eine oder andere Form staatlicher Regulierungs-, Lenkungs- oder Programmierungsmaßnahmen in der Wirtschaft, eine Politik, zu der die kapitalistischen Länder nicht zuletzt durch die Erfahrungen der katastrophalen Wirtschaftskrise von 1929—1933 gedrängt wurden und die sich nach dem Zweiten Weltkrieg infolge der fortgeschrittenen staatsmonopolistischen Entwicklung wesentlich verstärkte. Theoretisch fand diese Entwicklung ihren Ausdruck im Keynesianismus und Neokeynesianismus. Trotz aller „liberalen" und „marktwirtschaftlichen" Beteuerungen gegen den „Dirigismus" sind die kapitalistischen Länder überall, wenn auch in unterschiedlichen Formen, zu derartigen Maßnahmen übergegangen. Das Monopolkapital ist im Interesse stabiler Märkte, längerfristig zu planender Investitionen, der seine Pläne tangierenden Strukturpolitik, des Exports und der Exportbedingungen, der Währungs- und Kreditpolitik, der Vermeidung schwerer wirtschaftlicher Krisen an einer Festlegung von Entwicklungslinien, an bestimmten Planungen interessiert. Diese Art der Regulierung und Planifikation, die die Möglichkeiten des einzelnen Monopols und der Monopolgruppen übersteigt, muß vom Staat übernommen werden. In erster Linie sind die staatlichen Maßnahmen darauf gerichtet, die Folgen des kapitalistischen Konjunktur-Krise-Zyklus zu mildern, die Krisenphasen abzuschwächen und abzukürzen, Strukturkrisen einzelner Industriezweige zu überwinden, wachstumsfördernde Maßnahmen zu ergreifen und viele der erwähnten staatlichen Interventionen im antizyklischen Sinne einzusetzen. In Ländern, in denen nach dem Zweiten Weltkriege der verstaatlichte Sektor der Industrie ein relativ größeres Gewicht erlangte, besonders in Frankreich und Italien, war das die Grundlage für längerfristige Programmierungen, deren Kennziffern sich aber stets als illusorisch erwiesen, da die privaten Monopole, wo größerer Absatz und höherer Profit winkt, sich natürlich nicht einem staatlichen Programm unterwerfen.

Die Krise von 1966/67 stärkte auch in der Bundesrepublik jene Kräfte, die für eine neokeynesianische Regulierungspolitik eintreten, was besonders in dem Gesetz zur mittelfristigen Finanzplanung seinen Ausdruck fand, aber auch in der bei Karl Schiller so beliebten Konzeption der „Globalsteuerung". Doch die Stagnation von 1971/72 und die Furcht vor einer Überhitzung des gegenwärtigen Booms zeigen, daß alle diese Mittel weder die zyklischen Bewegungsabläufe der kapitalistischen Wirtschaft überwinden noch ernsthafte Krisen und Erschütterungen vermeiden können. Die staatsmonopolistische Regulierung und Programmierung vermag nicht die Labilität und Unsicherheit, die Spontaneität und die Disproportionen im kapitalistischen Reproduktionsprozeß zu beseitigen. Sie konnte und kann nicht die permanent gewordene Inflation und die Währungskrisen, die strukturellen Ungleichgewichte, den chronischen Finanzmangel an Mitteln für öffentliche Aufgaben selbst in der Hochkonjunktur verhindern. Ihre Maßnahmen führen im Gegenteil zu einer Verschärfung der Widersprüche zwischen der Orga-

[27]) Der Imperialismus der BRD, S. 262 f.

nisation und Planung der Produktion im Rahmen der einzelnen Monopole und der nach wie vor anarchischen wirtschaftlichen Entwicklung im gesamtgesellgesellschaftlichen Maßstab. Die durch das Niveau der Produktivkräfte und den gesellschaftlichen Charakter der Produktion zur Lebensnotwendigkeit gewordene gesamtgesellschaftliche Planung ist im Kapitalismus unmöglich.

IV

Auf viele wichtige Aspekte der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus konnte im Rahmen dieses Aufsatzes, der sich auf wenige charakteristische Züge beschränken mußte, nicht eingegangen werden: so auf die wachsende Rolle der US-Konzerne und der sogenannten multinationalen Konzerne überhaupt; auf die Integrationsprozesse der kapitalistischen Wirtschaft und die Herausbildung internationaler staatsmonopolistischer Institutionen; auf die Auswirkungen der skizzierten ökonomischen Prozesse auf die politischen Herrschaftsverhältnisse; auf die soziale Lage der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten und vieles andere.

Doch sei hier kurz noch auf einige Mißdeutungen hingewiesen, die in der erwähnten Auseinandersetzung zum Thema des STMK in den Reihen der Jungsozialisten deutlich wurden. Zum Verständnis des Folgenden muß aber eine Bemerkung vorangestellt werden. Es ist selbstverständlich ein von den Marxisten überall und ganz besonders von der DKP begrüßter Prozeß, wenn sich heute auch in der westdeutschen Sozialdemokratie wieder antikapitalistische und sozialistische Stimmungen und Auffassungen zu regen beginnen. Dies um so mehr, als nicht nur die herrschenden großkapitalistischen Kreise und die CDU/CSU, sondern in ihrem Gefolge auch die rechtssozialdemokratischen Führer und Ideologen über zwei Jahrzehnte lang bemüht waren, jede grundsätzliche Kritik am kapitalistischen System und alle sozialistischen Auffassungen zu tabuisieren. Sie hatten geglaubt, mit den Leerformeln des Godesberger Programms die eigenen Reihen für immer gegen den antikapitalistischen Bazillus immunisiert zu haben. Die objektive Entwicklung, die kapitalistische Realität selbst mußte das früher oder später als Illusion enthüllen.

Dies vorausgeschickt, muß gesagt werden, daß das im Informationsdienst des Juso-Bundesvorstandes publizierte Papier zu „der von der DKP vertretenen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" [28]) entweder auf völliger Unkenntnis oder auf direkter Entstellung dieser Theorie beruht. Denn sonst könnte der Verfasser schwerlich behaupten, auf der Basis dieser Theorie ließe sich „die Rationalität des kapitalistischen Systems" offenbar „weit überschätzen". Alle einschlägigen wissenschaftlichen Arbeiten enthalten ausführliche Abschnitte über den STMK als Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus, über die Widersprüche und die Labilität seiner Entwicklung, über den Krisenzyklus in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft. In dem Papier wird an einer Stelle das Buch „Der Imperialismus in der BRD" zitiert. Kann der Verfasser wirklich übersehen haben, daß in diesem Buch lange Abschnitte sich mit den Krisenerscheinungen des STMK beschäftigen, ja daß sie diesen selbst „als Ausdruck der Krise des imperialistischen Systems" auffassen? Die Thesen des Düsseldorfer Parteitages der DKP, die der Autor auch anführt, behandeln gleich im ersten Abschnitt die sich verschärfenden Widersprüche im System des STMK.

[28]) J. Strasser, s. Anm. 1; die folgenden Zitate sind diesem Papier entnommen.

Dasselbe muß man zu dem Vorwurf sagen, den das Papier an eine „Stamokap-Gruppe" von Jungsozialisten richtet, die Herrschaft des Kapitals werde in dieser Theorie „auf die direkte Ausübung ökonomisch-politischer Macht" durch die Monopole reduziert und „die vielfältigen ideologischen und strukturellen Vermittlungen von Herrschaft" außer acht gelassen. Auch dies ist eine glatte Entstellung dessen, was die Theorie des STMK in Wahrheit aussagt und was nicht nur in den genannten Gesamtanalysen, sondern auch in zahlreichen Einzelstudien dargelegt ist. Soll man glauben, daß der Verfasser des Juso-Papiers in dem von ihm zitierten Buch „Der Imperialismus der BRD" gerade die Abschnitte über die sozialen Strukturen und über den ideologischen Klassenkampf und das System der geistigen Manipulierung übersehen haben kann?

Aber der unbegründete Vorwurf führt zu einem wichtigen Problem der Auseinandersetzung. Die ökonomisch-politische Macht des Monopolkapitals und die gegenseitige Durchdringung und Vereinigung von Monopolen und Staat ist in der Tat durch vielfältige ideologische, sozialstrukturelle, institutionell-organisatorische Faktoren vermittelt, und diese Vermittlungen sind von Bedeutung, wenn es darum geht, eine konkrete antikapitalistische und sozialistische Politik zu entwickeln. Aber zu einer solchen Politik kann man überhaupt nicht kommen, wenn man gerade den grundlegenden Zusammenhang des gesamten Systems — die Macht des Monopolkapitals und den Charakter des Staates als sein Herrschaftsinstrument — negiert oder bagatellisiert.

Wenn in dem Papier gesagt wird, kapitalistische Herrschaft beruhe heute wesentlich auf der Stiftung bestimmter Konsumgewohnheiten, auf der Manipulation von Bedürfnissen und Meinungen, auf einem System abgestufter Abhängigkeiten, so haben die Arbeiten zur Theorie des STMK darüber nie einen Zweifel gelassen. Aber worauf beruhen denn diese „Vermittlungen"? Was gestattet es denn dem Großkapital, Konsumgewohnheiten zu stiften, Bewußtsein zu manipulieren, hierarchische Strukturen zu erhalten — was, wenn nicht seine ökonomisch-politische Macht? Wer die ökonomische Basis aller derartigen Erscheinungen und die politisch-ökonomische Konzentration im heutigen Staat nicht sieht oder unterschätzt, kann auch an allen sich aus den Herrschaftsverhältnissen ableitenden Übeln nur als Symptomen herumkurieren, d. h. er bleibt in einer sozialreformerischen Praxis stecken. Man muß die „Vermittlungen", alle sozialen, politischen, geistigen Auswirkungen der monopolkapitalistischen Macht bekämpfen. Aber man wird sie konsequent und effektiv nur bekämpfen können, wenn man sie als Ausdruck des Systems faßt, wenn man in ihnen das System bekämpft. Gerade dafür aber bietet die Theorie des STMK eine fundierte wissenschaftliche, durch solides empirisches Material gesicherte Grundlage.

Das führt unmittelbar zu einem weiteren im Papier des Juso-Bundesvorstands aufgeworfenen Problem. Den als „Stamokap-Gruppe" apostrophierten Jungsozialisten wird der Vorwurf gemacht, bei ihnen werde „die ganze gesellschaftliche Wirklichkeit durch die Monopole mit Hilfe des zum bloßen Instrument versimpelten Staates nach einem einheitlichen Plan" gestaltet. Auch dazu läßt sich nur sagen, daß dies nicht die Theorie des STMK trifft, sondern einen von der Phantasie des Verfassers gezeugten Popanz. Wer die voranstehenden Ausführungen gelesen hat oder wer auch nur eine der grundlegenden Schriften zur Theorie des STMK kennt, kann sich sein eigenes Urteil über diese Art der Polemik bilden. Aber auch hier kommt in der Formulierung des Verfassers, wenngleich in einem Zerrspiegel, ein Diskussionsproblem zum Ausdruck. Natürlich haben Marxisten nicht den Zusammenhang zwischen Monopolen und Staat „versimpelt". Sie haben

stets die widersprüchlichen Interessen unter den Monopolen selbst wie zwischen den einzelnen Monopolgruppen bzw. Monopolen und dem Staat ebenso konstatiert, wie sie gezeigt haben, daß die staatlichen Maßnahmen jeweils auch das Kräfteverhältnis der Klassen, z. B. die Stärke und Kraftentfaltung der gewerkschaftlichen Organisation, die Kämpfe der Arbeiterklasse und die Reife der Arbeiterbewegung überhaupt reflektieren. Diese Widersprüche sind nur konkret zu fassen, und dafür findet sich gerade in den genannten Studien ausgiebiges Material.

Aber wieder geht es um den grundlegenden Zusammenhang, nämlich den von Monopolen und Staat, von großkapitalistischen Interessen und staatlicher Politik. Wer diesen Zusammenhang zuzudecken oder zu verniedlichen sucht, wer nicht offen ausspricht, daß Großindustrie und Großbanken in Verfolgung ihrer Profit- und Machtinteressen — bei der jetzigen wie bei früheren Regierungen — sich absolut auf diesen ihren Staat verlassen können, der kann auch keine folgerichtige Gesamtstrategie im Interesse der arbeitenden Menschen entwickeln. Dieser fundamentale Zusammenhang zwischen Monopolen und Staat ist auch der Grund, weshalb die DKP — und übrigens auch das gemeinsame Regierungsprogramm von Kommunisten und Sozialisten in Frankreich — ihre Vorschläge zur Einschränkung und Überwindung der ökonomischen Macht der kapitalistischen Monopole verbindet mit dem Ziel einer tiefgehenden Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses und der staatlichen Machtverhältnisse.

Um den Zusammenhang von Monopolen und Staat an einem auch in den Reihen der Jungsozialisten und der SPD-Linken diskutierten Problem zu illustrieren: Es wird viel von einer Verlagerung der Investitionen zugunsten derjenigen für die öffentlichen Aufgaben gegenüber denen in der privaten Wirtschaft gesprochen. Aber jede Investitionskontrolle, die Beseitigung oder Vermeidung von Überkapazitäten, Fehlinvestitionen usw. oder gar das Setzen anderer Prioritäten müssen völlig illusorisch bleiben, solange die großen Konzerne der wichtigen Industriezweige und die Großbanken nicht in öffentliches Eigentum überführt sind, was aber eine Veränderung der politischen Machtverhältnisse voraussetzt. Man kann nämlich nicht die „Verfügungsgewalt" demokratisieren, ohne die Eigentumsverhältnisse zu ändern.

Vieles, wessen das Papier des Juso-Bundesvorstands andere Jungsozialisten beschuldigt, zeugt — soweit es auf die Theorie des STMK oder auf die Politik der DKP Bezug nimmt — schlicht davon, daß man antikommunistischen Schlagworten und Stereotypen den Vorzug gibt vor sachlicher Auseinandersetzung. Was z. B. die Stellung zu den sozialistischen Ländern, zur Aktionseinheits- und Bündnispolitik der DKP betrifft, so drängt sich die Frage auf, ob man im Juso-Bundesvorstand etwa glaubt, daß man durch gelehrige Pflichtübungen in Antikommunismus den SPD-Vorstand und den ganzen rechten Flügel der Partei jungsozialistischen Forderungen gegenüber versöhnlicher stimmen kann. Das wird sich schon bald als fataler Irrtum herausstellen, so wie ähnliche Hoffnungen mancher Sozialdemokraten in den fünfziger und sechziger Jahren an der harten Wirklichkeit zerschellten.

Einer der entscheidenden Fehler in der Konzeption des Jungsozialisten-Vorstands ist es, daß er nicht imstande ist, realistische Schlußfolgerungen aus den geschichtlichen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte für die eigene politische Praxis zu ziehen. Denn es ist ja wohl nicht gerade logisch, wenn man die eigene Sympathie für die gemeinsame Arbeit von Kommunisten und Sozialisten in Chile und

das französische Zusammenwirken von Kommunistischer und Sozialistischer Partei bekundet, zugleich aber diejenigen in den Reihen der Jungsozialisten vehement angreift, die sich prinzipiell für eine Aktionsgemeinschaft mit der DKP oder der DKP nahestehenden Jugend- und Studentenorganisationen aussprechen. Und dies, obwohl man, bei eigenem Bekenntnis zu antikapitalistischen und sozialistischen Zielen, bereit ist, sogar in einer Partei mit überzeugten und militanten Anhängern des monopolkapitalistischen Systems zusammenzuarbeiten.

Der fundamentale Irrtum besteht in der nachdrücklich vorgetragenen Überzeugung, man könne die SPD allein von innen her grundlegend wandeln und zu einer sozialistischen Partei machen (die sie übrigens seit 1914 nicht mehr ist). Die historischen Erfahrungen zeigen aber, daß sozialdemokratische Parteien nur dort zu einer linken oder gar sozialistischen Politik gedrängt werden konnten, wo starke kommunistische Parteien existieren. Wer eine zahlreiche und echte Linke in der Sozialdemokratie will, der müßte schon in seinem eigenen Interesse dafür sein, daß links von der SPD eine starke DKP existiert; der dürfte nicht nur keine Konzessionen an den sterilen Antikommunismus machen, sondern müßte sich im Gegenteil zur sachlichen Diskussion und Zusammenarbeit mit der DKP bereit finden. Denn wenn Chile oder Frankreich etwas lehren, dann lehren sie gerade dies.

Die Lage in den USA nach dem Truppenrückzug aus Vietnam

Von Martin Hall, Los Angeles

I

Die politische Szene in den USA hat wohl noch nie ein so verwirrendes und scheinbar widersprüchliches Bild geboten wie zur Zeit. Der Abzug amerikanischer Truppen aus Vietnam erfolgt nach Plan. Ebenso die Freilassung amerikanischer Kriegsgefangener. Die Kampfhandlungen auf südvietnamesischem Territorium dauern jedoch an, und die Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen, den Waffenstillstand verletzt zu haben, bremsen die Tätigkeit der Internationalen Kommission zur Überwachung des Waffenstillstandsabkommens. Niemand in den USA hat wirklich erwartet, das Töten werde aufhören. Doch nach Beendigung der amerikanischen Anwesenheit und wenn man den Vietnamesen die Lösung ihrer Probleme selbst überlassen würde, dann würde es, so hoffte man, endlich möglich sein, die Aufmerksamkeit des Landes den lange vernachlässigten innenpolitischen Problemen zuzuwenden.

In der Situation Indochinas gibt es Aspekte, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob das vom Weißen Haus vorgelegte Drehbuch eingehalten wird. Amerikanische Bomber fliegen weiterhin ihre Einsätze über Laos und Kambodscha. Und selbst als dann für Laos ein Waffenstillstand vereinbart wurde, blieb die Situation in Kambodscha die gleiche wie zuvor. Thailand ist der Hauptstützpunkt für die US-Luftwaffe in Südostasien geblieben. Das Pentagon läßt nicht verlauten, wie lange oder gar, zu genau welchem Zweck die US-Luftwaffe dort bleiben soll. Ebensowenig, wie lange die 7. Flotte in der Nähe von Indochina stationiert bleiben soll.

Man wird sorgfältig zu beobachten haben, welche Rolle die große Anzahl amerikanischer Zivilisten spielen wird, die unter irgendeinem Vorwand im Lande bleiben. Einige sollen dort Thieus Streitkräfte in der Anwendung der Waffen ausbilden, die noch kurz vor dem angesetzten Waffenstillstandsbeginn nach Südvietnam geschleust wurden. Andere sollen anscheinend die beträchtlichen finanziellen Interessen amerikanischer Firmen sichern, die auch weiterhin in Südvietnam Kapital investieren. Es wäre naiv, wollte man übersehen, daß unter dem Deckmantel des Wiederaufbaus die Kontrolle über die Wirtschaft Südvietnams durch amerikanische Interessen sich weiter entwickeln wird — ebenso wie nach dem Zweiten Weltkrieg die westdeutsche Wirtschaft ein höchst profitables Feld für amerikanische Investitionen darstellte.

Sei dem, wie es wolle. Seit Nixons zweitem Amtsantritt im Weißen Haus hat sich das öffentliche Interesse in den Vereinigten Staaten mehr seinen innenpolitischen Plänen als denen seiner Außenpolitik zugewandt. Allgemein wurde eine Atmosphäre der Entspannung erwartet, ein allmählicher Heilungsprozeß, der für das Land eine Erholung von der tiefen Spaltung bedeutet hätte, die der außerordentlich unpopuläre Vietnamkrieg bewirkt hat. Die Tatsache, daß der Präsident trotz seines persönlichen Wahlsieges sich noch immer einem oppositionellen Kongreß mit klarer demokratischer Mehrheit in beiden Häusern gegenübersieht, führte viele zu der Annahme, der Präsident werde eine Politik der Zurückhaltung oder sogar der Versöhnung verwirklichen.

Das ist jedoch nicht Nixons Stil. Seine Tendenz, sämtliche politischen Entscheidungen von entscheidender Bedeutung allein, ohne Beratung mit dem Kongreß oder auch nur mit seinem Kabinett zu fällen, ist noch ausgeprägter geworden und trifft nun auch für den Bereich der Innenpolitik zu.

In diesem Bereich wird es keine Amnestie für die schätzungsweise 70 000 Wehrdienstverweigerer geben. Die Rückkehr der von Nordvietnam und der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams freigelassenen amerikanischen Kriegsgefangenen wurde sorgfältig inszeniert: mit patriotischen Erklärungen der Exgefangenen (praktisch sämtlich Offiziere der Luftwaffe), die als Helden empfangen wurden. Gleichzeitig brachte man den entlassenen Soldaten Reserve oder gar Mißtrauen entgegen. Sie blieben sich im wesentlichen selbst überlassen und stehen nun vor einer unsicheren wirtschaftlichen Zukunft. Die volle Auswirkung der halben Million arbeitssuchender Männer wird in den kommenden Monaten zu spüren sein, da die Arbeitslosigkeit unvermindert 5 % im nationalen Durchschnitt beträgt und in den Gettos und Barrios bis auf 25 % ansteigt.

All das Gerede des Präsidenten von einem „ehrenhaften Frieden" wird nicht dazu führen, daß Leute, die von der Regierung ein stärkeres Eingehen auf ihre Bedürfnisse erwarten, zu neuen Opfern bereit sind, anstatt irgendeine Art von „Friedensdividende" zu genießen, auf die sie sich gefreut hatten.

II

Die Verfassungskrise zwischen Weißem Haus und Kongreß, über die wir an dieser Stelle im Februar berichtet haben, hat sich noch verschärft.

Zunächst hat Nixon in seiner Antrittsrede am 20. Januar, einem Tag, an dem Hunderttausende die Straßen der Hauptstadt füllten, um gegen die Flächenbombardierung Nordvietnams zu protestieren, die Nation ermahnt, sich stärker auf sich selbst zu verlassen und nicht alles von der Regierung zu erwarten. In bewußter Brüskierung des Kongresses kündigte er an, er werde seine übliche „Botschaft über die Lage der Nation" nicht persönlich vortragen, sondern sie per Post verschicken.

Mittlerweile verschickte er Teile dieser Botschaft stückweise, begleitete jedoch jedes Stück mit einer Rundfunkrede aus dem Weißen Haus. Nixons Imagemacher, die sich gegen ein persönliches Auftreten des Präsidenten während des Wahlkampfes ausgesprochen hatten, haben jetzt anscheinend auch durchgesetzt, daß er nicht mehr im Fernsehen erscheint und nun das Medium des Rundfunks vorzieht.

Nixon hat ohne jeden Zweifel deutlich gemacht, was er in seinen Budgetvorschlägen mit dem Ruf nach Selbstvertrauen meinte. Der Haushalt beläuft sich auf 268,7 Mrd. Dollar und ist damit der höchste in der Geschichte des Landes. Eine Umgruppierung der Prioritäten hat jedoch nicht stattgefunden. Zwei Tage nach Unterzeichnung des Friedensabkommens schlug er vor, 81 Mrd. Dollar für das Verteidigungsministerium auszugeben — über 30,2 % des gesamten Haushalts. Insgesamt betragen die Ausgaben für vergangene, gegenwärtige und künftige Kriege zusammen mit den Verpflichtungen aus früheren Kriegen fast 40 %. Mit der Forderung, seine Vollmacht, Geld für die nationale Verteidigung auszugeben, durch die sogenannte „obligational authority" in Höhe von 85 Mrd. Dollar nach oben zu begrenzen, verlangt er einen Kriegsetat, der um 4,1 Mrd. Dollar höher ist als der gegenwärtig laufende.

Die naheliegende Frage, die der Durchschnittsbürger stellt, lautet, warum der Präsident, der nach seiner eigenen Aussage mit den Gipfeltreffen in Peking und Moskau den Boden für eine „Generation des Friedens" bereitet hat und mit der Sowjetunion über atomare Abrüstung verhandelt, es nötig hat, 4 Mrd. Dollar mehr für den Militärhaushalt auszugeben. Wenn die Sowjetunion und die Volksrepublik China, die der Präsident so viele Jahre hindurch als Hauptbedrohung der nationalen Sicherheit bezeichnet hat, aufgehört haben, eben das zu sein, wer ist dann der Feind, dessen Existenz die Vergeudung von Milliarden Dollar für immer teurere und tödlichere Waffen rechtfertigt?

Es gibt noch viele weitere Fragen und offensichtliche Widersprüche, die zu beantworten und zu erläutern wären. Nixons Botschaft zur Lage der Nation war im Tenor die eines strengen, puritanischen Vaters, der seinen Kindern erzählt, sie müßten jetzt ihre Gürtel enger schnallen und „selbstgenügsam" werden. Das bedeutete radikale Kürzungen im Sozialwesen und auf den Gebieten Gesundheit und Bildung. Kürzungen, die zum Beispiel junge Mütter, die eine Arbeit angenommen haben, um von der Sozialunterstützung wegzukommen, zwingen werden, ihre Arbeit wieder aufzugeben, weil Kinderzentren und -tagesstätten und ähnliche Programme gestrichen und die Kinder arbeitender Mütter damit ohne Fürsorge gelassen werden. Während seiner ersten Amtsperiode hatte der Präsident radikale Reformen des sozialen Fürsorgesystems versprochen. Im diesjährigen Haushalt ist eine derartige Reform nicht einmal versucht worden, es sei denn, man wollte Streichungen als „Reform" bezeichnen.

Einer der ersten Schritte, die von der neuen Regierung unternommen wurden, bestand darin, das „Office of Economic Opportunity" aufzulösen, unter dem zahlreiche Projekte zur Bekämpfung der Armut, vor allem in den Großstädten, mit Unterstützung der Bundesregierung angefaßt wurden. Tagesstätten für die Kinder arbeitender Mütter, Sonderschulen für behinderte Kinder, spezielle Ausbildungsprogramme zur Umschulung von Arbeitern in besser bezahlte Berufe, Schulspeisungsprogramme für die Kinder aus armen Familien, die gewährleisten sollen, daß diese Kinder mit dem ausgegebenen Frühstück wenigstens *eine* nahrhafte Mahlzeit pro Tag bekommen, und viele weitere Projekte dieser Art verlieren jetzt die Unterstützung aus Bundesmitteln. Die Konsequenzen können, vor allem in den Großstädten, katastrophal werden. Verbrechen auf offener Straße, Raub und Vergewaltigungen steigen ständig weiter an. Nachbarschaftsprojekte für größere Sicherheit auf den Straßen, ärztliche Zentren zur kostenlosen Behandlung Drogenabhängiger, all das ist durch den Verlust der Bundeszuschüsse bedroht. Aus Bundesmitteln finanzierte Wohnungen für Familien mit niedrigem Einkommen und Programme zur Slumsanierung sind vergessen. Nicht nur diejenigen Armen, für die die verschiedenen Programme die einzige Möglichkeit geboten hätten, der Armut zu entrinnen, sind betroffen. Auf einem öffentlichen Hearing, das der Ad-hoc-Kongreßausschuß für gesperrte Mittel (d. h. Gelder, die der Kongreß per Abstimmung in den Haushalt aufgenommen hat, deren Verwendung der Präsident jedoch verweigert) in Los Angeles veranstaltete, wies der Sprecher der Staatsversammlung, Robert Moretti, nach, daß in Kalifornien 95 000 Arbeitsplätze sofort verloren gehen würden, falls der Präsident die für diesen Staat vorgesehenen 1,9 Mrd. Dollar sperrt. 23 000 kalifornische Bauarbeiter wären zum Nichtstun verurteilt wegen des in Sachen Wohnungsbau und städtischer Erneuerung verhängten Moratoriums. Der Gewerkschaftssekretär des Bezirks Los Angeles nannte diese Sperrtaktik des Präsidenten einen Schritt „in Richtung auf die Diktatur" und wies weiter darauf hin, daß in der Folge des direkten Verlustes von 95 000 Arbeitsplätzen schließlich weitere 250 000 Arbeiter ihre Entlassung zu befürchten hätten.

Das Amt für Verbraucherfragen, das die Öffentlichkeit vor der Preistreiberei skrupelloser Firmen mit schützen half, soll gleichfalls aufgelöst werden.

Im vergangenen Jahr hatte Präsident Nixon in einer überraschenden Kehrtwendung Lohn- und Preiskontrollen auf Bundesebene akzeptiert. Heute, ein Jahr danach, hält die Inflation nach wie vor an. Verbrauchsgüter wie Werkzeuge, Möbel und Autos — um von den spektakulär gestiegenen Lebensmittelpreisen gar nicht erst zu reden — sind ständig teurer geworden. Die Löhne wurden jedoch niedrig gehalten: die durchschnittliche Lohnerhöhung betrug nicht mehr als 5,5 % pro Jahr.

Jetzt wird die Regierung die Preiskontrollen nur noch auf Freiwilligkeitsbasis bestehen lassen; die Lohnkontrollen sollen jedoch beibehalten werden. Einige der Gewerkschaftsführer wie George Meany, der Präsident der AFL-CIO, die als Mitglieder in der Lohn-Kontrollkommission mitgearbeitet hatten, protestierten lautstark. Sie beklagen, daß der Präsident keinerlei Zeichen der Dankbarkeit für die Hilfe an den Tag lege, die er dadurch erhalten habe, daß die AFL-CIO während des Wahlkampfes weitgehend neutral blieb, statt wie seit Jahren die Wahlkampagne für den demokratischen Kandidaten mitzufinanzieren.

III

Einer der wichtigsten Vorschläge, die vom Weißen Haus im Laufe der letzten vier Jahre gemacht wurden, war das, was Nixon die „zweite amerikanische Revolution" nannte: ein Programm, in dessen Rahmen die Staaten und Großstädte am Bundesanteil des amerikanischen Steueraufkommens gemeinsam mit der Regierung beteiligt werden sollten.

Jetzt ist klar, daß wenig zum Teilen da sein wird und daß durch die Verlagerung der Verantwortlichkeit für das öffentliche Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen auf die Schultern der Einzelstaaten und der Großstädte die letzteren schlechter dran sein werden als früher, als die Regierung in Washington die finanziellen Lasten der betreffenden Gebiete mit trug.

Der frontale Angriff Nixons auf den Kongreß bedeutet nichts Geringeres als ein Ultimatum: Entweder Ihr akzeptiert Kürzungen im sozialen Bereich oder, wenn Ihr auf der Verwendung von Geldern für Zwecke besteht, die von mir nicht gebilligt werden, dann werdet Ihr die Last weiterer Steuererhöhungen zu tragen haben.

Mit der Vorlage eines Haushaltsentwurfs, der ein Defizit in Höhe von 12,7 Mrd. Dollar vorsieht — eine Zahl, die am Ende mit Sicherheit noch höher liegen wird — proklamiert der Präsident gleichzeitig seine bittere Feindschaft gegenüber der Einführung neuer Steuern und schiebt die Schuld für die mit Sicherheit kommenden Preissteigerungen von vornherein dem Kongreß in die Schuhe. Das mag zwar eine schlaue politische Strategie sein, weil die demokratische Mehrheit im Repräsentantenhaus und im Senat jeweils als Sündenbock dargestellt werden kann. Auf der anderen Seite jedoch, falls Nixons Kürzungen und Streichungen zugelassen werden, könnten die unmittelbaren Konsequenzen für die soziale Betreuung der großen Mehrheit der Bevölkerung mit Leichtigkeit zu Revolten in der Art der brennenden und von Unruhen und Aufständen zerrissenen Großstädte des Jahres 1968 führen.

In Wirklichkeit geht der Präsident sogar noch weiter und fordert nicht allein die Annahme seiner Vorschläge. Er hat schon begonnen, Geldmittel mit Beschlag zu belegen, die vom Kongreß bereits bewilligt wurden, und er weigert sich, diese Gelder den vom Kongreß vorgesehenen Zwecken zuzuführen. Dabei argumentiert er einfach und unehrlich. Er und er allein werde entscheiden, wann gewisse Ausgaben inflationär werden, ebenso wie er auch allein entscheidet, welche Lohnerhöhungen erlaubt werden können und welche die wirtschaftliche Stabilität gefährden. Es ist kein Zufall, daß die bereits gesperrten 14 Mrd. Dollar praktisch alle aus dem sozialen Bereich kommen. Was Nixon zu tun vorschlägt, wurde von führenden Zeitungen mit Recht „die Beerdigung von Rossevelts ‚New Deal' und Johnsons Großer Gesellschaft" genannt.

Im gegenwärtigen Augenblick sieht es so aus, als sei der Kongreß endlich bereit, die Herausforderung anzunehmen und das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Kongreß und Weißem Haus wiederherzustellen. Am 6. März brachte die demokratische Fraktionsführung im Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf ein, nach dem das Repräsentantenhaus die Vollmacht erhalten soll, jedes Aussetzen bereits bewilligter Haushaltstitel durch den Präsidenten durch ein Veto wieder rückgängig zu machen, d. h. die Gelder ihrem ursprünglich vorgesehenen Verwendungszweck zuzuführen.

Carl Albert, der Sprecher des Repräsentantenhauses, hat in einer ungewöhnlich scharfen Rede angekündigt, es werde demnächst ein Gesetzentwurf eingebracht,

der den Präsidenten zwingt, innerhalb von zehn Tagen den Kongreß von jeder Weigerung seinerseits zu informieren, bereits bewilligte Gelder ihrer Bestimmung zukommen zu lassen. Innerhalb von 60 Tagen sollen dann Repräsentantenhaus und Senat mit ihrem Veto die vom Präsidenten verfügte Sperrung der betreffenden Titel aufheben können. Ein ähnlicher Gesetzentwurf wurde im Senat eingebracht; darin wird jede Sperrung bereits bewilligter Haushaltstitel durch den Präsidenten schlicht als illegal bezeichnet.

Albert erklärte in seiner Rede, Nixon versuche, „das Verfahren der Gesetzgebung zum Affentheater zu machen". Der Fraktionsvorsitzende der Republikaner im Repräsentantenhaus, Gerald Ford, entgegnete nach einem Arbeitsfrühstück bei Nixon: „Die Demokraten mit ihrem Lustgewinn beim Geldausgeben nehmen jetzt die Herausforderung an; und wir möchten lieber nicht mit ihnen frontal aneinandergeraten."

Das Öl wurde jedoch bereits ins Feuer gegossen. Der offene Zusammenstoß zwischen dem Weißen Haus und dem Kongreß kann letztendlich nur noch durch eine Entscheidung des Obersten US-Gerichtshofes vermieden werden. Normalerweise hätte es wenig Zweifel daran gegeben, daß das höchste Gericht des Landes peinlich genau das Prinzip des Gleichgewichts zwischen den Kräften des Kongresses als der Legislative und denen der Exekutive aufrecht erhält. Dieses System ist ganz gewiß aus dem Gleichgewicht geraten, wenn der Präsident Entscheidungen des Kongresses, wieviel Geld und wofür ausgegeben werden soll, einfach außer Kraft setzen kann. Die Verfügungsgewalt über die Finanzen ist das wichtigste Recht, das die Verfassung dem Kongreß einräumt.

IV

Im Supreme Court ist es jedoch unter Nixon zu bedeutenden Veränderungen gekommen.

Als sich der Oberste Bundesrichter Earl Warren von seinem Amt zurückzog und durch den ersten von Nixon ernannten Chief Justice Burger abgelöst wurde, als dann weiterhin während Nixons erster Amtsperiode drei weitere Sitze beim Obersten Bundesgericht vakant und durch drei weitere Ernennungen Nixons neubesetzt wurden (die Richter Blackman, Powell und Rehnqueist), wurde allgemein erwartet, daß die Ära eines liberalen Supreme Court der Vergangenheit angehöre. Es war eine Ära, die sich auszeichnete durch die großen Entscheidungen zu den Bürgerrechten, zum Prinzip „Bundesrecht bricht Staatsrecht", für das Verbot, Beweismaterial in Prozessen heranzuziehen, wenn dieses Material durch verfassungswidrige Ermittlungspraktiken der Polizei beschafft wurde, und schließlich durch den Beschluß, daß die Polizei festgenommene Personen über ihre Rechte vor dem Gesetz informieren muß, bevor sie Aussagen entgegennimmt — all das, um nur einige der wichtigsten Entscheidungen anzuführen.

Es war Nixons ständig wiederholte Meinung, der Oberste Gerichtshof unter Earl Warren sei zu liberal und schwäche die Exekutivbehörden, ganz besonders in Fällen, in denen sie es mit „Subversion" zu tun hätten. Er versprach seinerzeit, für die anfallenden Vakanzen konservative Bundesrichter zu ernennen. Und genau das tat er dann, nachdem er die peinliche Erfahrung machen mußte, daß der Senat den vom Präsidenten benannten Kandidaten zweimal hintereinander die erforderliche Bestätigung verweigerte.

Der neue Gerichtshof unter Burger begann jedoch mit einer liberaleren Linie als erwartet. Gegen die Stimmen der vier von Nixon ernannten Mitglieder schaffte das Oberste Bundesgericht die Todesstrafe völlig ab, da sie gegen das verfassungsmäßige Verbot grausamer und ungewöhnlicher Bestrafung verstoße. Mit der gleichen Mehrheit entschied das Gremium, ein Zeuge brauche vor einer Grand Jury keine Aussage zu machen, wenn die Ermittlungen der Regierung unter illegalem Abhören von Telefonen zustandegekommen sind. Des weiteren entschied der Supreme Court gegen den Anspruch des Justizministers, er benötige keine richterliche Genehmigung für das Abhören von Telefonen im Falle von „innerer Subversion". Der Gerichtshof bekannte sich sogar zum Recht der Frauen, auf Antrag legal abtreiben zu können. Aber, um Paul Bender mit seinem Artikel in „Harper's Magazine" (Dezember 1972) zu zitieren: mittlerweile ist „eine subtile Technik der Aushöhlung" eingeleitet worden. Einige der bezeichneten Urteile des Nixon-Gerichtshofes wurden in folgenden Prozessen ausgesprochen: Der Supreme Court hat es den Staatsgerichten gestattet, Angeklagte vor einer Jury auch dann zu verurteilen, wenn der Spruch der Jury nicht einstimmig zustandegekommen ist. Weiterhin bestätigte der Oberste Gerichtshof die Verweigerung der Visumerteilung an einen marxistischen ausländischen Journalisten, der zur Teilnahme an wissenschaftlichen Konferenzen eingeladen worden war. Das Gericht entschied, die von der Verfassung garantierte Immunität eines Senators gegenüber Ermittlungen der Regierung in Angelegenheiten seiner Tätigkeit in der Legislative könne eine Grand Jury auf Bundesebene nicht daran hindern, festzustellen, woher Senator Mike Gravel (Alaska) die Pentagon-Papiere bekommen habe, die er als Vorsitzender eines Unterausschusses zur Aufnahme in den offiziellen Kongreßbericht verlesen und damit zu veröffentlichtem Material gemacht hatte. In einer anderen weitreichenden Entscheidung lehnte es der Supreme Court ab, das verfassungsmäßige Recht von Journalisten anzuerkennen, vor einer Grand Jury die Aussage zu verweigern, wenn sie nach Herkunft von Informationen befragt werden, deren Quelle sie Anonymität zugesagt haben. Drei führende Journalisten sind bereits wegen „Mißachtung des Gerichts" im Gefängnis gelandet, weil sie eine derartige Aussage in Verteidigung des Prinzips der Pressefreiheit verweigerten.

Die Entscheidung, eine nicht einstimmig zustande gekommene Verurteilung durch eine Jury zuzulassen, wurde von Bundesrichter Douglas in der Begründung seiner vom endgültigen Urteil des Gerichtshofes abweichenden Haltung mit den Worten charakterisiert, der Supreme Court habe mit einer weitreichenden Umstrukturierung des amerikanischen Rechts begonnen. Eine solche Strukturverschiebung dürfe legal nur in Form eines Verfassungszusatzes erfolgen, nicht jedoch durch das Oberste Bundesgericht, das ein „Revisionsausschuß" sei. Bundesrichter Douglas fügte hinzu, „nach der heutigen Entscheidung" könne „ein Mann seines Eigentums nur aufgrund eines einstimmigen Urteils verlustig gehen. Seiner Freiheit kann er jedoch nun bereits mit einfacheren Mitteln beraubt werden". Dies betreffe zwar theoretisch jedermann, „in der kalten Realität wird es jedoch vor allem die unteren Kasten in unserer Gesellschaft treffen . . .: die Schwarzen, die Chicanos, die Farmer mit nur einem Zugtier, die Landarbeiter, die nonkonformistischen Studenten, die Opfer des Gettos".

Die allgemeine Tendenz des Supreme Court unter Burger ist hinreichend deutlich geworden: In Anbetracht der Tatsache, daß einige der schwebenden politischen Verfahren — vor allem der Prozeß um die Pentagon-Papiere gegen Russo und Ellsberg — mit Sicherheit vor dem Obersten Gerichtshof der USA enden werden, öffnet sich vor der amerikanischen Justiz eine düstere Perspektive.

Nach einer Erklärung des Justizministers Kleindienst sucht der Präsident ein neues Gesetz zu verwirklichen, das ihn zur Verhängung der Todesstrafe für Verbrechen ermächtigen würde, die in die Zuständigkeit des Bundes fallen, also etwa in den Fällen von Flugzeugentführung, Tötung eines Gefängniswärters, Mord und Hochverrat. Seine schlechthinnige Weigerung, die rund 70 000 Kriegsdienstverweigerer in den Genuß einer Amnestie kommen zu lassen, vervollständigt das Bild eines Präsidenten, dessen „Ein-Mann-Regierung" von Monat zu Monat unerträglicher wird.

V

Das gegenwärtige Bild der USA hat viele Facetten. Die Verfassungskrise reicht bis tief ins Mark der amerikanischen Gesellschaft. Selbst das Ende der direkten militärischen Beteiligung an dem mit Sicherheit unpopulärsten Krieg der amerikanischen Geschichte kann keine heilende und einigende Wirkung auf das Land ausüben. Es wird kaum zu einem dauerhaften Frieden kommen, denn viel zu viele Interessen sind mit Indochina verflochten, und die wirklich Regierenden Amerikas werden fordern, daß diese Interessen auch in der Zukunft gesichert bleiben. Die Großkonzerne, deren Profit auf Rüstungsaufträgen beruhte, hoffen jetzt auf eine andere Ernte, die mit irgendeinem Marshallplan-ähnlichen Wiederaufbau Vietnams eingebracht werden könnte.

Es dürfte in Nixons zweiter Amtszeit keine neuen außenpolitischen Spektakel geben, die die Aufmerksamkeit der Bevölkerung vom innenpolitischen Debakel ablenken könnten. Denn wo sollte Nixon noch hingehen, nachdem er in Peking und Moskau war? Wo wird er noch einen „Feind, der die nationale Sicherheit bedroht", finden? Denn nur dann kann er die Bevölkerung zu neuen Opfern aufrufen.

1973 sollte das „Jahr Europas" werden; mit grandiosen Plänen für einen im Triumph durch die westeuropäischen Hauptstädte ziehenden Nixon. Anscheinend wurden diese Pläne auf Eis gelegt; denn der Gemeinsame Markt rückt enger zusammen, um den Gefahren begegnen zu können, die aus dem rapiden Wertschwund des Dollars resultieren.

Die amerikanische Öffentlichkeit registriert erst allmählich den dominierenden Faktor der politischen Weltszene: die Tatsache, daß die USA allein unter den großen Ländern einen klar erkennbaren Kurs nach rechts steuern, während zur gleichen Zeit der Rest der Welt sich nach links bewegt, von Australien, Neuseeland und Chile zu Frankreich, Italien und der Bundesrepublik Deutschland. Die moralische Isolierung der USA in der Nachfolge ihres Völkermordes in Vietnam hat den Beginn einer politischen Isolierung geschaffen, die durch die wirtschaftlichen Entwicklungen auf den Weltmärkten noch beschleunigt wird. Die möglichen Konsequenzen sind noch kaum abzusehen.

Zur Vergesellschaftung von Erziehung und Ausbildung in der bürgerlichen Gesellschaft

Von Sabine Gensior und Beate Krais

Vorbemerkung

Trotz einer Fülle von Arbeiten und Reformprogrammen zu Problemen von Erziehung und Ausbildung in der bürgerlichen Gesellschaft ist festzustellen, daß deren wissenschaftliche Erfassung derzeit ziemlich unzulänglich ist. Die Kenntnisse über den Ablauf der einzelnen Lernschritte, Sozialisationsmechanismen und die Entwicklungszusammenhänge sind bruchstückhaft und ergeben auch nicht den Ansatz einer Sozialisationstheorie. Das äußert sich vor allem darin, daß eine Vielfalt verschiedenartiger theoretischer Ansätze und empirischer Einzelergebnisse zur Erklärung einzelner Sozialisationsprozesse vorliegt, wobei die Bedeutung der jeweils erfaßten Phänomene für den gesamten Sozialisationsverlauf ebenso unklar bleibt wie ihr Zusammenhang untereinander und ihr Zusammenhang mit den verschiedenen allgemeineren entwicklungstheoretischen Aussagen.

Daß die Erklärung dessen, was bei der Sozialisation eines Menschen geschieht, derzeit noch so bruchstückhaft ist und nur in der Zersplitterung der auf Teilgebiete beschränkten Einzelwissenschaften vor sich geht, liegt zu einem wesentlichen Teil daran, daß ungeklärt ist, wie das Verhältnis von Natur und Gesellschaft in der ontogenetischen Entwicklung des Menschen selbst zu fassen ist. Der Mensch ist sowohl ein Stück Natur, damit auch durch naturwissenschaftliche Forschung erfaßbar, als auch immer schon von Gesellschaft geprägte und bestimmte Natur. In welcher Weise solche naturgesetzlichen Aussagen über die Entwicklung des Menschen möglich sind und wie die Modifikation der menschlichen Natur durch die bürgerliche Gesellschaft sich vollzieht, ist noch ein zu großen Teilen ungelöstes theoretisches Problem.

Angesichts der Unmöglichkeit, auf konsistente und systematische Ergebnisse der Sozialisationsforschung zurückgreifen zu können, versuchen wir daher in diesem Beitrag zunächst, grundlegende gesellschaftliche Bestimmungen für die Erziehungs- und Ausbildungsverhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft darzustellen. Wir entwickeln im vorliegenden Beitrag, an den sich ein zweiter Aufsatz zur Diskussion der Berufsausbildung anschließen wird, allgemeine Bestimmungen des Verhältnisses von kapitalistischer Produktionsweise und der Reproduktion der Arbeitskraft, die im Hinblick auf die Gestaltung der Sozialisationsabläufe relevant sind.

Dieser Ansatz zu einer systematischen Erfassung der Erziehungs- und Ausbildungsverhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft unterstellt ein Vorgehen, das von der ökonomischen Grundstruktur der bürgerlichen Gesellschaft ausgeht und fortschreitend die allgemeineren Bestimmungen entfaltet, bis sie die Vielfalt der empirischen Erscheinungen umfassen. Ein solches Vorgehen legt die von Marx erarbeitete Gesellschaftstheorie zugrunde, wie er sie in seinem System der Kritik der politischen Ökonomie, den drei Bänden des „Kapital", ausgeführt

hat [1]). Marx stellt im „Kapital" die Grundstruktur der bürgerlichen Gesellschaft in der Weise dar, daß er von der allgemeinsten Kategorie aus, der Ware, die zugleich die ökonomische Zellenform dieser Gesellschaft ist, in einer stringenten Ableitung die gesellschaftlichen Zusammenhänge in ihrer zunehmenden Komplexität und Konkretion entwickelt.

Wenn die Analyse konkret vorfindlicher Erziehungsverhältnisse geleistet werden soll, ist in der angeführten Weise eine Argumentationskette zu entwickeln bis zu dem Punkt, an dem mit Notwendigkeit die konkreten historischen Verhältnisse in den Argumentationszusammenhang aufgenommen werden müssen. Insbesondere wäre eine stringente Ableitung der Anforderungen an das Arbeitsvermögen aus der Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses vorzunehmen und dabei die aus Krisen resultierenden Umstrukturierungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß auch von der stofflichen Seite her zu betrachten; ebenso wären, um weitere zentrale Probleme zu nennen, die Entwicklung der bürgerlichen Familie und die Entwicklung der Herrschaftsverhältnisse vom System der Kritik der politischen Ökonomie ausgehend in der Analyse eines Stückes Zeitgeschichte zu bestimmen, in ihrer konkreten historischen Erscheinung zu beschreiben und zu erklären.

Es kann nun keineswegs behauptet werden, daß wir in diesem Beitrag eine vollständige Ableitung bis zum notwendigen Übergang in die empirischen Verhältnisse geleistet hätten. Wir meinen, daß es uns lediglich gelungen ist, den Ansatzpunkt für die Analyse und den theoretischen Rahmen darzustellen, in den sich die Phänomene, auf die wir bei Erziehungs- und Ausbildungsprozessen stoßen, einordnen lassen. Wir suchen dann Belege zu finden, die unsere Beobachtungen der Verhältnisse im Bereich von Erziehung und Ausbildung abstützen und in einen plausiblen Zusammenhang mit bestimmten Veränderungen im Produktionsprozeß bringen können.

Das einzige Material, das uns dabei zur Verfügung steht und das wir bei unseren Aussagen über Veränderungen im Bildungssektor benutzt haben, ist jenes, welches die Industriesoziologie bereitstellt. Aber auch deren fortgeschrittenste Vertreter geben uns nur sehr bedingt verwertbare Daten an die Hand, da sie in ihren empirischen Untersuchungen mehr oder weniger explizit von der Annahme einer technologischen Eigenbewegung ausgehen. Die Abhängigkeit der Entwicklung von Technik und Wissenschaft und damit der Arbeitsplatzstruktur von den Verwertungsbedingungen des Kapitals konzedieren sie zwar teilweise verbal, jedoch geht sie in ihre Untersuchungen und die Entwicklung der Untersuchungshypothesen in keiner Weise ein.

Was aus industriesoziologischen Untersuchungen zu ermitteln ist, ist deshalb nichts anderes als eine auf eine bestimmte Zeitspanne beschränkte Aussage über Veränderungen im Arbeitsprozeß in der Art einer Momentaufnahme. Ausgehend von diesen Veränderungen und punktuell festzumachenden Tätigkeitsbereichen bereits Ausgebildeter wird nun generell auf Veränderungen von Tätigkeitsmerkmalen geschlossen und versucht, diese in Zusammenhang zu bringen mit faktischer Reform und Reformtendenzen im Bildungssystem.

---

1) Wir können uns in unserem Beitrag auf die von Marx entfaltete Darstellung lediglich beziehen, sie aber nicht selbst noch einmal in aller Ausführlichkeit entwickeln. Da in den bisherigen Arbeiten über Erziehung und Ausbildung in der bürgerlichen Gesellschaft relativ unsystematisch vorgegangen wird und daher unser sich auf Marx berufendes Vorgehen nicht als selbstverständlich unterstellt werden kann, halten wir es für sinnvoll, durch ausführliche Zitate das Verständnis unseres Bezuges auf Marx zu erleichtern.

Wie aus diesem kurzen Abriß unserer Darstellung ersichtlich wird, handelt es sich bei diesem Verfahren bestenfalls um die Herstellung einer empirisch gestützten Argumentation, nicht jedoch um stringente Ableitungszusammenhänge, die die Totalität der bürgerlichen Gesellschaft umgreifen. Wir betonen dies ausdrücklich, um dem Mißverständnis vorzubeugen, als sei die Vorführung eines plausiblen Zusammenhangs bereits eine Ableitung. Uns kommt es hier darauf an, den Blick für das methodische Vorgehen zu schärfen und zu verhindern, daß etwas als abgeleitete Analyse gilt, was nichts anderes ist als die Projektion empirischer Tatbestände auf den Hintergrund der Marxschen Theorie.

In einem anschließenden Aufsatz *) gehen wir auf die gegenwärtige Situation und Reformtendenzen im Bereich der beruflichen Bildung ein. Dabei besteht ein deutlicher Bruch zwischen unseren allgemeinen Überlegungen im vorliegenden Aufsatz und der deskriptiven Erfassung der Probleme der beruflichen Bildung in der daran anschließenden Arbeit. Wir meinen jedoch, daß wir damit zeigen können, wie auf dem hier skizzierten allgemeinen theoretischen Hintergrund sowohl eine relativ strukturierte Bestandsaufnahme als auch ein theoretisch wie empirisch plausibler Erklärungsansatz für Veränderungen im Bereich beruflicher Bildung formuliert werden können.

Die Form der Lohnarbeit als bestimmendes Moment der Erziehungs- und Ausbildungsverhältnisse

Der Zweck der kapitalistischen Produktion ist die Verwertung des Werts. Auf Basis des Äquivalententauschs, von dem bei der Warenproduktion ausgegangen werden muß, bedeutet dies, daß es eine Ware geben muß, die mehr Wert produziert, als in ihr selbst vergegenständlicht ist. Die einzige Ware, die diese Bedingung erfüllt, ist die menschliche Arbeitskraft, die in der lebendigen Persönlichkeit des freien Lohnarbeiters existiert.

„Unter Arbeitskraft oder Arbeitsvermögen verstehen wir den Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten, die in der Leiblichkeit, der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen existieren und die er in Bewegung setzt, so oft er Gebrauchswerte irgendeiner Art produziert" [2]).

Wie jede andere Ware besitzt auch die Ware Arbeitskraft einen Gebrauchswert und einen Tauschwert. Für den Besitzer und Produzenten der Ware Arbeitskraft, für den Arbeiter, ist einzig und allein ihr Tauschwert von Bedeutung, da er vom Verkauf dieser Ware lebt. Er muß also danach streben, einen maximalen Tauschwert zu besitzen und zu realisieren, um seine Reproduktionsbedingungen zu erhalten und zu sichern. Der Gebrauchswert der Arbeitskraft ist für den Arbeiter nur insoweit relevant, als er Träger des Tauschwerts ist: Damit die Arbeitskraft auf dem Markt getauscht werden kann, muß sie einen Gebrauchswert haben. Dieser Gebrauchswert ist bei der Arbeitskraft doppelt bestimmt, und insofern ist sie eine besondere, eigentümliche Ware im Gegensatz zu anderen Waren. Ihr Gebrauchswert ist, daß sie Wert und Mehrwert produziert; dies ist eine wesentliche Bestimmung. Wert und Mehrwert produziert die Arbeitskraft jedoch nur, sofern sie eine bestimmte Quantität nützlicher Dinge, Gebrauchswerte materieller oder immaterieller Art schafft. Der Gebrauchswert der Arbeitskraft zeigt sich erst bei ihrer Konsumtion, im Arbeitsprozeß.

*) Unter dem Titel „Zur Diskussion über die Reform der beruflichen Bildung" wird der anschließende Aufsatz voraussichtlich in Heft 5/73 der „Blätter" erscheinen. D. Red.
2) Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1. Marx/Engels-Werke (MEW), Bd. 23, Berlin (DDR) 1966, S. 181.

„Der Gebrauch der Arbeitskraft ist die Arbeit selbst. Der Käufer der Arbeitskraft konsumiert sie, indem er ihren Verkäufer arbeiten läßt. Letztrer wird hierdurch actu sich betätigende Arbeitskraft, Arbeiter, was er früher nur potentia war. Um seine Arbeit in Waren darzustellen, muß er sie vor allem in Gebrauchswerten darstellen, Sachen, die zur Befriedigung von Bedürfnissen irgendeiner Art dienen" [3]).

Die Arbeitskraft hat damit eine konkret-nützliche und eine wertschaffende Seite, die in ihrer unauflöslichen Verbindung ihren Gebrauchswert konstituieren. Sie hat diesen Gebrauchswert für diejenigen, die Eigentümer der objektiven Bedingungen der Produktion sind und somit als einzige die Arbeitskraft anwenden können — für die Kapitalisten.

In Absetzung von der eben beschriebenen wertschaffenden Potenz der Arbeitskraft ist ihr Wert zu bestimmen. Er bemißt sich — wie bei jeder anderen Ware — nach den Kosten ihrer Produktion und Reproduktion, und diese lösen sich auf in die Kosten für die zur Erhaltung des Arbeiters als Individuum und als Gattungswesen notwendigen Lebensmittel im weitesten Sinne. Dazu sind auch die Kosten für die Produktion der Arbeitskraft zu rechnen, d. h. alle im Verlaufe des Entwicklungs- und Bildungsprozesses des Menschen entstehenden Ausgaben.

Die Arbeiter, die immer wieder den Tauschwert ihrer Arbeitskraft realisieren müssen, müssen deshalb ihr Arbeitsvermögen in einer Weise entwickeln, daß damit Wert und Mehrwert geschaffen werden können. Gemäß den Anforderungen des arbeitsteiligen Produktionsprozesses müssen die Arbeiter unterschiedliche konkrete Fähigkeiten und Eigenschaften ausbilden, d. h. sie müssen unterschiedliche Qualifikation erlangen, damit die Arbeitskraft an den unterschiedlichen Stellen im Arbeitsprozeß angewendet werden kann.

„Um die allgemein menschliche Natur so zu modifizieren, daß sie Geschick und Fertigkeit in einem bestimmten Arbeitszweig erlangt, entwickelte und spezifische Arbeitskraft wird, bedarf es einer bestimmten Bildung oder Erziehung, welche ihrerseits eine größere oder geringere Summe von Warenäquivalenten kostet. Je nach dem mehr oder minder vermittelten Charakter der Arbeitskraft sind ihre Bildungskosten verschieden. Diese Erlernungskosten, verschwindend klein für die gewöhnliche Arbeitskraft, gehn also ein in den Umkreis der zu ihrer Produktion verausgabten Werte. Der Wert der Arbeitskraft löst sich auf in den Wert einer bestimmten Summe von Lebensmitteln. Er wechselt daher auch mit dem Wert dieser Lebensmittel, d. h. der Größe der zu ihrer Produktion erheischten Arbeitszeit" [4]).

In die Kosten der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft geht damit auch die Ausbildung entsprechend ihrer Länge ein. Selbstverständlich wird dabei auch hier von der Arbeitszeit ausgegangen, die im Durchschnitt gesellschaftlich notwendig ist, einen spezifischen Gebrauchswert der Arbeitskraft herzustellen.

Damit aber die Arbeitskraft als Ware auf dem Markt vorgefunden werden kann, müssen zwei Bedingungen gegeben sein: Einmal muß der Besitzer der Ware Arbeitskraft anderen Warenbesitzern auf dem Markt als ebenbürtige, juristisch gleiche Person gegenübertreten, er muß also freier Eigentümer seiner Person und damit auch seiner Arbeitskraft sein. Zum anderen muß er ausschließlich über seine Arbeitskraft als Ware verfügen können und nicht zugleich über andere

[3]) MEW, 23/192.
[4]) MEW, 23/186.

Waren, so daß er überhaupt nur die Ware Arbeitskraft auf dem Markt anbieten kann und gezwungen ist, sie zum Verkauf anzubieten, um zu leben. Der Lohnarbeiter muß also frei sein „in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, daß er andrerseits andre Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen" [5]).

Die Existenz des freien Lohnarbeiters hat somit zur Voraussetzung die Trennung zwischen der Arbeitskraft und ihren objektiven Anwendungsbedingungen, die Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln. Die natürliche Einheit von Produzent und Produktionsmittel, die für vorkapitalistische Gesellschaften noch charakteristisch war und entsprechend andere Eigentumsverhältnisse beinhaltete, ist aufgehoben. Zerschlagen ist damit auch die natürliche Einheit der verschiedenen Lebensbereiche Produktion, Konsumtion, Reproduktion; Arbeit und Befriedigung der Bedürfnisse, Organisation der gesellschaftlichen und der individuellen Reproduktion treten auseinander.

Mit der Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln wird die Warenproduktion verallgemeinert, und die Sphäre des Tauschs, der Zirkulation wird bestimmend für das Verhältnis der Warenbesitzer zueinander, d. h. für ihren gesellschaftlichen Zusammenhang. Es gibt somit im Leben der Menschen eine Trennung zwischen privater Sphäre als einem Bereich, in dem die Individuen als Individuen, als jeweils Besondere in ihrer Eigenart ihre Bedürfnisse befriedigen, und einer als gesellschaftlich geltenden Sphäre des Warenverkehrs, in der die Individuen nun als in dieser Hinsicht Gleiche miteinander in Beziehung treten.

Aus der Betrachtung dessen, was die Existenz des freien Lohnarbeiters impliziert, ergibt sich als Resultat, daß die Arbeitskraft als Ware dem Produktionsprozeß vorausgesetzt ist, und dies in zweifacher Hinsicht: Einmal ist ihre Existenz überhaupt notwendig, damit der Kapitalist die Produktion aufnehmen kann, und dies sowohl, wenn man die Voraussetzungen für die kapitalistische Produktion historisch betrachtet, als auch als beständige und allgemeine Bedingung jedes einzelnen kapitalistischen Produktionsprozesses. Zum andern aber wird die Arbeitskraft nicht selbst im kapitalistischen Produktionsprozeß produziert, sie wird vielmehr als Ware jedes einzelnen Arbeiters außerhalb des Produktionsprozesses hergestellt:

„Die Arbeitskraft bewährt ja auch nur ihre wertschaffende Kraft, wenn sie im Arbeitsprozeß betätigt und realisiert wird; aber dies schließt nicht aus, daß sie an sich, potentiell, als Vermögen, die wertschaffende Tätigkeit ist und als solche aus dem Prozeß nicht erst entsteht, sondern ihm vielmehr vorausgesetzt ist. Als Fähigkeit, Wert zu schaffen, wird sie gekauft" [6]).

Die Reproduktion der Gattung, die Geburt und das Heranwachsen der „Ersatzmänner", der Kinder der Arbeiter, geschieht in der Sphäre der privaten Reproduktion, scheinbar unberührt von der Gesellschaft, in ganz privater, individueller Verantwortlichkeit. Das Individuum in der bürgerlichen Gesellschaft muß, wenn es leben will, in irgendeiner Weise ein Arbeitsvermögen entwickeln. Wie es dies tut und mit welchem Resultat, ist seine Privatangelegenheit. Es handelt als isoliertes Individuum, in Verfolgung seines privaten Interesses und seiner individuellen Bedürfnisse, wenn es diese oder jene Entwicklung nimmt bzw. für eine bestimmte Entwicklung seiner Kinder sorgt.

[5]) MEW, 23/183.
[6]) Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3. MEW, Bd. 25, Berlin (DDR) 1966, S. 394 f.

Die ausschließliche Zuordnung der Herstellung des Arbeitsvermögens zur Privatsphäre entlarvt sich jedoch als Schein, sobald die Ware Arbeitskraft auf dem Markt betrachtet wird. Beim Verkauf der Waren stellt sich der gesellschaftliche Zusammenhang zwischen den Warenbesitzern her: Hier erweist sich, ob sie für den Markt, für ein vorhandenes Bedürfnis produziert haben, ob also ihre Ware einen Gebrauchswert und damit auch einen Tauschwert besitzt. So naturwüchsig stellt sich auch für die Ware Arbeitskraft ein Zusammenhang mit der Gesellschaft her: Nur wenn sie einen Gebrauchswert hat, d. h. wenn ein Kapitalist sich findet, der sie in seinem Produktionsprozeß produktiv konsumieren kann, ist sie verkaufbar. Nur dann läßt sich ihr Wert für ihren Besitzer realisieren; und umgekehrt, nur wenn Arbeitskräfte in genügender Quantität und Qualität auf dem Markt angeboten werden, kann der kapitalistische Produktionsprozeß reibungslos verlaufen.

Beim Verkauf der Arbeitskraft an den Kapitalisten geht ihr Gebrauchswert, wie wir gesehen haben, noch nicht wirklich an ihn über. Dies geschieht vielmehr erst bei ihrer Anwendung im Arbeitsprozeß, bei ihrer Verausgabung in Arbeit.

Sobald aber der Arbeiter in den Arbeitsprozeß eintritt, wird seine Arbeitskraft wie jedes andere Moment des Arbeitsprozesses dem Kapital einverleibt. Seine Arbeit gehört dem Kapitalisten, dieser kommandiert sie und bestimmt die Bedingungen ihrer Vergegenständlichung in Waren. Dem Kapitalisten gehört auch das Produkt der Arbeit, daher der in den Waren vergegenständlichte Wert oder Mehrwert, den der Arbeiter geschaffen hat.

Die von den unmittelbaren Produzenten losgelösten Arbeitsmittel und -voraussetzungen sind Eigentum des Kapitalisten und seinen Verwertungsinteressen entsprechend geformt und entwickelt. In der Maschinerie hat sich die Bewegung und Werktätigkeit des Arbeitsmittels gegenüber dem Arbeiter verselbständigt; die Maschinerie als Träger des Kapitals steht dem Arbeiter gegenüber. Die Bedingungen der Anwendung von Arbeitskraft haben sich damit in Mittel zur Einsaugung von Arbeit verwandelt.

„Aller kapitalistischen Produktion, soweit sie nicht nur Arbeitsprozeß, sondern zugleich Verwertungsprozeß des Kapitals, ist es gemeinsam, daß nicht der Arbeiter die Arbeitsbedingung, sondern umgekehrt die Arbeitsbedingung den Arbeiter anwendet, aber erst mit der Maschinerie erhält diese Verkehrung technisch handgreifliche Wirklichkeit. Durch seine Verwandlung in einen Automaten tritt das Arbeitsmittel während des Arbeitsprozesses selbst dem Arbeiter als Kapital gegenüber, als tote Arbeit, welche die lebendige Arbeitskraft beherrscht und aussaugt" [7]).

Die Herrschaft des Kapitalisten über die Arbeiter stellt sich somit dar als die Herrschaft der den Arbeitern gegenüberstehenden verselbständigten Arbeitsbedingungen. Die schon in Ware und Geld angelegte Versachlichung, die in der Warenbeziehung enthaltene Verkehrung von Subjekt und Objekt hat sich weiterentwickelt zur vollständigen Verkehrung in die die kapitalistische Produktion charakterisierende Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit.

Dieses Ausbeutungsverhältnis wird verdeckt durch die Tatsache des Äquivalententauschs in der Zirkulationssphäre. Der Arbeiter steht beim Verkauf seiner Arbeitskraft dem Kapitalisten als freier und gleicher Warenbesitzer gegenüber und erhält für seine Arbeitskraft ein Äquivalent ihres Wertes in Geldform. Lohn-

7) MEW, 23/446.

arbeiter und Kapitalist schließen einen Vertrag, nach dem der Arbeiter dem Kapitalisten seine Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit zum Gebrauch überläßt und nach geleisteter Arbeit einen Lohn erhält. Der Lohn erscheint dabei jedoch nicht als Entgelt für den Wert der Arbeitskraft, sondern als Entgelt für den „Wert der Arbeit". Der wesentliche Charakter der Lohnarbeit, durch das Geldverhältnis vermittelte, unbezahlte Zwangsarbeit zu sein, wird auf diese Weise im Arbeitslohn verschleiert. Gerade die Form, die der Preis der Arbeitskraft annimmt, die Form des Lohns, verdeckt so das Ausbeutungsverhältnis, das einzugehen der Arbeiter ständig gezwungen ist.

„Dieser beständige Kauf und Verkauf von Arbeitsvermögen und das beständige Gegenübertreten der von dem Arbeiter selbst produzierten Ware als Käufer seines Arbeitsvermögens und als konstantes Kapital erscheint nur als vermittelnde Form seiner Unterjochung unter das Kapital, der lebendigen Arbeit als bloßen Mittels zur Erhaltung und Vermehrung der ihr gegenüber verselbständigten gegenständlichen Arbeit. Es ist dies eine dieser Produktionsweise immanente Form der Vermittlung, diese Verewigung des Verhältnisses des Kapitals als Käufers und des Arbeiters als Verkäufers von Arbeit, aber es ist eine Form, die sich nur der Form nach von andern mehr direkten Formen der Knechtung der Arbeit und des Eigentums an sie auf seiten der Besitzer der Produktionsbedingungen unterscheidet. Sie vertuscht als bloßes Geldverhältnis die wirkliche Transaktion und die perpetuierliche Abhängigkeit, die beständig erneuert wird, durch diese Vermittlung des Kaufs und Verkaufs. Es werden nicht nur reproduziert beständig die Bedingungen dieses Handels; sondern das, womit der eine kauft, und was der andre verkaufen muß, ist Resultat des Prozesses. Die beständige Erneuerung dieses Verhältnisses von Kauf und Verkauf vermittelt nur die Beständigkeit des spezifischen Abhängigkeitsverhältnisses und gibt ihr den betrügenden Schein einer Transaktion, eines Kontrakts zwischen gleichberechtigten und sich gleich frei gegenüberstehenden Warenbesitzern. Dieses einleitende Verhältnis erscheint jetzt selbst als immanentes Moment der in der kapitalistischen Produktion produzierten Herrschaft der gegenständlichen Arbeit über die lebendige" [8]).

Wir können jetzt als Resultat der Betrachtung des Lohnarbeitsverhältnisses für die Bestimmung der Erziehungs- und Ausbildungsverhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft folgendes festhalten:

Wenn man davon ausgeht, daß die Mehrzahl der Bevölkerung in modernen kapitalistischen Gesellschaften vom Verkauf der Arbeitskraft lebt und nur auf diese Weise teilhat am gesellschaftlichen Reichtum, dann sind die Erziehungs- und Ausbildungsverhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft vor allem mit Beziehung auf die Lohnarbeiterklasse zu betrachten und damit als Verhältnisse, deren Sinn und Resultat im wesentlichen in der Herstellung des Arbeitsvermögens der Lohnarbeiter liegen.

Das beinhaltet sowohl die Erziehung für ganz bestimmte, mit der Lohnarbeit gegebene Herrschaftsverhältnisse als auch Erziehung für die Einordnung in die von kapitalistischen Produktionsverhältnissen geformten Arbeitsprozesse. Schließlich ist damit auch untrennbar verbunden die Entwicklung einer gesell-

[8]) Karl Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. Arkhiv Marksa i Engelsa, Vol. II (VII), Moskau 1933, S. 4—266. Frankfurt 1969, S. 87 f.

schaftlich bestimmten Bedürfnisstruktur, denn die Ausprägung und der Umfang der Bedürfnisse des Menschen ist selbst abhängig von der erreichten Kulturstufe der Gesellschaft [9]).

Ist das Problem für die Untersuchung der Sozialisationsverhältnisse in dieser Weise formuliert, wird die Entwicklung des Arbeitsvermögens als umfassender Prozeß begriffen, der mit der Geburt des Menschen beginnt und die gesellschaftliche Formung und Modifikation seiner Natur beinhaltet. Wir meinen daher, wenn wir von Herstellung des Arbeitsvermögens sprechen, nicht einen eng begrenzten Abschnitt der Sozialisation, in dem ein bestimmtes Arbeitswissen erworben wird, sondern sehen dieses selbst im Zusammenhang mit den verschiedenartigsten Erfahrungs- und Lernabläufen des Individuums auf allen seinen Entwicklungsstufen.

Es sind dann zu Beginn einer Untersuchung die Anforderungen des kapitalistischen Produktionsprozesses, als Ganzes betrachtet, zu ermitteln, und es ist von da aus zu klären, wie gesellschaftlich zu garantieren versucht wird, daß die Arbeitskraft als Voraussetzung des kapitalistischen Produktionsprozesses tatsächlich zu jedem Zeitpunkt in gesellschaftlich notwendiger Quantität und Qualität zur Verfügung steht.

Entwicklung der Produktion und der Anforderungen an das gesellschaftliche Arbeitsvermögen

Der Zweck der kapitalistischen Produktion, die Verwertung des Wertes, beinhaltet, daß nicht nur ein bestimmtes Wertquantum erhalten und immer wieder von neuem reproduziert wird, sondern daß Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter stattfindet.

„... macht die Entwicklung der kapitalistischen Produktion eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermittelst progressiver Akkumulation").

Das Kapital sucht sich beständig größere Quanta Wert anzueignen, und das kann es nur, indem es die notwendige Arbeitszeit gegenüber der Mehrarbeitszeit verringert. Dies geschieht auf zwei Arten: Einmal wird der gesamte Arbeitstag verlängert; d. h. es wird absoluter Mehrwert produziert. Zum anderen aber wird durch Umwälzung der Produktionsmethoden die Produktivkraft der Arbeit ständig gesteigert; diese Art, die Mehrarbeitszeit zu vergrößern, bezeichnet Marx als Produktion des relativen Mehrwerts.

Im Gegensatz zur Produktion des absoluten Mehrwerts wird bei der Produktion des relativen Mehrwerts die gesamte technische und gesellschaftliche Struktur des Arbeitsprozesses umgewälzt, die Produktionsmittel und -methoden werden von Grund auf revolutioniert. Da diese Veränderungen des Arbeitsprozesses einschneidende Konsequenzen haben für die Anforderungen, die an die Arbeitskraft gestellt werden, wenn sie zum Moment des Arbeitsprozesses wird, sind

9) „Die natürlichen Bedürfnisse selbst, wie Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung usw., sind verschieden je nach den klimatischen und andren natürlichen Eigentümlichkeiten eines Landes. Andrerseits ist der Umfang sog. notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein historisches Produkt und hängt daher großenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter andrem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen, und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat" (MEW, 23/185).

diese im Verlauf der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise stattfindenden Veränderungen von zentraler Bedeutung für die Erziehungs- und Ausbildungsverhältnisse. Es ist daher notwendig, die wichtigsten Momente des kapitalistisch organisierten Arbeitsprozesses und seiner Veränderungen in ihren Konsequenzen für die Entwicklung des Arbeitsvermögens darzustellen.

Die Grundform der kapitalistischen Produktionsweise ist die auf Arbeitsteilung beruhende Kooperation. Die Arbeitsteilung, und entsprechend auch die Kooperation, wird mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise immer umfassender, wird immer weiter getrieben, so daß als ihr Resultat der Arbeitsprozeß in eine Vielzahl engbegrenzter Detailfunktionen aufgespalten wird. Das bedeutet Verwandlung der vereinzelten, isolierten Arbeit in einen gesellschaftlichen Arbeitsprozeß, bedeutet Entfaltung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit.

Die Teilung der Arbeit greift auch die geistigen Potenzen des materiellen Produktionsprozesses an, dergestalt, daß die geistigen Potenzen herausgelöst werden und eine Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit sich vollzieht. Produktion, wissenschaftliche Entwicklung, Planung der Produktion werden zu gesonderten Funktionen des Arbeitsprozesses und selbst immer weiter aufgespalten in Detailfunktionen. Die gesteigerte Produktivkraft der Arbeit in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften tritt der lebendigen Arbeit vergegenständlicht gegenüber in der toten Arbeit in Gestalt der Maschinerie. Die Loslösung der geistigen Potenzen der Arbeit von der lebendigen Arbeit beschreibt Marx im 1. Band des „Kapital" folgendermaßen:

„Die geistigen Potenzen der Produktion erweitern ihren Maßstab auf der einen **Seite, weil sie auf** vielen Seiten verschwinden. Was die Teilarbeiter verlieren, konzentriert sich ihnen gegenüber im Kapital. Es ist ein Produkt der manufakturmäßigen Teilung der Arbeit, ihnen die geistigen Potenzen des materiellen Produktionsprozesses als fremdes Eigentum und sie beherrschende Macht gegenüberzustellen. Dieser Scheidungsprozeß beginnt in der einfachen Kooperation, wo der Kapitalist den einzelnen Arbeitern gegenüber die Einheit und den Willen des gesellschaftlichen Arbeitskörpers vertritt. Er entwickelt sich in der Manufaktur, die den Arbeiter zum Teilarbeiter verstümmelt. Er vollendet sich in der großen Industrie, welche die Wissenschaft als selbständige Produktionspotenz von der Arbeit trennt und in den Dienst des Kapitals preßt" [11]).

Die Erziehungsverhältnisse werden von den Veränderungen des Produktionsprozesses durch die große Industrie in dreifacher Weise bestimmt:

1) Mit dem Produktionsprozeß des Kapitals auf erweiterter Stufenleiter werden neue Formen der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft notwendig bzw. wird der kombinierte Arbeitskörper vielgliedriger. Innerhalb der ständig im Fluß befindlichen Bewegung der materiellen Produktion setzt sich der vielschichtige Gesamtarbeitskörper aus mehr oder weniger geschickten Gliedern zusammen. Mit dem zunehmenden Prozeß der Vergesellschaftung und Verwissenschaftlichung der Produktion geht also einher die zunehmende Differenzierung des kombinierten Arbeitspersonals.

[10]) MEW, 23/618.
[11]) MEW, 23/382.

Auf diese Weise entwickelt sich eine Hierarchie der Arbeitskräfte:

„Da die verschiednen Funktionen des Gesamtarbeiters einfacher oder zusammengesetzter, niedriger oder höher, erheischen seine Organe, die individuellen Arbeitskräfte, sehr verschiedne Grade der Ausbildung und besitzen daher sehr verschiedne Werte" [12]).

Zugleich gibt es Arbeiter, die die ganz einfachen Verrichtungen ausführen, zu denen jeder Mensch ohne besondere Ausbildung fähig ist, die also einfache Durchschnittsarbeit leisten. Diese ist zwar in verschiedenen Gesellschaften verschieden, entsprechend dem jeweiligen Niveau von Fähigkeiten, das in einer bestimmten Gesellschaft ein gewöhnlicher Mensch ohne besondere Entwicklung seines geistigen und körperlichen Potentials besitzt; sie ist aber für jede Gesellschaft gegeben.

Entsprechend den unterschiedlichen Arbeitsfunktionen müssen durch Erziehung und Ausbildung unterschiedliche Qualifikationen bereitgestellt und die quantitative Verteilung der Heranwachsenden auf einzelne Ausbildungsgänge in irgendeiner Weise garantiert werden. Damit ergibt sich als wesentliche Funktion des gesellschaftlichen Erziehungssystems eine den Bewegungen der materiellen Produktion adäquate Selektion und Verteilung der für Erziehungsaufgaben zur Verfügung stehenden Arbeitszeit.

2) Das allgemeine gesellschaftliche Wissen, das den Arbeitern in der Maschinerie vergegenständlicht und in der Organisation des Arbeitsprozesses in immaterieller Weise gegenübertritt, steigt enorm an mit der Entfaltung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit. Um die im Arbeitsprozeß ablaufenden Prozesse bewältigen zu können, muß entsprechend dem Anwachsen des allgemeinen Wissens in der Gesellschaft als Ganzem auch das bei den einzelnen Lohnarbeitern vorhandene allgemeine Wissen steigen. Darunter ist weniger eine konkrete Berufsausbildung im Sinne der Herstellung der Fähigkeit, eine spezialisierte Tätigkeit auszuüben, zu verstehen als vielmehr das Erlernen von vorgelagerten sehr allgemeinen Fähigkeiten. Als Beispiel könnte man anführen technisches Verständnis, Verständnis für abstrakte und formalisierte Prozesse, die Fähigkeit, in kausalen Zusammenhängen zu denken etc., aber ebenso auch die Erlernung allgemeiner Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben, Rechnen, die den eben genannten Fähigkeiten noch vorausgesetzt sind.

3) Durch den raschen Wechsel der technischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Produktionsprozesses, das Hin- und Herfließen der Kapitale und damit der Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den anderen ist prinzipiell die Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse angelegt [13]). Zwar wird, damit die Produktivkraft der Arbeit sich entfalten kann, die Produktion weiterhin arbeitsteilig vollzogen, die Menschen sind also weiter nur jeweils Teilarbeiter, aber sie sind gezwungen, im Laufe ihres Lebens viele verschiedene Teilarbeiten auszuüben. Über diese Entwicklung sagt Marx:

„Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandne Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war. Durch Maschinerie, chemische Prozesse und andre Methoden wälzt sie beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um. Sie revolutioniert damit ebenso beständig die Teilung der Arbeit im Innern der Gesell-

[12]) MEW, 23/370.
[13]) Vgl. MEW, 23/512.

schaft und schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den andern. Die Natur der großen Industrie bedingt daher Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters [14]).

Die objektive Notwendigkeit für die kapitalistische Produktion, möglichste Vielseitigkeit der Arbeiter, ihre Entwicklung zum total entfalteten Individuum einzuleiten, steht jedoch in diametralstem Gegensatz zur kapitalistischen Produktionsweise selbst, die die Teilung der Gesellschaft in eine Klasse der Kapitalisten und eine Klasse der Lohnarbeiter zur Bedingung und zum beständigen Resultat hat.

„Die Entwicklung der Widersprüche einer geschichtlichen Produktionsform ist jedoch der einzig geschichtliche Weg ihrer Auflösung und Neugestaltung" [15]).

Dieser Widerspruch macht sich bereits in der Erziehung der Kinder geltend: Einerseits muß sich die Erziehung quantitativ wie qualitativ verändern, müssen die heranwachsenden Mitglieder der Gesellschaft sich mehr allgemeines Wissen aneignen und größere Variabilität entfalten, andererseits muß ihre Erziehung aber auch all das beinhalten, was sie zu Lohnarbeitern macht und ihre freie Entfaltung gerade verhindert.

Betrachtet man die Forderung nach allseitiger Beweglichkeit der Arbeitskraft, wie sie sich beim derzeitigen Stand der Produktivkräfte in der Bundesrepublik äußert, so bedeutet Mobilität Verwendungsmöglichkeit der einzelnen Arbeitskraft für viele besondere, voneinander unterschiedene Gestalten der konkretnützlichen Arbeit. Auf der Basis einer gewissen grundsätzlichen Flexibilität müssen kurzfristig arbeitsplatzbezogene Spezialisierungen stattfinden können, die immer wieder überflüssig werden und durch neue Spezialisierungen ersetzt werden müssen [16]).

An unserer Darstellung der Bestimmungsmomente der Erziehungsverhältnisse lassen sich einige allgemeine Resultate festhalten. Zunächst bedeutet die erhöhte Anforderung an die Variabilität der Arbeitskraft und damit die Zunahme des notwendigen allgemeinen Wissens, wie es sich an der Vermannigfachung und Ausdehnung der sogenannten „Kulturtechniken" zeigt — heute gehören nicht allein die Fähigkeit, den eigenen Namen zu schreiben und die Grundrechnungsarten zu beherrschen, zu den „Kulturtechniken", sondern auch die Beherrschung einer Fremdsprache, die Kenntnis einer Reihe physikalischer Gesetze etc. —, daß die Dauer der Erziehungsphase im Leben des Menschen verlängert werden muß. Gleichzeitig müssen Möglichkeiten gefunden werden, die einzelnen Ausbildungsziele immer wieder zu verändern und insgesamt eine größere Differenziertheit und Flexibilität des Bildungssystems zu entwickeln, damit den beschleunigten Veränderungen der Produktivkräfte besser Rechnung getragen werden kann.

Die Notwendigkeit der Übernahme von Erziehungs- und Ausbildungsfunktionen durch den Staat

Wie bereits dargestellt, ist die Arbeitskraft dem Produktionsprozeß vorausgesetzt. Die Herstellung des Arbeitsvermögens der Lohnarbeiter gehört damit zu

14) MEW, 23/510 f.
15) MEW, 23/512.
16) Zusammenfassende Darstellungen dieser Entwicklung, die die neueren Studien der Industriesoziologie und der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung auswerten, geben die folgenden Autoren:
Bernhard Kaufhold/Reinhard Melke/Franziska Sandow, Veränderungen in der Qualifikationsstruktur der Industriearbeiterschaft. In: „IPW-Berichte", Heft 2, S. 15—24, 1972.
Wulf D. Hund/Ulrich Matull/Konrad Ruff/Peter Volkmar, Qualifikationsstruktur und wissenschaftlich-technischer Fortschritt. Zum Begriff der Qualifikation. In: „Blätter", 10/72, S. 1084—1099.

den allgemeinen Bedingungen der Produktion. Mit der Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln kann die Herstellung des Arbeitsvermögens, die Erziehung, nicht mehr naturwüchsig der Familie überlassen werden. Zumindest das gesamte Arbeitswissen kann nicht mehr im Familienzusammenhang erworben werden, da die Familie nicht mehr Produktionseinheit ist.

Ebenso muß gesellschaftlich garantiert werden, daß ein bestimmtes Minimum an allgemeinen Dispositionen, Fähigkeiten und Fertigkeiten erworben wird, damit die gesellschaftliche Reproduktion gewährleistet bleibt. Die zunehmende gesellschaftliche Komplexität, die mit der Zunahme der Vergesellschaftung der Arbeit einhergeht, bedingt zunehmende gesellschaftliche Organisation und Kontrolle der allgemeinen Bedingungen der Produktion; das gilt auch für die mit der weitgehenden Arbeitsteilung in der Gesellschaft und im Atelier gleichzeitig umfassender und differenzierter werdenden Erziehungsprozesse. Ein immer größerer Teil der Erziehung muß daher herausgenommen werden aus naturwüchsigen Zusammenhängen, aus der Verfügung der einzelnen, um die allgemeine Verbreitung gesellschaftlich notwendiger Kenntnisse und Fähigkeiten zu gewährleisten.

Erziehung und Ausbildung werden damit immer mehr zu einer staatlichen Aufgabe [17]). Dabei wirkt sich auch im Bereich von Erziehung und Ausbildung die doppelte Bestimmtheit der staatlichen Funktionen [18]) aus: Einerseits muß in ihm die Grundlage hergestellt werden zur Entfaltung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit, muß ein konkretes Arbeitsvermögen (bzw. die allgemeinen Voraussetzungen dafür) in den Individuen entwickelt werden. Andererseits müssen aber zur Hineinpressung in das Lohnarbeitsverhältnis immer auch Repression und ideologische Indoktrination im Sozialisationsprozeß enthalten sein [19]).

Auch in der Erziehung tritt so neben das zivilisatorische Moment der kapitalistischen Produktionsweise immer untrennbar ein destruktives, den Menschen verstümmelndes, zur Verewigung des Lohnarbeitsverhältnisses. An einem Beispiel wird das deutlich: Grundlegende Verhaltensdispositionen wie Arbeitsdisziplin, Regelmäßigkeit, Sorgfalt im Umgang mit Gegenständen sind einerseits in einem gewissen Ausmaß unabdingbar für die Entfaltung der Produktivkräfte, andererseits sind sie Ausdruck und Ergebnis der gewalttätigen Zurichtung des Menschen zu einem unterwürfigen, in das bestehende Herrschaftssystem eingepaßten Individuum.

Aus der Bedeutung des Staates für das Erziehungssystem der bürgerlichen Gesellschaft resultiert, daß Erziehungsverhältnisse immer auch bestimmt werden durch die bestimmte historische Ausprägung der politischen Form des Gemein-

17) Der Lohn enthält die Subsistenzmittel für den Arbeiter und seine Familie und damit auch für die Durchführung einer Reihe von Erziehungsfunktionen. Müssen nun bestimmte Teile des Erziehungsprozesses gesellschaftlich organisiert stattfinden, so können die dafür notwendigen Mittel nur aufgebracht werden, indem vom Lohn der einzelnen Arbeiter ein Teil für die gesellschaftlich organisierte Erziehung bereitgestellt wird. Dieser Teil des Lohns, der für die Herstellung und Aufrechterhaltung der allgemeinen Verkehrsbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufgewandt wird, wird vom Staat in Form der Steuern eingezogen. Durch diese formelle Aufteilung des Lohns in einen Teil, der individuell verbraucht wird, einen andern Teil, der gesellschaftlich verbraucht wird, ändert sich nichts an der Bestimmung des Werts der Ware Arbeitskraft. Nach wie vor ist der Wert der Ware Arbeitskraft bestimmt durch die zu ihrer Produktion und Reproduktion notwendige Arbeitszeit, auch wenn ein Teil der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft unmittelbar gesellschaftlich vonstatten geht und daher die Kosten auch unmittelbar gesellschaftlich aufgebracht werden müssen.

18) Vgl. dazu: Projekt Klassenanalyse, Zur Kritik der „Sozialstaatsillusion", in: „Sozialistische Politik" (SoPo), Nr. 14/15, 3. Jg., 1971, S. 193—209.

19) Indoktrination und die Einübung autoritärer Verhaltensweisen sind jedoch auf keinen Fall für sich genommen als Ursachen der Unterdrückung oder als Ursachen mangelnden Klassenbewußtseins zu sehen. Sie können vielmehr nur aus dem Grund wirksam werden, weil sie in der Realität des Lohnarbeitsverhältnisses als einem ökonomischen Verhältnis begründet sind, weil die Mystifikation, auf deren Grundlage erst falsches Bewußtsein und damit auch ideologische Indoktrination möglich sind, und das Ausgeliefertsein an die Despotie des Kapitals Momente des Lohnarbeitsverhältnisses selbst sind.

wesens. Sollen konkrete Erscheinungen der Erziehung untersucht und auf ihre Bestimmungsgründe zurückgeführt werden, so hat dieses Unternehmen eine Analyse der konkreten historischen Form des Staates zur Voraussetzung.

Auf allgemeinerer Ebene ist jedoch noch ein weiterer Schritt in der Analyse möglich.

Mit der Übernahme von Erziehungsfunktionen durch den Staat, d. h. einer außerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses des Kapitals angesiedelten Sphäre, ergeben sich für den Bereich der Erziehung auch alle jene Probleme, die aus der relativen Verselbständigung der politischen Form des Gemeinwesens gegenüber ihrer ökonomischen Basis resultieren [20]).

Das ist zum einen die Schwierigkeit bei der Ermittlung und Ausführung des allgemeinen Interesses gegenüber den vielen besonderen Interessen, kurz gesagt, die Schwierigkeit der Planung bei anarchischer gesellschaftlicher Produktion, wobei Planung ja ganz konkret immer auch eine bestimmte Verteilung des Steueraufkommens innerhalb längerer Zeiträume beinhaltet. Zum andern aber wirken sich die aus der Eigenbewegung des Staates und seines Apparates abzuleitenden Verknöcherungen, Retardierungen etc. jetzt in der Weise aus, daß prinzipiell die Möglichkeit besteht, daß Bildungssystem und Anforderungen der unmittelbaren Produktion an das Arbeitsvermögen auseinanderklaffen und es daraufhin zu Disproportionen auf dem Arbeitsmarkt kommt.

Veränderungen des Arbeitsprozesses, die aus der beständigen Weiterentwicklung der Produktivkräfte resultieren, erfordern von einem gewissen Punkt an auch Veränderungen des Bildungssystems, das die neuen Arbeitsvermögen produzieren soll. Die Umsetzung dieser Erfordernisse kann jedoch aufgehalten, gebrochen und abgedrängt werden, wenn die differenzierte und prekäre Abstimmung der politischen Form des Gemeinwesens auf ihre ökonomische Basis gestört ist. Diese zeitweise und partielle Störung kann sich dann in krisenhaften Erscheinungen äußern, in diesem Falle in einer „Bildungskrise". Die Bedingungen, die die grundsätzliche Möglichkeit einer „Bildungskrise" zur Wirklichkeit machen, sind in der Analyse eines Stückes Zeitgeschichte, in der jeweiligen historischen Realität empirisch aufzusuchen **).

20] Diese relative Verselbständigung des Staates hat Anlaß gegeben zur Illusion vom „Sozialstaat" als einem Gebilde, das die Interessen aller Gesellschaftsmitglieder zu einem einheitlichen gesellschaftlichen Interesse synthetisiert und selbst Transformationen der ökonomischen Basis im „Interesse aller" vornehmen kann. Die in dieser illusionären Vorstellung liegende Verkehrung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik in der bürgerlichen Gesellschaft ist zu durchschauen, wenn man die einzelnen Momente des Kapitalverhältnisses betrachtet, die diesen falschen Schein hervorbringen.
Die Aneignung von Mehrarbeit erhält in der Form des Lohns die Form des Austausches von Äquivalenten und des Austauschs zwischen Freien und Gleichen. Das spezifische Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, das in der Herrschaft der Produktionsbedingungen über die Produzenten existiert und Abpressung von Mehrarbeit, also gerade nicht Austausch von Äquivalenten, bedeutet, wird durch die Lohnform verschleiert. Dem Staat kommt dabei die Rolle desjenigen zu, der den Austauschprozeß mit Hilfe der in rechtlichen Normen fixierten Gesetze der Freiheit und Gleichheit der Warenzirkulation reguliert. Da er Freiheit und Gleichheit der Warenzirkulation reguliert und aufrechterhält, sieht es so aus, als würde er Freiheit und Gleichheit für alle Menschen durchsetzen. Da es jedoch um Freiheit und Gleichheit bei der Warenzirkulation geht, also Aufrechterhaltung der Bedingungen der kapitalistischen Produktion, ist klar, daß der Staat in Wirklichkeit stets zugleich Abpressung von Mehrarbeit und damit Unfreiheit, Ungleichheit und Unterdrückung der Lohnarbeiter garantiert.

**] Zur Fortsetzung der Arbeit durch einen Aufsatz zur Berufsausbildung vgl. die Vorbemerkung. D. Red.

Entwicklung und Ziele der Irish Republican Army (IRA)

Von Cathal Goulding

Die Auseinandersetzungen um das Weißbuch, das die britische Regierung jüngst zum Nordirland-Problem vorlegte und das von beiden „Flügeln" der IRA abgelehnt wurde, haben erneut die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die republikanische irische Bewegung gelenkt.

Fast nie aber erfährt man die vollständige Wahrheit, wenn Presse, Rundfunk und Fernsehen über Irland oder über die IRA berichten. Bombenlegende Terroristen, Heckenschützen, die von Dachböden auf britische Soldaten schießen, allenfalls noch Leute, die wegen ihrer Gefährlichkeit ohne richterlichen Haftbefehl und ohne Gerichtsverfahren in Gefängnissen und Konzentrationslagern Monate und Jahre festgehalten werden, Männer, die in Dunkelheit und Heimlichkeit gegen Polizei und Briten vorgehen — viel mehr erscheint kaum in den Berichten der Korrespondenten.

Die nachstehenden Ausführungen von Cathal Goulding, dem Chef des Stabes der IRA — basierend auf einem Gespräch zwischen Cathal Goulding und Helga Koppel im Sommer 1972 — geben Aufschlüsse über Wesen und Entwicklung der IRA, über die grundlegenden Unterschiede zwischen den marxistischen Officials (die individuellen Terror wie Bombenwerfen und Heckenschützenüberfälle als unwirksam und konterrevolutionär im allgemeinen ablehnen) und den zahlenmäßig schwächeren nationalistischen Provisionals (die sich in den 60er Jahren absplitterten, als die republikanische Bewegung sich reorganisierte und an sozialistischen Ideen orientierte).

Die Regierungen in London, Belfast und Dublin haben erkannt, daß die revolutionären, marxistisch-republikanischen Kräfte ihren Herrschaftspositionen gefährlich werden können. Sie versuchen, teilweise unter gegenseitiger Absprache und Abstimmung, mittels konventioneller imperialistischer Unterdrückungsmaßnahmen durch Polizei, Justiz und Militär, aber auch durch geheime Unterstützung mit Geld, Waffen und organisatorischer Begünstigung für nationalistische Provisionals-Gruppen von amtlicher Seite in Südirland, die Ausbreitung von Klassenbewußtsein und revolutionärer gesellschaftlicher Kritik unter der irischen werktätigen (oder arbeitslosen) Bevölkerung, gleichgültig ob katholisch, protestantisch oder konfessionslos, anzuhalten und rückgängig zu machen.

Die Ausführungen Cathal Gouldings wurden von Antonius Lind übersetzt. D. Red.

Die Irische Republikanische Armee (IRA) wurde 1914 unter dem Namen „Armee der irischen Republik" gegründet, mit dem Ziel, die Insel von der jahrhundertelangen britischen Herrschaft zu befreien. In ihren Kämpfen ging sie nach einer zum größten Teil von dem sozialistischen Revolutionär James Conolly ausgearbeiteten Strategie vor und zwang unter der Führung von Michael Collins die Engländer, einen unabhängigen irischen Staat zu akzeptieren. Dabei gelang es London allerdings, von den 32 irischen Grafschaften sechs der im nordöstlichen Teil der Insel gelegenen unter britischer Hoheit zu halten. Die IRA kämpfte also weiter: im sogenannten „Tan-War", 1918—1921, dann im Partisanenkrieg gegen die Dreihundertachtunddreißiger 1921—1923, führte mehrere ländliche Kam-

pagnen in Irland durch und die Bombenkampagne in England 1938/39 zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, führte während der Kriegsjahre einen Guerillakrieg in Süd- und Nordirland und begann im Dezember 1956 eine heftige Offensive, die nach anfänglichen Erfolgen 1962 abgebrochen werden mußte.

Innerhalb der Führung der IRA, zu deren Stabschef ich 1962 gewählt wurde, begann sich nun die Erkenntnis durchzusetzen, daß auch weitere Kampagnen fehlschlagen würden, wenn es nicht gelänge, das Volk aktiv am Kampf zu beteiligen. Die IRA, aus historischer Sicht ein Schutzbündnis im militärischen Sinn, hatte sich zu weit vom Daseinskampf und den Alltagsproblemen der gewöhnlichen Leute entfernt, hatte den Kampf um Freiheit zu wenig mit den realen Gegebenheiten verbunden. Um nun auch das Volk am Kampf zu beteiligen, mußte diesem zuvor die Beziehung zwischen dem Imperialismus und seinen eigenen Problemen deutlich gemacht werden. Es mußte erkennen, daß der Imperialismus das Volk seiner Rechte beraubte und daß deswegen gegen ihn gekämpft werden mußte, wie z. B. Arbeiter während eines Streiks kämpfen, wie ein Bauer für sein Land oder ein Fischer um sein Recht zu fischen kämpft. Wir erkannten aber auch, daß die IRA-Führung, um dieses zu erreichen, einer intensiven theoretischen Vorbereitung bedurfte. Dem Volk mußte nämlich auch klargemacht werden, daß es sich nicht um einen religiösen, sondern um einen sozial-nationalen Konflikt handelte. Um dies zu verstehen, muß festgestellt werden, daß Irland weitgehend ein von der Kirche beherrschtes Land ist, das zudem von zwei Konfessionen gespalten wird. Dabei sind in Nordirland sowohl der Katholizismus als auch der Protestantismus als Institutionen noch ausgeprägter als im Süden des Landes. Und jede der Kirchen prägte ihren Mitgliedern Abscheu gegen die „Andersgläubigen" ein. Schon sehr bald, nachdem sie sich als feste Organisationen etabliert hatten, hatten die Kirchen für sich die Kontrolle über die Kindererziehung und nach Konfessionen getrennte Schulen gefordert. So gab es staatliche Schulen für Protestanten und katholische Schulen mit nationalistischem Hintergrund für Katholiken. Und schon den Kindern wurde beigebracht, den jeweils anderen, Katholiken bzw. Protestanten, falsch, unerträglich zu finden, ja zu hassen. Zudem war es das Bestreben der Kirchen, das Eigentum sowie den Status quo zu erhalten, was wohl zum Teil auch durch ihre eigene Klassensituation bedingt war, da die Kirchenführer größtenteils aus dem Großbauerntum, den mittelständischen Familien und den Bankhäusern kamen. Allerdings hatte es auch schon immer einige Kleriker gegeben, die sich mit der nationalen Befreiungsbewegung oder mit der Auflehnung gegen Großgrundbesitzer und Industriebosse identifizierten und solidarisierten. In den meisten Fällen aber gelang es ihrer Kirche, sie wirksam kaltzustellen. Die katholische Kirche versetzte solche Leute z. B. an irgendeinen abgelegenen Ort in Neuschottland, nach den USA oder Kanada oder in die fremden Missionen nach Afrika. Von der protestantischen Kirche wurden sie nach England oder Schottland oder an eine ganz kleine Pfarrei im Süden Irlands geschickt, wo ihre politische Gesinnung für die Kirche keine Gefahr bedeutete. So erging es z. B. Pater Albert und Pater Dominic, die sich etwa von 1919—1921 sehr aktiv mit der nationalen Befreiungsbewegung verbündeten. Sie wurden nach Amerika geschickt und kamen erst zwanzig Jahre später zurück — als Tote. Oder ein anderes Beispiel: Pater Flannagan, der in demselben Zeitraum mit der IRA zusammenarbeitete, wurde dadurch zum Schweigen gebracht, daß man ihn als Priester exkommunizierte. Ihm wurde vorgeworfen, er habe die Menschen dazu verleitet, zu stehlen und fremdes Eigentum zu verletzen. Tatsächlich hatte er von der Kanzel herab die Kleinbauern seines Bezirks aufgefordert, nach dem Gottes-

dienst ihre Torfschaufeln zu holen und unter seiner Führung im Moor Torf zu stechen. Der Grundbesitzer hatte dieses Gebiet nur noch für seine privaten Jagdzwecke, für Fasanenjagd u. ä., nutzen wollen und den Bauern das Torfstechen dort verboten.

Es ging also für die IRA darum, dem Volk, d. h. sowohl Katholiken wie Protestanten, klarzumachen, daß es sich bei dem Freiheitskampf um einen Klassenkampf handelte. Denn solange der Protestantismus mit dem britischen Imperialismus und der Katholizismus mit der Freiheitsbewegung gleichgesetzt wurde, existierte das Problem weiter, das Volk mit einer ihm fremden Ideologie vertraut machen zu müssen. Nach den herkömmlichen Maßstäben war die marxistische Philosophie für den irischen Menschen unchristlich und gottlos und daher für ihn nicht annehmbar. Unser Problem war es also, den Katholiken ebenso wie den Protestanten klarzumachen, daß der Freiheitskampf ein Klassenkampf ist. Wir versuchten deshalb, die Parallele der irischen zur amerikanischen Situation einleuchtend aufzuzeigen: So wie in den USA das Establishment die Schwarzen gegen das weiße Proletariat ausspielte, so waren die irischen Kapitalisten in der Lage, Katholiken gegen Protestanten und umgekehrt ökonomisch auszuspielen. Das hieß, man konnte einem protestantischen Arbeiter auf einer Schiffswerft sagen: Wenn dir die Arbeitsbedingungen hier nicht passen, dann scher dich hinaus; draußen vor dem Tor warten Katholiken, die froh sein werden, die Arbeit hier zu übernehmen. Genauso, wie man in Amerika zu einem besitzlosen weißen Arbeiter sagen konnte: Ein Schwarzer wird deine Arbeit schon übernehmen. Dem weißen Arbeiter in den USA sowie dem irischen Katholiken bzw. Protestanten wurde also eingeredet, daß ihre ökonomische Sicherheit durch den schwarzen bzw. den katholischen oder protestantischen „Mob" bedroht wurde, so wie umgekehrt der „Mob" die „Privilegierten" zu hassen lernte.

Es wurde also das Bewußtsein dafür geweckt, daß sowohl katholische wie protestantische Kirchenführer Teil des imperialistischen Establishments seien. Dabei bemühte man sich darum, aus den Lehren und Forderungen alter irischer Sozialisten und Marxisten wie Wolf Tone, Robert Emers, Fintan Labor, Thompson of Cork, James Conolly jene Elemente ins Bewußtsein zu rücken, die auch heute als Leitlinien zu verwenden waren. Wir wußten, daß manche Leute sagen würden, das Volk solle die Schätze des Landes selbst besitzen, wie das Land, die Industrie, die Fischerei, die Bodenschätze, alles solle dem Volk gehören und zu seinem Besten ausgenützt werden, und das Volk wird sich diese Forderungen zu eigen machen. Man kann dies alles Marxismus nennen, wenn man will. Unsere Aufgabe war es, diese Idee wirksam werden zu lassen, bevor irgendein Etikett ihr aufgesetzt würde. Wir wußten, daß dieses Etikett ein Hindernis bilden würde. Man konnte sich nicht hinstellen und sagen: O lieber Gott, ich bin ein Marxist — das ging einfach nicht. Heute kann man es sagen. Heute kann man sagen: Ich bin Marxist. Ich kann es öffentlich erklären, im Fernsehen, in der Presse, überall. Jetzt, drei Jahre nach einem Interview, in dem das noch nicht möglich war. Jetzt kann ich sagen, daß ich auf dem Boden der Grundsätze der marxistischen Philosophie stehe. Dieser Wechsel kam plötzlich und schnell, man muß aber dabei bedenken, daß es immer noch eine Reihe Leute gibt, die uns innerhalb der Bewegung in dieser Richtung Widerstand leisten.

Anfang der sechziger Jahre standen wir vor einer Situation, die uns zu dem Schluß brachte, daß die Aufgabe, den Sozialismus in Irland zu einer Massenbewegung zu machen, nicht durch die Kommunistische Partei gelöst werden konnte, da diese zu isoliert, zu abhängig, zu ideologisch und theoretisch war.

Ihre Mitglieder saßen in kleinen Gruppen und diskutierten den richtigen Weg zum Sozialismus, setzten sich endlos über die Frage, ob Leninismus, Stalinismus, Trotzkismus, auseinander und zersplitterten sich. So kam sie nie zu aktiver Arbeit mit dem Volk. Dies hing auch mit dem schon erwähnten religiösen Hintergrund des irischen Lebens zusammen: Sozialismus, Marxismus, Kommunismus waren eine böse Sache, die den Menschen von seinem Weg zu Gott ablenkte. Nur von daher ist es zu erklären, daß sich die Kommunistische Partei, deren Mitglieder zum größeren Teil Intellektuelle sowie doktrinäre Sozialisten aus der Arbeiterklasse waren, in Irland nicht zu einer revolutionären Bewegung entwickeln und zu bedeutendem Einfluß auf das irische Volk gelangen konnte. Sie konnte auch niemals in der Öffentlichkeit auftreten oder auch nur ein Parteitreffen unter ihrem Namen „Kommunistische Partei" abhalten.

II

Als die IRA nun daran ging, ihre auf den Marxismus gegründeten Theorien zu entwickeln, stützte sie sich deshalb dabei auf irische revolutionäre marxistische Sozialisten wie Conolly und konnte so ihre Ideen verbreiten und den Leuten erklären, daß der nationale Befreiungskampf Teil des Kampfes für das Land, um die Industrie, um bessere Arbeitsbedingungen war. Mitchell, ein berühmter revolutionärer Führer vor hundert Jahren hat einmal gesagt, daß der Krieg um die nationale Unabhängigkeit nicht zu trennen sei von dem Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und um die Arbeitsbedingungen. Wenn wir diese beiden Dinge zusammenfügen, so ergibt sich, daß der Kampf um die nationale Befreiung nicht zu trennen ist von dem Kampf um Forderungen nach Wohnungen, nach ordentlichen Lebensbedingungen, nach guter Erziehung und nach all den Dingen, die das Volk braucht. Auf diese Weise begründeten wir in dem Bewußtsein des irischen Volkes die Überzeugung, daß das einzige Ziel nach der nationalen Befreiung nur die Hinwendung zum Sozialismus sein könnte. Auf diese Weise konnten wir die Kommunistische Partei mit uns reißen. Deshalb hielten wir eine öffentliche Tagung ab, zu der wir den Sekretär der Kommunistischen Partei einluden, ferner Pater Flannery, einen radikalen Geistlichen, einen Freund von De Valera, Abt eines Dominikanerklosters; dann Pater Sweetman, einen Jesuiten und aktiven radikalen Priester, sowie andere Leute, die keiner revolutionären Bewegung angehörten und nur mit Wohnungsproblemen zu tun hatten, da sie selbst auf Wohnungssuche waren. Wenn dann jemand die Podiumsbesatzung angreifen wollte, so mußte er auch die Priester angreifen. Auf diese Weise, zusammen mit der Nationalen Revolutionären Befreiungsbewegung und den revolutionären Priestern, gelang es uns, die Kommunistische Partei in die Öffentlichkeit zu bringen. Und indem wir den Schwerpunkt auf die sozialen Ziele legten, erreichten wir, daß man sowohl uns als auch die Kommunisten und die Priester damit identifizierte, und die Leute sagen konnten: Wenn auch der Bischof verkündet hat, daß die Kommunisten gegen Gott eingestellt sind und unsere Seelen zu vernichten trachten, so standen doch diese beiden Priester zusammen mit den Kommunisten und den revolutionären Freiheitskämpfern auf einem Podium. Auf diese Weise konnten wir die alten Assoziationen überwinden, und die Leute akzeptierten uns. Dadurch gelang es aber auch, die Einheit der Unionspartei aufzuspalten und einen Konflikt in deren Führungsschicht auszulösen. Leute wie Paisley, Boal und andere mußten sich als Oppositionsführer von der überkommenen Führerschaft der Unionspartei, wie Terence O'Neill, Chichester Clark und Faulkner, abheben und differenzieren, auch wenn es ihnen selbst gar nicht so recht war. So war Paisley während eines Wahlkampfes in

seinem Wahlkreis nunmehr gezwungen, den Leuten zu sagen: Euere Wohnverhältnisse sind natürlich nicht vergleichbar mit den Wohnverhältnissen eines Lord Terence ONeill. Mit anderen Worten, er mußte sich unserer Argumente bedienen, wodurch die Leute dazu gebracht wurden, ihre Wohn- und sanitären Verhältnisse mit anderen zu vergleichen, auch mit denen des Pfarrers Paisley. Dadurch bildete sich allmählich im Volk ein soziales Bewußtsein. Genau das aber hatte das Establishment in Irland nicht zulassen wollen.

Überall, wo es nun in der Folgezeit gelang, die örtlichen Führer der Bewegung für die marxistischen Ideen zu gewinnen, konnte auch gute Agitation in der Bevölkerung getrieben werden. Es gab aber auch eine Reihe von Führern, die die Agitation nicht akzeptierten. Sie hatten sich vor allem in der nationalen Bewegung engagiert und dort viele Verbindungen; manche gehörten aus Familientradition oder aus sentimentalen Gründen dazu. Sie hatten teilweise großen Einfluß in ihrem Bezirk, waren manchmal zu Eigentum oder einträglichen Stellungen gelangt. Sie kümmerten sich nicht um die Ausbeutung des Volkes; alles, was solche Leute wollten, war nur eine andere Landesflagge mit anderen Farben, Soldaten in anderen Uniformen, Polizisten in anderen Uniformen. Die IRA begann nun zunächst, diese lokalen Nationalisten von ihren Ämtern zu entbinden — an manchen Orten warfen die einfachen Mitglieder ihre reaktionären Führer einfach selber hinaus — und schlossen dann die Leute auf der oberen Ebene aus der Bewegung aus. Anschließend setzte eine großangelegte Agitationskampagne ein. Verschiedene Agitationsgruppen wurden gebildet, z. B. für ländliche Agitation, für Haus- und Wohnungsfragen, für Arbeitsplatzprobleme, Arbeitsbedingungen und Lohnfragen.

Die Regierung der 26 Grafschaften, Südirland also, begann über die anlaufende Agitationskampagne nervös zu werden. In den nordirischen 6 Grafschaften dagegen konnten wir diese lokale Propagandawelle über Wohnungs-, Fischerei- und ähnliche Probleme wegen der dort bestehenden repressiven Gesetzgebung nicht in Gang bekommen. Dort mußten wir also anders vorgehen, nach eigener Methode. Unser erstes Ziel war es daher, diese repressive Gesetzgebung zu bekämpfen, aber ebenso, die sektiererische Situation in Nordirland zu ändern. Dazu mußten wir eine besondere Bewegung in Gang setzen, die Bürgerrechtsbewegung. Eine solche Bürgerrechtsbewegung bestand zwar bereits sowohl in Nordirland als auch in Südirland. Deren Anhänger kümmerten sich aber vor allem um die Inhaftierung irgendwelcher Gruppen in der UdSSR, um die Apartheid in Südafrika, um die Kindersterblichkeit in Südamerika und um andere Probleme dieser Art, nur kümmerten sie sich überhaupt nicht um das, was in ihrem eigenen Land vorging. In Irland konnten die schlimmsten Dinge, wie z. B. Mord und Totschlag, straflos geschehen, der protestantische Mob konnte einen Katholiken erschlagen, der katholische Mob einen Zeugen Jehovas, das alles interessierte diese Leute nicht, ebensowenig, daß man für einen Arbeitsplatz ausgewählt werden konnte in Nordirland, weil man Protestant, oder in Südirland, nur weil man Mitglied der Regierungspartei Fianna Fail war.

Der neuralgische Punkt schien uns jedoch bei den Bürgerrechtlern in Nordirland zu liegen, da diese für beide, für die katholischen als auch die protestantischen Arbeiter wichtig waren. Diese litten unter denselben elenden Wohnverhältnissen, ohne Wasser, mit unzureichenden sanitären Anlagen usw. Die Arbeitsplatzsicherheit war für den protestantischen Arbeiter angesichts der Massenarbeitslosigkeit minimal, bei den Gemeindewahlen hatte man ein Stimmrecht nur, wenn man Grundbesitz hatte. So konnte z. B. ein Geschäftsmann oder

ein Besitzer von Mietskasernen in den Slums 6 oder 7 Stimmen haben. Wir glaubten, daß auch die protestantische Arbeiterschaft, die bei den Gemeindewahlen ebenso benachteiligt war, sich unserer Forderung: „Eine Stimme pro Kopf" (one vote for one man) anschließen würde. Dies geschah dann auch. 1963 bildeten wir ein Bündnis mit der Kommunistischen Partei Nordirlands und schlossen uns der Bürgerrechtsbewegung offiziell an. Dort forderten wir sofort eine Generalversammlung, auf der wir bestimmte Aktionsrichtlinien vorschlugen. Dabei wurden wir von einem katholischen Republikaner und einem protestantischen Kommunisten unterstützt. Gegen Schluß waren die alten Führer, Demokraten oder Liberale, so entrüstet vom Verlauf dieser Tagung, daß sie sich größtenteils gar nicht zur Wiederwahl stellten. Wo sie es doch taten, hatten sie keine Chance durchzukommen. Dafür aber wurden in die Gremien der Bürgerrechtsbewegung genügend überzeugte Revolutionäre gewählt, die fest entschlossen waren, diese Bewegung zu einem aktiven Instrument für eine revolutionäre Situation umzugestalten. Wir gingen mit der Parole „Eine Stimme pro Kopf" auf die Straße und erfuhren anfangs wenig Opposition von seiten der Protestanten. Die Idee der Bürgerrechte war aber so attraktiv, daß Gruppen von linken Sektierern, wie extreme Trotzkisten, radikalisierte Studenten und ähnliche, sich uns anschlossen und uns viel Ärger bereiteten. Denn die meisten dieser Studenten kamen aus dem Mittelstand. Sie waren zwar als Studenten Extremisten, Trotzkisten, linke Sozialisten, Kommunisten u. ä., doch sobald sie ihr Studium zu Ende gebracht hatten, wurden sie Geschäftsleute, gingen in andere Berufe und wurden wieder genau so konservativ wie vorher. Das erste, was diese Leute nun organisierten, war der „Burnt-Holland"-Marsch. Dieser Marsch wurde oft als eine Errungenschaft angesehen, wir aber hielten ihn für einen schlechten Dienst an der Sache. Denn wenn diese Märsche in protestantischen Vierteln von den Protestanten mit Gewalt beantwortet wurden und es zu Schlägereien kam, war damit die Einheit der Arbeiterklasse, die sich anbahnte, empfindlich gestört. Die protestantischen Arbeiter betrachteten diesen Marsch dann als etwas, das vom Papst gegen sie organisiert und bezahlt wurde. Es war uns aber gerade zu dieser Zeit gelungen, Kontakte zu einigen radikalen protestantischen Arbeitergruppen herzustellen, beispielsweise durch die Wohnungsagitation, da die Protestanten sich genau so schlecht behandelt fühlten wie die Katholiken. Es gab bereits erste Verbindungen zwischen protestantischen und katholischen Wohnungskomitees, sogar gemeinsame Diskussionen über Wohnungsfragen und gemeinsame Aktionen. Diese Zusammenarbeit war zwar zugegebenermaßen sehr begrenzt, immerhin hatten wir aber in einem Stadtrandteil von Belfast gemeinsame Komitees mit Republikanern oder Revolutionären zusammengestellt, die der Bevölkerung in lokalen Angelegenheiten wie Straßenkreuzungen, Verkehrsampeln, überdachten Bushaltestellen und ähnlichem zur Hand gingen, um ihnen zu zeigen, daß wir, die IRA, auch Menschen waren. Und wir gaben uns jede Mühe, irgendwelche nationalistischen Einflüsse aus diesen Tätigkeiten grundsätzlich herauszuhalten, um jegliche Aufsplitterung zu vermeiden.

Die Bürgerrechtsbewegung hatte eine ganze Reihe Mitglieder, die sehr aktiv in der Gewerkschaftsbewegung tätig waren. Zwar traten sie in der Bürgerrechtsbewegung nur als Einzelpersonen auf, nicht als Gewerkschaftsmitglieder. Wir betrachteten das aber als eine gute Sache, denn unser langfristiges Ziel war es, die Gewerkschaftsbewegung ganz offiziell in die Bürgerrechtsbewegung einzubeziehen. Wir wußten jedoch, wenn Gewerkschafter jetzt schon aktiv in der republikanischen sozialistischen Bewegung auftreten würden, dann wurde

die Masse der Gewerkschaftsmitglieder, die ja stockprotestantisch und probritisch eingestellt war, dies mißbilligen, und dies würde einen Keil zwischen die Gewerkschaftsführung und die Gewerkschaftsmitglieder treiben. Wir gaben uns deshalb alle Mühe, vorerst solche Spaltungstendenzen zu vermeiden und nicht zuzulassen, daß die Gewerkschaftsführungen offiziell in die sozialistischen und republikanischen Bürgerrechtsbewegungen und die IRA hineinkamen, sondern daß nur in gemeinsamen Aktionen gemeinsame Dinge betrieben wurden. Es schien uns sicher, daß es auch in der Unionist Party, der Protestantischen Nordirischen Partei, eine Reihe liberaler Protestanten gab, die einen Rechtsstaat wünschten, in dem sich die Menschen nicht über die gleichen Zustände beklagen mußten, wie sie in den südlichen Staaten der USA herrschen, die für die Katholiken die gleichen Rechte in bezug auf Wohnung usw. forderten, wie sie die Protestanten besitzen, die für sie die Bürgerrechte erstrebten. Gleichzeitig war uns aber klar, daß der harte Kern der Unionist Party keinen Zoll zurückweichen würde und es deshalb zu großen Spannungen innerhalb der Unionistischen Partei kommen mußte, wie es später dann auch tatsächlich geschah. Wir bauten deshalb darauf, daß die Streitigkeiten in der Führung dieser Partei die Arbeiter, die ihr seit Generationen gefolgt waren, verunsichern und diese dann, wenigstens teilweise, den Weg zu uns finden würden.

III

Die Probleme des August 1969 waren keineswegs spontan aufgetreten. Und es war auch ganz und gar nicht so, daß die Masse der protestantischen Arbeiter in Nordirland damals spontan über Katholizismus, Republikanertum und Nationalismus in Wut geraten wäre. Diese Probleme waren vielmehr von der Führerschaft der Unionspartei bewußt geschaffen worden, weil sie sah, daß ihr die Führung über die Masse allmählich entglitt. Sie wußte genau, daß sie ihre Vorherrschaft nur aufrechterhalten konnte, wenn es ihr glückte, die Uneinigkeit innerhalb des Volkes zu erhalten und nationale, religiöse, soziale Unterschiede zu vertiefen. Die Trennungslinien, die die IRA aufzeigte, waren die Klassenunterschiede. Die Union-Party dagegen mußte die Leute dazu bringen, sich weiterhin aus religiösen Gründen zu hassen. Es gelang ihr, eine sektiererisch-protestantische Bewegung ins Leben zu rufen, deren Ziel es war, katholische Wohngebiete zu überfallen. Die Führung wurde sogar von der offiziellen Polizei gestellt, die in Polizeiuniformen daran teilnahm, mit Polizeimannschaftswagen und Polizeiwaffen. Außerdem beteiligten sich an diesen Ausschreitungen auch Polizeireserven, eine Art Polizeipartisanen, in Uniformen und mit Waffen, die von der Regierung gestellt worden waren, diese Leute schossen auch auf Katholiken. In den gemischten Wohngebieten wurden die Häuser der Katholiken überfallen, die Bewohner verjagt, und ein protestantischer Haufen plünderte dann diese Häuser. Das alles führte natürlich dazu, daß die Katholiken einen tiefen Haß auf die Protestanten entwickelten, was wiederum zu Gegenreaktionen bei den Protestanten führte.

Die führende Schicht in Südirland erkannte sehr schnell, daß diese Spaltung in der Bevölkerung Nordirlands hervorragend dazu geeignet wäre, auch Keile in die revolutionäre Bewegung zu treiben. Politiker wie Neill Blaney, Charly Haugkey, Boland, sogar Jack Lynch und die ganze regierende Schicht kamen überein, den Katholiken Nordirlands Waffen zu liefern, unter der Voraussetzung, daß die IRA ihre marxistische Ideologie aufgäbe und wieder ein nationalistisches Gebilde würde wie früher. Die ersten Schritte wurden unternommen. Ein Agent des Geheimdienstes der südirischen Armee nahm Kontakt mit mir persönlich auf,

ebenso Charles Haugkey, ein Bruder des Finanzministers in Dublin. Später kam ein weiterer Bruder des Finanzministers, ein Geistlicher, zu mir. Diese Leute boten mir Geld an und fragten, was für Wünsche wir hätten. Ich erwiderte, daß wir dringend Geld brauchten, um Waffen kaufen zu können. Es wurde ein Treffpunkt in England vereinbart. Ich fuhr nach London und traf im Haus eines Geistlichen den Finanzminister sowie einen Bruder des Ministers Neill Blaney. Sie übergaben mir 2 000 Pfund Sterling. Ich erklärte ihnen, daß wir mindestens 50 000 Pfund Sterling brauchten. Diese Summe wurde mir auch zugesagt. Ich kehrte mit den 2000 Pfund Sterling nach Irland zurück, traf dort wiederum den Agenten des irischen Geheimdienstes, der mir zusicherte, daß wir nunmehr Waffen erhalten und außerdem von der Regierung des Freistaates Irland Geld bekommen könnten. Dasselbe wurde uns von der irischen Armee angeboten. Die einzige Bedingung war, jegliche Agitation und Tätigkeit in Südirland, also im Freistaat Irland, sofort einzustellen. Wir sollten uns von allen kommunistischen Ideen distanzieren, die politische Organisation, die wir aufgebaut hatten, aufgeben und uns nur noch auf den bewaffneten Kampf gegen die britische Armee in Nordirland und für den katholischen Bevölkerungsteil beschränken. Ich gab zur Antwort, daß wir das in Betracht ziehen würden und versuchte, Zeit zu gewinnen, um zunächst die Waffen zu bekommen. Vorerst konnte ich sie vier Wochen lang hinhalten. Während dieser Zeit versuchten sie, mit vier weiteren Agenten in Nordirland Kontakte zu den örtlichen Führern unserer Organisation aufzunehmen, denen sie versprachen, Waffen zu liefern, wenn sie die Verbindung zur Führung der Official IRA abbrechen würden und den bewaffneten Kampf aufnähmen. Goulding, Johnson und die anderen Führer der IRA sollten also ausgeschaltet werden. Sie waren deshalb nach Belfast, Derry, Armagh, Newry und anderen Orten gefahren. Das Großartige war aber, daß die allermeisten der angesprochenen örtlichen Führer der IRA es ablehnten, darauf einzugehen. Daraufhin machten sich diese Agenten an örtliche, nationale, abgesplitterte oder ehemalige Führer der IRA heran — Leute, die vielleicht irgendwann in Haft gewesen waren und nach ihrer Rückkehr keinen Kontakt zu uns mehr aufgenommen hatten — und versuchten, bei ihnen ihr Ziel zu erreichen. Einige sind wohl auch darauf eingegangen. Vereinzelt hatten sie örtlich noch etwas Einfluß. Ebenso machten sich diese Geheimagenten an eine kleine Gruppe von Leuten heran, die noch aktiv war, aber der neuen Richtung feindlich gegenüberstand. Die südirischen Politiker boten diesen Leuten aus unseren Reihen Geld und Waffen und gaben sie ihnen dann auch, worauf sie sich von der Hauptbewegung absplitterten.

Es entstand die Provisional-Bewegung, wir nennen sie Provisional Alliance, die von Politikern der Fianna Fail, ehemaligen Faschisten oder der ehemaligen Blauhemden-Bewegung, vielen mittelständischen Nationalisten, aus unserer Bewegung Ausgeschlossenen, Resten von Reaktionären, die vielleicht bis dahin noch in oder neben der Bewegung verblieben waren, getragen wurde. Mit anderen organisierten Blaney und Haugkey eine Fördererbewegung in Amerika, zu der u. a. der Rechtsanwalt Mike Flannery in New York gehörte.

Diesen traf ich bei meinem Amerikabesuch kurz nach 1969, bei dem er mir viel über seine Kontakte zu der amerikanischen Polizei in New York oder zu irisch-amerikanischen Millionären in den Vereinigten Staaten erzählte, die auch bereit seien, uns durch seine Vermittlung zu unterstützen. Er sprach auch über den Kommunismus in Amerika, über die Art und Weise, wie man die Schwarzen behandelte und daß dadurch eine Destruktion hervorgerufen würde, die es unmöglich machte, den Kommunismus in Vietnam wirksam zu bekämpfen. Mike

Flannery war ein persönlicher Freund von De Valera gewesen und hatte ihn bei jedem Besuch in Irland aufgesucht. Die von ihm erwähnte mögliche Unterstützung seitens der irisch-amerikanischen Millionäre und der Polizei war natürlich an die Bedingung geknüpft, daß wir die marxistisch-kommunistischen Ideen über Bord würfen. Ich zeigte mich interessiert an allem, was er sagte, und gab vor, ich müßte aber erst in Irland mit meinen Leuten darüber sprechen. Ich war natürlich höchst interessiert daran, die Dollars von ihm zu bekommen, und ich wußte, daß die Leute, die hinter ihm standen, nicht gewillt waren, ihr Geld an eine zersplitterte Organisation in Irland zu schicken.

Ende August 1969 versuchten einige Leute, die aus der IRA ausgeschlossen worden oder sonstwie nicht mehr Mitglieder waren, eine Art von Putsch zu arrangieren. Dieser Putsch richtete sich gegen unsere örtliche Führerschaft im Gebiete von Belfast. Als unser regionaler Kommandostab, bestehend aus den Offizieren, die die örtlichen Guerillaeinheiten kommandierten und führten, zu einem Treffen zusammenkommen wollte, wurde dies von einem Beteiligten an die ausgeschlossenen Mitglieder, die diesen Putsch inszenierten, verraten. Diese zwangen unter Morddrohungen die Anwesenden, ihre Bedingungen zur Übernahme der Führung anzunehmen, ergaben sich jedoch in eine Diskussion, in welcher nach langem Hin und Her schließlich einer unserer Leute, Billy McMillan, der vorher schon Kommandant gewesen war, zum Kommandeur gewählt wurde. Zunächst mußte Billy McMillan auf Druck der Leute, die jetzt hinter ihm standen, erklären, daß er jeden Kontakt zu uns abbrechen würde und keine Befehle mehr von unserem Hauptwuartier entgegennähme. Ich traf mich nun heimlich mit Billy McMillan, und wir diskutierten ausführlich die gesamte Situation und kamen zu dem Ergebnis, daß er zunächst, soweit irgend möglich, die Sache weiterbetreiben solle, bis seine Stellung als Kommandeur dieses Bezirks wieder gefestigt sei, insbesondere unter den neuen Leuten. Tausende hatten sich der Bewegung angeschlossen, vor allen Dingen auf der Suche nach Waffen, um sich selbst verteidigen zu können. Unter diesen insbesondere sollte er seine Stellung ausbauen, aber auch dafür sorgen, daß die anderen Offiziere des Stabes ihre Stellung hielten, um die Bewegung unter Kontrolle zu halten. Diesen Status konnten sie auch über etwa 6—7 Monate aufrechterhalten.

Noch im selben Jahr (1969) fand ein Geheimkongreß der IRA in Dublin statt, auf dem es äußerst lebhaft zuging und wo sich eine deutliche Fraktionsbildung abzeichnete: Während die eine Gruppe eine Wiederaufnahme der Kampfinitiative forderte, wollte die andere an einer defensiven Politik und der Notwendigkeit einer politischen Vorbereitung festhalten. Ein Consensus konnte nicht gefunden werden, und es kam zum endgültigen Bruch. Den neuen Flügel, die Befürworter der unmittelbaren Wiederaufnahme des Kampfes, bildeten die „Provisionals", während die „Officials" jenen Flügel der IRA um sich scharten, dessen Mitglieder überzeugte Sozialisten waren. Unter den Führern der Provisionals dagegen, die auch den größten Teil der Waffen mitnahmen, befanden sich viele ehemalige oder aus der Bewegung ausgeschlossene Mitglieder und lokale Führer, die am aktivsten die Entwicklung zum Sozialismus und zur Demokratie bekämpft hatten. An sie floß nun die Unterstützung der mittelständischen Politiker, der Leute wie Flannery in Amerika usw., und binnen weniger Wochen erhielten sie reichlich Waffen, Explosivstoffe und Geld. Das Chaos im Norden sollte erhalten werden, und dazu war der südirischen Regierung jedes Mittel recht. Der Dubliner Finanzminister sagte mir: „Ihr könnt eine katholische Schule in Brand stecken, ihr könnt eine evangelische Schule in Brand stecken."

Die Provisionals griffen diese Anregung wörtlich auf. Ihre Strategie ging und geht dahin, durch das Anheizen und Inganghalten von Konflikten und Auseinandersetzungen zwischen Protestanten und Katholiken die Polizei und die militärischen Verbände zum Eingreifen zu veranlassen. Diese würden dabei überarbeitet und überanstrengt, und es ergäbe sich dadurch die Möglichkeit, militärische Einrichtungen anzugreifen. So sprengten sie protestantische Gasthäuser, Geschäftshäuser, Versammlungsräume in die Luft, und wenn dann Polizei und Militär eingriffen, hatten sie als Heckenschützen die Möglichkeit, Soldaten abzuschießen.

Um zwei oder drei englische Soldaten töten zu können, mußten katholische Arbeiter und protestantische Arbeiter sterben, überhaupt Angehörige der arbeitenden Klasse. Und durch all dies wurden und werden die Konfliktsituationen vertieft und verschärft, die Differenzen erhalten. Die Officials hingegen engagierten sich in der Verteidigung, übten Verteidigungstaktiken, sie lieferten Anfang 1970 der britischen Armee die größte Schlacht seit 1916 in der Falls Road. Die Falls Road war schon immer ein Bollwerk in der Official-Republikanischen Bewegung, und die britischen Imperialisten wußten auch genau, wo ihre größten Feinde waren. Sie gingen nicht in solche Gebiete wie Andersonstown oder Clonard, Bollwerke der Provisionals. Sie kamen in die Falls Road, um die Officials anzugreifen. Sie verwendeten dazu Hubschrauber, veranstalteten Massenverhaftungen und Massendurchsuchungen und schossen auf irische Zivilisten. Die Officials veröffentlichten daraufhin eine Verlautbarung, daß sie für jeden getöteten irischen Zivilisten britische Soldaten erschießen würden. Und sie schossen auf britische Soldaten, wenn auch nicht ganz so häufig wie die Provisionals, da sie nicht deren Taktik anwandten, um das britische Militär herauszulocken. Sie sprengten keine Gasthäuser in die Luft und nahmen an keinen Bombenkampagnen teil.

Als die Internierungen begannen (von der Regierung durch Verordnung als Schutzhaftmaßnahme eingeführt, ohne Haftbefehle, ohne Gerichtsverfahren und auf unbeschränkte Dauer, wie das bereits seit Jahrzehnten immer wieder geschah, und die britischen Soldaten in die katholischen Stadtviertel eindrangen, um, wie sie sagten, die Revolutionäre und die Heckenschützen gefangenzunehmen), da organisierten die Officials die Verteidigung dieser Stadtviertel. Wir taten das in einem viel größeren Umfang, als jemals die Provisionals. So entführten wir z. B. Lastwagen, schwere Lastzüge usw. zum Bau von Barrikaden. Wir beschlagnahmten Lastwagen mit Milch, mit Fleisch, mit Brot, legten Lager von Lebensmitteln an und verteilten sie gerecht unter die Bevölkerung. In manchen dieser Belagerungsperioden hatten viele Leute oft mehr Fleisch zu essen als in normalen Zeiten. Wenn die einzelnen Kampfgruppen auszogen, um Material für den Bau von Barrikaden zu beschaffen, hatten sie genaue Instruktionen. Dadurch, daß Leute wie z. B. Jimmy Sullivan und Dessy O'Hagan in den verschiedenen Straßen- und Stadtviertelkomitees aktiv gewesen und viele andere in den Wohnungs- und Entwicklungshilfekomitees gewesen waren, kannten sie sich in allen Dingen sehr gut aus und waren so viel besser in der Lage, die örtlichen Verteidigungsmaßnahmen zu organisieren, als es die Provisionals je konnten. Die Mitglieder der Officials wurden angewiesen, bei der Verteidigung der Barrikaden keine Gewehre zu benutzen. Wichtig war vor allem, die Masse der Bevölkerung auf die Straßen zu bringen, die die Barrikaden dann mit Steinen, mit benzingefüllten Flaschen u. ä. verteidigen sollten. Die Briten beantworteten diese Methode mit Gasangriffen und Hartgummigeschossen. Für eine abgefeuerte Gewehrkugel hätten sie jedoch mit drei Gewehrkugeln geantwortet.

In solch einem Falle wäre die Masse der Leute geflüchtet, nur noch einige IRA-Männer wären zurückgeblieben, um die Barrikaden zu verteidigen, und dadurch eine leichte Beute der britischen Soldaten geworden. Dies wäre den britischen Soldaten um so lieber gewesen, als sie immer verbreiteten, daß sie nicht auf Frauen und Kinder, sondern nur auf Heckenschützen und Terroristen schossen. An manchen Barrikaden in Ballymurphy, Clonard, in Ballymacarett, auch in der Bogside und in Creggan, griffen die Provisionals zu den Gewehren und schossen auf die Soldaten. Die Menge flüchtete, als die britischen Soldaten zurückschossen, worauf dann auch die Provisionals flüchteten und sich zu einer anderen Barrikade verzogen. An dieser nächsten Barrikade jedoch hatten die Leute in der Menge schon von dem ersten Ereignis gelernt und vertrieben stellenweise die Provisionals einfach mit Steinwürfen.

Im August 1971 lag dann die Strategie der Verteidigung ganz in den Händen der Officials. Aber nach Beseitigung der Barrikaden konnten die Provisionals sich über größere Bezirke hin bewegen, und das Bombenlegen begann erneut. Durch diese Terrorakte wurden die Provisionals in der Öffentlichkeit weitaus bekannter als die Officials.

Bei den Internierungen wurden anfangs mehr Officials als Provisionals verhaftet. In der letzten Internierungsperiode waren es nach Schätzungen der Officials rund 300 Menschen, davon 50 Mitglieder der Official-Bewegung. Die Provisionals schätzten die Zahl ihrer verhafteten Mitglieder auf etwa 12—20. Die übrigen Verhafteten rekrutierten sich aus Angehörigen der Bürgerrechtsbewegungen, Mitgliedern der verschiedenen Bürgerrechtskomitees, der Bezirkskomitees — im wesentlichen also der örtlichen Führerschaft der Bürgerrechtsbewegung. D. h. Militär und Establishment halten es zu mehr als $^2/_3$ auf die örtlichen führenden Leute der Widerstands- und Agitationsbewegungen abgesehen. In der Zeit der Internierungskampagne hatte die Gruppe der Provisionals den geringsten Anteil an Verhafteten überhaupt, litt also am wenigsten unter der Verfolgung. Das zeigt deutlich, daß der britische Imperialismus viel mehr damit beschäftigt war, die Bürgerrechtsbewegung zu unterdrücken und zu vernichten, als das Bombenlegen und Schießen abzuschaffen.

IV

Nachdem aber die Bewegung der Provisionals aktiver geworden war und größeren Zulauf bekommen hatte, ergab es sich von selbst, daß bei den Durchsuchungen und Razzien durch die britischen Truppen wesentlich mehr aktive Provisionals festgenommen wurden als Mitglieder der Official-Bewegung. Die Führung des Kampfes hatte sich inzwischen von der Verteidigungsstrategie der Officials weg in die Hände der Provisionals verlagert. Mit der Wiederaufnahme der Bombenlegerkampagne hatten sich die Truppenaktivitäten auf diese Terrorakte konzentriert, und mithin fielen bei den Aktionen der militärischen Truppen dann wesentlich mehr Angehörige der Provisionals als der Officials in deren Hände, und die Zahl der Gefangenen aus den Reihen der Provisionals stieg stärker an.

Die Kampagnen der Provisionals hatten immer mehr Erfolg. Das lag in folgendem begründet: Wenn der Terrorismus anwächst, denken die einfachen Leute kaum darüber nach, sondern lassen sich von den aktiven Gruppen beeindrucken und kümmern sich nicht um die wesentlichen Ziele der Bewegung. Die einfachen Leute unterstützen einfach das, was als die aktivste Gruppe im Kampf gegen den britischen Imperialismus erscheint. Die Provisionals inszenierten

z. B. einen Bombenanschlag auf ein protestantisches Gasthaus. Die Protestanten würden darüber in Wut geraten, daraus würden wieder neue Angriffe von seiten der Protestanten entstehen. Wenn nun die Protestanten ein katholisches Gasthaus in die Luft jagen, würden die Leute sagen: Die Provisionals haben ja recht, daß sie diese verdammten Lumpen umbringen. Auf diese Weise errangen die Provisionals in den katholischen Gettobezirken größere Unterstützung. Mit anderen Worten gesagt: Als die Bewegung von der Ebene politischer Überlegungen abglitt in die Bereiche von Terrorismus und Emotionen, gerieten die Leute in emotionale Wallung.

In dieser Hinsicht gab es dann auch Kontroversen zwischen den Protestanten und den britischen Behörden. In einer Hinsicht freuten wir uns über diesen Vorgang, da wir schon immer der Auffassung waren, daß die Protestanten in der einen oder anderen Weise in den Kampf gegen das Establishment eingefügt werden müßten. In der Geschichte, auch in der neuesten Geschichte, hatte es hierfür bereits Beispiele gegeben, so 1944 Unruhen im Zusammenhang mit dem Armenunterstützungsgesetz (Poor Law Relief Rights). Wir hatten in den sechziger Jahren in unserer grundlegenden Studie über die revolutionäre soziale Lage diese Vorgänge in jeder Hinsicht geprüft und in unsere Überlegungen einbezogen, da sie uns für eine revolutionäre Bewegung von grundlegender Bedeutung schienen. Es ging um folgendes: Aufgrund des erwähnten Gesetzes wurde an Arme Unterstützung gezahlt, insbesondere wurden Arbeitslose zu öffentlichen Arbeiten, sogenannten Notstandsarbeiten, wie man sie früher in Deutschland bezeichnete, bei niedriger Bezahlung herangezogen. Zu jener Zeit standen die britischen Finanzen auf einem Tiefstand, so daß die Regierung dazu überging, diese sozialen Maßnahmen zu kürzen. Insbesondere die Entlohnung für diese Notstandsarbeiten wurde drastisch herabgesetzt. Das führte zu Unruhen in Belfast, wobei die protestantischen und die katholischen Arbeiter sich solidarisierten und in den Arbeitervierteln gemeinsame Barrikaden errichteten. Sie bewaffneten sich, wobei sie auch noch von den sogenannten B-Specials, der Reservetruppe der nordirischen Polizei, die sich insbesondere aus protestantischen Arbeitern rekrutierte, unterstützt wurden. Für das Establishment war dies ein unerhörter Vorgang, daß sich nämlich anläßlich sozialer Probleme die Arbeiter, protestantischer und katholischer Konfession, zusammengeschlossen hatten und sich ihnen sogar halbstaatliche Institutionen anschlossen, so daß sich die Regierung in Nordirland nur noch auf das britische Militär und die reguläre Polizei verlassen konnte. Unter dem Druck der öffentlichen Empörung aus weiten Kreisen der Bevölkerung sah sich das Establishment gezwungen, die beschlossenen Maßnahmen zur Kürzung der Unterstützungen und Entlohnungen der Notstandarbeiter zu widerrufen. Die Unruhen brachen daraufhin ab, und die katholischen Arbeiter gingen zurück in die Gettos, die protestantischen in ihre Viertel. Anläßlich der nächsten 12. Juli-Parade brachen aber trotzdem die schlimmsten sozialen Unruhen in Belfast aus, die es dort je gegeben hatte. Leider war die republikanische Bewegung zu der Zeit noch nicht genügend geschult, um daraus die nötigen und richtigen Schlüsse und Folgerungen zu ziehen. Das Establishment erkannte jedoch die ungeheuere Gefahr, die in dieser Solidarisierung protestantischer und katholischer Arbeiter und Arbeitsloser lag, und tat alles, um durch sektiererische Strömungen eine Wiederholung der Vorgänge von 1944 zu verhindern.

1969 kamen nun die bekannten politischen und sozialen Probleme wieder an die Oberfläche. Anfang 1970 gab es Barrikaden in der Falls Road, ebenso in Ballymacarret, in Ballymorton, in Creggan, in Bogside und in anderen Bezirken Nord-

irlands. Die Protestanten verlangten den Abbau dieser Barrikaden, andernfalls würden sie ihre Viertel ebenso absperren. Und sie errichteten tatsächlich ihre eigenen, wesentlich größeren, stärkeren Barrikaden als die Katholiken. Das Establishment Nordirlands griff unverzüglich ein und setzte Polizei und britisches Militär gegen die Barrikaden der protestantischen Viertel ein. Hierbei kam es zu Kämpfen, wobei etwa 6 protestantische Zivilisten getötet wurden, ein Polizist wurde von protestantischer Seite erschossen, eine Reihe britischer Soldaten verwundet. Danach schwenkte das Establishment unverzüglich wieder ein, worauf es zu den Bombenattentaten von protestantischer Seite gegen katholische Viertel und zu Bombenattentaten der Provisionals als Vergeltungsmaßnahmen kam. Damit war der alte unheilvolle Kreislauf wieder geschlossen. 1970 konnten wir, gestützt auf Bezirke wie Falls Road und andere, in denen wir besonders stark vertreten waren, den Protestanten, insbesondere den Leuten, die in den Wiederaufbaukomitees tätig waren, Leuten wie Jeany Moore, Vorschläge machen. Bei den Plänen der Regierung für den Wiederaufbau ging es nämlich darum, die gesamten Arbeiterviertel niederzureißen und dafür neue moderne Bauten in großem Stil zu errichten. Dabei verfolgte man aber das Ziel, die alte Trennung von Katholiken und Protestanten weiter zu betreiben, indem man Katholiken und Protestanten je für sich ansiedelte, anstatt eine Vermischung von Arbeitern verschiedener Konfession in den gleichen Vierteln zu ermöglichen. Mit Hilfe dieser Wiedereinrichtung der bisherigen Gettos wollte man sicherstellen, daß das Sektierertum erhalten bliebe und weiter ausgebaut werde.

Wir hatten wegen dieser Probleme ein Komitee in der Falls Road konstituiert und die Protestanten eins in der Shankhill Road. Nach Aufnahme der Kontakte zwischen diesen Komitees und dem Austausch von Informationen stellte sich heraus, daß wir die gleichen Ziele verfolgten. Auf unsere Vorschläge zur Zusammenarbeit antworteten die Protestanten, daß sie zwar im grundsätzlichen die Übereinstimmung in den Zielen sähen, jedoch aufgrund der bestehenden sektiererischen Bestrebungen es noch für verfrüht hielten, sofort zusammenzugehen. Im Prinzip stimmten sie jedoch zu, daß diese Zusammenarbeit anzustreben sei. Es wurde vereinbart, daß die Tätigkeit in den einzelnen Vierteln von den jeweiligen bestehenden Komitees weiter betrieben werden, daß aber insbesondere gleichgestimmte Unternehmungen bei den Corporations (kommunalen Körperschaften) der Gemeindeverwaltungen unternommen werden sollten, und zwar jeweils bei katholischen und protestantischen Gemeindevertretern. Dadurch wurde erreicht, daß bei Sitzungen der Gemeindevertretungen der Corporations sowohl die katholische wie die protestantische Fraktion, veranlaßt durch die entsprechenden Bevölkerungsgruppen, dieselben Vorschläge auf den Tisch legte. Auf diese Weise wurde zum erstenmal seit Jahren Übereinstimmung im Gemeindeparlament erreicht. Diese Art der Aktivität wurde nun vorangetrieben. Die Entwicklung wurde aber leider durch erneute und verstärkte Bombenanschläge gestört und unterbrochen. Unser Ziel ist es nun, diese Bombardierungswelle zu stoppen. Zu Hoffnungen berechtigt die Tatsache, daß unsere Organisation anfängt, wieder zu funktionieren, daß wir in bestimmten Bezirken die Mehrheit besitzen, wie z. B. in dem Gebiet von Markets, einem Teil von Belfast, ebenso in den Lower Falls, einem alten Bollwerk unserer Bewegung, in Clonard, Ardoyne. Wir werden uns weiter um Abbau der Gewaltanwendung und des Terrorismus bemühen, ungeachtet der von behördlicher Seite ergriffenen Maßnahmen, und es bestehen Hoffnungen, daß der bisherigen Zustand allmählich seinem Ende zugehen wird.

Fernseh-Spalte

ELF JAHRE HOLZAMER

Dem „ZDF-Journal" vom 19. März 1973 lag ein 33seitiger Anhang bei: „10 Jahre ZDF-Programm". Soweit es sich nicht um Daten und Anekdötchen handelt, bestimmt penetrantes Eigenlob diese Selbstdarstellung. Intendant Holzamer, der entgegen publizistischem Brauch stets seine akademischen Würden vor den Namen setzt (Prof. Dr.), leitet den Werbekatalog mit einer „zukunftsweisenden" Predigt ein, worin er für die nächsten Jahre „eine vergrößerte Schlagkraft durch verstärkte innere Rationalisierung" propagiert. Die „Schlagkraft" scheint ein Relikt aus jener Zeit zu sein, die der „Mannheimer Morgen" am 13. März 1962 so umschrieb: „Als Angehöriger des fliegenden Personals und als Kriegsberichter machte er verschiedene Feldzüge mit..." Seit 1962 zieht Holzamer nun nicht mehr gegen, sondern für die heile Welt zu Felde. Und kein Ende ist abzusehen. Im oben erwähnten „ZDF-Journal" disponiert er das Programm von morgen genauso, wie er es bereits vorgestern für heute getan hat: „Indem wir aber den Menschen menschliche Hilfe geben (welch ein Deutsch! E. H. W.), müssen wir ihnen auch helfen, sich zu entspannen, müssen wir ihnen einfach Freude machen. Was das ZDF immer ausgezeichnet hat, wird sein Kennzeichen bleiben müssen: Mit der weiten Welt in die Familie hineinzukommen." Das geht so noch etliche Sätze weiter. Fazit: die Verblödung der geliebten ZDF-Bundesgemeinde wird fortgesetzt. In diesem Zusammenhang ist auch von der Konzentration des Programms auf „die Zeit zwischen 19 und 22.30 Uhr" die Rede. Dazu wollte ich schon lange etwas sagen; das gilt allerdings auch für die ARD: diese Zeitfixierung demonstriert betulichsten Provinzialismus. Oft ist bereits kurz nach 22 Uhr Programmschluß. Ich habe mit ein paar Bekannten darüber gesprochen, auch mal mit Fremden, wenn sich eine Gelegenheit bot (darunter ein Mittelschicht-Arbeiter, ein Arzt, ein Busfahrer, Journalisten-Kollegen). Diese Menschen kommen selten vor 22 Uhr zum Fernsehen und Abertausende aus anderen Gruppen (z. B. Kellner, Krankenschwestern, Polizisten) auch nicht.

Doch zum Prinzipiellen: es ist schade, daß ich den Lesern der „Blätter" hier nicht mein „Fernseh"-Notizbuch der sechziger Jahre — speziell auf das ZDF bezogen — präsentieren kann. Wie anders stellt sich da doch die Geschichte des Holzamer-Mediums dar. Was ist es sonst? Man erinnere sich: das ZDF verdankt seine Entstehung der Liquidation der seinerzeit von Adenauer und Schäffer gegründeten „Deutschland-Fernseh-GmbH". Sie wurde im Februar 1961 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Damals war von über 100 Millionen DM Kosten für die Vorproduktion die Rede. Die GmbH entstand aus eigener Machtvollkommenheit Adenauers und Schäffers. Nach dem Urteil „verfassungswidrig" waren diese Millionen somit als Privatschuld der Gründer anzusehen. Nichts geschah, nicht einmal das, was in jeder Demokratie unumgänglich gewesen wäre: eine parlamentarische Untersuchung. Statt dessen kam das Zweite Deutsche Fernsehen in Form einer von allen Bundesländern getragenen Anstalt: getarntes Staatsfernsehen also. Die „Süddeutsche Zeitung" kommentierte am 30./31. März 1963: „Die Empfehlung des Bundesverfassungsgerichtes (Errichtung einer zweiten Fernsehanstalt; E. H. W.) war ein unverhofftes Geschenk für die Ministerpräsidenten der Länder. Sie alle teilten mehr oder weniger offen des Kanzlers (Adenauers) Grimm über die Unabhängigkeit der bestehenden Rundfunkanstalten ..." Vorausgegangen war — seit 1961 — die Intendantensuche für das ZDF, eine problematische Sache, denn dieser Mann sollte Sachverstand und andere fachliche Eignungen haben. Und er mußte „der CDU angehören und katholisch sein". Die letzteren beiden Punkte genügten, und damit begann das Holzamer-Fernsehen: im Zeichen der Mainzelmännchen (lies: Gartenzwerge) und im (bis heute ungebrochenen) Geiste Adenauers. Hier wäre nun der Einfluß des ZDF auf die politische Situation der restaurativen Kanzler-Demokratie der sechziger Jahre, die Meinungsmanipulation von Abermillionen Bundesbürgern, die bis heute anhält, zu erörtern. Aber das ist eine lange und erschreckende Geschichte, über die der Zehnjahres-Prospekt des ZDF keine Auskunft gibt.

E. H. Wahl

Bücher

Zur Funktion der Zentralbanken

Helmut Müller, Die Zentralbank — eine Nebenregierung. Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht als Politiker der Weimarer Republik. Schriften zur politischen Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Bd. 5. Westdeutscher Verlag Opladen 1973, 139 S., 33,— DM.

Zeitungsleser, die ratlos verfolgen, wie die westliche Welt von chronischen Währungskrisen geschüttelt wird, fragen sich bei den Schlagzeilen über riesige Dollarkäufe der Bundesbank immer wieder, ob die Zentralbanken mit ihrer Devisen- und Investitionspolitik, mit Kreditrestriktionen und Diskontsatzveränderungen nicht entscheidenden Einfluß auf Preisstabilität und Vollbeschäftigung, also auf die gesamte wirtschaftliche Situation ausüben und somit auch die politische Entwicklung präjudizieren. Stets von neuem erhebt sich die alte Frage, ob die im Dunkeln agierenden Zentralbanken nicht parlamentarisch unkontrollierbare Nebenregierungen oder gar den Kabinetten übergeordnete Machtzentren sind. Helmut Müller will mit einer historischen Untersuchung zur Beantwortung dieser Frage beitragen. Gestützt auf die einschlägige Literatur (allerdings die DDR-Publikationen übersehend), auf einige Selbstdarstellungen seines Helden sowie auf teils unveröffentlichte Akten (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bundesarchiv Koblenz u. a.), analysiert er die Tätigkeit Schachts (1877—1970) als Reichsbankpräsident der Weimarer Republik (Dezember 1923—März 1930). Dabei geht er auch auf die — längst bekannte — Rolle ein, die Schacht 1930—1933 als Berater und Helfer Hitlers bei der Vorbereitung der faschistischen Diktatur spielte. Dagegen wird nur in einem kurzen Ausblick erwähnt, daß Schacht von 1933 bis 1939 abermals Reichsbankpräsident, von 1934 bzw. 1935 bis 1937 auch Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Wehrwirtschaft war.

Eine solche historische Studie wäre durchaus geeignet, an einige generelle Schlußfolgerungen über die Funktion der Zentralbanken heranzuführen. Dazu müßten die von Schacht repräsentierten Interessengruppen jedoch weitaus differenzierter betrachtet werden, als dies in dem vorliegenden Buch geschieht.

Zutreffend wiederholt Müller zwar verschiedentlich, daß der Weimarer Reichsbankpräsident ein Exponent der „besitzenden Klasse" und folglich im Kampf gegen die republikanischen Regierungen „politisch nicht neutral" war. Doch reichen derartige Feststellungen bei weitem nicht aus, um die in der Nebenregierung tätigen Kräfte zu charakterisieren. Sie erwecken darüber hinaus die Illusion, als hätten die vermeintlich „sozialstaatlichen" Regierungen der parlamentarischen Republik nicht die Interessen der besitzenden Klasse vertreten. Dies um so mehr, als Müller (hier in die Fußstapfen Schachts tretend) schroff zwischen Wirtschaftlern und Politikern unterscheidet, obwohl doch beide — häufig sogar in Personalunion — an der vom Monopolkapital betriebenen Umsetzung ökonomischer Macht in politische Macht beteiligt sind. Vor allem können aber Müllers Feststellungen nicht befriedigen, weil sie Personen (und zwar längst verstorbene und politisch ohnehin diskreditierte Personen) in den Mittelpunkt rücken und damit von der entscheidenden Tatsache ablenken, daß es unter bestimmten (auch heute in der BRD latent vorhandenen) Bedingungen einzelne Bank- und Industriegruppen sind, die sich der Zentralbanken oder anderer staatsmonopolistischer Einrichtungen bedienen, um reaktionäre Entwicklungen einzuleiten und durchzusetzen. Außer seiner Klassenzugehörigkeit bzw. seinem „unsichtbaren Bündnis mit einer mächtigen Industriegruppe" nennt Müller auf S. 38 und S. 103 als Ursachen für Schachts politische Haltung und seine Erfolge dessen Ehrgeiz, seine Vorstellungswelt sowie die rechtliche und historisch-ökonomische Basis der Reichsbank. Werden schon damit wesentliche und unwesentliche Faktoren nebeneinander gestellt, so stiftet der Verfasser durch deren unterschiedliche Behandlung noch mehr Verwirrung. Mögen seine ausführlichen Betrachtungen über Schachts Persönlichkeitsstruktur richtig sein, so erläutert er doch nur ungenügend, warum Machtwillen, Raffinesse, Amoralität usw. in diesem Fall gesellschaftlich relevant wurden. Was die Vorstellungswelt Schachts betrifft, so

schließt sich Müller der absoluten Fehleinschätzung Bergsträssers und Petersons an, daß dieser Wegbereiter des staatsmonopolistischen Kapitalismus ein „im Denken des 19. Jahrhunderts" verwurzeltes „politisches Kind" gewesen sei. Am fundiertesten sind noch Müllers durch zahlreiche Beispiele belegte Ausführungen über die teils „legal" verankerte, teils usurpierte Autonomie der Reichsbank.

Demgegenüber gelangt der Verfasser in der Hauptfrage, nämlich in der Frage nach den Verbindungen Schachts zu großkapitalistischen Interessengruppen, weit hinter bereits vorliegenden Forschungsergebnissen *) zurückbleibend, zu keiner eindeutigen und den demokratischen Kräften dienlichen Aussage. Da er weder zwischen den einzelnen Finanzgruppen („Bankfamilien") noch den Industriellenfraktionen unterscheidet, erscheint der „quallenhafte" Schacht bald als „industriefeindlich", bald als „industriefreundlich" und kann sich, in einem Punkt gegen den Widerstand der Großindustrie kämpfend, in anderen Punkten vollkommen auf die Unterstützung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie verlassen. Hier hätte doch aufgezeigt werden müssen, daß Schacht eine bestimmte (selbstverständlich durch viele Fäden mit anderen, rivalisierenden Gruppen verbundene) Gruppe des deutschen Monopolkapitals vertrat und daß sein Aufstieg, seine Erfolge und Mißerfolge sowie sein schließlicher Sturz davon abhingen, welches Gewicht diese Gruppe in verschiedenen Zeiträumen erlangte, inwieweit sich Schacht mit der Mehrheit dieser Gruppe zum Befürworter diktatorischer Herrschaftsmethoden entwickelte und ob er letztendlich in Grundfragen in Gegensatz zu dieser Gruppe geriet.

Der spätere Reichsbankpräsident begann seine Laufbahn als Journalist einer exportindustriellen Vereinigung, kam dann zur Dresdner Bank und wurde Direktor der Darmstädter und Nationalbank (Danatbank). Diese Bankgruppen, die vor allem mit der exportorientierten Industrie, aber auch mit einigen Montankonzernen (Thyssen) verbunden waren, bestimmten fortan seine Interessen. Schacht wurde zu einer Schlüsselfigur des Kampfes zwischen Dresdner und Danatbank einerseits und Deutscher Bank und Discontogesellschaft andererseits. Nicht zuletzt (obschon keineswegs allein) ging es bei diesem Kampf, von dem Müller lediglich erwähnt, daß Schacht großen Einfluß auf die Außenpolitik gewann, um die Festlegung der künftigen Expansionsrichtung des deutschen Imperialismus. Während die seinerzeit schon durch ihre Bagdadbahnpolitik berüchtigte Deutsche-Bank-Gruppe einen anti-angloamerikanischen Kurs verfolgte, setzten sich Dresdner und Danatbank vorrangig für die Ostexpansion ein. So erklären sich z. B. die von Müller übergangenen Reichsbankinitiativen zur Verhinderung der wirtschaftlichen Sanierung Polens und Rumäniens. Da sich die „Realpolitiker" des ramponierten deutschen Imperialismus zu jener Zeit — man denke nur an Locarno und Genf! — in die Rolle eines amerikanischen Juniorpartners bei einer in letzter Konsequenz antisowjetischen Weltpolitik schickten, konnte Schacht mit seiner Konzeption der amerikanisch-deutschen Interessenverflechtung (Reparationsfrage, Dollarregen, neokolonialistische Pläne, Verbindungen zu Morgan usw.) Erfolge über Erfolge erringen. Völlig unberechtigt konstruiert Müller hier, auf S. 84 die Quellen nicht exakt auswertend, einen Gegensatz zwischen Stresemann und Schacht. Sie wandten zwar, ihren Positionen entsprechend, unterschiedliche Mittel an, verfolgten aber dasselbe Ziel. Als sich entscheidende Kreise der deutschen Großbourgeoisie jedoch wieder stark genug fühlten, den Griff nach der Weltmacht im Alleingang vorzubereiten, mußte Schacht, dessen amerikanische Freunde nach Annahme des Youngplans aus dem Generalrat der Reichsbank ausschieden, zurücktreten. Dresdner und Danatbank erlitten in der Bankenkrise von 1931 Schiffbruch. Schacht blieb aber auf der Bildfläche, weil er die Hinwendung der gesamten herrschenden Klasse zur verschärften Aggression nach innen und außen, in der ersten Reihe stehend, mitmachte und als Einbläser Hitlers zu einem wichtigen Wegbereiter des neuen Krieges wurde. Daß er auch dabei seiner alten Interessengruppe verhaftet blieb, bestätigen u. a. Müllers Ausführungen über den Kampf zwischen

*) Vgl. vor allem Kurt Gossweiler, Großbanken — Industriemonopole — Staat, Berlin (DDR) 1971; sowie die ungedruckte Dissertation desselben Verfassers, Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre, Berlin (DDR) 1963; ferner die ebenfalls ungedruckte Habilitationsschrift von Edith Hoerisch-Ruppel, Die deutschen Monopolisten und ihre Gläubiger 1930/31, Berlin (DDR) 1964.

dem Thyssen-Kirdorf-Stauß- und dem Papen-Silverberg-Flügel, der (was zu ergänzen wäre) um das Wirtschaftsprogramm einer künftigen Hitlerregierung, nicht um das Für oder Wider der Diktatur geführt wurde. Als sich 1936/37 abzeichnete, daß der faschistische deutsche Imperialismus auch einen Zweifrontenkrieg in Kauf zu nehmen bereit war, konnte sich Schacht als Befürworter der amerikanisch-deutschen Interessengemeinschaft nicht mehr halten.

Diese hier nur verkürzt angedeuteten Zusammenhänge nicht aufgedeckt zu haben, ist Müllers Versäumnis. Es wiegt um so schwerer, als die wiederum durch vielfältige staatsmonopolistische Verbindungen und Einrichtungen geförderte Partnerschaft BRD-USA auch gegenwärtig verhängnisvolle innen- und außenpolitische Entwicklungen begünstigt. Wolfgang Ruge

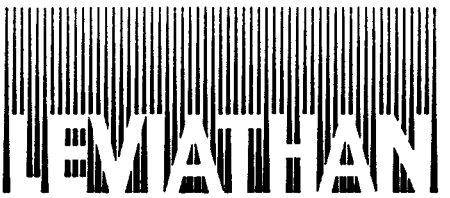
Wehrkunde aus dem Hinterhalt

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Verteidigung + Entspannung = Sicherheit. Texte und Materialien zur Außen- und Sicherheitspolitik. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1973, 127 S.

1971 meinte der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Otto A. Friedrich, in einem Aufruf an Bundeswehr, Bildungswesen und die „Gesamtheit der Gesellschaft": Es müßte nach Mitteln und Wegen gesucht werden, „jungen Menschen überzeugend Sinn, Zweck und Notwendigkeit der Verteidigung und der Erhaltung von Streitkräften deutlich zu machen". Springers „Bild" hatte schon im Februar 1969 geröhrt: „Die Bundeswehr ist die große Erziehungsschule der Nation! Arbeitgeber sind sich einig: Junge Mitarbeiter sind weitaus pflichtbewußter, wenn sie in der Bundeswehr gedient haben."

Jetzt soll wieder „Pflichtbewußtsein" in die Köpfe der zukünftigen Lehrlinge getrimmt werden. Hatte der sozialdemokratische Bundeskanzler bereits 1970 in einem Brief

Das 1. Heft liegt jetzt vor:



Zeitschrift für Sozialwissenschaft

Herausgeber:	**Klaus Horn, Claus Koch, Wolf-Dieter Narr, Claus Offe, Dieter Senghaas, Winfried Vogt**
Redaktion:	Claus Koch
Erscheinungsweise:	vierteljährlich
Umfang:	je Heft 144 Seiten
Format:	15,5 × 22,6 cm
Bezugspreise:	Normalabonnem. **DM 40,– jährlich** Studentenabonnem. **DM 30,– jährlich** Einzelpreis **DM 12,–** (jeweils zuzüglich Porto)

Diese neue Zeitschrift behandelt die Hauptprobleme der heutigen sozialwissenschaftlichen Diskussion: Staat und Planung, Wachstum und Infrastruktur, Arbeitsökonomie und technischer Fortschritt, Bürokratie und Technokratie. Mit interdisziplinärer Zielsetzung vertreten die sechs Herausgeber von der politischen Wissenschaft und der Nationalökonomie bis zur Soziologie und Sozialpsychologie die wichtigsten sozialwissenschaftlichen Einzeldisziplinen.

Fordern Sie unseren ausführlichen Prospekt an: 4 Düsseldorf, Postfach 15 07. Bestellungen bitte an Ihre Buchhandlung oder direkt an den Verlag.

BERTELSMANN UNIVERSITÄTS-VERLAG

an die Länderministerpräsidenten gefordert, daß die Schule auch in Zukunft Militärschule zu sein habe und bei „dem jungen Menschen Verständnis geweckt werden muß für die Notwendigkeit der Verteidigung", so wurde jetzt auch vom Presse- und Informationsamt ein gutes Stück dazu beigetragen, die Unterrichtsstunden in bundesdeutschen Schulen mit militärischem „Pflichtbewußtsein" anzureichern.

In einer Auflagenhöhe von 50 000 Exemplaren ließ das Bundesamt ein 127 Seiten starkes Buch drucken, das als „Lebenshilfe und Handreichung für den Lehrer" gelten soll. Die Broschüre wird kostenlos an Pädagogen verschickt, die in der Bundesrepublik in Sozial- oder Staatsbürgerkunde oder in Geschichte unterrichten. Nach massiven Protesten vieler politischer Jugendorganisationen, Gewerkschaften und Parteigliederungen von SPD, FDP und DKP kann das Unterfangen, den politischen Unterricht durch dieses „Wehrkunde"-Lehrbuch zu beeinflussen, nur als eine Art „Strategie des zweiten Weges" gesehen werden, den Fachbereich „Landesverteidigung" einzuführen.

Im vergangenen Jahr stellte etwa jeder zwölfte Wehrpflichtige einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer. Diese für die „Wehrbereitschaft" bedrohliche Entwicklung mußte nach Ansicht von Verteidigungsminister Leber gebremst werden, der das im Grundgesetz als unumstößliches Grundrecht verankerte Prinzip der Kriegsdienstverweigerung als „Ausnahmerecht" hinstellen wollte. Die jetzt herausgegebene Lehrerbroschüre mit dem Untertitel „Texte und Materialien zur Außen- und Sicherheitspolitik" soll verstärkt dazu beitragen.

Verfasser des „Wehrkunde"-Buches ist der Major der Reserve Günter Walpuski. Schon in der Einleitung wird er sehr deutlich über die Absichten, die hinter dem Eingriff in Lehrinhalte durch das Bundespresseamt stehen: „Der Schüler muß darauf vorbereitet werden, sich ... begründet äußern zu können ... zu den kurz- und mittelfristig zu treffenden Entscheidungen im Rahmen der Erhaltung ausreichender militärischer Sicherheit." Und wer die „Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit" verneint, ist nach Ansicht des Majors d. R. einer, der „an den Zukunftsproblemen der Menschheit vorbeisehen will". Darum soll durch das gelbe Buch ein „Vermitteln von Informationen als Entscheidungshilfen" erfolgen, damit jeder junge Staatsbürger ein Mensch wird, der nicht an den Zukunftsproblemen der Menschheit vorbeisehen will und sich möglichst freiwillig zur „Verteidigungsbereitschaft" verpflichtet. Auch sollen die „Schüler zugleich eingeführt werden in ... das Anfordern von speziellen Materialien bei bestimmten Institutionen", deren Adressen im Anhang verzeichnet sind. Als „Lebens- und Entscheidungshilfe" werden hier die Adressen von sämtlichen Jugendoffizieren der Bundeswehr angeboten. Außerdem ist eine große Anzahl verschiedener militärischer Behörden genannt, bei denen man sich nach dem rechten Weg zum Glück erkundigen kann. Nur zwei Adressen weisen auf Organisationen von Kriegsdienstverweigerern hin — es wäre zu auffällig gewesen, die auch noch wegzulassen.

Das Buch ist in fünf Lektionen gegliedert, die sich mit der „außen- und sicherheitspolitischen Entwicklung" in Europa befassen und auch den Themenkreis „Friedensforschung" streifen. Zwar kommt kein einziger kritischer Wissenschaftler zu Wort, dafür wird aber im sehr umfangreichen Anhang beispielsweise die „Erweiterung des sowjetischen Machtbereichs" bis 1948 dokumentiert. Eine anschauliche Grafik zeigt die Gebiete, die „von der Sowjetunion kontrolliert" werden, und meint damit auch „Polen (einschließlich der unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Gebiete)" und die „Sowjetische Besatzungszone Deutschlands". Vom Warschauer Vertrag scheint Major Walpuski noch nichts gehört zu haben.

In der nächsten Lektion geht der Verfasser auch auf die Kriegsdienstverweigerung ein und behauptet: „Auf keinen Fall darf eine so schwerwiegende Konfliktsituation ohne sorgfältige Beurteilung der gegensätzlichen Positionen gelöst werden. Nur wer diese Voraussetzungen erfüllt, kann für sich das Recht einer freien Gewissensentscheidung in Anspruch nehmen." Mit anderen Worten: Wer den Kriegsdienst verweigern will, der muß sich erst einmal der Bundeswehr-Propaganda unterwerfen. Hier wird ein Grundrecht unserer Verfassung über den Haufen geworfen; denn erstens

gilt Artikel 3 Absatz 4 des Grundgesetzes für jeden Bundesbürger ohne Einschränkung und ohne Auflage zur Erfüllung bestimmter Bedingungen, wie sie der Major aufstellt. Zweitens ist wohl auch die Frage zu stellen, ob nicht die Entscheidung, Wehrdienst zu leisten, also Maschinen zu bedienen, die Mitmenschen töten sollen, viel eher mit der Voraussetzung der gründlichen Information vor allen Dingen auch pazifistischer Positionen verbunden werden muß.

Einige Beispiele mögen genügen, um darzulegen, daß durch die Verbreitung dieser Broschüre — entgegen den Beteuerungen sowohl von der Regierung als auch vom Verfasser selbst — massiv Einfluß genommen werden soll auf den politischen Unterricht in der Bundesrepublik. Das Buch vermittelt einseitige Standpunkte von seiten der Militärs und Rüstungsstrategen. Es ist für keinen jungen Staatsbürger eine „Lebens- und Entscheidungshilfe", arbeitet mit der Taktik des Totschweigens (beispielsweise der Bemühungen der sozialistischen Staaten um einen Abbau der beiden Militärblöcke) und der Manipulation durch Angabe einseitiger Lektüre. Das Buch ist der erste militärische Vorstoß nach Einführung der „Jugendoffiziere" in bundesdeutsche Klassenzimmer. Der Anfang zur Einführung von „Wehrkundeunterricht" wurde durch die Hintertür versucht. Wie diese Entwicklung weitergeht, wird auch davon abhängen, ob sich die Lehrer, die mit dieser Propaganda bombardiert wurden, davon beeinflussen lassen oder aber gemeinsam gegen die Beschränkung der Lehrfreiheit durch „Entscheidungshilfen" von einem Major der Reserve vorgehen werden.

Fazit: Steuergelder in Höhe von über 200 000 Mark sind wieder einmal für die Aufrüstung verwendet worden, ohne daß der Betrag im Rüstungsetat erscheinen wird.

Ulf Stuberger

„Verteidigung"

Emil Obermann (Hrsg.), Verteidigung: Idee, Gesellschaft, Weltstrategie, Bundeswehr. Ein Handbuch. Stuttgarter Verlagskontor, 892 S., 36,— DM.

„Die Diskussion über Fragen der Landesverteidigung wird von Jugendlichen oft noch mit unpolitischen Argumenten emotional geführt", heißt es auf einem dem Buch beiliegenden Waschzettel. Das als Nachschlagewerk konzipierte Handbuch soll vor allem Pädagogen bei der Aufgabe helfen, „die häufig vernachlässigte Sicherheitspolitik im Rahmen der politischen Bildung ausführlicher und wirkungsvoller zu behandeln". Und um auch maximale Effektivität erzielen zu können — auch das ist dem Waschzettel zu entnehmen —, hat das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung den größten Teil der Auflage aufgekauft, um ihn an die betreffenden Fachlehrer sowie an in Frage kommende Arbeitskreise (schulischer oder hochschulischer Art) weiterzureichen — kostenlos. Selbstverständlich wird man diesen breitangelegten Versuch der Reaktivierung des Verteidigungsgedankens unter Oberschülern im Kontext mit den weitergehenden Bemühungen auf diesem Gebiet sehen müssen; nach einschlägigen Äußerungen des Verteidigungsministers hatte ja auch Brandt am 26. März 1971 vor dem Bundestag erklärt: „Wir müssen mit Sorge die innere Abwendung eines Teils der heranwachsenden Generation von den Pflichten sehen, die ihnen von Staat und Gesellschaft abverlangt werden... Wir müssen denjenigen entgegentreten, die das unbestrittene Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu ganz anderen Zwecken ausnutzen." So unbestritten, wie dieses Recht hier ausgegeben wird, war es ja eigentlich nur, als nur wenige es reklamierten; seit Kriegsdienstverweigerung zu einer „Massenbewegung" geworden ist, spricht man von „besorgniserregender" und „bedenklicher" Zunahme der Kriegsdienstverweigerer, ganz abgesehen von den konkreten Drohungen für Ersatzdienstleistende, wie sie Herr Iven und seinesgleichen ausgesprochen haben.

Zunächst etwas zur Sprache der „Studie": sie hat eine stark bipolare Tendenz, d. h. wertbeladene Begriffe und Vokabeln dienen in ihrer negativen Wertung zur Kennzeichnung östlicher Verhältnisse und positive zur Kennzeichnung westlicher. So lautet die Überschrift eines Kapitels einmal: „Nationale Volksarmee und die Militärpolitik der SED", zum anderen: „Die Sicherheits- und Friedenspolitik der BRD"; das enthält insofern eine doppelte Manipula-

lichen Intentionen solche Vergleiche erarbeitet: erinnert sei hier einmal an die regierungsoffiziellen Materialien zur Lage der Nation 1971 und 1972 und dann auch an den Band „BRD—DDR", der Aufsätze von Sozialwissenschaftlern aus der Umgebung von Wolfgang Abendroth versammelte.

Waterkamp nun stützt sich ziemlich wahllos auf alles, was zu diesem Thema bereits erschienen ist, vermengt es zu einem Brei von Aussagen und Wertungen, die insgesamt dazu dienen sollen, den kommenden Sieg „technischer Rationalität" über hüben wie drüben noch vorhandene Ideologien zu beweisen. In drei Kapiteln, Wandlungen der Wirtschaftsstruktur, des Herrschaftssystems und der Erwerbsstruktur, wirft er Schlaglichter auf einzelne Teile der Gesellschaften und konstatiert ihre Konvergenz. Seine theoretischen Gewährsleute sind dabei vor allem Marcuse, Galbraith, de Closets.

Trotz der Atemlosigkeit, mit der Waterkamp diesen „Systemvergleich" kompiliert hat: das Ergebnis vermittelt den Eindruck, daß er damit doch wohl zu spät gekommen ist. W. B.

*

Lehrbuch Politische Ökonomie. Vorsozialistische Produktionsweisen. Verlag Marxistischer Blätter, Frankfurt 1972, 672 S., 14,50 DM.

Dieses 1970 in russischer Sprache erschienene Werk bietet in allgemeinverständlicher Sprache, in vorzüglicher Aufmachung und zu einem erfreulich niedrigen Preis ein Kompendium der politischen Ökonomie aus marxistischer Sicht. Es behandelt im Einleitungskapitel Gegenstand und Methode der politischen Ökonomie und stellt dann die Produktionsweisen von der Urgemeinschaft über die Sklavenhalterordnung und die Feudalgesellschaft bis zum Kapitalismus dar. Die Untersuchung über den Kapitalismus nimmt fünf Sechstel des Buches in Anspruch. Sie beginnt mit den allgemeinen Grundlagen des Kapitalismus und entwikkelt auf dieser Basis die neuen Tendenzen, die sich durch den Übergang zum Monopolkapitalismus und dann zum staatsmonopolistischen Kapitalismus ergeben haben.

Diese Kollektivarbeit sowjetischer Autoren ist als Einführung in die politische Ökonomie gut geeignet. Auf Belege wurde weitgehend verzichtet, was zwar dem Lehrbuchcharakter entspricht, die wissenschaftliche Benutzbarkeit aber einschränkt. Die Differenziertheit der Argumentation, wie sie z. B. die Untersuchung von Wygodski „Der gegenwärtige Kapitalismus" charakterisiert, kann in einem solchen Lehrbuch natürlich nicht erreicht werden. Es gibt Elemente eines mechanistisch verstandenen Materialismus. (Ein besonders extremes Beispiel: „Die von Karl Marx theoretisch nachgewiesene Unvermeidbarkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus" wird im nächsten Absatz konkretisiert zu der Aussage: „Der Kapitalismus steht unmittelbar vor seinem endgültigen Untergang"; S. 275). Doch solche Elemente sind selten. Insgesamt überzeugt das Buch durch präzise, übersichtliche, relativ leicht verständliche und immer am konkreten historischen Material orientierte Darstellung.

R. K.

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Innenpolitik der BRD

Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1972, 710 S., 68,— DM.

Harold D. Hurwitz, Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945—1949. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1972, 455 S., 48,— DM.

Heinz-Dietrich Fischer, Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. Schünemann-Universitätsverlag, Bremen 1971, Studien zur Publizistik, Bd. 15, 600 S., 48,— DM.

Carlos Ossorio-Capella, Der Zeitungsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland. Athenäum-Verlag, Frankfurt/M. 1972, 356 S., 24,— DM.

Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1973, 597 S., 29,80 DM.

Verfassungspolitischer Immobilismus in der Bundesrepublik? Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Jahrbuch 1972, Teil 2. Carl Heymanns Verlag, Köln 1972, 139 S., 29,90 DM.

Wolfgang Wagner, Die Bundespräsidentenwahl 1959. Matthias-Grünewald-Verlag, Mainz 1972, Adenauer-Studien, Bd. 2, 99 S., 19,80 DM.

Außenpolitik der BRD

Außenpolitische Persektiven des westdeutschen Staates, Bd. 1: Das Ende des Provisoriums, Bd. 2: Das Vordringen neuer Kräfte, Bd. 3: Der Zwang zur Partnerschaft. R. Oldenbourg Verlag, München 1971/72, Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn, Bd. 30, zus. 729 S., 90,— DM.

Claudia v. Braunmühl, Kalter Krieg und friedliche Koexistenz. Die Außenpolitik der SPD in der Großen Koalition. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1973, Edition Suhrkamp, Bd. 625, 161 S., 5,— DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Faschismus und Widerstand 1933—1945. Ein Verzeichnis deutschsprachiger Literatur, bearbeitet von Ursel Hochmuth, Röderberg-Verlag, Frankfurt/M. 1973, Bibliothek des Widerstands, 197 S., 14,— DM.

Peter Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1973, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 25, 224 S., 14,— DM.

Carl v. Clausewitz, Vom Kriege. Hrsg. und eingeleitet von Werner Hahlweg, Ferd. Dümmlers Verlag, Bonn 1973, 18. Aufl., 1312 S., 86,— DM.

Imanuel Geiss / Bernd Jürgen Wendt (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1973, 594 S., 38,— DM. — Festschrift für den Hamburger Historiker Fritz Fischer zu seinem 65. Geburtstag.

Charles Bloch, Die Dritte Französische Republik. Entwicklung und Kampf einer parlamentarischen Demokratie (1870—1940). K. F. Koehler Verlag, Stuttgart 1972, 579 S., 32,— DM.

Jacques Duclos, Memoiren I 1896—1939. Dietz Verlag, Berlin (DDR) 1972, 758 S., 13,50 DM.

Henning Storek, Dirigierte Öffentlichkeit. Die Zeitung als Herrschaftsmittel in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Regierung. Westdeutscher Verlag, Opladen 1972, 156 S., ca. 30,— DM.

Recht

Martin Sattler (Hrsg.), Staat und Recht. Die deutsche Staatslehre im 19. und 20. Jahrhundert. List-Verlag, München 1972, List Taschenbücher der Wissenschaft, 208 S., 8,80 DM.

Ernst-Wolfgang Böckenförde (Hrsg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815—1918). Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1972, Neue Wissenschaftliche Bibliothek 51, 502 S., 28,— DM.

Wilfried Fiedler, Sozialer Wandel, Verfassungswandel, Rechtsprechung. Verlag Karl Alber, Freiburg/München 1972, 119 S., 18,— DM.

gilt Artikel 3 Absatz 4 des Grundgesetzes für jeden Bundesbürger ohne Einschränkung und ohne Auflage zur Erfüllung bestimmter Bedingungen, wie sie der Major aufstellt. Zweitens ist wohl auch die Frage zu stellen, ob nicht die Entscheidung, Wehrdienst zu leisten, also Maschinen zu bedienen, die Mitmenschen töten sollen, viel eher mit der Voraussetzung der gründlichen Information vor allen Dingen auch pazifistischer Positionen verbunden werden muß.

Einige Beispiele mögen genügen, um darzulegen, daß durch die Verbreitung dieser Broschüre — entgegen den Beteuerungen sowohl von der Regierung als auch vom Verfasser selbst — massiv Einfluß genommen werden soll auf den politischen Unterricht in der Bundesrepublik. Das Buch vermittelt einseitige Standpunkte von seiten der Militärs und Rüstungsstrategen. Es ist für keinen jungen Staatsbürger eine „Lebens- und Entscheidungshilfe", arbeitet mit der Taktik des Totschweigens (beispielsweise der Bemühungen der sozialistischen Staaten um einen Abbau der beiden Militärblöcke) und der Manipulation durch Angabe einseitiger Lektüre. Das Buch ist der erste militärische Vorstoß nach Einführung der „Jugendoffiziere" in bundesdeutsche Klassenzimmer. Der Anfang zur Einführung von „Wehrkundeunterricht" wurde durch die Hintertür versucht. Wie diese Entwicklung weitergeht, wird auch davon abhängen, ob sich die Lehrer, die mit dieser Propaganda bombardiert wurden, davon beeinflussen lassen oder aber gemeinsam gegen die Beschränkung der Lehrfreiheit durch „Entscheidungshilfen" von einem Major der Reserve vorgehen werden.

Fazit: Steuergelder in Höhe von über 200 000 Mark sind wieder einmal für die Aufrüstung verwendet worden, ohne daß der Betrag im Rüstungsetat erscheinen wird.

Ulf Stuberger

„Verteidigung"

Emil Obermann (Hrsg.), Verteidigung: Idee, Gesellschaft, Weltstrategie, Bundeswehr. Ein Handbuch. Stuttgarter Verlagskontor, 892 S., 36,— DM.

„Die Diskussion über Fragen der Landesverteidigung wird von Jugendlichen oft noch mit unpolitischen Argumenten emotional geführt", heißt es auf einem dem Buch beiliegenden Waschzettel. Das als Nachschlagewerk konzipierte Handbuch soll vor allem Pädagogen bei der Aufgabe helfen, „die häufig vernachlässigte Sicherheitspolitik im Rahmen der politischen Bildung ausführlicher und wirkungsvoller zu behandeln". Und um auch maximale Effektivität erzielen zu können — auch das ist dem Waschzettel zu entnehmen —, hat das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung den größten Teil der Auflage aufgekauft, um ihn an die betreffenden Fachlehrer sowie an in Frage kommende Arbeitskreise (schulischer oder hochschulischer Art) weiterzureichen — kostenlos. Selbstverständlich wird man diesen breitangelegten Versuch der Reaktivierung des Verteidigungsgedankens unter Oberschülern im Kontext mit den weitergehenden Bemühungen auf diesem Gebiet sehen müssen; nach einschlägigen Äußerungen des Verteidigungsministers hatte ja auch Brandt am 26. März 1971 vor dem Bundestag erklärt: „Wir müssen mit Sorge die innere Abwendung eines Teils der heranwachsenden Generation von den Pflichten sehen, die ihnen von Staat und Gesellschaft abverlangt werden... Wir müssen denjenigen entgegentreten, die das unbestrittene Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu ganz anderen Zwecken ausnutzen." So unbestritten, wie dieses Recht hier ausgegeben wird, war es ja eigentlich nur, als nur wenige es reklamierten; seit Kriegsdienstverweigerung zu einer „Massenbewegung" geworden ist, spricht man von „besorgniserregender" und „bedenklicher" Zunahme der Kriegsdienstverweigerer, ganz abgesehen von den konkreten Drohungen für Ersatzdienstleistende, wie sie Herr Iven und seinesgleichen ausgesprochen haben.

Zunächst etwas zur Sprache der „Studie": sie hat eine stark bipolare Tendenz, d. h. wertbeladene Begriffe und Vokabeln dienen in ihrer negativen Wertung zur Kennzeichnung östlicher Verhältnisse und positive zur Kennzeichnung westlicher. So lautet die Überschrift eines Kapitels einmal: „Nationale Volksarmee und die Militärpolitik der SED", zum anderen: „Die Sicherheits- und Friedenspolitik der BRD"; das enthält insofern eine doppelte Manipula-

tion, als einmal die DDR-Militärpolitik als aggressiv gekennzeichnet wird und die der BRD als defensiv, zum anderen suggeriert die Verwendung des Namens SED die monolithisch gedachte „Willensbildung", während BRD die „pluralistischen" Aspekte westlicher Demokratien meint, bzw. das, was sich die Verfasser darunter vorstellen. Wo Fragestellungen formuliert werden, geschieht das in einer nur scheinbar selbstverunsichernden Weise. Das Infragestellen ist nicht wissenschaftlicher, sondern ideologischer Art und geschieht nicht im Sinne einer Offenheit für alle möglichen Ergebnisse, sondern präformiert ein jeweils schon vorherrschendes Verständnis.

Zur Kritik des Inhalts: Gegen die Existenz einer einheitlichen westlichen Ideologie der Freiheit und Demokratie werden zwei Einwände erhoben: „Der erste geht von der unbewiesenen und auch schwer beweisbaren These aus, die Kraft der freien Welt liege gerade darin, daß sie nicht eine bestimmte Idee vertrete, sondern für alle Ideen ständig offen sei. Daraus folgert man, der Sinngehalt der pluralistischen Welt des Westens sei dann gefährdet, wenn einer bestimmten Idee — selbst wenn es die der Freiheit wäre — ein absoluter Vorrang zugemessen und ihr alle anderen Ideen und Werte untergeordnet würden." Der zweite Einwand gegen den Versuch einer Bestimmung dessen, wofür die freien Völker einstehen, kommt aus der entgegengesetzten Richtung, nämlich von seiten der Ideologen, und zielt auf nichts anderes als auf eine „Ideologie der freien Welt". Die geistigen Werte der „freien Welt" seien solange ein unbrauchbares Rüstzeug in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, als sie nicht zu einer in sich geschlossenen, übergreifenden Ideologie verbunden und verdichtet werden. Denn was vermöchten schon Ideen und Werte, so sinnvoll sie im einzelnen auch seien, gegen eine dialektisch fundierte politische Ideologie wie die marxistisch-leninistische des Sowjet-Kommunismus oder gar gegen die Revolutionslehren Mao Tse-tungs" (S. 1—3)?

Wenn es nun, nach dieser Studie zu schließen, keine negativen Werte gibt, so wird man gespannt sein dürfen, was für die westliche Welt als konstituierend gelten darf: „Am ehesten lassen sich aus unserem privaten, gesellschaftlichen und öffentlichen Leben die Ideen und Werte ableiten, die sozusagen zum geistigen Koordinatensystem der freien Welt gehören." Und als ob ein Kolle die Feder geführt hätte, heißt es: „Die Freiheit ist dem geheimnisvollen Grund der Person so sehr verhaftet, daß eine erschöpfende Definition eine vollständige Enthüllung des menschlichen Geheimnisses bedeuten müßte" (S. 5). So kann man also aus der sozialen Größe Individuum einen Tummelplatz vager Spekulationen machen und zugleich jeden argumentativen Zugriff vereiteln wollen, indem man sich auf ein Numinosum zurückzieht. Doch selbstverständlich müssen in einer Demokratie auch Maßnahmen zum Schutz des Gemeinwesens ergriffen werden, und „lediglich Gründe des Staatsschutzes rechtfertigen das Abhören von Telefongesprächen bei hinreichendem Verdacht" (S. 8). Mit Brecht möchte man hinzufügen: und sei es der Verdacht, daß Verdacht besteht. Und aufschlußreich ist vor allem der nächste Satz, der verrät, von wem solche Bedrohung der Privatsphäre ausgeht: von der Technik! Und: „Wenn der Staat vom einzelnen Opfer verlangt, wenn er seine Freiheit einschränkt, dann nur im Hinblick auf die anderen Einzelmenschen, nicht aber im Namen einer Gesellschaftsdoktrin oder einer nationalen oder rassischen Ideologie", sprich „Darwinismus (!), Marxismus, Nationalismus"

„Die Gegner unserer Wert- und Lebensordnung versuchen, uns mit der Einrede zu verwirren, das vermeintliche Freiheitsbewußtsein sei nichts als eine Illusion und Selbsttäuschung, und zynisch (!) fragen sie, ob sich die Freiheit denn beweisen lasse. Natürlich kann man sie nicht in der Art eines chemischen Experimentes nachweisen, aber bedarf etwas, das durch sich selbst einsichtig und wirklich ist, noch eines Beweises" (S. 14)? Nein, geschenkt! Kriminell aber wird es, wenn die APO als „Avantgarde neuer Herrenmenschen" apostrophiert wird, der man indessen milde begegnen müsse: „Aber selbst wenn diese, aus den Lehren Herbert Marcuses, Che Guevaras, Mao Tse-tungs und Sigmund Freuds genährten Emotionen (!) endgültig zum gewalttätigen Kampf gegen die bestehende Ordnung führen sollten, so wäre es unter keinen Umständen ein Gebot praktischer Vernunft, gegen die Neue Linke mit den Mitteln totaler staatlicher Repression einzuschreiten. Die Neue Linke hat das Pathos der Überzeugung und den Purismus des Gewissens auf ihrer Seite" (S. 16).

Die nachfolgenden Kapitel widmen sich der Darstellung der militärischen Kräfteverhältnisse; es bedarf nach den dargebotenen Zitaten sicher keiner weiteren Beweise, daß die Aggressionspfeile der Schaubilder stets im Ostblock ihren Ursprung haben und in den Westen zielen. Das quasi offizielle Handbuch Obermanns zeigt endlich einmal sehr deutlich, wie selbstmörderisch die „Verteidigungs"-Konzeption der Bundesrepublik ist. Wenn Fragen der Sicherheit, wie hier, nur noch unter militärischen Aspekten erörtert werden können, dann, scheint mir, hat man während der langen Periode des Kalten Krieges ein menschliches Denken verlernt. Für jemanden jedenfalls, der in den Verträgen Bonns zu verschiedenen Staaten Osteuropas den hoffnungsvollsten politischen Ansatz seit langem sah, muß dieser voller Diffamierungen und Zynismen steckende Wälzer eine Beleidigung sein.

Manfred Bosch

Kurzrezensionen

World Armaments and Disarmanent. SIPRI Yearbook 1972, hrsg. v. Stockholm International Peace Research Institute. Almqvist & Wiksell, Stockholm 1972, 611 S., 75 schwed. Kronen.

Dies ist die dritte Ausgabe des Jahrbuchs über den Stand des Wettrüstens und der Abrüstungsbestrebungen in der Welt, und wie seine Vorgänger gehört auch dieser Band zu den solidesten, materialreichsten und informativsten Studien auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung. In vier Kapiteln werden behandelt: die Entwicklung der strategischen Nuklearwaffen und die Verhandlungen zu ihrer Begrenzung (SALT), die Entwicklung des allgemeinen Wettrüstens, das Problem der Nichtweitergabe nuklearer Waffen und schließlich neuere Entwicklungen bei den Versuchen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung in den Jahren 1970 und 1971.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen auch die Daten, die die Stockholmer Friedensforscher über die Ausgaben der einzelnen Staaten für Forschung und Entwicklung (F & E) auf dem Militärsektor gesammelt haben, denn diese Zahlen beeinflussen das Wettrüsten von morgen. In diesem Zusammenhang finden sich einige sehr beunruhigende Zahlen über das Ansteigen dieser Ausgaben in der BRD.

Ausführliche, kommentierte Tabellen dokumentieren den Umfang des Waffenhandels mit der Dritten Welt, der zu einem lukrativen Geschäft der Rüstungsindustrien geworden ist. Auch hier hat sich die Bundesrepublik beteiligt: einzelne Waffen und Waffensysteme wurden von 1969 bis 1972 z. B. geliefert an Äthiopien, Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Peru, Griechenland und die Türkei.

Die skeptische Einschätzung der Ergebnisse von SALT I durch SIPRI beugen jeder Entspannungs-Euphorie vor, wenngleich sie ein wenig zu stark in Pessimismus getaucht wurde. Bedauerlich ist, daß es von diesem Jahrbuch nur eine deutschsprachige Kurzfassung von wenigen Seiten gibt. So bleibt die Arbeit mit diesem unersetzbaren Handbuch in der Regel den Spezialisten überlassen. Könnte bei künftigen Ausgaben dieses Jahrbuchs nicht die mit soviel bombastischer Publizität gegründete „Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung" die Mittel für eine Übersetzung und Veröffentlichung in der BRD bereitstellen?

W. B.

*

Die internationale Politik 1964—1965, hrsg. von Karl Carstens, Dietrich Mende, Christiane Rajewsky, Wolfgang Wagner, R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1972, Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, 580 S., 80,— DM.

In der sozialwissenschaftlichen Disziplin der internationalen Beziehungen sind die Jahrbücher der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik schon eine Art Institution geworden. Nach englischem Vorbild wird hier versucht, durch eine Reihe von versierten Autoren den Ablauf der wichtigsten internationalen Ereignisse eines Jahres (oder zweier Jahre) beschreiben und analysieren zu lassen. Man wird nicht sagen können, daß alle Beiträge immer das gleiche hohe Niveau erreichen, auch schleicht sich in den einen oder anderen Text eine ex-post-„Klarheit" ein, die fast

ein wenig peinlich wirkt (ein Beispiel von S. 35: „Innerlich hatte Washington schon 1964 das MLF-Porhekt aufgegeben ..."), aber insgesamt stellen die Jahrbücher schon ein unverzichtbares Hilfsmittel für den Zeitgeschichtler und Politikwissenschaftler dar.

Ein grundsätzliches Problem darf allerdings nicht übersehen werden. Trotz aller, einmal mehr, einmal weniger intensiven Bemühungen der Autoren um Unvoreingenommenheit ist doch der BRD-Standpunkt (um es verkürzt auszudrücken) die allgemeine Grundlage der Beiträge. Es ist leicht vorstellbar, daß der Wert eines solchen Unternehmens erheblich stiege, wenn es nicht auf nationale Ebene beschränkt bliebe, sondern von einem internationalen Team von Wissenschaftlern, möglichst aus Ost und West, zusammengestellt würde. Hier könnte eine zukünftige wissenschaftliche Kooperation in Europa vielleicht einsetzen. So aber muß der leichte Hauch westdeutscher Provinzialität und muß auch die immer noch verzerrende Brille für die Betrachtung der Politik sozialistischer Länder in Kauf genommen werden. Ändern ließe sich das aber. W. B.

*

Ernst Deuerlein, Föderalismus. Die historischen und philosophischen Grundlagen des föderativen Prinzips. P. List-Verlag, München 1972, 416 S., 26,— DM.

Die nach 1945 in den westlichen Besatzungszonen so erbittert geführten Debatten über die Vor- und Nachteile eines mehr föderalistischen oder mehr zentralistischen Staatsaufbaus sind heute weitgehend vergessen. Zwar wird an sie erinnert, wenn im Zuge der Kompetenzerweiterung des Bundes (etwa in der Bildungspolitik oder im Umweltschutz) die Länder an politischer Bedeutung einbüßen. Aber auch hier haben Begriff und Sache des Föderalismus längst nicht mehr die ideologische Bedeutung vergangener Jahrzehnte.

Ernst Deuerlein, kürzlich verstorbener Politikwissenschaftler und Zeitgeschichtler in München und eifriger Propagandist des Föderalismus, hat in einer breit angelegten ideengeschichtlichen Studie noch einmal versucht, dieses formale Prinzip des Staatsaufbaus als für die Gegenwart (in der Bundesrepublik) und für die Zukunft (in Westeuropa) am ehesten angemessen herauszustellen. Seine Untersuchungen zur Tradition des Föderalismus von der Antike bis hin zur „Renaissance des Föderalismus" nach 1945 basieren auf einem liberal-konservativem Standpunkt, der z. B. in der Spekulation zum Ausdruck kommt, daß Nationalismus und Nationalsozialismus durch eine föderative Struktur der Nationalstaaten im vorigen Jahrhundert und zu Beginn dieses Jahrhunderts erheblich relativiert bzw. sogar unter Umständen hätten verhindert werden können.

Die Schwäche solcher formalen Betrachtungsweise liegt in ihrem Ansatz selbst begründet. „Föderalismus entsteht aus der Notwendigkeit des Menschen, sich zu vereinen, und dem gleichzeitigen Drang des Menschen, seine Freiheit in größtmöglicher Form zu bewahren" (S. 332 f.). Solche Formeln und die spekulativen Wege, die zu ihnen hinführen, kennzeichnen diese Arbeit als eine doch recht antiquierte, im Grunde nur für Fach-Bibliotheken bestimmte Studie über einen Gegenstand, der nur oberflächlich mit der realen Entwicklung bürgerlichen Gesellschaften zusammenhängt.

W. B.

*

Werner Pöls (Hrsg.), Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente und Skizzen, Bd. I: 1815—1870. Verlag C. H. Beck, München 1973, 398 S., Ln. 25,80 DM.

Die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte hat in der Bundesrepublik erst in letzter Zeit gegenüber der herrschenden geistes- und diplomatiegeschichtlichen und auf Führerpersönlichkeiten fixierten Geschichtswissenschaft etwas an Boden gewinnen können. Das hängt u. a. zweifellos mit der wachsenden Kritik demokratischer Wissenschaft zusammen, die aufzeigte, daß die herrschende Geschichtswissenschaft die realen Lebensbedingungen der Massen ignorierte, nach dem Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Struktur, sozialen Interessen und politischen Ideen, Handlungen und Institutionen nicht fragte und also zu einer Erklärung der historischen Entwicklung unfähig war.

Daß die Sozialgeschichte der gesellschaftlichen Wirklichkeit näher kommen kann, ohne damit auch schon ihre tieferen Zu-

sammenhänge und realen Triebkräfte aufdecken zu müssen, zeigt der vorliegende Band. Er enthält allerlei Materialien aus Memoiren und Tagebüchern, die teilweise interessante Ausschnitte aus dem gesellschaftlichen Leben des 19. Jahrhunderts beschreiben. Doch die Teile fügen sich nicht zu einem verständlichen Ganzen, weil jeder Versuch einer Gesamtinterpretation, also einer Theorie über die Gesellschaft dieser Periode, fehlt. Die Einleitung begnügt sich mit einigen vagen Andeutungen über das „Eingebunden- und Betroffensein" des einzelnen im Verhältnis zu „dem ihn einbeziehenden Geschehen", über „menschliche Gemeinschaften", die „Institutionen unterschiedlicher Art erzeugen" und „Abläufe und Bewegungen hervorrufen" (VII). Damals habe es „soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit" gegeben (deren Ursachen freilich angesichts solcher Kategorien notwendigerweise im dunklen bleiben), während seither die „Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse" durch die Fortschritte von Wissenschaft und Technik erreicht worden sei (XV). Da deren Entwicklung rapide voranschreitet, können wir also getrost in die Zukunft blicken und brauchen uns durch Erscheinungen wie Auschwitz, Hiroshima und Vietnam nicht irritieren zu lassen.

Wer diese Dokumente allerdings in Verbindung mit einer analytisch guten sozialhistorischen Darstellung benutzt, kann davon durchaus profitieren. Er findet Zeugnisse über Hygiene und Wohnungsverhältnisse, Preise und Lebenshaltungskosten, Zunftgebräuche und Gesellenwesen, Dienstbotenstatus und Kinderarbeit, Verkehrswesen und Pressezensur und manches andere. R. K.

*

Rainer Waterkamp, Herrschaftssysteme und Industriegesellschaft. BRD und DDR. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1972, Urban-Taschenbücher 828, 124 S., 7,20 DM.

Waterkamp, inzwischen Mitarbeiter am Wissenschaftlichen Institut für Bildung und Erziehung in den Streitkräften, gehört zu der Spezies der geschickten Konjunktur-Ritter auf dem Buchmarkt, die aktuelle Themen wittern und mit schneller Feder das Ihrige dazu schreiben — unter Zuhilfenahme eines umfangreichen Zitatenschatzes von Autoren, die meist ebenfalls das Flair des Superaktuellen besitzen. Nun sind solche „Übersetzerarbeiten" aus der Wissenschaft in eine populärere Terminologie gewiß wichtig und notwendig. Nur muß in diesem Falle dagegen eingewandt werden, daß der Eklektizismus und die Faktenhuberei des Autors eher das Gegenteil bewirken als solche Aufklärung, nämlich Verwirrung, Unverständnis und bestenfalls einen Schimmer von den Problemen, denen er sich widmet, vermitteln.

In der BRD sind seit 1969 Vergleiche der beiden Gesellschaften, die auf dem Boden des untergegangenen Deutschen Reiches entstanden sind, aktuell geworden. Während es vorher hierzulande sozusagen als unter der Würde der Freien Marktwirtschaft galt, sie mit der „Planwirtschaft" in der DDR zu vergleichen, werden seit 1969 von verschiedenen Seiten mit unterschied-

Deutsche Volkszeitung

ein demokratisches Wochenblatt — unentbehrlich für den kritischen Zeitgenossen

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 — Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei —

lichen Intentionen solche Vergleiche erarbeitet: erinnert sei hier einmal an die regierungsoffiziellen Materialien zur Lage der Nation 1971 und 1972 und dann auch an den Band „BRD—DDR", der Aufsätze von Sozialwissenschaftlern aus der Umgebung von Wolfgang Abendroth versammelte.

Waterkamp nun stützt sich ziemlich wahllos auf alles, was zu diesem Thema bereits erschienen ist, vermengt es zu einem Brei von Aussagen und Wertungen, die insgesamt dazu dienen sollen, den kommenden Sieg „technischer Rationalität" über hüben wie drüben noch vorhandene Ideologien zu beweisen. In drei Kapiteln, Wandlungen der Wirtschaftsstruktur, des Herrschaftssystems und der Erwerbsstruktur, wirft er Schlaglichter auf einzelne Teile der Gesellschaften und konstatiert ihre Konvergenz. Seine theoretischen Gewährsleute sind dabei vor allem Marcuse, Galbraith, de Closets.

Trotz der Atemlosigkeit, mit der Waterkamp diesen „Systemvergleich" kompiliert hat: das Ergebnis vermittelt den Eindruck, daß er damit doch wohl zu spät gekommen ist. W. B.

*

Lehrbuch Politische Ökonomie. Vorsozialistische Produktionsweisen. Verlag Marxistischer Blätter, Frankfurt 1972, 672 S., 14,50 DM.

Dieses 1970 in russischer Sprache erschienene Werk bietet in allgemeinverständlicher Sprache, in vorzüglicher Aufmachung und zu einem erfreulich niedrigen Preis ein Kompendium der politischen Ökonomie aus marxistischer Sicht. Es behandelt im Einleitungskapitel Gegenstand und Methode der politischen Ökonomie und stellt dann die Produktionsweisen von der Urgemeinschaft über die Sklavenhalterordnung und die Feudalgesellschaft bis zum Kapitalismus dar. Die Untersuchung über den Kapitalismus nimmt fünf Sechstel des Buches in Anspruch. Sie beginnt mit den allgemeinen Grundlagen des Kapitalismus und entwikkelt auf dieser Basis die neuen Tendenzen, die sich durch den Übergang zum Monopolkapitalismus und dann zum staatsmonopolistischen Kapitalismus ergeben haben.

Diese Kollektivarbeit sowjetischer Autoren ist als Einführung in die politische Ökonomie gut geeignet. Auf Belege wurde weitgehend verzichtet, was zwar dem Lehrbuchcharakter entspricht, die wissenschaftliche Benutzbarkeit aber einschränkt. Die Differenziertheit der Argumentation, wie sie z. B. die Untersuchung von Wygodski „Der gegenwärtige Kapitalismus" charakterisiert, kann in einem solchen Lehrbuch natürlich nicht erreicht werden. Es gibt Elemente eines mechanistisch verstandenen Materialismus. (Ein besonders extremes Beispiel: „Die von Karl Marx theoretisch nachgewiesene Unvermeidbarkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus" wird im nächsten Absatz konkretisiert zu der Aussage: „Der Kapitalismus steht unmittelbar vor seinem endgültigen Untergang"; S. 275). Doch solche Elemente sind selten. Insgesamt überzeugt das Buch durch präzise, übersichtliche, relativ leicht verständliche und immer am konkreten historischen Material orientierte Darstellung.

R. K.

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Innenpolitik der BRD

Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1972, 710 S., 68,— DM.

Harold D. Hurwitz, Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945—1949. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1972, 455 S., 48,— DM.

Heinz-Dietrich Fischer, Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. Schünemann-Universitätsverlag, Bremen 1971, Studien zur Publizistik, Bd. 15, 600 S., 48,— DM.

Carlos Ossorio-Capella, Der Zeitungsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland. Athenäum-Verlag, Frankfurt/M. 1972, 356 S., 24,— DM.

Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1973, 597 S., 29,80 DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Schlußakte der Internationalen Vietnam-Konferenz vom 2. März 1973 in Paris

(Wortlaut)

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die Regierung der Französischen Republik, die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam, die Regierung der Volksrepublik Ungarn, die Regierung der Republik Indonesien, die Regierung der Volksrepublik Polen, die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam, die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland, die Regierung der Republik Vietnam, die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Regierung von Kanada und die Regierung der Volksrepublik China sind in Anwesenheit des Generalsekretärs der Vereinten Nationen hinsichtlich der Anerkennung der unterzeichneten Abkommen über die Garantie der Einstellung der Kriegshandlungen, der Erhaltung des Friedens in Vietnam, der Respektierung der grundlegenden nationalen Rechte des vietnamesischen Volkes sowie des Rechtes des südvietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung und als Beitrag zum sowie zur Garantie des Friedens in Vietnam über die folgenden Bestimmungen übereingekommen und verpflichten sich, diese zu respektieren und einzuhalten.

ARTIKEL 1: Die Unterzeichner dieser Akte erkennen feierlich das am 27. Januar 1973 unterzeichnete Pariser Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam und die am gleichen Tage unterzeichneten vier Protokolle zu dem Abkommen (im folgenden jeweils als das Abkommen und die Protokolle bezeichnet) an, und sie erklären ausdrücklich, daß sie diese billigen und unterstützen.

ARTIKEL 2: Das Abkommen entspricht den Zielen und den grundlegenden nationalen Rechten des vietnamesischen Volkes — das sind Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams —, dem Recht des südvietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung sowie dem von allen Völkern der Welt geteilten aufrichtigen Wunsch nach Frieden. Das Abkommen stellt einen wichtigen Beitrag zum Frieden, zur Selbstbestimmung, zur nationalen Unabhängigkeit und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Ländern dar. Das Abkommen und die Protokolle sollten strikt eingehalten und peinlich genau durchgeführt werden.

ARTIKEL 3: Die Unterzeichner dieser Akte erkennen feierlich die Verpflichtungen der Unterzeichner des Abkommens und der Protokolle an, das Abkommen und die Protokolle strikt einzuhalten und peinlich genau durchzuführen.

ARTIKEL 4: Die Unterzeichner dieser Akte erkennen die grundlegenden nationalen Rechte des vietnamesischen Volkes feierlich an, nämlich die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams sowie das Recht des südvietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung, und respektieren diese strikt. Die Unterzeichner dieser Akte werden das Abkommen und die Protokolle strikt einhalten und sich jeder im Widerspruch zu ihren Bestimmungen stehenden Handlung enthalten.

ARTIKEL 5: Um eines dauerhaften Friedens in Vietnam willen appellieren die Unterzeichner dieser Akte an alle Länder, die grundlegenden nationalen Rechte des südvietnamesischen Volkes strikt zu achten, nämlich die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams sowie das Recht des südvietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung wie auch das Abkommen und die Protokolle, indem sie sich jeder im Widerspruch zu ihren Bestimmungen stehenden Handlung enthalten.

ARTIKEL 6: a) Die vier Parteien des Abkommens oder die beiden südvietnamesischen Parteien können entweder einzeln oder durch eine gemeinsame Handlung die anderen Unterzeichner dieser Akte über die Durchführung des Abkommens und der Protokolle unterrichten. Da die von der Internationalen Kontroll- und Überwachungskommission

unterbreiteten Berichte und ihre Ansichten über die Kontrolle und Überwachung der Durchführung derjenigen Bestimmungen des Abkommens und der Protokolle, die in den Aufgabenbereich der Kommission fallen, entweder an die vier Signatarstaaten des Abkommens oder an die beiden südvietnamesischen Parteien gesandt werden, sollen diese Parteien dafür verantwortlich sein, sie entweder einzeln oder durch eine gemeinsame Handlung umgehend an die übrigen Unterzeichner dieser Akte weiterzuleiten.

b) Die vier Parteien des Abkommens oder die beiden südvietnamesischen Parteien werden ferner, entweder einzeln oder durch eine gemeinsame Handlung, diese Information und diese Berichte und Ansichten an die übrigen Teilnehmer der internationalen Vietnamkonferenz zu deren Information weiterleiten.

ARTIKEL 7: a) Im Falle einer Verletzung des Abkommens oder der Protokolle, die eine Bedrohung des Friedens, der Unabhängigkeit, der Souveränität, der Einheit oder der territorialen Integrität Vietnams oder des Rechtes des südvietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung darstellt, werden die Signatarstaaten des Abkommens und der Protokolle entweder einzeln oder gemeinsam mit den übrigen Unterzeichnern dieser Akte Konsultationen mit dem Ziele führen, die erforderlichen Maßnahmen für eine Abstellung zu beschließen.

b) Die Internationale Vietnamkonferenz kann auf gemeinsamen Antrag der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam namens der Signatarstaaten des Abkommens oder auch auf Antrag von sechs oder mehr Unterzeichnern dieser Akte wieder einberufen werden.

ARTIKEL 8: Als Beitrag zum Frieden in Indochina und zu seiner Gewährleistung erkennen die Unterzeichner dieser Akte die Verpflichtung der Parteien des Abkommens an, die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit, territoriale Integrität und Neutralität von Kambodscha und Laos, wie es in dem Abkommen festgelegt ist, zu achten; sie selbst vereinbaren ferner, diese zu respektieren und sich jeder im Widerspruch hierzu stehenden Handlung zu enthalten, und sie fordern die übrigen Länder auf, das gleiche zu tun.

ARTIKEL 9: Diese Akte soll mit Unterzeichnung durch die bevollmächtigten Vertreter aller 12 Parteien in Kraft treten und von allen Parteien strikt durchgeführt werden. Die Unterzeichnung dieser Akte stellt in keiner Weise eine Anerkennung irgendeiner Partei dar, die nicht zuvor ausgesprochen worden war.

Ausgefertigt in 12 Kopien in Paris an diesem zweiten Tage des Monats März des Jahres Eintausendneunhundertunddreiundsiebzig in englischer, französischer, russischer, vietnamesischer und chinesischer Sprache. Alle Texte sind in gleicher Weise authentisch.

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika: Der Außenminister William P. Rogers

Für die Regierung der französischen Republik: Der Außenminister Maurice Schumann

Für die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam: Der Außenminister Nguyen Thi Binh

Für die Regierung der Volksrepublik Ungarn: Der Außenminister János Peter

Für die Regierung der Republik Indonesien: Der Außenminister Adam Malik

Für die Regierung der Volksrepublik Polen: Der Außenminister Stefan Olszowski

Für die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam: Der Außenminister Nguyen Duy Trinh

Für die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland: Der Minister für Auswärtiges und Commonwealth-Angelegenheiten Alec Douglas-Home

Für die Regierung der Republik Vietnam: Der Außenminister Tran Van Lam

Für die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: Der Außenminister Andrej A. Gromyko

Für die Regierung von Kanada: Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten Mitchell Sharp

Für die Regierung der Volksrepublik China: Der Außenminister Chi Peng-fei.

Kommuniqué des Internationalen Konsultativtreffens zur Vorbereitung eines Weltkongresses der Friedenskräfte vom 16. bis 18. März 1973 in Moskau

(Wortlaut)

Vom 16. bis 18. März 1973 fand in Moskau auf Initiative des Weltfriedensrates ein internationales Konsultativtreffen von Vertretern verschiedener Friedenskräfte statt. Es nahmen Repräsentanten von 40 internationalen und 81 nationalen Organisationen aus 60 Ländern aller Kontinente teil. Anwesend waren Einzelpersönlichkeiten, Funktionäre politischer Parteien, von Gewerkschaften, Jugend- und Frauenorganisationen sowie anderen Bewegungen der Öffentlichkeit, die für Frieden und nationale Unabhängigkeit eintreten. Unter den Teilnehmern befanden sich Parlamentarier, Kulturschaffende, Wissenschaftler und Geistliche. Dem Treffen wohnten Vertreter der UNO, ihrer Spezialorganisationen und -komitees, der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung, der Liga der arabischen Staaten bei.

Die Teilnehmer des Treffens stellten wichtige positive Veränderungen in der internationalen Entwicklung fest, die in der letzten Zeit durch die aktiven Handlungen und den konsequenten Kampf aller Friedenskräfte, durch die zunehmende Unterstützung der Weltöffentlichkeit eingetreten sind. Gleichzeitig wurde unterstrichen, daß es noch akute Probleme gibt, die in der internationalen Öffentlichkeit Besorgnis erregen und schleunigst gelöst werden müssen.

Die Teilnehmer des Treffens stimmten bei selbständigem Herangehen ihrer Organisationen an die verschiedenen Probleme darin überein, daß heute die Notwendigkeit einer gemeinsamen konstruktiven Lösung der noch bestehenden Fragen im Geiste der Aufrichtigkeit und Loyalität herangereift ist und günstige Möglichkeiten für abgestimmte Aktionen im Interesse aller Völker entstanden sind.

Hiervon ausgehend sprachen sie sich für die Einberufung eines Weltkongresses der Friedenskräfte für internationale Sicherheit und Abrüstung, nationale Unabhängigkeit, Zusammenarbeit und Frieden auf breitester, repräsentativer Grundlage im Oktober 1973 (voraussichtlich 2. bis 7. Oktober) in Moskau aus und beschlossen einen entsprechenden Aufruf.

Die Teilnehmer des Treffens führten ein nützliches und konstruktives Gespräch bezüglich der Ziele, des Inhalts, der Formen der Vorbereitung und der Gestaltung des Kongresses. Sie kamen überein, zu einem günstigen Zeitpunkt ein Treffen durchzuführen, das als Vorbereitungsgremium für den Kongreß für alle offen sein wird, die den Wunsch zur Teilnahme an seiner Arbeit äußern. Die Teilnehmer halten es für möglich, schon jetzt auf dieser Grundlage mit der praktischen Vorbereitung des Kongresses in jedem Lande zu beginnen. Dabei haben sie eine weitgehende Handlungsfreiheit der interessierten nationalen Organisationen im Auge, so daß eine beliebige neue Bekundung der Unterstützung dieses Kongresses erfolgen kann.

Am Weltkongreß der Friedenskräfte können Vertreter verschiedener politischer und gesellschaftlicher Organisationen und Bewegungen, insbesondere der Arbeiter- und Bauernbewegung, der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Politiker und Staatsmänner, Wissenschaftler, Kulturschaffende und religiöse Kräfte auf gleichberechtigter Grundlage teilnehmen. Zur Teilnahme am Kongreß sind auch nationale und internationale zwischenstaatliche Organisationen auf Regierungs- und anderer Ebene eingeladen.

Die Teilnehmer des Konsultativtreffens äußerten die Meinung, daß bei der Vorbereitung des Kongresses solche für die Völker lebenswichtigen Probleme von Interesse sein könnten wie die Beseitigung der Kriegsherde, insbesondere im Nahen Osten, die Erfüllung der Indochina-Friedensabkommen, die internationale Sicherheit, einschließlich Abrüstungsfragen, Wege zur Erlangung und Sicherstellung der nationalen Unabhängigkeit, der Beseitigung von Überresten und Auswirkungen des Kolonialismus, des Widerstandes gegen die imperialistische Einmischung, Entwicklung einer allseitigen, gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit der Völker und Staaten, Ausbau der Verständigung und der Kontakte von friedliebenden gesellschaftlich-politischen Kräften.

Die auf dem Treffen gebildeten Problemkommissionen, Regional- und Kontinentalgruppen legten vorab einen Kreis konkreter Probleme fest, die auf dem Kongreß beraten werden könnten. Sie erarbeiteten praktische Vorschläge für das Verfahren der Behandlung dieser Probleme sowohl bei der Vorbereitung als auch im Rahmen des Kongresses.

Es wurde unterstrichen, daß die Erörterung dieser Fragen auf dem Kongreß zum Zusammenschluß aller friedliebenden Organisationen und zur Festigung des Friedens in der ganzen Welt beitragen wird.

Die Teilnehmer des Treffens gehen davon aus, daß im Verlaufe der weiteren Vorbereitung des Kongresses die Möglichkeit bestehen bleibt, beliebige konstruktive Vorschläge bezüglich des Inhalts und der Formen seiner Arbeit einzubringen und gemeinsam zu erörtern.

Appell zur Einberufung eines Weltkongresses der Friedenskräfte

(Wortlaut)

Ein internationales Konsultativtreffen zur Vorbereitung eines Weltkongresses der Friedenskräfte hat vom 16. bis 18. März 1973 in Moskau stattgefunden. Auf Einladung des Weltfriedensrates nahmen daran Vertreter von 40 internationalen Organisationen und 81 nationalen Organisationen aus 60 Ländern teil.

Die Teilnehmer am Treffen wenden sich mit dem eindringlichen Appell an alle diejenigen, die dazu bereit sind, ihren Beitrag zur Vorbereitung und Durchführung des Kongresses zu leisten, der im Oktober 1973 in Moskau stattfindet.

Der Weltkongreß der Friedenskräfte wird Ausdruck der machtvollen Bewegung sein, die die Völker heute mobilisiert und vereint, er wird zugleich den Ausgangspunkt eines neuen, noch entschiedeneren Aufschwungs dieser Bewegung bilden, angesichts der ernsten Gefahr, die den Weltfrieden noch immer bedroht.

Die Friedenskräfte haben bereits reale Erfolge erzielt. Der Sieg des heldenhaften vietnamesischen Volkes über die imperialistische Aggression wurde auch mit Unterstützung aller Völker herbeigeführt, die im Kampf gür Gerechtigkeit und Frieden unermüdliche Anstrengungen unternahmen. In Europa konnten in bezug auf die Minderung der Spannung große Erfolge erzielt werden. Es entwickelt sich der Kampf für nationale Befreiung

und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Einige gefährliche Kriegsherde wurden gelöscht. Eine Reihe von Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen ist zur friedlichen Koexistenz übergegangen. In bestimmten Teilen der Welt hat sich konkret die Frage der Organisierung von Sicherheitssystemen ergeben, wurde mit der Ausarbeitung der Abrüstungsprobleme begonnen.

Reichen alle diese positiven Erscheinungen jedoch aus, einen dauerhaften Frieden zu sichern?

Nein, es besteht nach wie vor die Gefahr eines thermonuklearen Konfliktes, es gibt noch Kriegsherde, vor allem im Nahen Osten, wo die israelische Okkupation arabischer Territorien in Verletzung der UNO-Resolutionen fortdauert; die Friedensregelung in Indochina auf der Grundlage der Pariser Abkommen ist noch nicht vollzogen; das Wettrüsten dauert an; nach wie vor sind die Überreste des Kolonialismus, der Rassendiskriminierung und des Neokolonialismus traurige Wirklichkeit.

Wir sind überzeugt: Trotz aller Unterschiede in der ideologischen Einstellung und in den Ansichten wird ein offener Dialog in diesen Fragen der Sache des Friedens und der Minderung der Spannung großen Nutzen bringen, wird er das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern verstärken.

Jeder wird seine Probleme darlegen, wird, geleitet vom gemeinsamen Ziel des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit, seine Vorschläge unterbreiten können. In der Diskussion geäußerte konstruktive Gedanken werden für die Tätigkeit der Organisation der Vereinten Nationen, der Organisation der Afrikanischen Einheit, der UNESCO und der anderen Regierungsorganisationen weltweiten und regionalen Charakters, deren Vertreter zur Teilnahme am Kongreß eingeladen werden, zweifellos nützlich sein. Diese Gedanken können die Regierungskreise bei der Ausarbeitung annehmbarer Lösungen kompliziertester internationaler Probleme positiv beeinflussen.

Der Weltkongreß wird unter Wahrung der vollen Gleichberechtigung aller die erstrangigen Ziele unseres gemeinsamen Kampfes festlegen und Wege zur aktiveren Beteiligung der Öffentlichkeit vorzeichnen.

Wir verleihen der Hoffnung Ausdruck, daß die anderen Organisationen, Bewegungen, Parteien und Politiker unserem Appell Folge leisten werden.

Der Friede ist ein Anliegen aller und eines jeden.

Gegenüberstellung der Thesen der „Stamokap"-Kontroverse bei den Jungsozialisten

Die Thesen des Bundesvorstands der Jungsozialisten gegen die sogenannte „Stamokap"-Gruppe (vgl. den Aufsatz von Detlev Albers und Kurt Wand in diesem Heft) wurden in einem Aufsatz von Johano Strasser („Zur Theorie und Praxis der ‚Stamokap'-Gruppe bei den Jungsozialisten") im „Jungsozialisten-Informationsdienst", Nr. 1/73, veröffentlicht. Eine Entgegnung der Juso-Linken unter dem Titel „Anmerkungen zur Theorie und Praxis des Juso-Bundesvorstandes", verfaßt von Detlev Albers, Kurt Neumann und Kurt Wand, soll gleichfalls im „Jungsozialisten-Informationsdienst" erscheinen. Nachstehend veröffentlichen wir im Wortlaut die Zusammenfassungen beider Beiträge. D. Red.

Johano Strasser, Zur Theorie und Praxis der „Stamokap"-Gruppe bei den Jungsozialisten (Zusammenfassung)

Die hauptsächlichen Punkte der Kritik an der „Stamokap"-Theorie sollen zum Abschluß kurz und stichwortartig zusammengefaßt werden, um die Übersicht zu erleichtern und auch um Kritikern dieses Papiers die Möglichkeit einer gezielten Auseinandersetzung zu bieten.

1) Die „Stamokap"-Theorie überschätzt die Rationalität des kapitalistischen Systems und seine Möglichkeiten zur Rationalitätssteigerung. Die immanente Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems wird kaum oder gar nicht berücksichtigt.

2) Der Staat wird zum bloßen Instrument der Monopole versimpelt und das, was in Wirklichkeit ein weitgehend *naturwüchsiger* Prozeß ist, erscheint in der „Stamokap"-Theorie als eine planvoll im Profitinteresse der Monopole (in der Agitation zumeist personifiziert zu wenigen Monopolherren) gesteuerte gesamtgesellschaftliche Entwicklung. D. h. die „Stamokap"-Vertreter erkennen nicht, daß die Staatstätigkeit, auch in hochmonopolisierten Volkswirtschaften, das widersprüchliche Ergebnis vieler verschiedener Kräfte und Absichten ist.

3) Die Herrschaft des Kapitals wird auf die direkte Ausübung ökonomisch-politischer Macht durch die Monopole reduziert. Die ideologischen und strukturellen Vermittlungen von Herrschaft (durch Bedürfnis- und Meinungsmanipulation und die dadurch geförderten Konsum- und Freizeitgewohnheiten, durch das ausgeklügelte System gestufter Abhängigkeiten in Betrieb, Schule, Verwaltung, Familie usw. und durch die Ausleseverfahren in Ausbildung und Beruf) werden übersehen.

4) Entsprechend reduziert sich die Frage der Umwälzung der Gesellschaft auf die Frage der Ergreifung des Staatsapparats durch die „Organisationen der Arbeiterklasse".

5) Die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln wird zur bloß abstrakten Übertragung von privaten Besitztiteln auf den Staat, ohne daß die entscheidende Frage der Demokratisierung der Verfügungsgewalt gelöst wird.

6) Die meist nur negative Bestimmung des Kampfziels (Gegen die Monopole!) dient der Verschleierung des Ziels eines weitgehend autoritären und bürokratischen Sozialismus.

7) Um die Strategie des „breiten antimonopolistischen Bündnisses" theoretisch abzusichern, kommt es zu einer falschen Klassenanalyse („fortschreitende Differenzierung der Lohnabhängigen", „Klasse des Monopolkapitals", „zwei Klassenlinien in der SPD" usw.).

8) Die Strategie des „breiten antimonopolistischen Bündnisses" ist nur durchführbar, wenn die wahren Absichten der Sozialisten bzw. Kommunisten geheimgehalten werden. Sie verhindert so die notwendige Emanzipation der Arbeiterklasse und würde daher zwangsläufig zu einem bürokratisierten und entdemokratisierten Sozialismus führen.

9) Die Forderung nach „Mehr Demokratie" gilt ausdrücklich nur für eine Übergangsperiode, der die „Diktatur des Proletariats" folgen soll. Die Demokratisierung wird nur als *Mittel*, nicht aber als *Zweck* sozialistischer Politik angesehen.

10) Die Teilung der SPD in eine rechte Führung und eine fortschrittliche Basis entsprechend der Theorie der „zwei Klassenlinien" in der SPD beruht auf einer falschen Einschätzung der Partei und legt die Illusion nahe, daß die SPD allein schon dadurch zu einer konsequent sozialistischen Partei gemacht werden könnte, daß man die Führungsspitze austauscht.

11) Die Fixierung auf das Bündnis „fortschrittlicher Sozialdemokratie" und DKP führt zu kritikloser Übernahme der DKP-Theorie. Sie geht darüber hinaus von einer falschen Einschätzung der politischen Gewichtsverteilung in der BRD aus und drängt wichtigere Fragen der Zusammenarbeit innerhalb der Arbeiterbewegung in der BRD und in Westeuropa in den Hintergrund.

12) Die „Stamokap"-Theorie ist in ihrer Überschätzung einer einheitlichen „Ideologie" voluntaristisch, d. h. sie unterstellt insgeheim, daß die entscheidende Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus eine geschlossene Weltanschauung und ein unbeirrbarer Glaube an die eigene Sache sei, und übersieht, daß die Sache des Sozialismus um so mehr gefördert wird, je kritischer er jeweils seine Theorie an der sich wandelnden gesellschaftlichen Realität mißt. Sie übernimmt den (von Marx nicht vertretenen) bürgerlichen Ideologiebegriff.

13) Die praktizierte Unterscheidung einer „Kaderlinie" von einer „Massenlinie" macht die theoretische Auseinandersetzung mit Vertretern der „Stamokap"-Theorie schwer, weil die wirklich ernsthaften Überzeugungen aus taktischen Erwägungen in Diskussionen mit Außenstehenden oft verschleiert werden.

Detlev Albers / Kurt Neumann / Kurt Wand, Anmerkungen zur Theorie und Praxis des Juso-Bundesvorstandes (Zusammenfassung)

1) Das Strasser-Papier ist wissenschaftlich unredlich. Es arbeitet vielfach mit unbelegten Behauptungen, Unterstellungen und dem Ansprechen antikommunistischer Emotionen. Die für jede theoretische Diskussion unerläßliche Formulierung eigener alternativer Positionen fehlt nahezu ganz. Als Beitrag zu einer „demokratischen Diskussion über Theorie und Praxis der Jungsozialisten" ist es deshalb ungeeignet.

2) Eine „Stamokap-Gruppe" gibt es innerhalb der Jungsozialisten nicht. Nach der administrativen Ausschaltung bestimmter Positionen aus dem demokratischen Meinungsbildungsprozeß der Jungsozialisten hat sich zur Überwindung der unfreiwilligen Isolation ein Gesprächskreis „Juso-Linke" gebildet. Wenn diese „Juso-Linke" auch überwiegend der Auffassung ist, daß die „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" in ihren sehr unterschiedlichen Ausformungen wesentliche Elemente einer Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus beinhaltet, ist diese Theorie doch nicht konstitutiv für das Selbstverständnis der Juso-Linken. Entscheidend ist, daß die Juso-Linke sich nicht als Fortsetzung einer „Neuen Linken" (Gorz, Mandel, Marcuse) in der SPD versteht, sondern sich bewußt in die Tradition der marxistischen Sozialdemokratie stellt.

3) Der Bundesvorstand, in dem zunächst die Linkswendung der Jungsozialisten von München auch personell zum Ausdruck kam, nimmt inzwischen immer weniger seine wichtigste innerverbandliche Aufgabe wahr, die Juso-Arbeit in Theorie und Praxis voranzutreiben. Statt dessen ist spätestens seit dem Strategiekongreß von Hannover eine zunehmende Negativfixierung zu verzeichnen, die sich in der Bekämpfung von abweichenden Positionen erschöpft. Mit der Veröffentlichung des Strasser-Papiers hat der Bundesvorstand einen weiteren Versuch unternommen, von der immer stärker werdenden Kritik an seiner Politik abzulenken.

4) Strassers Vorwurf, die bisherigen Beiträge zu einer Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus unterschätzten die Irrationalität und Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, hält einer genaueren Auseinandersetzung nicht stand. Diese Beiträge nehmen die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, die aus dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung resultiert, im Gegenteil zum *Ausgangspunkt* der Analyse: Das kapitalistische System kann dem sich verstärkenden gesellschaftlichen Charakter der Produktion nur durch die zunehmende Konzentration und Zentralisierung des Kapitals — d. h. durch die Herausbildung von Monopolen — und durch die Einbeziehung des Staates in den Reproduktionsprozeß Rechnung tragen, d. h. durch die Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Da dies aber nur Lösungen noch innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse sind, bleibt die Irrationalität und Krisenhaftigkeit des Kapitalismus grundsätzlich bestehen und verschärft sich, auch auf neuen Ebenen und in neuen Erscheinungsformen (z. B. Währungs- und Strukturkrisen, Umweltzerstörung u. a. m.).

5) Die Unterstellung, der Staat würde durch die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zum bloßen Instrument der Monopole versimpelt, ist angesichts der klaren Aussagen z. B. des Hamburger Strategiepapieres absurd. Es stellt explicit fest: „Obwohl der Staat stets Instrument der herrschenden Klasse ist — d. h. heute bei uns der Monopolbourgeoisie —, vermag diese ihn aber aufgrund der ökonomischen und gesellschaftlichen Widersprüche niemals beliebig für sich einzusetzen" [1]). Im Unterschied zum Bundesvorstand läßt das Strategiepapier den Klassencharakter des kapitalistischen Staates allerdings nicht im Nebel geheimnisvoller „naturwüchsiger Prozesse" so weit verschwinden, daß die Fiktion des pluralistischen Staates aufkommen kann. Derartige Vorstellungen

1) „Hamburger Strategiepapier" des Landesverbandes Hamburg der Jungsozialisten, Oktober/November 1971, S. 6 f.

müssen deshalb entschieden kritisiert werden, weil eine illusionslose Einschätzung des bürgerlichen Staates unabdingbare Voraussetzung jeder erfolgreichen sozialdemokratischn Regierungspolitik mit dem Ziel des Sozialismus ist.

6) Die Behauptung, die Juso-Linke strebe die Demokratie nur für eine Übergangsperiode an, der dann die autoritäre, undemokratische usw. „Diktatur des Proletariats" folgen soll, ist ebenso diffamierend wie unhaltbar. Das Hamburger Strategiepapier entwickelt eindeutig, daß der Sozialismus die Demokratie erst endgültig sichert und voll entfaltet: „Da die sozialistische Demokratie in der BRD nur durch eine ständig größer werdende und aktivere Teilnahme aller Teile der arbeitenden Bevölkerung an der Planung, Leitung und Kontrolle der Gesellschaft auf allen Gebieten und auf allen Ebenen erreicht werden kann — d. h. durch das aktive Eintreten der Mehrheit der Bevölkerung für den Sozialismus — wird der Sozialismus für die BRD eine beispiellose Entfaltung der Demokratie und das Gegenteil eines totalitären Staates darstellen" [2]).

7) Die Juso-Linke sieht aufgrund der ökonomischen Struktur und der Machtverhältnisse im gegenwärtigen Kapitalismus „Großorganisationen der Wirtschaft" (Monopole) als die Hauptgegner sozialistischer Politik. Zur Erlangung einer möglichst breiten Zustimmung für die Veränderung der Gesellschaft sind Bündnisse der Arbeiterklasse mit anderen Schichten möglich und nützlich. Eine solche Bündnispolitik kann weder gegenüber allen gesellschaftlichen Kräften betrieben werden, die nicht dem Monopolkapital zuzurechnen sind, noch darf das Ziel der Vergesellschaftung verschwiegen werden. Die Bündnispolitik muß kleinbürgerlichen Zwischenschichten (Bauern, Handwerker) die fortschrittliche Perspektive der Aufhebung des individuellen Kleineigentums in genossenschaftlichem aufzeigen. Bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft sind diese Zwischenschichten demokratisch mitzubeteiligen, da sonst „bürokratische" Unterdrückungsmaßnahmen zwangsläufig die Folge wären.

8) Die Juso-Linke lehnt ein „abstraktes Bündnis von fortschrittlicher Sozialdemokratie und Kommunisten" ab. Sie wendet sich aber auch gegen einen falschen Ausschließlich-

[2]) A. a. O., S. 30.

Änderung der Anschrift

Eine Änderung der Anschrift, die dem Verlag nicht oder nicht rechtzeitig mitgeteilt wird, bringt aufwendige Nachforschungsarbeiten und für den Abonnenten meistens auch Unannehmlichkeiten mit sich. Wir bitten deshalb darum, eine Änderung der Anschrift dem Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, rechtzeitig mitzuteilen.

Pahl-Rugenstein Verlag

Mitteilung an den Pahl-Rugenstein Verlag

Meine neue Anschrift lautet ab .....

Name ..... Vorname .....

Ort ( ) ..... Straße .....

....

(Unterschrift) (Kunden-Nr.)

keitsanspruch von Sozialdemokraten gegenüber christlich orientierten, kommunistischen und politisch ungebundenen Arbeitern, und zwar sowohl auf der Ebene der gewerkschaftlichen Arbeit, weil dies zur Gefährdung der mühsam erkämpften Einheitsgewerkschaft führen muß, als auch auf der Ebene der politischen Organisationen, auf der für die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und anderen Gruppen die folgenden Kriterien entscheidend sein müssen: die Übereinstimmung in konkreten Zielen und im Weg ihrer Durchsetzung, das jeweilige Stärkeverhältnis an dem gesellschaftlichen Ort der Aktion, die Wahrung der Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit, die mögliche Stärkung der eigenen Organisation.

9) Die Juso-Linke begreift die SPD nicht als „einheitliche Partei der Arbeiterklasse", sondern als den in sich widersprüchlichen politisch-organisatorischen Ausdruck eines Teils der gesellschaftlichen Klasse, die allein den Sozialismus zu erkämpfen und zu gestalten vermag, der Arbeiterklasse. Sie lehnt die undialektische trotzkistische „Theorie der Verbürokratisierung der Arbeiterorganisationen" ab, die zwischen einer progressiven Basis und einer davon losgelösten reaktionären Führungsspitze (Apparat) unterscheidet. Da sich die Auseinandersetzung um Orientierung und Klasseninhalte sozialdemokratischer Politik durch alle Ebenen der Partei hindurchzieht, tritt die Juso-Linke auch auf allen Ebenen für die Durchsetzung einer sozialistischen, an den Interessen der Lohnabhängigen orientierte Politik ein.

10) Die Juso-Linke wendet sich gegen jede Trennung des Zusammenhangs von Kämpfen um Gegenmachtpositionen und der Entwicklung von Klassenbewußtsein. Nicht nur „Konsumgewohnheiten" und die „Manipulation von Bedürfnissen und Meinungen", sondern vor allem illusionäre Partnerschaftsvorstellungen, bürgerliche „Menschenbild"-Ideologien und ein emotionaler Antikommunismus müssen als subjektive Hemmnisse für die Entfaltung von Massenbewußtsein begriffen werden. Der Wissenschaftliche Sozialismus, der diesen Ideologien entgegenzusetzen ist, kann durch den Vorwurf, „unbeirrbarer Glaube" zu sein, nicht getroffen werden: Marxistische Theorie ist vielmehr stets entsprechend den sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen weiterzuentwickeln.

11) Auf dem Bundeskongreß in Godesberg muß die Diskussion um Theorie und Praxis der Jungsozialisten aus der taktischen Verzerrung und Emotionalisierung herausgebracht werden, um die Jungsozialisten und die gesamte linke Sozialdemokratie vor schwerem Schaden zu bewahren. Zwischen dem bevorstehenden und dem darauf folgenden Bundeskongreß muß diese Diskussion möglichst breit, demokratisch und offen geführt werden — mit dem Ziel, die Politik der Jungsozialisten weiter theoretisch zu fundieren und praktisch zu konkretisieren. Ergebnis wird dann auch die Wahl eines neuen Bundesvorstands der Jungsozialisten sein.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Tel. 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14-503. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,30; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—,—; $ 5.65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

BORIS, Dr. Dieter, geb. 1943 in Bielitz/OS, studierte Soziologie, Politologie und Philosophie in Frankfurt/M. und Marburg, Professor für politische Wissenschaft an der Universität Marburg. *** *RIGAUX, Dr. François,* ist Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Löwen (Belgien) *** *Felsko, Angelika,* geb. 1945 in Berlin, studiert Geschichte und Pädagogik in Köln. Zeitschriftenaufsätze. *** *ALBERS, Detlev,* geb. 1943 in Goslar; Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Universität Hannover. Publikationen: Klassenkämpfe in Westeuropa (Reinbek 1972; zusammen mit Werner Goldschmidt und Paul Oehlke); Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WAND, Kurt,* geb. 1944 in Hamburg, Diplomvolkswirt, wissenschaftlicher Angestellter beim Hamburgischen Weltwirtschaftsarchiv, Mitglied des SHB-Bundesvorstandes. *** *SCHLEIFSTEIN, Prof. Dr. Josef,* geb. 1915 in Lodz, Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt/M. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Problemen des Marxismus und der Arbeiterbewegung. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *GENSIOR, Sabine,* Diplom-Soziologin, geb. 1945 in Oberottendorf (Kreis Pirna), wissenschaftliche Teilzeitassistentin an der WE Soziologie an der FU Berlin. *** *KRAIS, Beate,* Diplom-Sozologin, geb. 1944 in Leipzig, wissenschaftliche Teilzeitassistentin an der WE Soziologie an der FU Berlin. *** *GOULDING, Cathal,* ist seit 1962 Stabschef der IRA (Officials). *** *RUGE, Prof. Dr. Wolfgang,* geb. 1917 in Berlin, Leiter der Arbeitsgruppe „1917—1933" am Zentralinstitut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR). Mehrere Buchveröffentlichungen, u. a. Stresemann. Ein Lebensbild (1966); Deutschland von 1917—1933 (1962). *** *STUBERGER, Ulf,* geb. 1949 in Oberhausen (Rheinland), studierte Politik und Deutsch an der Pädagogischen Hochschule in Karlsruhe, lebt heute als Journalist in Frankfurt/M. Arbeit über „Vom Potsdamer Abkommen bis zum Entstehen von BRD und DDR" sowie zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BOSCH, Manfred,* geb. 1947 in Bad Dürrheim, Studium der Soziologie in München. Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen ein Aufruf zu einer Konferenz gegen Berufsverbote, ein Prospekt des Luchterhand-Verlags und eine Werbekarte der „Deutschen Volkszeitung" bei. Wir empfehlen die Beilagen der Aufmerksamkeit unserer Leser.

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Axel Azzola
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Martin Bennhold
Max Bense
Frank Benseler
Igor Bestushew
Kurt Beutler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Achim v. Borries
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans-Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Philippe Devillers
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Gertrud v. le Fort †
Wolfgang Friedmann
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Friedrich Heer
Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Joachim Hirsch
Egbert Hoehl
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Walter Jens
Gerhard Kade
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Walther Maas
Werner Maihofer
Iwan Maiski
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Gunnar Matthiessen
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Friedrich Müller
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Knut Nevermann
Friedhelm Nyssen
Gustav Obermair
Paul Oehlke
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
László Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki †
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Rolf Rendtorff
Felix Rexhausen
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Alfred Rinken
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz R. Schick
Theo Schiller
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Ulrich Sonnemann
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Grigori Tunkin
John E. Ullmann
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Hans Wirtz †
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

BORIS, Dr. Dieter, geb. 1943 in Bielitz/OS, studierte Soziologie, Politologie und Philosophie in Frankfurt/M. und Marburg, Professor für politische Wissenschaft an der Universität Marburg. *** *RIGAUX, Dr. François,* ist Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Löwen (Belgien) *** *Felsko, Angelika,* geb. 1945 in Berlin, studiert Geschichte und Pädagogik in Köln. Zeitschriftenaufsätze. *** *ALBERS, Detlev,* geb. 1943 in Goslar; Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Universität Hannover. Publikationen: Klassenkämpfe in Westeuropa (Reinbek 1972; zusammen mit Werner Goldschmidt und Paul Oehlke); Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WAND, Kurt,* geb. 1944 in Hamburg, Diplomvolkswirt, wissenschaftlicher Angestellter beim Hamburgischen Weltwirtschaftsarchiv, Mitglied des SHB-Bundesvorstandes. *** *SCHLEIFSTEIN, Prof. Dr. Josef,* geb. 1915 in Lodz, Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt/M. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Problemen des Marxismus und der Arbeiterbewegung. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *GENSIOR, Sabine,* Diplom-Soziologin, geb. 1945 in Oberottendorf (Kreis Pirna), wissenschaftliche Teilzeitassistentin an der WE Soziologie an der FU Berlin. *** *KRAIS, Beate,* Diplom-Sozologin, geb. 1944 in Leipzig, wissenschaftliche Teilzeitassistentin an der WE Soziologie an der FU Berlin. *** *GOULDING, Cathal,* ist seit 1962 Stabschef der IRA (Officials). *** *RUGE, Prof. Dr. Wolfgang,* geb. 1917 in Berlin, Leiter der Arbeitsgruppe „1917—1933" am Zentralinstitut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR). Mehrere Buchveröffentlichungen, u. a. Stresemann. Ein Lebensbild (1966); Deutschland von 1917—1933 (1962). *** *STUBERGER, Ulf,* geb. 1949 in Oberhausen (Rheinland), studierte Politik und Deutsch an der Pädagogischen Hochschule in Karlsruhe, lebt heute als Journalist in Frankfurt/M. Arbeit über „Vom Potsdamer Abkommen bis zum Entstehen von BRD und DDR" sowie zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BOSCH, Manfred,* geb. 1947 in Bad Dürrheim, Studium der Soziologie in München. Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen ein Aufruf zu einer Konferenz gegen Berufsverbote, ein Prospekt des Luchterhand-Verlags und eine Werbekarte der „Deutschen Volkszeitung" bei. Wir empfehlen die Beilagen der Aufmerksamkeit unserer Leser.